

Leipzig im Oktober

Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR
Analysen zur Wende

Herausgegeben von Wolf-Jürgen Grabner,
Christiane Heinze und Detlef Pollack
Mit einem Vorwort von Friedrich Magirus

Wichern-Verlag

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Leipzig im Oktober: Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR; Analysen zur Wende / hrsg. von Wolf-Jürgen Grabner...
Mit einem Vorw. von Friedrich Magirius. –
Berlin: Wichern, 1990
ISBN 3-88981-050-0
NE: Grabner, Wolf-Jürgen [Hrsg.]

© Wichern-Verlag GmbH, Berlin 1990
Herstellung: Wichern-Verlag, Berlin
ISBN 3-88981-050-0

Inhalt

Vorwort von Friedrich Magirius 7

Zur gesamtgesellschaftlichen Situation

Detlef Pollack
Ursachen des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR
aus systemtheoretischer Perspektive 12

Die Rolle der Kirchen

Reinhard Henkys
Die Kirchen im Umbruch der DDR 26

Wolf-Jürgen Grabner
Zur Stellung der Kirchen in den gesellschaftlichen Veränderungen der DDR: Untersucht anhand von offiziellen Stellungnahmen der Kirchenleitungen und kirchlicher Amtsträger 32

Ulrike Franke, Andreas Fünfstück, Detlef Pollack, Joachim Rasch, Thomas Weiß
Der Pfarrer im Spannungsfeld von Kirche und Gesellschaft:
Auswertung von Interviews mit Leipziger PastorInnen vor und nach der Wende 47

Wolf-Jürgen Grabner
Kirche und Politik: Ergebnisse einer Befragung von Leipziger Gemeindemitgliedern 63

Sozialethisch engagierte Gruppen unter dem Dach der Kirche

Christiane Heinze, Detlef Pollack
Zur Funktion der politisch alternativen Gruppen im Prozeß des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR 82

Hagen Findeis
 Überblick über die sozioethisch engagierten Gruppen
 in Leipzig Anfang 1989 91

Wolfgang Elvers, Hagen Findeis
 Die politisch alternativen Gruppen im gesellschaftlichen Wandel:
 Eine empirische Studie zu ihrem Selbstverständnis 97

Der Herbst 1989 in Leipzig

Michael Hofmann, Dieter Rink
 Der Leipziger Aufbruch: Zur Genesis einer Heldenstadt 114

Sebastian Feydt, Christiane Heinze, Martin Schanz
 Die Leipziger Friedensgebete 123

Steffen Alisch
 Die Gebetswand in der Leipziger Thomaskirche:
 Eine Möglichkeit zur persönlichen Problemformulierung,
 zum Gebet und zur öffentlichen Kommunikation 136

Albrecht Dönert, Paulus Rummel†
 Die Leipziger Montagsdemonstrationen 147

Kurt Mühler, Steffen H. Wilsdorf
 Meinungstrends in der Leipziger Montagsdemonstration:
 Nachbetrachtungen zu einer basisdemokratischen Institution 159

Wolf-Jürgen Grabner, Christiane Heinze, Dieter Rink:
 Bibliographie 177

Autoren 189

Editorischer Hinweis 191

Vorwort von Friedrich Magirius

„Seid nüchtern und wachet.“
 1. Petrusbrief 5,8

Noch stehen wir mitten in einem großen Wandlungsprozeß: Aus dem Staatsgebilde der Deutschen Demokratischen Republik, das als Folge des Zweiten Weltkrieges entstand, werden binnen kurzem Bundesländer in einem vereinigten Deutschland. Die Grenze zwischen beiden deutschen Staaten und quer durch Europa, die nach vierzig Jahren unveränderlich und geradezu statisch festzustehen schien, existiert nicht mehr dank des dynamischen Aufbruchs des letzten Herbstes. Diese Entwicklung stellt nicht nur ungeheure politische und wirtschaftliche Aufgaben, sondern fordert auch die Kirche heraus, über ihren Weg in die Zukunft nachzudenken.

In einer Phase, in der Woche für Woche sich neue Probleme ergeben, alte Strukturen so schwer zu überwinden und neue demokratische Ordnungen nur langsam durchzusetzen sind, fehlt vielen die Zeit, die Veränderungen zu reflektieren, die sich im letzten Jahr ergeben haben.

Um so wichtiger ist es, daß am Institut für Religionssoziologie der Theologischen Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig im Frühjahr 1990 ein Seminar stattgefunden hat, dessen Ergebnisse in diesem Buch veröffentlicht werden. Die Teilnehmer standen unter dem gleichen Druck wie wir alle, die wir diese Zeit durchleben. Die einzelnen Beiträge spiegeln teilweise auch den ganz unterschiedlichen Erfahrungshorizont wider. Denn vorwiegend handelt es sich bei den Verfassern um Beteiligte und Betroffene.

Und doch wird hier mehr vorgelegt als eine Sammlung von Dokumenten der verschiedenen Stationen des Aufbruchs vom Herbst 1989. Ganz sachlich, nüchtern und realistisch werden hier erste Analysen und Wertungen der Ereignisse vorgestellt, von der Vorgeschichte bis hin zu den Auswirkungen. Mich haben die ganz verschiedenen Beiträge und differenzierten Bewertungen angeregt, einige Linien festzumachen, die für mich und meine Entwicklung – und ich denke für den Weg unserer Kirche insgesamt – in dieser Zeit von besonderer Bedeutung waren.

In den letzten Jahren der harten Konfrontation während der stalinistischen Ära habe ich Theologie studiert. Für unsere Generation war es wichtig, die Erfahrungen der Bekennenden Kirche aus der Zeit des Nationalsozialismus festzuhalten und die konsequente Trennung von

Staat und Kirche nicht aufzugeben. Daß es weithin gelungen ist, sich allen Vereinnahmungsversuchen zu entziehen, hat dazu geführt, daß die Kirche die einzige nicht integrierte Institution der Gesellschaft geblieben ist und darum für viele den beschiedenen Freiraum bieten konnte, den sie als Alternative zur offiziellen Staatsdoktrin suchten.

Ich gehöre zu der Generation, die stark geprägt ist von der Kriegs- und Nachkriegszeit. Ganz bewußt konnte ich darum die intensiven Bemühungen des Bundes der Evangelischen Kirchen um eine umfassende Friedenserziehung gegenüber den wachsenden Gefahren einer Eskalation von Rüstung und Gewalt mittragen. Friedensdekaden und daraus erwachsene Friedensgebete sind mir darum auch ganz persönliche Anliegen. Daß der Geist der Friedfertigkeit und Gewaltlosigkeit sich sogar unter den Tausenden Demonstranten auf der Straße durchgesetzt hat, bleibt für mich der tiefste Eindruck.

In einer Zeit der Isolierung unserer Gesellschaft von der Außenwelt gab es dennoch unter Christen das Gefühl der Zusammengehörigkeit über alle Grenzen hinweg. Vielleicht sind die Erwartungen der Ökumene zu groß gewesen, wenn mit viel Interesse der Weg der Kirchen unter „sozialistischen“ Verhältnissen begleitet wurde, gerade von uns Evangelischen im Land der Reformation. Und doch haben gerade diese Kontakte uns nüchtern sehen gelehrt, daß die globalen Fragen heute die eigentliche Herausforderung für Zeugnis und Dienst unserer Kirche sind. Die Verantwortung für die Erhaltung der Schöpfung und den Einsatz für eine gerechte Verteilung der Güter dieser Erde haben Gruppen in den Friedensgebeten immer wieder angemahnt.

Gegenüber der harten Abgrenzungsstrategie und dem schroffen, eingetrichterten Freund-Feind-Schema haben wir die Botschaft von der Versöhnung weiterzugeben und zu praktizieren versucht. Geprägt von den Erfahrungen der Aktion Sühnezeichen, wie aus bekannter Schuld und der Bitte um Vergebung neue Anfänge erwachsen können, habe ich mich darum bemüht, Brücken der Verständigung zu bauen. Damit die entstandenen Gruppen nicht von den Gemeinden getrennt blieben, wurde der Synodalausschuß der Bezirkssynode gegründet, in dem Vertreter der Basisgruppen und der gewählten Synodalen zusammenfanden.

Um ein Miteinander von Basisvertretern und Kirchenleitung ging es später auch bei den Ökumenischen Versammlungen. Damit die Probleme der Menschen im Lande zur Sprache kämen, haben wir die Gespräche mit den Staatsfunktionären nicht verweigert. Und oft genug mußten wir vor den Behörden die Aktivitäten der Gruppen erklären und verteidigen. Mir ist klar, daß solchem Vermittlerdienst schnell mißtraut wird. Doch auch in Zukunft werden wir keinen bequemeren Platz einnehmen dürfen als den „zwischen den Stühlen“.

Die Frage des Seminars „Ging die Wende von der Leipziger Nikolai-

kirche aus?“ bleibt letzten Endes unbeantwortet und offen. Viele Zusammenhänge, Hemmnisse und Wirkungen werden in den Beiträgen beleuchtet. Ganz sicher hat es nicht an der Tüchtigkeit von uns Mitarbeitern an der Nikolaikirche gelegen, daß vieles in Bewegung kam. Was wir tun konnten und was wir trotz aller Einsprüche von außen und innen durchgehalten haben: daß politische Forderung und Information in den Gottesdiensten sich nicht verselbständigen, sondern im Zusammenhang bleiben mit der biblischen Botschaft, die Menschen zu allen Zeiten immer neu befreien will von Ängsten und Bindungen und ermutigen möchte zu einem Leben nicht nur für sich, sondern für andere. Nüchternheit für die politischen Realitäten und Wachsen für das Evangelium gehören zusammen.

Der einmalige Kairos des Oktober 1989 war nicht organisierbar und ist nicht wiederholbar. Gott sei Dank für den friedlichen Aufbruch!

Leipzig im August 1990

Zur gesamtgesellschaftlichen
Situation

Ursachen des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR aus systemtheoretischer Perspektive¹

Will man den gesellschaftlichen Umbruch in der DDR verstehen, ist es erforderlich, die Spezifik und Struktur der gesellschaftlichen Verhältnisse zu begreifen, deren Zusammenbruch sich im letzten Herbst vor unseren Augen vollzogen hat. Unter DDR-Soziologen ist zur Beschreibung des Charakters des alten Regimes der Begriff der „sozialistischen Ständegesellschaft“ in Umlauf gekommen.² Mit diesem Begriff wird das System des Sozialismus als eine gegenüber dem Kapitalismus niedrigere Gesellschaftsordnung gekennzeichnet, die nach feudalem Muster organisiert war: „abgeschlossen nach außen und in sich stratifiziert in Form gegeneinander abgeschotteter Sozialgebilde“, überzogen von „einer allgewaltigen bürokratisch-militärischen Diktatur“. „Nicht so sehr Fachauswahl und -kompetenz, rationale Entscheidung und sachbedingte Legitimität“ als vielmehr „Befehl und Gehorsam, Herrschaft und Dienerschaft, ... Nepotismus und Günstlingswirtschaft“ seien für die sozialistische Ständegesellschaft charakteristisch gewesen.³

So instruktiv dieser Ansatz für die Erklärung des hierarchischen Gesellschaftsaufbaus, des Systems persönlicher Abhängigkeiten, der Existenz von Ständen und regionalen Fürstentümern bis hin zur obrigkeitlichen Vorliebe für die Jagd oder den Ausbau Ost-Berlins als Residenzstadt ist⁴, für die Erfassung der Konstruktionsprobleme der DDR-Gesellschaft reicht er nicht aus, denn er übersieht die gesellschaftlichen Spannungen und Widersprüche, die das System durchzogen und an denen das System schließlich auch zugrunde gegangen ist. Für die hier vorgelegte Analyse sei deshalb ein anderer, ein systemtheoretischer Ansatz gewählt.

¹ Überarbeitete Fassung eines Vortrages vom 20.6.1990 an der Universität Gesamthochschule Essen. In leicht abgewandelter Form zuerst veröffentlicht in: Sozialwissenschaften und Berufspraxis 13, 3/1990.

² Meier, Artur, Abschied von der sozialistischen Ständegesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 16-17/1990, 3-17.

³ A. a. O., 8 f.

⁴ Süß, Walter, DDR-Soziologie in der Krise, in: die tageszeitung vom 10.2.1990.

Der Systemtheorie macht man oft eine einseitig funktionalistische Orientierung an den Problemen der Bestandserhaltung der Gesellschaft zum Vorwurf.⁵ Man bezweifelt, daß sie in der Lage sei, gesellschaftliche Wandlungsprozesse zu erklären. Angesichts dieser Kritik ist es besonders reizvoll, den Versuch zu unternehmen, systemtheoretische Bestimmungen auf den Umbruchsprozeß in der DDR anzuwenden und auf ihre Brauchbarkeit zu testen.

1. Die Gesellschaftskonstruktion der DDR vor der ‚Wende‘

Sieht man mit systemtheoretischen Augen auf das System der DDR-Gesellschaft, wie es jahrzehntelang existierte, dann erkennt man, daß die DDR-Gesellschaft nicht nur hierarchisch stratifiziert, sondern auch funktional differenziert war. Die DDR war nicht nur ein Ständestaat mit einem allgewaltigen Verwaltungs- und Bspitzelungsapparat und einer totalitären Ideologie, sondern auch ein moderner Industriestaat. Prozesse der ideologischen Homogenisierung, der politischen Unterdrückung sowie der staatlichen Bevormundung und Prozesse der Modernisierung, der Durchsetzung funktionsspezifischer Effizienzgesichtspunkte und der Individualisierung standen einander in allen gesellschaftlichen Bereichen gegenüber,⁶ so daß sich die funktionalen Erfordernisse der modernen Industriegesellschaft und die politisch konstituierte Einheitsstruktur der Gesellschaft stets aneinander rieben. Gerade die Gegenläufigkeit von stratifizierter und funktionaler Differenzierung war es, die die Stärke und die Schwäche der DDR-Gesellschaft ausmachte. Von unten her drängten in allen Bereichen der Gesellschaft, in Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Politik, immer wieder veränderungswillige Kräfte auf Verwirklichung fachlicher Kriterien. Von oben her wurden diese Kräfte der gesellschaftlichen Differenzierung indes immer wieder in die politisch vorgezeichneten Bahnen gelenkt und in ihrer freien Entfaltung eingeschränkt. Da jedoch das poli-

⁵ Tjaden, Karl-Hermann, Zur Kritik eines funktional-strukturellen Entwurfs sozialer Systeme, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 21, 1969, 752-769; Habermas, Jürgen, Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie: Eine Auseinandersetzung mit Niklas Luhmann, in: ders./Niklas Luhmann, Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie: Was leistet die Systemforschung? Frankfurt/M. 1971, 142-290; Holzer, Horst, Soziologie in der BRD: Theorienchaos und Ideologieproduktion. Berlin-Ost 1982.

⁶ Zur in der DDR geführten Debatte über das Verhältnis von sozialer Gleichheit und Differenzierung vgl. Lötsch, Manfred/Freitag, Joachim, Sozialstruktur und soziale Mobilität, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1981, 84-101; Lötsch, Manfred, Sozialstruktur der DDR: Kontinuität und Wandel, in: Sozialstruktur und sozialer Wandel/hrsg. von Heiner Timmermann. Saarbrücken 1988, 13-26.

tische System über die gesamte Gesellschaft dominierte, wurden die fachspezifischen Leistungen der einzelnen gesellschaftlichen Bereiche vom Einheitssystem sowohl vereinnahmt als auch gedrosselt, so daß das administrative System von der Inanspruchnahme genau derjenigen gesellschaftlichen Kräfte lebte, deren Entwicklung es gleichzeitig behinderte. Systemtheoretisch ausgedrückt: Die SED-Führung vermischte die gesamtgesellschaftliche mit der organisationspezifischen Ebene und richtete die gesamte Gesellschaft als ihre Organisation ein; da aber eine Gesellschaft keine Organisation ist und keine sein kann, mußte sie an der Unorganisierbarkeit der Gesellschaft scheitern.

Dem organisationssoziologischen Ansatz der Systemtheorie zufolge sind Organisationen gekennzeichnet durch die Verknüpfung zweier Entscheidungen: der Entscheidung der Organisation über ihr Programm, ihre Struktur und ihr Personal und der Entscheidung der Mitglieder über Ein- und Austritt. Wer bereit ist einzutreten, akzeptiert das Programm, die Struktur und das Personal der Organisation. Umgekehrt kann die Organisation anhand von Ein- und Austrittsentscheidungen die Attraktivität ihrer eigenen Entscheidungen überprüfen und ihre Programm-, Struktur- und Personalentscheidungen notfalls korrigieren.⁷

Die SED hat sich mit Hilfe der sowjetischen Militäradministration nach 1945 sofort an die Spitze der Gesellschaft gesetzt, sie wie eine Organisation eingerichtet und autonom über die Wahl des Programms, der Struktur und des Führungspersonals der Gesellschaft entschieden. Alle Ereignisse, alle Handlungen wurden in den über 40 Jahren ihrer Herrschaft daraufhin überprüft, ob sich in ihnen Zustimmung oder Ablehnung zum Sozialismus, zum Führungsanspruch der Partei und ihren führenden Repräsentanten ausdrückte. Der alle gesellschaftlichen Räume durchleuchtende Staatssicherheitsdienst hatte die Aufgabe, diese Überprüfung vorzunehmen. Wer sich nicht ausdrücklich zum Sozialismus bekannte, gehörte nicht dazu und stand in der Gefahr, an den Rand der Gesellschaft gedrängt und kriminalisiert zu werden. Nur wer sich den Vorgaben des Systems anpaßte, hatte eine Chance, beruflich aufzusteigen, Handlungsspielräume zu gewinnen und seinen individuellen Neigungen nachzugehen. Ausgeschlossen war hingegen die Einflußnahme des einzelnen auf die Entscheidungen des Systems. Die Entscheidungsverknüpfung lief immer nur von oben nach unten. Und die Frage lautet nun natürlich, warum das so war.

Die Antwort ist darin zu suchen, daß die DDR-Gesellschaft zwar eingerichtet war wie eine Organisation, der einzelne aus ihr aber nicht wie

⁷ Luhmann, Niklas, Allgemeine Theorie organisierter Sozialsysteme, in: ders., Soziologische Aufklärung: Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft, Bd. 2, Opladen 1975, 39-50; ders., Funktion der Religion, Frankfurt/M. 1977, 286 f.

aus anderen Organisationen auszutreten vermochte. Wer mit den Zuständen des Systems nicht einverstanden war, konnte sich aufgrund der geschlossenen Staatsgrenzen nur in die private Nische zurückziehen, hatte sich aber nach außen weithin anzupassen. Für die gesellschaftliche Entwicklung hatte dies zwei gravierende Folgen. Zum einen konnten sich aufgrund des aus der Geschlossenheit des Systems resultierenden Anpassungszwanges die in der gesellschaftlichen Differenzierung angelegten Möglichkeiten der individuellen Selbstverwirklichung und der gesellschaftlichen Selbstorganisation nicht voll entfalten. Dadurch kam es in Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Politik zu Modernisierungsverzügen, die die Wettbewerbsfähigkeit des Systems beeinträchtigten und die Träger der Organisationsgesellschaft zu einer Erhöhung des inneren Drucks und zu einer Verstärkung der Abgrenzung nach außen zwangen. Zum anderen war es aufgrund der Geschlossenheit der Grenzen unmöglich, die Systementscheidungen durch Austritt aus dem System in Frage zu stellen. Dadurch war es für die Parteispitze unnötig, ihre Entscheidungen an den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung und den Erfordernissen der Situation auszurichten, so daß sie den Kontakt zur Wirklichkeit immer mehr verlor und dadurch immer unfähiger wurde, die sich aufstauenden Probleme zu erkennen und zu lösen. Da keines der Mitglieder der Organisationsgesellschaft kündigen konnte, lag alle Macht bei denen, die über Aufstiegschancen entschieden und bei Fehlverhalten sogar das Recht auf Entlassung besaßen. Da aber alle Macht bei denen lag, die über die Verteilung der gesellschaftlich erbrachten Leistungen entschieden, mußte sich jeder - jeder Bürger, jede Partei, jeder Betrieb und jeder Verband - den Erwartungen des Systems fügen. Nur dann hatte er die Möglichkeit, mit systemverwalteten Leistungen, sei es nun Rechtssicherheit, soziale Anerkennung, finanzielle Vergütung oder Handlungsfreiheit, versorgt zu werden. Die Stabilität des Systems lag also in dem wechselseitigen Austausch von Anpassung und Versorgung. Um versorgt zu werden, machte man mit; und man wurde nur versorgt, wenn man mitmachte. Gerade aufgrund des weithin angepaßten Verhaltens ging jedoch die Wirtschafts- und Versorgungsleistung des Systems erheblich zurück, weshalb in der Folge dann auch die Bereitschaft zur Anpassung deutlich sank. Das System wurde also genau durch diejenigen Widersprüche geschwächt, deren Institutionalisierung es jahrzehntelang stabilisierte. Insofern führte gerade die Stabilisierung des in sich geschlossenen Systems zu seiner Destabilisierung.

Daß das System der institutionalisierten Widersprüche nicht schon viel früher zusammengebrochen ist, hängt wohl vor allem damit zusammen, daß die auf die Durchsetzung fachlicher und funktionaler Gesichtspunkte bedachten Kräfte es immer wieder am Leben erhielten. Von ihrer Arbeitsleistung ernährte sich das System. Da es diese Kräfte aber zugleich an ihrer Entfaltung immer wieder hinderte, zog sich durch die

Gesellschaft ein Bruch: der Bruch zwischen politisch homogenisierenden Zentralisierungs- und fachspezifisch differenzierenden Verselbständigungstendenzen, zwischen Ideologie und Sachbezogenheit, zwischen Administration und Bevölkerung, zwischen oben und unten. Daß dieser soziale Bruch nicht offen ausgetragen werden konnte, hing mit der Geschlossenheit der Grenzen zusammen, denn um internen Widerspruch anmelden zu können, hätte es der Möglichkeit bedurft, im Falle des Mißerfolgs auch weggehen zu können. So war es also die Abwanderungsblockade, die zur Anpassung an das System zwang und damit dazu, es mit seiner Arbeitskraft zu stärken, und die es gleichzeitig verhinderte, seine ganze Kraft, auch seine Fähigkeit zur Kritik, zur Korrektur und zur Innovation in das System einzubringen.⁸ Was dieses System über Jahrzehnte hinweg so stabil und plötzlich so schwach machte, das war mit ihm seine Geschlossenheit, seine Abgrenzung von der Umwelt.

Will man den Zusammenbruch der zentralistisch-administrativen Organisationsgesellschaft verstehen, kommt es also darauf an, die Faktoren zu benennen, die ihre Geschlossenheit aufbrachen. Diese Faktoren waren es, die die gesellschaftlichen Spannungen sichtbar und ihre Austragung möglich machten.

2. Faktoren des Umbruchs

Zu nennen ist in diesem Zusammenhang zunächst die Situation der DDR als Teil einer geteilten Nation. Die Abgrenzung zum Westen war nie so vollständig durchgeführt, wie das propagiert wurde. Schon die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West verhinderten das. Hinzu kommt der Einfluß der Westmedien, der die Abschottung der DDR ohnehin weitgehend aufhob und das Bewußtsein der DDR-Bürger vielleicht stärker prägte als die systemeigene Ideologie. Auch die Beteiligung der Staaten des Ostblocks am internationalen Prozeß für Sicherheit, Zusammenarbeit und Entspannung hat zur Öffnung des geschlossenen Systems beigetragen und die DDR-Bürger für die Einhaltung der Menschenrechte nicht nur im Ausland, sondern auch im eigenen Staat sensibilisiert. Schließlich hat auch die Liberalisierung der Reiseregungen in dringenden Familienangelegenheiten die harte Praxis der Westabgrenzung aufgeweicht und aufgrund der unmittelbaren Vergleichsmöglichkeiten die innere Unzufriedenheit gewiß erhöht. Der

⁸ Damit widerspreche ich einer These von Albert O. Hirschmann (Abwanderung und Widerspruch: Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten. Tübingen 1974), der davon ausgeht, daß es gerade die Beschränkung der Abwanderungsmöglichkeiten ist, die zu einer Entwicklung des internen Widerspruchs und damit zu einer Mobilisierung von Erneuerungskräften führt.

Einfluß der Bundesrepublik auf das Lebensgefühl der DDR-Bürger hat die Erfahrung der Diskrepanz zwischen der offiziellen Selbstdarstellung des Systems und seiner Wirklichkeit erheblich verschärft, so daß in den achtziger Jahren in dem Maße, wie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten offensichtlich wurden und sich im Lebensstandard niederschlugen, die Bereitschaft zur schweigenden Unterstützung des Systems deutlich zurückging.

Die Geschlossenheit des Systems war aber nicht nur von außen, sondern auch von innen bedroht. Die Kirche war der Bereich der Gesellschaft, der als einziger aus dem organisierten Aufbau des Systems herausfiel. Deshalb wurde sie zum Sammelbecken aller politisch alternativen Kräfte in der Gesellschaft. Obwohl sie sich selbst niemals als Opposition definierte,⁹ sondern einen Weg zwischen Anpassung und Widerstand gehen wollten, mußte sie aufgrund ihrer sozialstrukturell bedingten relativen Autonomie doch faktisch Funktionen einer Opposition übernehmen. In ihrem Raum wurden die Probleme der Gesellschaft, die ansonsten tabuisiert waren, benannt und diskutiert; in ihrem Raum gab es jenen öffentlichen kritischen Dialog, dessen Zulassung die Bürger vom Staat erwarteten. Gleichzeitig war die Kirche vom Staat als Verhandlungspartner anerkannt. Der Staat bemühte sich seit den siebziger Jahren um die Herstellung eines konstruktiven und vertrauensvollen Verhältnisses zur Kirche. So konnte sie den politisch alternativen Friedens-, Bürgerrechts- und Umweltgruppen nicht nur eine Plattform für die öffentliche Artikulation, sondern auch Schutz vor staatlichen Übergriffen gewähren. Aufgrund ihrer Zwischenstellung zwischen Anpassung und Kritik war sie nicht ausgrenzbar, aber auch nicht integrierbar und wirkte so als Ferment des sozialen Wandels.

Die Wirkung der politisch alternativen Gruppen ging kaum über den Raum der Kirche hinaus. Ihr handlungspolitisches Ziel bestand nicht in der Abschaffung des Sozialismus, sondern in seiner Umgestaltung zu einem demokratischen Sozialismus.¹⁰ Ihre Hauptforderungen richteten sich deshalb auch nicht auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, die für viele im Lande immer unerträglicher wurde, sondern auf die Schaffung von Öffentlichkeit und die Zulassung des innergesellschaftlichen Dialogs. Daran kann man erkennen, daß die der Kirche nahestehenden Protestgruppen nur wenig Kontakt zur Bevölkerung besaßen. Zum großen Teil handelte es sich bei den Mitgliedern dieser Gruppen um linksorientierte Intellektuelle mit hohen moralischen Ansprüchen

⁹ Vgl. Leich, Werner, Ansprache an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker vom 3. März 1988. Schnellinformationen des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Masch., 1.

¹⁰ Vgl. Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR: Entwürfe für einen anderen Sozialismus. Berlin-West 1989.

und weit gespannten sozialen Utopien.¹¹ Es ist nicht verwunderlich, daß sich gerade solche Leute in den Gruppen zusammenfanden. Sie waren am ehesten bereit, aus dem mehrheitlichen Schweigen auszusteigen, in dem sich die Gesellschaft eingerichtet hatte. Gleichzeitig erklärt sich aus ihrer unangepaßten Einstellung auch die relative Wirkungslosigkeit der Gruppen, denn die meisten der DDR-Bürger hielten sich ja an das verordnete Schweigen, um gerade nicht ausgegrenzt zu werden und sich persönliche Sicherheiten, Vorteile und Aufstiegschancen zu bewahren. Meist wurden die politisch alternativen Gruppen als Träumer und Chaoten belächelt. In der gesamten DDR gehörten zu ihnen höchstens 10 000 bis 15 000.

Der entscheidende Anstoß zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR kam allerdings weder aus dem Westen noch aus dem Innern, sondern aus dem Osten. Die „Perestrojka“ entwickelte eine starke Ausstrahlung auf die DDR, denn der beginnende Demokratisierungsprozeß in der Sowjetunion zeigte, wieviel an Demokratie, Pressefreiheit und freier Meinungsäußerung selbst unter sozialistischen Gesellschaftsbedingungen möglich ist. Der Gedanke der „Perestrojka“ erfaßte in der DDR vor allem die mittleren und unteren Leitungsebenen und verschärfte die gesellschaftlichen Differenzen und Spannungen, auch die innerparteilichen Gegensätze, in hohem Maße. Außerdem stellte die Reformpolitik Gorbatschows das Honecker-System unter einen nie gekannten Legitimationszwang und trug zur weiteren Senkung seiner Glaubwürdigkeit bei. Spätestens seit Anfang 1989 war klar, daß im Falle eines Zusammenstoßes zwischen Bevölkerung und Polizei nicht mehr wie 1953 sowjetische Panzer auffahren würden, sondern das Regime seine Machtposition allein zu verteidigen hatte. Die Bevölkerung akzeptierte nicht mehr außenpolitische Zwänge, die das System an seiner Erneuerung hindern könnten, sondern erkannte, daß es die starre Haltung der greisen Führer des Politbüros selber war, die das Zustandekommen von Reformen verhinderte. Ganz besonders ärgerte es die Bevölkerung, daß die DDR damit von ihrer vor allem wirtschaftlichen, aber auch rechtsstaatlichen Führungsposition innerhalb des Ostblocks auf einmal an das Ende des osteuropäischen Demokratisierungsprozesses geriet.

Nichts aber hätte sich in der DDR grundlegend geändert, wenn nicht Ungarn seine Grenzen zu Österreich geöffnet hätte und damit die Statik des abgeschotteten Systems zusammengebrochen wäre.

¹¹ Vgl. Schorlemmer, Friedrich, Macht und Ohnmacht kleiner Gruppen vor den Herausforderungen unserer Zukunft, in: Die Legitimität der Freiheit: Politisch alternative Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirche/hrsg. von Detlef Pollack. Frankfurt/M. 1990, 17-24.

3. Die Ereignisfolge

Als am 2. Mai 1989 die Sperranlagen zu Österreich abgebaut werden, geht es Ungarn natürlich nicht um die Überwindung der Geschlossenheit des Ostblocks, sondern darum, einen Beweis für die Respektierung der Menschenrechte anzutreten, um dadurch seine Chancen für die Aufnahme in den Internationalen Währungsfond zu erhöhen. Obwohl sich im Sommer immer mehr Ausreisewillige in Botschaften und Lagern in Budapest und Prag sammeln, bilden sich zu dieser Zeit in der DDR keine Oppositionsgruppen. Noch am 4. September sind es nicht mehr als 1 200, die das später so berühmt gewordenen Friedensgebet in der Nikolai-Kirche in Leipzig besuchen. Nur einige Hundert demonstrieren nach dem Gottesdienst und fordern Reisefreiheit. Erst als am 10. September alle sich in Ungarn aufhaltenden DDR-Bürger frei ausreisen dürfen, beginnt sich in der DDR das Machtverhältnis zwischen Regierung und Bevölkerung zu verschieben. Nun hat die Bevölkerung auf einmal Handlungsmöglichkeiten, die sie jahrzehntelang nicht besaß, und der Handlungsspielraum der Herrschenden wird immer enger. Jetzt treten die politisch alternativen Gruppierungen aus dem Schutzraum der Kirche heraus und verbünden sich mit breiten Teilen der unzufriedenen Bevölkerung. Das „Neue Forum“ wird gegründet. Innerhalb kurzer Zeit ist sein Aufruf überall verbreitet. Die DDR-Rockmusiker stellen sich an die Seite der kirchlichen Basisgruppen und unterstützen die Forderung nach einem öffentlichen Dialog. Theaterschaffende, Schriftsteller, Wissenschaftler, Gewerkschaftler, führende Vertreter der Blockparteien schließen sich an.

Die Staats- und Parteiführung aber bezeichnet Reformen als überflüssig und lehnt die Zulassung des „Neuen Forums“ ab. Dadurch verstärkt sich der Druck von unten, sogar in den eigenen Reihen. Immer mehr Menschen verlieren die Hoffnung auf die Erneuerungsfähigkeit des Systems und wollen nur noch eins: so schnell wie möglich in den Westen. Die Krise des Systems ist unübersehbar geworden, und der Schritt in die Bundesrepublik bedeutet für die, die ihn gehen, die Neueröffnung einer schon verloren geglaubten Zukunft, der Wiedergewinn neuer Lebensmöglichkeiten. Die Demonstranten in Leipzig aber rufen: „Wir bleiben hier.“ Das zu rufen ist erst sinnvoll, wenn man auch gehen kann. Das Dableiben wird zur Entscheidung. Und die Entscheidung fällt zugunsten des Bleibens, weil man auch in der DDR Zukunft eröffnen, Lebensmöglichkeiten wiedergewinnen, also Veränderungen in Gang setzen will. Aufgrund der Abwanderungsmöglichkeiten entwickelt sich der interne Widerspruch. Durch die Demonstrationen wird der jahrelang unterdrückte private Unmut bekannt gemacht und jene Öffentlichkeit geschaffen, die bislang immer von der staatsoffiziellen Doktrin besetzt gehalten wurde. Jetzt sehen die Demonstranten: Wir sind ja viele. Gegen

die Anmaßung der SED-Spitze, ihre Interessen ohne Beachtung der Wünsche der Bevölkerung durchzusetzen und diese Politik dann als einen Ausdruck der Interessenübereinstimmung von Volk und Partei auszugeben, setzen die Demonstranten den Ruf: „Wir sind das Volk.“

Die Niederschlagung der Demonstrationen hatte die Staats- und Parteiführung für den 9. Oktober in Leipzig geplant. Staatssicherheitsdienst, Polizei und Militär waren auf die „offensive Bekämpfung der Konterrevolution“ vorbereitet.¹² Alle Einwohner Leipzigs wurden über die SED-Organisationen ihrer Betriebe vorgewarnt, die Demonstrationen seien gesetzwidrig, wer sich dennoch an ihnen beteilige, habe sich die Folgen selbst zuzuschreiben. In der Leipziger Volkszeitung vom 6. 10. drohte ein Kommandeur der Kampfgruppen. „Wir sind bereit und willens, das von uns mit unserer Hände Arbeit Geschaffene wirksam zu schützen, um diese konterrevolutionäre Aktion endgültig und wirksam zu unterbinden. Wenn es sein muß, mit der Waffe in der Hand.“ In diesen Tagen herrschte eine bedrückende Stimmung in der Stadt. Die Gespräche liefen immer wieder auf denselben Punkt zu: Wie geht die nächste Montagsdemonstration aus. Viele befürchteten das Schlimmste.

Am 9. sind es 70 000, die auf die Straße gehen. Keine Oppositionsgruppe hatte sie dazu aufgerufen. Die Führer der Opposition, die früher oft zu zündenden Vorträgen nach Leipzig gekommen waren, sind gar nicht da. Auch sie wollen sich nicht kriminalisieren lassen, denn sie sind an der Legalisierung ihrer gerade gegründeten Organisationen interessiert. Die Leute kommen spontan. In vier Kirchen der Innenstadt finden 17.00 Uhr Friedensgebete statt. Der sächsische Landesbischof eilt von Kirche zu Kirche und ermahnt zur Gewaltlosigkeit. Superintendent Johannes Richter ruft in der Thomaskirche dazu auf, auf dem kürzesten Weg nach Hause zu gehen. Die Massen bleiben. Gegen 18.30 Uhr werden die Polizeikräfte zurückgezogen. Die Lage entspannt sich. Die Demonstration geht friedlich aus.

Wer es gewesen ist, der den Rückzug angeordnet hat, ist bis heute nicht ganz klar. Klar ist, daß nur eine sehr hohe Parteistelle die Kompetenz besaß, eine solche Anordnung zu treffen. Deshalb kann der in den Kirchen verlesene und über Stadtfunk verbreitete Aufruf, den Gewandhauskapellmeister Kurt Masur gemeinsam mit drei Sekretären der SED-Bezirksleitung, Kurt Meyer, Roland Wötzel und Jochen Pommert, dem Kabarettisten Bernd-Lutz Lange und dem Theologen Peter Zimmermann verfaßt hat¹³ und in welchem er um Besonnenheit bittet und verspricht, seine „ganze Kraft und Autorität“ für das Zustandekommen des Dialogs mit der Regierung einzusetzen, den friedlichen Ausgang der

¹² Vgl. Die Wahrheit über die Stasi; in: Die Welt vom 21. 5. 1990, 6.

¹³ Vgl. Jetzt oder nie – Demokratie! Leipziger Herbst '89: Zeugnisse, Gespräche, Dokumente/hrsg. vom Neuen Forum Leipzig, Leipzig 1989, 82 f.

Demonstration allenfalls unterstützt, aber niemals verursacht haben. Krenz griff selber erst gegen 19.30 Uhr ein.¹⁴ Wer war es also dann? Wahrscheinlich kam es angesichts der angespannten gesellschaftlichen Lage zu einem Differenzierungsprozeß innerhalb der SED-Bezirksleitung in Leipzig, der die zentrale Entscheidungsstelle in Befürworter und Gegner der Gewaltanwendung spaltete und damit handlungsunfähig machte. Der amtierende 1. Sekretär der Bezirksleitung, Helmut Hackenberg, billigte die Aktion seiner drei Kollegen nicht, aber stellte sich doch vor sie und telefonierte mit den Militärs, zu denen er nach einer Aussage von Kurt Meyer immer wieder sagte: „Zieht die Kräfte zurück, zieht sie noch weiter zurück, versucht alles, es friedlich zu machen . . .“¹⁵ Gegen 18.30 Uhr holte sich Hackenberg in einem Telefongespräch mit Berlin wohl Rückendeckung für sein Vorgehen, die Krenz dann eine Stunde später offenbar nochmals bestätigte.¹⁶ Sollte das richtig sein, heißt das, daß sich an diesem Tag die Träger der gesellschaftlichen Differenzierung gegen die Vertreter der Organisationsgesellschaft durchgesetzt haben. Damit war der Kampf der Differenzierungs- gegen die Einheitskräfte allerdings noch nicht gewonnen. Honecker wollte noch die Demonstration am folgenden Montag, als es bereits 150 000 waren, die in Leipzig demonstrierten, gewaltsam auflösen lassen. Der Kampf war erst entschieden, als sich Krenz – gewiß kein Verfechter von Pluralismus und Demokratie, wohl aber ein Schüler Gorbatschows, der eingesehen hatte, daß ohne Reformen der Sozialismus nicht mehr entwicklungsfähig war – in der Politbüro-Sitzung vom 17./18. Oktober gegen Honecker durchsetzte und Honecker von allen Staats- und Parteiämtern abgelöst wurde.

Das Volk hielt diesen innerparteilichen Sieg der Reformkräfte über die Betonköpfe für einen Sieg der Straße über das administrative System. Aber – so muß man korrigierend bemerken – nicht das Volk hat die Partei besiegt, sondern die Partei hat sich angesichts der Krise, in die sie geraten war, gespalten und ihre eigene Spitze ausgewechselt. Diesen innerparteilichen Differenzierungsprozeß als Revolution des Volkes zu feiern, stellt ein kommunikatives Mißverständnis dar, allerdings ein produktives, denn wenn auch nicht das Volk die ‚Wende‘ herbeigeführt hat, das Volk war es, das sie unumkehrbar machte. Aufgrund der Selbsterneuerung der Partei erschienen Demonstrationen mit einem Mal als eine neue Handlungsmöglichkeit, mit deren Hilfe die Parteiführung zum Einlenken gezwungen, die Gesellschaft verändert und damit die bereits aufgegebenen Zukunft auch im Innern des Landes wieder neu er-

¹⁴ Vgl. Brahmke, Werner, Die historische Tat der Sechs, in: Leipziger Volkszeitung vom 17. 11. 1989, 2.

¹⁵ Meyer, Kurt, Gespräch mit Grit Hartmann, in: Jetzt oder nie: Demokratie!, a. a. O., 282–287, hier 284.

¹⁶ Vgl. Der Spiegel vom 27. 11. 1989, 23.

öffnet werden kann. Das Tempo der nachfolgenden Entwicklung erklärt sich genau aus dieser Neuzulassung von Zukunft, denn aufgrund der Zulassung von Veränderung konnte es nun zum Abbau der sozialen Spannungen kommen, die sich im Laufe der Jahrzehnte angehäuft hatten. Die Rasanz der Entwicklung zeigt, wie stark die Spannungen waren.

Der Prozeß der gesellschaftlichen Umwälzung ist jetzt nicht mehr zu stoppen. Nun treten die Menschen im ganzen Land auf die Straßen und machen unmißverständlich deutlich, daß in der Politik keine Entscheidung mehr an ihnen vorbei gefällt werden kann. Die alte Logik, nach der die SED-Spitze die Bedingungen der Möglichkeit des Handelns und Vorankommens diktierte, ist außer Kraft gesetzt. Jetzt zwingt die Zahl der Demonstranten, die öffentlich ihre Verweigerung bekunden, das Organisationssystem zur Anpassung. Die Machthaber aber haben die Umkehrung des Handlungsgesetzes nicht begriffen. Sie handeln noch immer so, als wären sie es, die Freiheiten vergeben könnten. Sie bieten Reformen an und fordern im Gegenzug die Beendigung der Demonstrationen. Sie erklären sich zum Dialog mit der Bevölkerung bereit, aber über den in der Verfassung festgeschriebenen Führungsanspruch der SED wollen sie nicht diskutieren. Mit kosmetischen Veränderungen ist das Volk jedoch nicht mehr ruhig zu stellen. Im Gegenteil. Die auf Befriedung angelegten Reformangebote beschleunigen den Umbruch nur, denn wenn die SED-Funktionäre die erst abgelehnten Forderungen der Demonstranten dann doch erfüllen, wird das von den meisten nur als ein Indiz der eigenen Stärke aufgefaßt und als Ermutigung zum Aufstellen neuer Forderungen verstanden. Das Volk ist nicht mehr Bittsteller, sondern Souverän, und nun ist es an der SED, sofern sie in den Gang der Dinge noch eingreifen will, ihr Programm, ihre Struktur und ihre Personalentscheidungen an den Wünschen und Forderungen der Mehrheit auszurichten und unter der Bevölkerung um Akzeptanz zu werben.

Ihren Höhepunkt erreichte die zur Volksbewegung gewordene Umwälzung mit dem durch die Masse erzwungenen Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989. Die Öffnung der Grenze zu West-Berlin war keine geplante Aktion der Partei- und Staatsführung, sondern das Ergebnis des Zusammenwirkens einer Reihe von unkontrollierten Faktoren. Schabowskis mißverständliche Äußerung während der Pressekonferenz am Abend des 9. November, die Aufgebrachtheit der an die Grenzen stürmenden Menge, die Unsicherheit der nicht mit den nötigen Befehlen ausgestatteten Grenzsoldaten spielten dabei ebenso eine Rolle wie die Kopflosigkeit der in Bedrängnis geratenen politischen Führung.

4. Wer also führte die ‚Wende‘ herbei?

Besaß das Volk in der DDR vor dem 9. November vier Wochen lang die Souveränität, so verlor es sie danach in dem Maße, wie das enorme Wirt-

schaftsgefälle zwischen Ost und West auf die Verhältnisse in der DDR durchschlug. Dieses Wirtschaftsgefälle war es, das bereits die Reformen in der Sowjetunion notwendig gemacht hatte und das auch den Abbau der Sperranlagen Ungarns zu Österreich provoziert hatte. Es ist falsch, etwa im Handeln Gorbatschows oder im Handeln der ungarischen Regierung die Ursache für den Umbruch in der DDR zu sehen. Diese Handlungen waren die Folgen der enormen wirtschaftlichen Überlegenheit des westlichen über das östliche System. Und daß das Volk in der DDR eine Zeitlang die Führungsrolle des Umgestaltungsprozesses übernehmen konnte, ist ebenfalls Ausdruck ungelöster Spannungszustände, nun allerdings innerer. Nur weil die Entscheidungskompetenzen und die Macht über Jahrzehnte hinweg so einseitig verteilt waren, wie das in der DDR der Fall war, konnte sich der Protest als Massenbewegung konstituieren.

Kurz gesagt, nicht einzelne Handlungen von Oppositionellen oder Reformern, etwa der Aufruf zur Gründung des „Neuen Forums“ oder die Verhinderung von Gewalt durch Funktionäre der SED, haben den Umsturz in der DDR herbeigeführt. Umgekehrt. Nur aufgrund der enormen Ungleichgewichte in der Machtverteilung zwischen oben und unten konnten solch vereinzelt Handlungen wie etwa der Aufruf zur Gründung des „Neuen Forums“ oder die Verhinderung von polizeilicher Gewalt zum Fanal bzw. zum Auslöser einer Massenbewegung werden.¹⁷ Daß es aber überhaupt zu Massenprotesten kam, ist vor allem auf die Sprengung der Geschlossenheit des Systems zurückzuführen, die wiederum eine Folge der Unangepaßtheit des Systems an seine Umwelt darstellt.

¹⁷ Das ist auch der Grund, warum die Bewegung des Umbruchs über die Ziele der einzelnen Akteure – sei es nun das „Neue Forum“ oder der kommunistische Reformer oder das Volk – stets hinausging.

Die Rolle der Kirchen

Die Kirchen im Umbruch der DDR¹

Bis auf weiteres scheinen die Kräfte der Kirchen unverzichtbar für die Neuordnung der DDR zu sein. Doch ihre Rolle hat sich radikal geändert. Seit Ende 1987 bis in den November 1989 hinein hatte sich vor allem die evangelische Kirche zunehmend herausgefordert gesehen, politische Stellvertretung zu üben. Als sich dann die im Freiraum, zuweilen auch im Schatten der Kirche herangewachsene politische Opposition unter Beifall der Kirchenleute selbständig machte und der revolutionäre Umbruch in Gang kam, waren die ersten erleichterten Stimmen zu hören, daß sich die Kirche nun aus dem politischen Felde wieder zurückziehen und auf die Verkündigungsaufgabe und die Seelsorge konzentrieren könne. Doch das war offenbar zu früh. Im nahtlosen Übergang fiel den Kirchen – jetzt war auch die katholische Kirche ganz dabei – immer mehr die Rolle des Vermittlers, des Maklers zu, der den demokratischen Erneuerungsprozeß voranbringt und eingreift, wo er aus dem Ruder zu laufen droht.

Sinnfällig wurde diese Rolle am Runden Tisch. Aus dem Munde von Martin Ziegler erfuhren die DDR-Bürger in der Nacht zum 29. Januar den neuen Wahltermin am 18. März und den Plan, eine Regierung der nationalen Verantwortung zu bilden. Im Hauptberuf leitet der Theologe das Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Doch seit Dezember gehört seine Arbeitskraft überwiegend dem zentralen Runden Tisch. Ziegler moderiert nicht nur im Wechsel mit Monsignore Karl-Heinz Ducke von der katholischen Kirche und dem methodistischen Pfarrer Martin Lange von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen die dort geführten Verhandlungen. Mit dem Apparat und den Mitarbeitern des Kirchenbundes organisierte er das Zustandekommen des Runden Tisches und sicherte dessen Arbeit, bis endlich die Regierung sich bequemte, den Aufbau eines eigenen Büros zu finanzieren.

Nachdem Ende Dezember der Runde Tisch aus dem evangelischen Dietrich-Bonhoeffer-Haus ins Konferenzzentrum Niederschönhausen umgezogen war, boten die kirchlichen Moderatoren den Rückzug zugunsten einer Selbstorganisation der Teilnehmer mit rotierendem

¹ Erstdruck dieses Beitrages: Deutschland-Archiv 23, 1990, 177–180.

Vorsitz an. Doch es erwies sich, daß alle, von der SED bis zu den Grünen, weiter unter kirchlicher Leitung tagen wollten. Nur die Kirchen genießen gegenwärtig bei allen politischen Kräften in der DDR das Vertrauen, daß sie eigene Interessen hintanstellen und sich am Runden Tisch voll der Aufgabe widmen, die unterschiedlichen Parteien und Gruppierungen mit ihren Sachanliegen so miteinander ins Gespräch zu bringen, daß der Prozeß der Erneuerung auch vorankommt.

Das Vertrauen in die kirchliche Institution und viele ihrer Amtsträger ist weithin im Lande verbreitet. Die regionalen und örtlichen Runden Tische kommen ebensowenig ohne Kirchenleute aus wie die zahlreichen sonstigen Bürgerkomitees. Unter Anführung eines Pfarrers wurde im Thüringischen der erste geheime, als Zentrale für Untergrundtätigkeit ausgestattete Bunker der Staatssicherheit entdeckt und gesichert. Und als nach dem Versagen der Regierungsbeauftragten der Runde Tisch eine Dreiergruppe zur Kontrolle der Auflösung des Sicherheitsapparates berief, wurde an erster Stelle dafür der Ost-Berliner evangelische Bischof Gottfried Forck benannt. Vor allem dort, wo Gefahr droht, daß der Volkszorn zu Gewalt führt, wird die Hilfe von Kirchenleuten erbeten.

Das Vertrauen in die Kirchen als konstruktive und vorwärtsbringende Partner im Erneuerungsprozeß der DDR wurzelt in Erfahrungen aus den Jahren vor der „Wende“ ebenso wie in ihrem Vollzug. Als unverdächtig Zeuge dafür äußerte sich der neue SED-PDS-Vorsitzende Gregor Gysi in seinem Grundsatzreferat beim Parteitag Mitte Dezember. Die Erneuerung der DDR sei ohne die aktive Mitwirkung der Kirchen und Religionsgemeinschaften undenkbar, meinte er, und fuhr fort: „Nicht erst in letzter Zeit hat sich ihre Fähigkeit erwiesen, verantwortungsbewußt und sehr sensibel auf gesellschaftliche Prozesse zu reagieren und auf sie einzuwirken. Die Kirchen haben in einer Zeit der Emotionen, berechtigter Empörung, der Erbitterung und des Zorns immer wieder, auch öffentlich, zu Augenmaß und Gewaltlosigkeit gemahnt.“ Ihre Erfahrungen im Umgang mit den verschiedensten gedanklichen Richtungen, in der Kultur des Streits und der geistigen gewaltfreien Auseinandersetzung gewönnen zunehmend an Bedeutung für alle².

Offenbar sehen die mit Blick auf den Wahltermin jetzt schärfer miteinander rivalisierenden politischen Kräfte in der DDR keinen Widerspruch darin, daß die Kirche und kirchliche Amtsträger einerseits überparteilich vermittelnd wirken, an anderer Stelle aber als Sprecher von Bürgergruppen auch Sachanliegen vertreten, und daß schließlich in allen oder doch den meisten neuen Parteien und Gruppen Pfarrer überdurchschnittlich stark vertreten sind. Sie treten allerdings dort in der Regel nicht als Pfarrer, sondern eben in ihren Parteifunktionen auf. Das

² Neues Deutschland vom 18.12.1989.

geht zuweilen so weit, daß sie sich von ihrem kirchlichen Dienst haben freistellen lassen oder ihn nur noch zum Nötigsten versehen. Die Kirchenleitungen sehen das mit Sorge. Spätestens nach den Wahlen wollen sie die Betroffenen auffordern, sich zwischen kirchlichem Amt und herausgehobener parteipolitischer Funktion zu entscheiden.

Eine klare Entscheidung für seine Partei hat bisher erst Martin Kirchner getroffen, der Generalsekretär der sich erneuernden DDR-CDU. Er war als Oberkirchenrat leitender Jurist der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Thüringens. Doch Kirchner ist keineswegs der einzige Funktionsträger der CDU mit kirchlichem Beruf. Anders als bei den übrigen Altparteien ist die Erneuerung der Union von der Parteibasis angestoßen worden. Dort vor allem gab es viele Verbindungen zu Kirchengemeinden. Und kirchliche Mitarbeiter, unter ihnen Kirchner, nahmen im September diese Forderungen in einem „Brief aus Weimar“ auf, der schließlich die Reform der Partei in Gang brachte.

Die CDU will keine Kirchenpartei sein, und die evangelische Kirche behält ihr gegenüber die frühere Distanz bei. Es hat immer schon evangelische Pfarrer und andere Inhaber kirchlicher Funktionen gegeben, die der DDR-CDU angehörten. Trotz des damaligen scharfen Gegensatzes zwischen der Kirche und der SED-hörigen Union sind sie toleriert worden, wenn sie auf Versuche politischer Unterwanderung verzichteten. In der katholischen Kirche galt für Priester Mitgliedschaft in der CDU als nicht zulässig. Doch jetzt haben, Berichten aus dem Raum Halle zufolge, katholische Geistliche ihre Gläubigen aufgefordert, nunmehr der CDU beizutreten.

In der evangelischen Kirche will man sich keiner Partei verbinden, auch den neuen nicht, die überwiegend im Umfeld der Kirche entstanden sind. Die Sozialdemokratische Partei der DDR wurde am 7. Oktober in einem dörflichen Pfarrhaus gegründet, ihr Berliner Bezirksverband später in der Sophienkirche. Auch die Grüne Partei nennt eine Kirche als Gründungsort. Dem Neuen Forum gehören wie dem Demokratischen Aufbruch mehrere bekannte Pfarrer an. Die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt rekrutiert sich im Kern aus dem Initiativkreis „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ und dem Friedenskreis der Ost-Berliner evangelischen Bartholomäus-Gemeinde. Der Initiativkreis gegen Abgrenzung hatte sich in den Jahren zuvor mit entsprechenden Anträgen an die Berlin-Brandenburgische und die Bundessynode gewandt.

Hier ist die Verbindung zwischen politischer Gruppenbildung im kirchlichen Raum und inhaltlichem politischen Engagement der evangelischen Kirche als Ganzer besonders deutlich. Zwar hat der Antrag des Initiativkreises gegen Abgrenzung – es handelte sich faktisch um eine Absage an die Grundlagen der SED-Herrschaft in der DDR – vordergründig bei den Synodalverhandlungen keinen Erfolg gehabt. Er

brachte jedoch die nach Abflauen der Friedensbewegung etwas erlahmte kirchliche Debatte um die kritische Positionsbestimmung der „Kirche im Sozialismus“ neu in Gang. Die kirchliche Institution als Ganze war dadurch besser vorbereitet für die Aufgabe, stellvertretend politisch tätig zu werden, die sich im Herbst 1987 und vor allem seit Januar 1988 zwingend stellte.

Es sei daran erinnert, daß der Vorsitzende des evangelischen Kirchenbundes, Landesbischof Werner Leich, nach einer Reihe von Konflikten das Gespräch mit Honecker suchte. Er verlangte vergeblich von ihm, der Bevölkerung konkrete Hoffnungszeichen für politische Veränderungen zu geben. Angesichts massiver Kritik aus dem Politbüro an den politischen Fürbitt- und Friedensgottesdiensten nach den Zusammenstößen zwischen Staatsmacht und Demonstranten erklärte Leich dem SED- und Staatschef, die Kirche habe sich diese Rolle nicht ausgesucht. Sie müsse sich aber so lange stellvertretend der politischen Wünschen und Sorgen der Bevölkerung annehmen, wie sich die eigentlich zuständigen Organe von Staat und Gesellschaft dem Dialog verweigerten.

Seitdem sind der Kirchenbund und die ihm zugehörigen Landeskirchen immer deutlicher mit Kritik und Forderungen nach grundlegenden Reformen in der DDR öffentlich hervorgetreten. Sie konnten sich dabei auch auf einen zunehmenden ökumenischen Basis-Konsens stützen, der in einer von allen Kirchen in der DDR, auch der zunächst zögernden römisch-katholischen, beschickten Ökumenischen Versammlung zwischen Februar 1988 und April 1989 erarbeitet wurde. Die Bundessynode im Herbst 1988 forderte unverblümt den Dialog über einen ganzen Strauß von der SED tabuisierter Fragen. Nach den wiederum vielfach von kirchennahen Gruppen nachgewiesenen Fälschungen der Kommunalwahlergebnisse vom 7. Mai 1989 wurde die Amtskirche überall bei den Räten der Bezirke vorgestellt. Als diese Interventionen keinen Erfolg brachten, verlangte die Bundessynode im September schließlich Demonstrationsfreiheit, Parteienvielfalt und freie Wahlen.

Bei alledem aber vermied die evangelische Kirche, sich selber als politische Opposition zu erklären oder sich entsprechend zu verhalten. Weder die sozialistische Verfassung der DDR noch der in ihr fixierte Führungsanspruch der SED wurden grundsätzlich in Frage gestellt und folglich auch keine Alternativen dazu ins Gespräch gebracht. Vielmehr waren öffentliche Erklärungen immer appellativ formuliert. Sie forderten Veränderungen durch und mit der SED, nicht gegen sie. Diese Zurückhaltung mag mit ein Grund dafür gewesen sein, daß die aus der unabhängigen Friedensbewegung seit Ende der siebziger Jahre entstandenen Gruppen immer stärker aus dem Schatten der Kirche herausstrebten, um sich selbständig politisch zu formieren.

Ibrahim Böhme, Geschäftsführer der DDR-SPD, nannte in einem Ende Oktober geführten Interview weitere Gründe. Man habe seit zwei

oder drei Jahren erkannt, „daß die Menschenrechts-, Friedens- und Ökologiebewegung zu stagnieren begann. Wir hatten keinen Zulauf mehr. Unsere Thematik erschöpfte sich. Es war immer deutlicher zutage getreten: Die Staatsmacht der DDR kann mit dieser Bewegung umgehen. Einmal mit dem Versuch, über Kirchenleitungen die besonders kirchlich nahestehenden Menschenrechts-, Friedens- und Ökologiegruppen zu disziplinieren, oder andererseits andere zu unterwandern. Aber es war auch wirklich eine zunehmende Abnahme an Substanz in der Bewegung vorhanden. Wir suchten also nach Formen, sich strukturell verbindlich dem System mit dem Anspruch auf Erneuerungswirkung zu stellen, und suchten erst einmal nach inhaltlicher Verbindlichkeit.“³

Die kirchlich Verantwortlichen haben in der Abnabelung der Gruppen von der Kirche einen positiven Prozeß gesehen. Sie sind der Versuchung entgangen, die politische Stellvertretung fortzuführen, als die SED umschaltete und dies plötzlich von ihnen wünschte. Die Partei wollte versuchen, den von ihr schließlich verkündeten Dialog ausschließlich mit den SED-abhängigen gesellschaftlichen Organisationen, ergänzt durch die Kirchen, zu führen. Dem aber setzten überall Kirchenvertreter die Forderung nach Anerkennung des Neuen Forums und anderer neuer Gruppen, nach Räumen für sie und nach ihrer Beteiligung am politischen Prozeß entgegen.

Dies Verhalten hat gewiß das Vertrauen der neuen Parteien und Gruppen zur Kirche gefördert und auch dann nicht Mißtrauen aufkommen lassen, als Bischof Leich am 18. Oktober eine Gesprächseinladung des wenige Stunden zuvor gekürten SED-Generalsekretärs Egon Krenz annahm, die dann medienwirksam inszeniert zur Stützung der Reputation des neuen Mannes genutzt wurde. Sehr bald wurde deutlich, daß die Kirchenleute auch hier für die neuen Gruppen eingetreten waren. Und vor allem hatten sie Krenz mit den in Dresden und Berlin kirchlich gesammelten Zeugenberichten über Mißhandlungen von Demonstranten auf der Straße und in der Haft am 7. und 8. Oktober konfrontiert und staatliche Untersuchung verlangt.

Hinzu kommt als vielleicht entscheidender Faktor, daß die großen Demonstrationen in Leipzig und Dresden aus den Kirchen heraus erwachsen. Nicht nur in Leipzig war Ausgangspunkt das kontinuierlich durchgehaltene Friedensgebet. Kirchenleute waren so von Beginn an in den revolutionären Prozeß integriert. Sie übernahmen Mitverantwortung für die Demonstrationen und nutzten ihre Verbindungen zu den Behörden, um durch Vertrauensbildung Gewaltlosigkeit zu erreichen.

Im Rückblick fällt auf, wie wenig seitens der evangelischen Kirche eigene Themen vorgebracht, eigene Interessen in den Vordergrund

³ Gerhard Rein (Hrsg.), Die Opposition in der DDR: Entwürfe für einen anderen Sozialismus. Berlin-West 1989, 99 f.

gestellt wurden. In den Äußerungen der Konferenz der Kirchenleitungen (KKL) dominierte der Ruf zur Gewaltlosigkeit, die Sorge über die Abwanderer und um die Regierbarkeit des Landes. Das Ziel gesellschaftlicher Versöhnung wurde sichtbar. Am 8. Dezember hieß es in einer Erklärung der KKL:

„In diesen Tagen haben wir die Achtung vor der Würde des anderen und den Willen zum Zusammenstehen erneut zu bewähren. Trotz unseres Zorns über aufgedeckte Gewalt, Lüge, Veruntreuung dürfen wir nicht in Haß und Rachedgedanken verfallen. Die Achtung der Menschenwürde ist unteilbar. Selbst die Schuldigen haben noch an ihr teil. Niemand, auch wir nicht, können unsere Hände in Unschuld waschen. Das sagen wir als evangelische Kirche von uns selbst. Wir haben schon vor Jahren öffentlich geredet, als viele noch schwiegen. Aber wir haben auch oft geschwiegen, wo wir hätten reden sollen. Die beständige Suche nach Hauptschuldigen in unserer Gesellschaft und ihre öffentliche Verurteilung entlasten nicht...“

Anlaß zu vergleichbaren selbstkritischen Erwägungen fand die katholische Berliner Bischofskonferenz nicht. In ihrem Hirtenbrief zum Jahreswechsel forderte sie die katholischen Laien zu politischer Aktivität auf und erklärte:

„Es sind die gleichen Grundsätze, die unser bisheriges Verhalten bestimmen. Seinerzeit ließen sie uns gegenüber dem Machtanspruch des sozialistischen Staates unter der Führung der SED eine klare Haltung der Verweigerung einnehmen und die Beziehungen auf unbedingt notwendige Sachgespräche beschränken. Heute ist angesichts einer Entwicklung, die auf ein sich demokratisch öffnendes Gemeinwesen hin geht, eine engagierte Mitwirkung von uns alles gefordert.“⁴

⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. 1. 1990.

Zur Stellung der Kirchen in den gesellschaftlichen Veränderungen der DDR

Untersucht anhand von offiziellen Stellungnahmen der Kirchenleitungen und kirchlicher Amtsträger

1. Zum Selbstverständnis der Kirchen nach Gründung des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR

Bevor Aussagen über die Stellung der Kirchen in den gesellschaftlichen Wandlungsprozessen im Herbst 1989 in der DDR gemacht werden können, muß zunächst festgehalten werden, wie sich die Kirchen in der DDR grundsätzlich verstanden. Doch erscheint es weder sinnvoll noch notwendig, das Selbstverständnis der Kirchen während der gesamten vierzigjährigen DDR-Geschichte zu betrachten. Denn das einschneidende Ereignis für die Standortbestimmung der Kirchen war die Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen der DDR im Jahre 1969. Seit dieser Zeit waren die Kirchen in der DDR auch organisatorisch von den Kirchen der EKD getrennt, und insofern mußte von da an ein eigenes Selbstverständnis entwickelt werden. Dies vollzog sich in wesentlichen Fragen in den siebziger Jahren.

Die Begegnung am 6. März 1978 zwischen dem damaligen Staatsratsvorsitzenden Honecker und dem Vorsitzenden der Konferenz der Kirchenleitungen Schönherr war zwar ein wichtiges Ereignis für die Beziehungen zwischen Staat und Kirche¹, trug aber nicht zu einem neuen Selbstverständnis seitens der Kirchen bei. Die Bedeutung dieses Datums ist vielmehr darin zu sehen, daß die Kirchen und Christen durch diese Begegnung eine offizielle gesellschaftliche Aufwertung erfuhren.

¹ Vgl. Nowak, Kurt, Christsein in der DDR, in: ders., Jenseits des mehrheitlichen Schweigens: Texte von Juni bis Dezember des Jahres 1989. Berlin-Ost 1990, 25–41, hier 28.

1.1. Aufgabenbeschreibung

Die Kirche sah in der „Umkehr zu Gott“, in der „Hinkehr zum Nächsten“² und in der Verkündigung der „Botschaft von der freien Gnade... an alles Volk“³ ihre Aufgabe. Eine umfassende Beschreibung dieses Auftrags findet sich in einer Ausarbeitung des Ausschusses Kirche und Gesellschaft des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Diese Ausarbeitung wurde unter dem Titel „Zeugnis und Dienst der evangelischen Kirchen und Christen in der sozialistischen Gesellschaft der DDR“ 1973 vorgelegt. Dort wird unterstrichen, daß „die Sendung (missio) nicht eine Lebensäußerung der Kirche unter anderen ist, sondern ihr Wesen ausmacht“. Darum kann es der Kirche nicht frei gestellt sein, „für sich zu leben, sondern sie ist durch ihre Berufung zu den Menschen gesandt“. Sie will zur Beteiligung an der Verantwortung der Gesellschaft ermutigen und der Versuchung widerstehen, „sich resigniert mit dem Bestehenden abzufinden, sich opportunistisch anzupassen und sich auf ein privates Glück zurückzuziehen“.⁴ 1976 stellte sich der Ausschuß der Frage: Wie wird das Evangelium über die Motivation hinaus für das Engagement von Christen im gesellschaftlichen Leben wirksam? Seine Antwort lautete: Aus dem Evangelium, das die Welt verändert, leitet sich die Aufgabe christlicher Weltverantwortung ab, einer weltverändernden Kraft zur Wirksamkeit zu verhelfen. Damit werden „für Handeln aus dem Glauben nicht nur Motivation, sondern zugleich auch Ziele“ vermittelt.⁵

Solche Ziele sind Seelsorge, Verkündigung und Diakonie. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben ist zunächst der einzelne Mensch, das Individuum im Blick. Dabei wendet sich Kirche an den ganzen Menschen in

² Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen 1970. Hekt. zitiert nach: Zeddies, Helmut, Zur Wirkungsgeschichte von Zwei-Reiche-Lehre und Lehre von der Königsherrschaft Christi in den evangelischen Kirchen in der DDR, in: Gemeinsam unterwegs: Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR 1980–1987/hrsg. vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Berlin 1989, 289–332, hier 300.

³ Kirche für andere – Zeugnis und Dienst der Gemeinde: Bericht des Themenausschusses der Bundessynode 1971, in: Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1971. Gütersloh 1971, 281. Zitiert nach: Zeddies, Helmut, a. a. O., 300.

⁴ Zeugnis und Dienst der evangelischen Kirchen und Christen in der sozialistischen Gesellschaft der DDR. 1973. Hekt. zitiert nach Zeddies, Helmut, a. a. O., 301.

⁵ Wie wird das Evangelium über die Motivation hinaus für das Engagement von Christen im gesellschaftlichen Leben wirksam? Ausarbeitung des Ausschusses „Kirche und Gesellschaft“. 1976. Hekt. zitiert nach Zeddies, Helmut, a. a. O., 302.

allen seinen Bezügen und klammert von vornherein keinen Bereich menschlichen Lebens aus. Sie läßt sich in ihrem Wirken nicht auf die Privatsphäre bzw. den Freizeitsektor festlegen. Kirchliches Handeln ist folglich nicht nur individuell ausgerichtet, sondern ebenso auf die gesamte Gesellschaft bezogen. Das Wirken der Kirche gilt sowohl dem ganzen Menschen wie auch allen Menschen. Kirche möchte eine „Kirche für andere“⁶ sein. Gerade auch das Tun des einzelnen Christen bzw. der Gemeinden sollte sich nicht binnenkirchlich vollziehen, sondern in die Gesellschaft hineinwirken.

1.2. Ortsbestimmung

„Eine Zeugnis- und Dienstgemeinschaft von Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik wird ihren Ort genau zu bedenken haben: In dieser so geprägten Gesellschaft, *nicht neben ihr, nicht gegen sie.*“⁷ Kirche wollte also ihren Auftrag nicht ganz allgemein irgendwo erfüllen, sondern sie sah es als ihre Aufgabe an, „das Evangelium in einer sozialistischen Umwelt zu verkünden und zu leben.“⁸ „Dies bedeutete, daß die Kirchen im Wissen um den Charakter dieser Gesellschaftsordnung und ihrer ideologischen Prägung es für unausweichlich hielten, sich nicht nur auf sie einzulassen, sondern sie als die ihnen von Gott zugewiesene Situation anzunehmen.“⁹ Die Kurzformel für das kirchliche Selbstverständnis hieß „Kirche im Sozialismus“, doch damit war weder eine „sozialistische Kirche“ noch eine „sozialistische Theologie“ gemeint.¹⁰ Es ging der Kirche um eine Ortsbestimmung, die prinzipiell sinnvoll erscheint, weil der Ort untrennbar zum Auftrag dazugehört. Da diese Ortsbestimmung aber nicht durch einen geographischen, sondern durch einen ideologischen Begriff vorgenommen wurde, war sie in der Folge-

⁶ Rathke, Heinrich, Kirche für andere – Zeugnis und Dienst der Gemeinde: Landesbischof Dr. Heinrich Rathke vor der Bundessynode im Juli 1971 in Eisenach, in: Kirche als Lerngemeinschaft: Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR/hrsg. vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Berlin 1981. 173–184.

⁷ Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen 1971, in: Kirche als Lerngemeinschaft, a. a. O., 172.

⁸ Kirche für andere – Zeugnis und dienst der Gemeinde: Bericht des Themenausschusses der Bundessynode 1971, a. a. O., 281. Zitiert nach Zeddies, Helmut, a. a. O., 304.

⁹ Zeddies, Helmut, a. a. O., 304.

¹⁰ Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen 1973, MBI 3/1973, in: Kirche als Lerngemeinschaft, a. a. O., 185.

zeit nicht unumstritten. So kam es zu mehreren Konkretisierungsversuchen dieser ideologisch mißverständlichen „Leerformel“¹¹.

Was inhaltlich mit dieser Formel „Kirche im Sozialismus“ gemeint war, wurde 1973 auf der Bundessynode deutlich gemacht. Es ging darum, eine Kirche zu sein, die den Christen und Gemeinden hilft, ihren Weg in der sozialistischen Gesellschaft und in der Welt insgesamt in der Freiheit und Bindung des Glaubens zu finden. Sie wird sich dort in die Gesellschaft einbringen, wo menschliches Leben zu erhalten oder Gefahr von ihm abzuwenden ist. Es ist möglich, daß Christen Nöte und Probleme in der eigenen Gesellschaft bzw. in der Welt unter dem Gebot und der Verheißung Gottes anders sehen, als andere dies von ihren Voraussetzungen her tun. D. h., wo es nötig ist, werden auch kirchlicherseits Anfragen bei zuständigen Stellen oder in der Öffentlichkeit geltend gemacht. Damit wird keine gesellschaftliche Sonderstellung beansprucht, sondern Gottes Wille ernst genommen und somit auch nicht verschwiegen, was den Christen im Nachdenken vor Gott klar geworden ist.¹²

Seit 1971 verstand sich der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR als Kirche in der sozialistischen Gesellschaft bzw. im Sozialismus. D. h., der Status quo des real existierenden Sozialismus und des Systems wurde von den Kirchen nicht in Frage gestellt. Allerdings hatte Kirche ein anderes Sozialismus- bzw. Systemverständnis als die Machthaber in Staat und Partei. Kirche hatte die Hoffnung auf einen verbesserlichen Sozialismus. Er wurde von ihr nicht als starres, geschlossenes System verstanden, sondern als ein geschichtsoffenes System. Und so stellte die Kirche auch eine gesellschaftsdynamisierende Kraft dar und hatte nicht nur eine systemstabilisierende Funktion.¹³ Die Kirche behielt sich „das Recht zu einem freimütigen Ja und gegebenenfalls auch zu einem freimütigen Nein“ vor.¹⁴ Sie bewegte sich in ihrem Verhältnis zum Staat auf dem schmalen Weg zwischen Anpassung und Opposition.¹⁵ „Die Kirchen waren . . . sowohl staatsloyal wie staatskritisch, sowohl Partner wie Mahner, und dies alles je nach Umständen einmal mehr, einmal weniger

¹¹ Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen 1977. MBI 3–4/1977. zitiert nach Zeddies, Helmut, a. a. O., 304; vgl. auch Zeddies, Helmut, a. a. O., 305 f.

¹² Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen 1973. MBI 3/1973, in: Kirche als Lerngemeinschaft, a. a. O., 184 ff.

¹³ Krusche, Werner, Zwischen Anpassung und Opposition: Gespräche über den zurückliegenden Weg der „Kirche im Sozialismus“, in: Übergänge 16, 1990, 51–56, hier: 52.

¹⁴ Beschluß der Synode des Bundes zum Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 23. September 1986. MBI 1–3/1987. zitiert nach Zeddies, Helmut, a. a. O., 306.

¹⁵ Krusche, Werner, a. a. O., 51.

... In ihrer Kritik wie in ihrer Loyalität sahen sich die Kirchen und Christen der DDR legitimiert durch ihre Verantwortung für das *bonum commune*, das allgemeine Wohl.¹⁶ Indem Kirche nicht die Frage nach der Legitimität der SED-Macht stellte und z. B. auch dreißig Jahre lang nichts zu den Wahlen sagte, versuchte sie, sich den erkämpften einzigen staatsfreien Raum in der DDR zu erhalten oder sogar noch auszubauen.¹⁷ Es ging ihr darum, diesen Freiraum um ihres Auftrages willen möglichst nicht zu gefährden.¹⁸

2. Zur Rolle der Kirchen in den gesellschaftlichen Veränderungen

Daß es auf dem „schmalen Weg zwischen Anpassung und Opposition“ auch gewisse Spielräume gab, beweist das Spektrum der unterschiedlichen kirchlichen Äußerungen von der Bundessynode im September 1988, über die 3. Ökumenische Versammlung im April 1989, der Erklärung zu den Kommunalwahlen im Juni 1989 bis hin zu den Stellungnahmen von Anfang September 1989 bis April 1990.

Zeichen für die Angepaßtheit der Kirche an staatliche Erwartungen bzw. staatlichen Druck lassen sich in mehreren kirchlichen Äußerungen finden. So hieß es im Juni 1989: „Autorität und Stabilität des Staates brauchen Durchschaubarkeit und Wahrhaftigkeit ... Übertriebene Aktionen oder Demonstrationen sind kein Mittel der Kirche.“¹⁹ In der ersten Oktoberhälfte wird „die dringende Bitte (geäußert), jetzt Ungeduld im Zaum zu halten. Wer jetzt laut trommelt und Ungeduld auf den Straßen und in den Betrieben riskiert, gefährdet die Fortsetzung der jetzt begonnenen positiven Entwicklung“.²⁰ Doch ohne die Ungeduld auf den Straßen und ohne die Bereitschaft, die Legitimität eines selbtherrlichen Regimes zu hinterfragen, wäre es überhaupt nicht zu jener „positiven Entwicklung“ gekommen. Kirche akzeptierte den Staat als Autorität und stellte sich ihrem „begrenzten politischen Mandat“ nur mit Worten, aber nicht mit Taten, indem sie die Demonstrationen ablehnte. „Die Zeit der Geheimdiplomatie Kirche-Staat ist vorbei ... Übrigens

¹⁶ Nowak, Kurt, Christsein, a. a. O., 29.

¹⁷ Krusche, Werner, a. a. O., 51 ff.

¹⁸ Vgl. Pollack, Detlef, Das Ende einer Organisationsgesellschaft: Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR, in: Zeitschrift für Soziologie 19, 1990, 292-307, hier 298.

¹⁹ Erklärung zu den Kommunalwahlen in der DDR: Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, Konferenz der Kirchenleitungen Berlin, 2.-3. 6. 1989, in: epd Dokumentation 44/1989, 41.

²⁰ Stolpe, Manfred, Der Bürger muß erfahren, daß ihm Vertrauen geschenkt wird: Interview mit Konsistorialpräsident Manfred Stolpe, in: Neue Zeit vom 13. 10. 1989, 3.

müssen wir nichts mehr verbergen, weil der Staat uns nicht mehr darum bittet.“²¹ Diese Äußerung macht zum einen deutlich, daß es eine „Geheimdiplomatie“ zwischen Staat und Kirche gegeben hat. Auf der anderen Seite läßt sich daran auch ablesen, wie groß die vielleicht unbewußte Angst auf kirchlicher Seite war, in ihrem Freiraum beschnitten zu werden, und wie groß der Druck war, den der Staat direkt, durch bestimmte Weisungen, bzw. indirekt, nämlich durch sein Machtmonopol, auf die Kirche ausübte. Das hat innerhalb der Kirche dazu geführt, daß nur ausgewählte Mitarbeiter über bestimmte Fragen Bescheid wußten. So entstand der wohl begründete Eindruck, daß auch in der Kirche nur ungenügend und unvollständig informiert wird, und genau das hat man ja Staat und Partei vorgeworfen. Es gab „Spannungen, Mißverständnisse und Intoleranz“ als „Folge der ungenügenden Kommunikation zwischen Basis und Leitung, zwischen Pfarrern und Laien“ in der Kirche. „Das kann kaum anders sein. Die Kirche ist stets ein Teil der Gesellschaft, in der sie sich organisiert.“²² Zugespitzt formuliert heißt das: Da das Funktionieren der gesamten DDR-Gesellschaft auf Anpassung basierte²³, mußte sich auch die Kirche angepaßt verhalten. Mit diesem Verhalten setzten sich die Kirchen zwischen die Stühle und bekamen es auch zu spüren. „Die auf Reform drängenden Basisgruppen warfen den Kirchenvertretern laues Taktieren vor und beschimpften sie als liebedienernde Pfaffen des Staates, so beispielsweise im Februar 1988 in Dresden, als der sächsische Kirchenpräsident händeringend zu Kompromiß, Diskurs und Dialog aufforderte. Aber auch von der Staatsmacht bekam die Kirche harsche Worte zu hören. Ihr auf Ausgleich nach beiden Seiten bedachter Kurs erschien aus der Optik der SED als Preisgabe des 1978 geschmiedeten Bündnisses, als ein der Kirche nicht zustehendes Eingreifen in die Politik.“²⁴

Allerdings muß betont werden, daß solch ‚angepaßtes‘ Verhalten immer im Zusammenhang mit dem Bemühen der Kirche um Bewahrung ihrer Eigenständigkeit stand. Die Friedensgebete in Leipzig und die Fürbitt-Andachten in Dresden-Gittersee wurden trotz des staatlichen

²¹ Stolpe, Manfred, Die Zeit der „Geheimdiplomatie“ Kirche-Staat ist vorbei: Anfragen der „Neuen Zeit“ bei Manfred Stolpe zu Vorwürfen in der ARD-Sendung „Kontraste“, in: Neue Zeit vom 23. 11. 1989, 1 f.

²² Krusche, Günter, Das prophetische Wächteramt: Die zukünftige Rolle der Kirche, in: Aufbruch in eine andere DDR: Reformen und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes/hrsg. von Hubertus Knabe. Reinbek 1989, 98-106, hier 106.

²³ Vgl. den Beitrag von Pollack, Detlef, Ursachen des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR aus systemtheoretischer Perspektive, in diesem Band.

²⁴ Nowak, Kurt, Christsein, a. a. O., 32.

Druckes nicht abgesetzt.²⁵ Schon im März 1989 war vom damaligen Vorsitzenden der Konferenz der Kirchenleitungen Landesbischof Leich die Änderung der Formel „Kirche im Sozialismus“ angeregt worden.²⁶ Damit wurde eine deutliche Kritik am real existierenden Sozialismus geübt. Leich bemängelte, „daß die Begriffe ‚Kirche‘ und ‚Sozialismus‘ nie inhaltlich geklärt würden“.²⁷ Bischof Demke hielt es für ein Zeichen der Erstarrung, „wenn als höchstes Gut des Landes die Ruhe betrachtet wird“. Ihm kam es darauf an, diese „Starre zu durchbrechen“.²⁸ Damit ermutigte er die Gemeinden und Mitarbeiter zu einer lebendigen Unruhe und entschied sich für das Austragen der vorprogrammierten Konflikte und die Bewältigung der anstehenden Probleme durch Veränderung.

Wenn durch die Kirche Stellung zu gesellschaftlichen Fragen genommen wurde, geschah das zumeist recht vorsichtig und zurückhaltend. Die Kirche hat „die Fragen der gesellschaftlichen Verantwortung im Gestus des Bittenden“ bei Staat, Partei oder den jeweils zuständigen Behörden vorgetragen.²⁹ Das führte dazu, daß sie versuchte, in ihren Äußerungen klare Analysen der Lage zu umgehen und sich darauf beschränkte, ihre jeweilige Befindlichkeit auszudrücken. Es wurde z. B. gesagt: Wir sind „erschrocken“, „beunruhigt“ und „besorgt“ über die Ereignisse im Zusammenhang mit der Kommunalwahl und „verstehen die Empörung, die manche ergriffen hat“, obwohl punktuell nachgewiesen war, daß die Wahlergebnisse gefälscht worden waren.³⁰ „Die Synode ist bestürzt“, daß jahrelang angemahnte Sachgespräche von staatlicher Seite abgesetzt wurden³¹, anstatt zu sagen, daß solches Vorgehen seitens

²⁵ Vgl. Hempel, Johannes, An alle Pfarrer und Pastorinnen der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens mit der Bitte um Weitergabe an die Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Kirchenvorstände in ihrem Bereich, an die Landessynodalen, an die im Ruhestand lebenden Mitarbeiter, Witwen und Hinterbliebenen. Dresden 1989. Hekt.; Richter, Johannes, Wir sind Sachsen, in: Die Opposition in der DDR: Entwürfe für einen anderen Sozialismus/hrsg. von Gerhard Rein. Berlin-West 1989, 182–187.

²⁶ Thomas, Gerhard, Anstöße: Kommentar, in: Die Kirche vom 26. 3. 1989, 1; vgl. auch Nowak, Kurt, Christsein, a. a. O., 26.

²⁷ Thomas, Gerhard, a. a. O., 1.

²⁸ Demke, Christoph, Brief an Mitarbeiter und Gemeindeglieder, Magdeburg, Ende August 1989 (mit einem Anschreiben an die Pfarrer vom 3. 9. 1989), in: epd Dokumentation 44/1989, 38–41.

²⁹ Ziemer, Christof, Die Weisheit des Volkes ist noch nicht erloschen, in: Die Opposition in der DDR, a. a. O., 188–196, hier 193.

³⁰ Erklärung zu den Kommunalwahlen, a. a. O., ; vgl. auch Nowak, Kurt, Die DDR im Umbruch – Erfahrungen aus Leipzig, in: ders., Jenseits des mehrheitlichen Schweigens, a. a. O., 52–60.

³¹ Beschluß zur Lage im Lande: Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Eisenach, 15.–19. 9. 1989, in: Die Opposition in der DDR, a. a. O., 214–217.

des Staates nur auf Grund des Machtgefälles möglich war. Die Massenauswanderung war es, die die Bundessynode dazu „zwingt“, die „Ursachen dafür zu benennen, daß offensichtlich viele ... in unserem Land und für unser Land keine Zukunft mehr sehen.“³² Offenbar steht hinter dieser Zurückhaltung ein Gefühl der Machtlosigkeit und Abhängigkeit, das zu einer gewissen Sprachlosigkeit auch auf Seiten der Kirchen führte. Es ist zu vermuten, daß die Erfahrungen aus den fünfziger Jahren bei einigen kirchenleitenden Persönlichkeiten die oben schon angesprochene Angst nährten, daß der Freiraum der Kirche wieder eingeschränkt und die kirchlichen Rechte beschnitten werden könnten.³³ Nachdem es im Umfeld des 40. Jahrestages der DDR zu Demonstrationen gekommen war, sprach der sächsische Landesbischof von „öffentlichen Ansammlungen von Tausenden von Menschen“.³⁴ Allem Anschein nach wurde der umgangssprachlich gebräuchliche Begriff „Demonstration“ hier bewußt vermieden, obwohl schon in der Leipziger Volkszeitung vom 10. 10. 1989 von einer „nicht genehmigten Demonstration“ am Vortag die Rede war.

In allen von mir betrachteten Texten aus dem Zeitraum von September 1988 bis Oktober 1989 wurde zu „Dialog“, „Gespräch“, „offenem Meinungsstreit“ aufgerufen bzw. deren Notwendigkeit betont.³⁵ In den Zei-

³² Ebd.

³³ Vgl. Pollack, Detlef, Das Ende einer Organisationsgesellschaft, a. a. O.

³⁴ Hempel, Johannes, Wort des Landesbischofs an die Gemeinden der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens mit der Bitte an alle Pfarrer und Pfarrerinnen, es am 21. Sonntag nach Trinitatis (15. 10. 1989) im Gottesdienst von den Kanzeln zu verlesen. Dresden 1989. Hekt.

³⁵ Beschluß zu Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs: Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Dessau, 20. 9. 1988, in: Die Opposition in der DDR, a. a. O., 202–204; Beschluß zur Lage im Lande, a. a. O.; Brief an Erich Honecker vom 2. 9. 1989 (Kanzelabkündigung am 10. 9. 1989): Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, Konferenz der Kirchenleitungen, in: epd Dokumentation 44/1989, 37; Demke, Christoph, a. a. O.; Ergebnisse der 3. Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Dresden, 26.–30. 4. 1989, Manuskriptdruck – Nur für den innerkirchlichen Gebrauch – Dresden 1989; Erklärung zu den Kommunalwahlen, a. a. O.; Hempel, Johannes, Tätigkeitsbericht Teil III, Herbstsynode 1989, Dresden 1989. Hekt.; Hempel, Johannes, Wort an die Gemeinden, a. a. O.; Kundgebung an die Gemeinden (für die Verlesung im Gottesdienst am 23. Sonntag nach Trinitatis, dem 29. Oktober 1989, vorgesehen): Evangelisch-Lutherische Landessynode Sachsens. Dresden 1989. Hekt.; Schönherr, Albrecht, Statt Konfrontation Kooperation für eine friedlichere Welt: Grußwort an die Teilnehmer einer Veranstaltung des Nationalrates der Nationalen Front der DDR und des Staatssekretärs für Kirchenfragen anläßlich des Nationalfeiertages, in: Neue Zeit vom 28. 10. 1989, 5; Schorlemmer, Friedrich, Laßt uns die Wahl! in: Die Opposition in der DDR, a. a. O., 138–149; Stolpe, Manfred: Der Bürger muß erfahren, daß ihm Vertrauen geschenkt wird, a. a. O.

ten der Sprachlosigkeit war Kirche der einzige Sprachmittler.³⁶ Ebenso wurden die drängenden gesellschaftlichen Probleme benannt, allerdings in sehr unterschiedlicher Deutlichkeit. Während auf der Bundessynode 1988 in Dessau die gesellschaftlichen Schwierigkeiten und auch Lösungsvorschläge aufgezeigt wurden, fanden sich in den Texten der 3. Ökumenischen Versammlung und der Bundessynode 1989 in Eisenach kritischere Äußerungen. Nun wurden auch die Ursachen der gesellschaftlichen Probleme angesprochen. Freilich, das Machtmonopol der SED als solches wurde nie als Ursache für gesellschaftliche Mißstände benannt. Alle gedachten, erbetenen und (weniger) geforderten Veränderungen sollten sich im Wesentlichen im Rahmen des bestehenden Systems vollziehen. „So wurde auch die Kritik am bestehenden Sozialismus in der Regel so artikuliert, daß der Marxismus beim Wort genommen wurde, nur selten wurde dagegen die westliche Sozialismuskritik übernommen.“³⁷

In ungewohnter Klarheit artikuliert sich die Synode der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens in ihrer Kundgebung, die am 23. 10. 1989 in den Gottesdiensten verlesen wurde. Nachdem zunächst die drängendsten Probleme wie „tiefe Vertrauenskrise zwischen Volk und Staatsführung“, „Ausreisewelle“, „Demonstrationen und dabei erlittene Gewalt“ und die „verhängnisvolle Doppelzüngigkeit“ in der ganzen Gesellschaft benannt worden waren, forderten die Synodalen: Wahrhaftigkeit *muß* ein Grundwert unserer Gesellschaft werden; die Machtausübung *muß* begrenzt werden und unter unabhängiger Kontrolle stehen; die „klare Trennung der Zuständigkeiten von Partei und Regierung ist nötig“. „Dem steht der verfassungsmäßig garantierte Führungsanspruch der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland entgegen. Kritik und Widerspruch zur Regierungspolitik müssen unter dem Schutz des Rechtes stehen und in organisierten Formen möglich sein.“³⁸ Damit wird meines Erachtens erstmals das Machtmonopol der SED seitens der Kirchen öffentlich in Frage gestellt und die Forderung nach der Anerkennung einer gesellschaftlichen Opposition erhoben.

Der Blick der Kirche war nicht allein auf Probleme in der eigenen Gesellschaft gerichtet. Die Kirche war sich auch ihrer weltweiten (ökumenischen) Verantwortung bewußt. Schon in den Dokumenten der 3. Ökumenischen Versammlung wurde dies, besonders im Text der Arbeitsgruppe 2 „Leben in Solidarität – eine Antwort auf weltweite Strukturen der Ungerechtigkeit“, formuliert. In Zusammenhang mit

³⁶ Krusche, Günter, Das prophetische Wächteramt, a. a. O., 104

³⁷ A. a. O., 101; vgl. auch Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen 1985, MBI 5–6/1985. zitiert nach Zeddies, Helmut, a. a. O., 306.

³⁸ Kundgebung an die Gemeinden, a. a. O.

dem Wahrnehmen der globalen Verantwortung wurde auch Kritik an unserer Art und Weise zu leben und zu wirtschaften geübt.³⁹ „Selbstbesinnung und Selbstbegrenzung“ sollten „zu den rettenden Stichworten werden“, um einen Weg aus der „selbsterstörerischen Zivilisationsform“, in der wir leben, zu finden. „Vergessen wir bei aller verständlichen Fixierung auf unsere Probleme nicht, was weltweit auf dem Spiel steht! Unsere Gebrechen sind nur ein kleiner Teil der Weltgeschichte.“⁴⁰ Doch nicht nur die weltweiten Zusammenhänge wurden bedacht, auch die Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarn wurden thematisiert. Die Kirche sah unser Land bzw. unser Volk „hineinverflochten in eine Schuldgeschichte gegenüber und mit anderen Völkern“. Schon im September 1989 gab Bischof Demke zu bedenken, daß „die DDR einen Platz zusammen mit der Bundesrepublik in einem neu sich ordnenden Europa finden“ sollte.⁴¹

Obwohl sich die Kirche nicht mehr an die Formel „Kirche im Sozialismus“ gebunden fühlte, ließ sich in ihren Stellungnahmen eine eindeutig pro-sozialistische Grundhaltung finden. Allerdings ging die Bestimmung von „Sozialismus“ über allgemeine Feststellungen wie „gerechtere, menschlichere, nicht dem Mammonismus verhaftete Gesellschaft“ und „Alternative zum Kapitalismus“ nicht hinaus.⁴² Der Begriff „Sozialismus“ wurde als „Wegformel“, als „eine offene Suchbewegung“ verstanden.⁴³ F. Schorlemmer meinte, daß es „nicht um die Emeritierung des Sozialismus, sondern um Erneuerung“ gehe. In bezug auf den „kapitalistischen Naturvernichtungsfeldzug und ausbeuterischen Expansionsdrang gegenüber der Dritten Welt“ hielt er es nicht nur für schade, „wenn der Sozialismus verschwände, sondern gar bedrohlich für den Fortbestand der Gattung“.⁴⁴ Auch A. Schönherr äußerte sich dahingehend, daß der Sozialismus „für eine kommende Weltordnung unentbehrlich“ wäre.⁴⁵ Bei „aller Kritik am realexistierenden Sozialismus“ werde es kirchlicherseits „bei der Option für eine sozialistische Gesellschaft bleiben“, wobei ein „alternativer Sozialismus“ anzustreben sei, „nicht aber eine Alternative zum Sozialismus überhaupt“.⁴⁶ Es zeigt sich deutlich, daß bei vielen Verlautbarungen seitens der Kirchen die zivilisationskritische Haltung mit der Option für eine sozialistische Gesellschaftsform einherging.

³⁹ Ergebnisse der 3. Ökumenischen Versammlung, a. a. O.

⁴⁰ Schorlemmer, Friedrich, a. a. O., 141 f.

⁴¹ Demke, Christoph, a. a. O.

⁴² Schönherr, Albrecht, a. a. O.; Falcke, Heino, Die Kirchen sind jetzt die Politik nicht los, in: Die Opposition in der DDR, a. a. O., 218–229, hier 228.

⁴³ Falcke, Heino, a. a. O., 228.

⁴⁴ Schorlemmer, Friedrich, a. a. O., 146 ff.

⁴⁵ Schönherr, Albrecht, a. a. O.

⁴⁶ Krusche, Günter, Das prophetische Wächteramt, a. a. O., 101.

3. Zukünftige Aufgaben der Kirche

Seitdem aufgrund der Entideologisierung der Gesellschaft die Kirche zunehmend keine stellvertretenden Funktionen für den Staat wahrnehmen muß, und die Politik langsam aus der Kirche auszuwandern beginnt, stellt sich für die Kirche unausweichlich die Frage, welche Aufgaben ihr für die Zukunft noch verbleiben. Ist die Zeit des gesellschaftlichen Engagements der Kirche vorbei, so daß sie sich nun wieder ganz dem ‚Eigentlichen‘ widmen kann?

Anhand der Dokumente und Stellungnahmen ist erkennbar, daß Kirche in Zukunft die gesellschaftlich-politische Verantwortung nicht einfach zurückgeben will. Andererseits ist sie, wie gesagt wird, jetzt wirklich wieder besser in der Lage, sich auf ihren biblisch-kirchenbezogenen Auftrag zu konzentrieren. Doch es „werden sich auch neue Aufgaben stellen, die sich aus den Veränderungen in der Gesellschaft ergeben“.⁴⁷

3.1. Gesellschaftlich-politische Aufgaben

Mehrfach finden sich Äußerungen dazu, daß die Kirchen die politischen Themen nicht los sind. Kirche wird sich nicht „in eine politikferne religiöse Nische“ zurückziehen.⁴⁸ Denn „auch oder gerade in pluralistischen Gesellschaften“ gibt es „genügend Probleme“, „auf die die Kirche aufmerksam machen muß“.⁴⁹ Auch wenn es für das politische Handeln der Kirche Grenzen gibt, so gehört „das politisch bezogene Zeugnis“ doch zum ‚Eigentlichen‘ der Kirche dazu. Die Grenzen zwischen dem ‚Eigentlichen‘ und ‚Uneigentlichen‘ der Kirche sind nicht genau zu ziehen, sie sind fließend.⁵⁰ Diese allgemeinen Aussagen werden für die jeweilige gesellschaftliche Situation zu konkretisieren sein.

In der Zeit nach dem Herbst 1989 will Kirche bei der Vergangenheitsbewältigung helfen und den Geist der Versöhnung in die Gesellschaft einbringen.⁵¹ Deshalb finden wir in den kirchlichen Papieren immer wieder Aufrufe zur Gewaltlosigkeit.⁵² Es gilt auch künftig, Brücken der

⁴⁷ Forck, Gottfried, Die Kirche – Dach für Andersdenkende: Gespräch mit Bischof Gottfried Forck, in: Wochenpost vom 6. 4. 1990, 4 f.

⁴⁸ Falcke, Heino, a. a. O., 218.

⁴⁹ Krusche, Günter, Jetzt ist die Zeit, Zukunft zu denken: Interview mit Generalsuperintendent Dr. Günter Krusche, in: Neue Zeit vom 11. 11. 1989, 3.

⁵⁰ Hempel, Johannes, An alle Pfarrer und Pastorinnen, a. a. O.

⁵¹ Forck, Gottfried, a. a. O.

⁵² Vgl. Falcke, Heino, a. a. O., 225 f.; Hempel, Johannes, Wort des Landesbischofs, a. a. O.; Hempel, Johannes, Tätigkeitsbericht, a. a. O.; Stolpe, Manfred, Pressekonferenz im ökumenischen Zentrum des Weltrates der Kirchen in Genf am 7. 11. 1989, in: Neue Zeit vom 9. 11. 1989, 2; Ziemer, Christof, a. a. O., 193.

Verständigung zu schlagen.⁵³ Kirche wird als Vermittler und Vertrauens-träger gebraucht und kann sich nicht aus der Gesellschaft zurückziehen. Sie sollte eine ermutigende und moderierende Rolle spielen.⁵⁴ Das rasante politische Geschehen wird kritisch und nachdenklich zu begleiten sein.⁵⁵ Aber nicht nur der gesellschaftlichen Prozesse wird sich die Kirche annehmen, sondern besonders auch der Menschen, die neue Wege gehen müssen.⁵⁶

Die Unabhängigkeit der Kirche von den Machtausübenden sollte erhalten werden, denn nur aus dieser Position heraus kann Kirche die Begrenzung und Kontrolle der Macht anmahnen.⁵⁷ Gleichmaßen Chance wie auch Verpflichtung für die Kirchen wird die Mitarbeit in den Schulen sein. Kirche sollte sich ihrer Bedeutung als „Zuflucht für Menschen in Bedrängnis“ bewußt sein und sich diese Vertrauensstellung durch ihre Offenheit für alle bewahren.⁵⁸

3.2. Biblisch-kirchenbezogene Aufgaben

Oft wurde im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Engagement der Kirche die Frage diskutiert, ob die Kirche nicht das ‚Eigentliche‘ ihres Auftrages aus den Augen verloren hätte, ohne daß dabei gesagt wurde, was denn das „Eigentliche“ sei. G. Krusche räumte ein, daß der „ganz bestimmte Auftrag“ der Kirche „bei manchen Veranstaltungen . . . völlig in den Hintergrund trat“ und plädierte dafür, diesen Auftrag nun wieder deutlich zu machen.⁵⁹ Die Kirche will weiterhin als „Kirche des Wortes“ wirken. Deshalb wird sie „in der Bindung an das Wort Gottes“ und „in kritischer Solidarität das prophetische Wächteramt ausüben“. Sie will „Stimme der Stimmlosen“ und „Anwalt der Bedrängten“ sein. Daraus „ergibt sich politisch relevante Verkündigung aus der Mitte des christlichen Glaubens“.⁶⁰

Somit bleibt die Frage, die schon in der Vergangenheit von der Kirche nicht eindeutig beantwortet wurde, nach wie vor aktuell: Wie wird es die

⁵³ Krusche, Günter, Das prophetische Wächteramt, a. a. O., 103.

⁵⁴ Richter, Johannes, Kirche der DDR will ermutigen: „Energische Schritte notwendig“/Interview mit Superintendent Johannes Richter, in: Rhein-Main-Presse vom 22. 2. 1990, 3.

⁵⁵ Falcke, Heino, a. a. O., 218; Krusche, Günter, Jetzt ist die Zeit, a. a. O.

⁵⁶ Forck, Gottfried, a. a. O.

⁵⁷ Falcke, Heino, a. a. O., 224 f.; Krusche, Günter, Das prophetische Wächteramt, a. a. O., 104.

⁵⁸ Hempel, Johannes, An alle Pfarrer und Pastorinnen, a. a. O.

⁵⁹ Krusche, Günter, Jetzt ist die Zeit, a. a. O.

⁶⁰ Krusche, Günter, Das prophetische Wächteramt, a. a. O., 102 ff.; vgl. Hempel, Johannes, An alle Pfarrer und Pastorinnen, a. a. O.

„Kirche des Wortes“ als „Anwalt der Bedrängten“ in Zukunft mit der Tat, dem praktischen Handeln halten? Wird sie den „Stimmlosen“ nur ihre Stimme oder auch ihren Arm leihen?

Zukünftige Kirche wird auch als „moralische Instanz“ in Anspruch genommen werden.⁶¹ Mehr denn je werden nun Kirchen und Gemeinden „zu verkündigen und vorzuleben“ haben, „welche wirklichen Werte unser reales Leben tragen“.⁶²

Auf diakonischem Gebiet wird die Kirche auch in Zukunft ein weites Arbeitsfeld haben, besonders bei der Betreuung alter und behinderter Menschen.⁶³ Allerdings ist zu wünschen, daß dies „in einer erneuerten, effektiveren Struktur als bisher“ geschieht.⁶⁴ Und auch für die Theologie ergeben sich neue Aufgaben. Nach der „Selbstbefreiung des Volkes“ der DDR im Herbst 1989 kann nicht wieder einfach zur Tagesordnung übergegangen werden, sondern der kirchliche Auftrag muß biblisch reflektiert und begründet werden. Deshalb brauchen wir „eine Theologie der Befreiung für unsere Situation“, meint H. Falcke und gibt erste Anstöße dafür. Die Befreiung, die von Christus kommt, schließt den offenen Umgang mit der Schuld der Vergangenheit ein. Und dies könnte und sollte von den Christen ausgehen.⁶⁵

3.3. Selbstkritische Bemerkungen

Der Blick nach vorn auf zukünftige kirchliche Aufgabenfelder ist gekoppelt mit dem Blick zurück. Denn bevor sich Kirche wieder ihren Aufgaben zuwenden kann, muß der Frage Raum gegeben werden, inwieweit sie ihren bisherigen Aufgaben – unabhängig davon, ob sie sich diese Aufgaben gesucht hat oder ob sie ihr zugewachsen waren – gerecht geworden ist.

Angesichts der Massenausreise im Sommer kam die Bundessynode zu der schmerzlichen Einsicht, daß das Reden der Kirche viele nicht mehr erreicht. Dies habe seine Ursache auch darin, daß die Kirchen und Christen durch ihren Lebensstil, durch die nicht verwirklichte Einheit der DDR-Kirche und durch die Uneinigkeit unter geistlich bewegten und sozial engagierten Gruppen zu wenig glaubwürdig seien. Es lasse sich eine zu tiefe Kluft zwischen „Anspruch und Wirklichkeit“ des „Kircheseins“ bemerken.⁶⁶ Die Kirche „kann dem Staat nicht Perestroika

⁶¹ Krusche, Günter, Das prophetische Wächteramt, a. a. O., 104.

⁶² Hempel, Johannes, An alle Pfarrer und Pastorinnen, a. a. O.

⁶³ Krusche, Günter, Das prophetische Wächteramt, a. a. O., 105; Hempel, Johannes, An alle Pfarrer und Pastorinnen, a. a. O.

⁶⁴ Krusche, Günter, Das prophetische Wächteramt, a. a. O., 105.

⁶⁵ Falcke, Heino, a. a. O., 218, 222.

⁶⁶ Beschluß zur Lage im Lande, a. a. O.

vorhalten, ohne kirchliche Perestroika“ zu üben.⁶⁷ Als ‚ecclesia semper reformanda‘ muß sich gerade auch „Kirche stets kritisch hinterfragen lassen“.⁶⁸ Kommunikationsstörungen innerhalb der Kirche zeichneten sich bereits in den letzten Jahren als „ein Grundproblem“ für die Kirche ab. Diese waren einerseits eine Folge der „Überständigkeit der aus der Vergangenheit stammenden Kirchenstrukturen“ und zum andern ein Resultat des Pluralismus in einer modernen Industriegesellschaft.⁶⁹

Diese selbstkritischen Bemerkungen gehen zunächst nur auf die Glaubwürdigkeit der Kirche nach außen und innerkirchliche Struktur- und Kommunikationsprobleme ein. Wie aber beurteilten die kirchlichen Amtsträger das direkte Wirken und die Haltung der Kirchenleitungen im Prozeß des Umbruchs?

Dazu finden sich nur wenige Äußerungen. Aber eine davon, die als beispielhaft für die kirchliche Haltung in diesen kritischen Wochen gelten kann, ist umso deutlicher. In diesen Worten spiegelt sich noch einmal die ganze Spannung, die Kirche und Kirchenleitungen in dieser Zeit auszuhalten hatte, wider: die Spannung zwischen Anpassung und Opposition. Zurückblickend schrieb Bischof Hempel in seinem Adventsbrief: „Noch in den ersten Oktobertagen habe ich eine wirkliche ‚Wende‘ im politischen System unseres Landes für unmöglich gehalten.“ Es war, „das erklärte Bemühen von uns kirchenleitenden Leuten, mit konzentrierter Kraft ein ‚Klein-Peking‘ in Leipzig und anderswo zu verhindern. Daß die ‚Diktatur des Proletariats‘ und Stalins Geist in der DDR die Gewalt behalten würden, schien mir klar. Ich habe mich geirrt, viele andere ebenso; ... Sicherlich, wir haben gegenüber dem Staat unseren Mund aufgetan ...; und sicherlich, wir haben klar widerstanden dem zäh wiederholten staatlichen Druck ... Aber ich habe auch abwartend-nüchtern auf einige derjenigen Pfarrer und Mitarbeiter geschaut, die politisch weiter vorstießen und riskanter formulierten ... Aber ich habe den oder jenen politisch engagierten Pfarrer auch gelegentlich ermahnt, die biblische Deckung zu suchen und die Klarheit des Gottesdienstes zu wahren ... Die auf die Straße gingen, hatten recht. Das ist Fakt ... Diese Erfahrung, daß politisch bezogene Gottesdienste echte Gottesdienste sein können und daß sie zu den substantiellen Möglichkeiten lutherischer Kirche gehören, ist für mich ecclesiologisch ein Gewinn der turbulenten letzten Monate.“⁷⁰

Sowohl die allgemeinen Einsichten wie auch das zuletzt zitierte Votum weisen recht deutlich auf einen kritischen Umgang der Kirchen

⁶⁷ Hempel, Johannes, Tätigkeitsbericht, a. a. O.

⁶⁸ Krusche, Günter, Das prophetische Wächteramt, a. a. O., 106; vgl. Hempel, Johannes, Tätigkeitsbericht, a. a. O.

⁶⁹ Krusche, Günter, Das prophetische Wächteramt, a. a. O., 105 f.

⁷⁰ Hempel, Johannes, An alle Pfarrer und Pastorinnen, a. a. O.

mit der eigenen Vergangenheit hin. Vergleicht man die kirchlichen Auftragsbeschreibungen aus den siebziger Jahren mit jenen aus den letzten Monaten, so läßt sich ein erkennbarer Zuwachs an politischer Sensibilität bei den Kirchen konstatieren. Jedoch wird abzuwarten sein, inwieweit diese Erkenntnisse gerade im Blick auf die deutsche – und damit auch kirchliche – Einigung für konzeptionelle Überlegungen und das Handeln der Kirche wirksam werden können.

Ulrike Franke, Andreas Fünfstück, Detlef Pollack, Joachim Rasch,
Thomas Weiß

Der Pfarrer im Spannungsfeld von Kirche und Gesellschaft

Auswertung von Interviews mit Leipziger PastorInnen vor und nach der Wende

Welche Rolle Kirche in der Gesellschaft spielt, wird in der Regel an den offiziellen Verlautbarungen der Kirchenleitungen abgelesen. Ihre Beschlüsse gehen durch die Medien. Auf ihre Stellungnahmen beruft man sich. Ihre Vertreter repräsentieren das Ganze der Kirche. Das galt auch für die DDR und für sie in ganz besonderem Maße. Kam es doch angesichts der angespannten politischen Lage für die Kirchen darauf an, gegenüber dem Staat geschlossen aufzutreten, sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen und klaren Standpunkt zu beziehen. Eine Fülle von kirchenleitenden Stellungnahmen zu den unterschiedlichsten Themenbereichen gibt Zeugnis von diesem Bemühen um Orientierung und Wegweisung. In ihnen kann man nachlesen, welche Positionen die Kirchenleitung zum gesellschaftlichen Auftrag der Kirchen bezog, zur Friedensfrage, zum innergesellschaftlichen Dialog, zur Ausreise, zu den politisch alternativen Gruppen, zur Umweltbelastung, zu den Problemen der Dritten Welt oder auch zum Umgang mit Schwachen, Kranken und Alten. Was indes die Pastorinnen und Pfarrer zu all diesen Problemen dachten, blieb weitgehend unbekannt.

Das bewog uns zu versuchen, einmal mit den Pfarrern selbst ins Gespräch zu kommen. Mit den in Leipzig tätigen Pastorinnen und Pfarrern wollten wir vorbereitete Interviews führen. Nachdem unser Vorhaben, das wir im Herbst 1988 vortrugen, vom Landeskirchenamt Sachsen zunächst unterstützt worden war, wurde die Zustimmung später aus politischen Gründen wieder zurückgezogen. Nur dem persönlichen Einsatz von Superintendent Friedrich Magirus ist es zu danken, daß das Projekt wenigstens in dem ihm unterstellten Kirchenkreis, Leipzig-Ost, zustande kam. Der für Leipzig-West zuständige Superintendent Johannes Richter lehnte die Erteilung der Genehmigung für das Projekt aufgrund politischer und seelsorgerlicher Bedenken dagegen ab. So konnten wir die als repräsentative Untersuchung geplante Befragung nur bei knapp der Hälfte der Leipziger Pfarrer und Pastorinnen durchführen.

Insgesamt 36 Pfarrer und Pastorinnen wurden befragt, davon 29 Gemeindepfarrer und sieben an akademischen Einrichtungen tätige Theologen. Unter den Befragten waren vier Frauen. Das Alter der Interviewten variierte zwischen Ende 20 und Mitte 70, wobei die Altersgruppe zwischen 45 und 65 am stärksten vertreten war. Die Befragungen wurden als sogenannte Leitfadeninterviews, also entlang eines vorgegebenen Themenkatalogs, im Februar 1989 durchgeführt, als noch niemand mit dem radikalen gesellschaftlichen Umschwung, der sich ein reichliches halbes Jahr später in der DDR vollziehen sollte, rechnen konnte. Leitendes Interesse war die Erhebung der gesellschaftspolitischen Einstellung der Pastorinnen und Pfarrer.¹ Dafür wurde ein Katalog von sechs Themenkomplexen aufgestellt, der bei der Durchführung des Interviews als ‚Gerüst‘ diente:

1. Einflußfaktoren für die Herausbildung der politischen Haltung des Pfarrers (Elternhaus, Schule, theologische Ausbildung, Lektüre, gesellschaftliche Erfahrungen),
2. Bestimmung des gesellschaftspolitischen Auftrags der Kirche durch den Pfarrer (Möglichkeiten und Grenzen des politischen Engagements der Kirche),
3. theologische Begründung des Pfarrers für die gesellschaftspolitische Auftragsbestimmung der Kirche (theologische Leitmodelle),
4. Meinung des Pfarrers zur gegenwärtigen Situation der Kirche (Verhältnis zur Institution Kirche, zur Kirchenleitung, zum politischen Kurs der Kirche, zu den sozioethisch engagierten Gruppen, zur Ausreiseproblematik, zur Aktivität der Gemeindeglieder)
5. Einstellung des Pfarrers zur gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation (politische Einstellung zur DDR, Einstellung zur Idee des Sozialismus, zur Veränderungsfähigkeit der DDR-Gesellschaft, gesellschaftsverändernde Vorstellungen),
6. Einstellung des Pfarrers zur modernen Industriegesellschaft (zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt, zur Notwendigkeit und Möglichkeit einer zivilisatorischen Neuorientierung, zum Individualismus).

Nachdem sich aufgrund der Herbstereignisse 1989 die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR radikal gewandelt hatten, beschlossen wir, die Untersuchung unter Beibehaltung der leitenden Fragestellung bei denselben Probanden zu wiederholen, um die Einstellungen der Pfarrer zu vergleichen und Zusammenhänge und Unterschiede herauszufinden. Diese zweite Befragung fand im Zeitraum Februar/März 1990 statt. Allerdings konnten wir von den ein Jahr zuvor Befragten nur noch 28 erreichen. Acht Pfarrer erklärten sich aufgrund von Krankheit, beruf-

¹ In Zukunft benutzen wir der Einfachheit halber den Terminus Pfarrer und meinen damit die befragten Pastorinnen ebenso mit wie die befragten Theologen aus dem akademischen Bereich.

licher Überlastung oder aufgrund ihres politischen Engagements nicht zu einem Gespräch bereit. Unsere Fragekomplexe waren diesmal:

1. Worin sehen Sie die Ursachen des gesellschaftlichen Umbruchs (Anteil der Kirche, der Gruppen, Bedeutung Leipzigs)?
2. Wie soll es weitergehen in der Gesellschaft (was sind die vorrangig zu lösenden Probleme, Sozialismus: Ja oder Nein, wird die Erneuerung gelingen?)
3. Was sind die zukünftigen Aufgaben der Kirche (wie politisch sollte Kirche in Zukunft sein, wie stark sollte sich der Pfarrer politisch engagieren)?
4. Welche Partei wählen Sie/haben Sie gewählt?

1. Ergebnisse der ersten Befragung vom Februar 1989

1.1. Verhältnis der Pfarrer zur empirischen Gestalt der Kirche

Insgesamt war das Verhältnis der von uns befragten Pfarrer zur Institution Kirche leicht kritisch. Kritisch angesprochen wurde besonders das starke Gewicht des Amtes in der Kirche, das das sogenannte Laienelement zu kurz kommen lasse. Im gleichen Zusammenhang steht, daß einige Pfarrer eine stärkere Demokratisierung der kirchlichen Arbeit, eine stärkere Nutzung des Synodalprinzips und eine Ausweitung der Befugnisse unterer Stellen forderten. Manch einer rieb sich auch an den noch immer volkskirchlich geprägten Gemeindestrukturen und optierte für eine stärkere Orientierung an dem Modell der Freiwilligkeitskirche. Außerdem wurden der Umgang der Kirche mit Finanzen und die kirchliche Personal- und Informationspolitik kritisiert. Trotz dieser Kritikpunkte war die Einstellung aber überwiegend nur gemäßigt kritisch. In den Fällen, in denen die Einstellung zur Institution Kirche eindeutig positiv war, handelte es sich oft mehr um eine kritiklose Hinnahme des Gegebenen als um eine bewußt vollzogene Entscheidung. Allerdings gab es hier auch Ausnahmen.

Auffällig ist der hohe Grad an Zustimmung zur Politik der Kirchenleitung gegenüber dem Staat. Über die Hälfte der Pfarrer stimmte dem politischen Kurs der Kirchenleitung gegenüber dem Staat ausdrücklich zu. Dabei war die Affirmation gegenüber dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR sogar noch etwas höher als gegenüber der sächsischen Kirchenleitung. Selbst von denen, die sich von der Kirchenleitung deutlichere Worte gegenüber dem Staat wünschten, relativierten einige ihre Haltung und zeigten viel Verständnis für die Schwierigkeiten und Zwänge, in denen die Kirchenleitung steckt.²

² Ob die von Werner Krusche (Zwischen Anpassung und Opposition: Gespräch über den zurückliegenden Weg der „Kirche im Sozialismus“, in:

Die hohe Bejahung des politischen Handelns der Kirchenleitungen ist unseres Erachtens zum einen darauf zurückzuführen, daß das behutsam kritische Auftreten der Kirchenleitung gegenüber dem Staat mit der politischen Haltung der Mehrzahl der Pfarrer weitgehend übereinstimmte, und zum anderen darauf, daß die Kirchenleitung in ihrem politischen Reden und Handeln keine bestimmte Richtung, die innerkirchliche Opposition hätte herausfordern können, vertrat, sondern eher pragmatisch orientiert war und dadurch nach verschiedenen Seiten hin integrativ zu wirken vermochte. Darüber hinaus muß darauf hingewiesen werden – und das ist vielleicht der wichtigste Grund –, daß die hochgradig angespannte politische Lage damals im Lande eine deutlich spürbare Ratlosigkeit sowohl bei den Pfarrern wie auch bei der Kirchenleitung hinterließ, und die meisten einfach nicht wußten, wie es weitergehen sollte. Der Kurs des 6. März war an die Grenzen seiner Belastbarkeit geraten, aber man sah dazu auch keine Alternative. Die verbreitete Ratlosigkeit unter den Pfarrern trug natürlich ebenfalls zur (zumindest passiven) Unterstützung des politischen Kurses der Kirchenleitung bei. Die allgemeine Unsicherheit drückte sich auch darin aus, daß das Lager der Kritiker gespalten war. Die Mehrzahl kritisierte, daß die Kirchenleitung gegenüber dem Staat nicht klar genug Stellung beziehe und sich zu taktierend und pragmatisch verhalte. Eine Minderheit meinte allerdings auch, daß sich die Kirche mit ihrem stellvertretenden Handeln politisch übernehme. „Die Kirche soll ihre Überforderung deutlicher sagen“, lautete eine Äußerung. Eine andere: „Als Minderheitskirche kann sie nicht mehr so vollmundig reden.“

Was dagegen den Beitrag der Kirchenleitung zur Steuerung und Führung der Gemeinden angeht, so waren die Reaktionen der Pfarrer deutlich kritischer. Die Kritik betraf wiederum institutionelle Probleme wie Mitarbeiterpolitik, Gemeindeaufbau, Gebäudeerhaltung, Finanzen. Manche Pfarrer haben die Konzeptionslosigkeit der Kirchenleitung in diesen Fragen bitter beklagt. Ein Pfarrer sagte: „Es ist ein grundsätzliches Nachdenken erforderlich: Was brauchen wir wirklich noch?“ Ein anderer: „Es ist eine unglaubliche Passivität, wie man die Karre laufen läßt.“ Und ein dritter rief die Kirchenleitung auf, sie „soll sich nicht immer um die Leute außen kümmern“.

Hinsichtlich des Verhältnisses zur Gemeinde konnten wir in einigen Fällen einen Zusammenhang zwischen der Höhe des theologischen Anspruchs an die Kirche und dem Grad der Gemeindegliederkritik feststellen.

Übergänge 16, 1990, 51–56, hier 54) vorgebrachte Behauptung, daß Pfarrer und hauptamtliche Mitarbeiter bezüglich des politischen Kurses der Kirchenleitung „im Grunde genommen immer kirchenkritischer als die Gemeinden“ waren, mußte angesichts des unerwarteten Ergebnisses unserer Befragung noch einmal überprüft werden.

Dabei maßen wir die Anspruchshöhe an der Schärfe der Differenz, die zwischen Christen und Nichtchristen gezogen wurde, und den Kritikgrad an der Einschätzung der Aktivität der Gemeindeglieder. Prinzipiell gilt: Je mehr von Christen verlangt wurde, daß sie sich in ihrem Verhalten von Nichtchristen unterscheiden, desto kritischer wurde die Aktivität der Gemeindeglieder eingeschätzt. Allerdings sind wir dem Nachweis dieses Zusammenhangs nicht konsequent in allen Interviews nachgegangen, so daß endgültige Aussagen nicht möglich sind.

Das Stichwort „politisch alternative Gruppen“ war ein Reizwort, das die Befragten zur Stellungnahme herausforderte und eine neutrale Haltung kaum zuließ. An diesem Thema schieden sich die Geister. Das zeigt sich an der polaren Antwortverteilung auf unsere Frage, ob man die Existenz solcher gesellschaftskritischer Gruppen befürworte. Die Hälfte bejahte, ein Viertel verneinte diese Frage.

Das Problem der Pfarrer bestand vor allem darin zu entscheiden, ob sie dafür sind, daß die Kirche die Gruppen unter ihr institutionelles Dach nimmt, oder dagegen. Die Mehrzahl sprach sich für eine Öffnung der Kirche aus, aber keineswegs bedingungslos. Am häufigsten wurde Christlichkeit von den Gruppenmitgliedern verlangt. Fast alle, die der Existenz der Gruppen positiv gegenüberstanden, erwarteten eine christliche Motivation für deren gesellschaftspolitisches Engagement. Die Begründungen lauteten: „Was in kirchlichen Räumen gesagt wird, muß biblisch begründbar sein“ oder „Die Mitte muß fest sein. Wenn sie nicht aus dem Evangelium begründen können, was sie machen, dann sollen sie es woanders sagen.“ Auf unsere Frage, inwieweit sich christliche Einstellungen bei den Gruppenmitgliedern finden lassen, antworteten die meisten der Pfarrer jedoch eher zurückhaltend oder sogar verneinend. Dieser Befund verwundert, denn obwohl eine christliche Einstellung von den meisten Pfarrern zur Bedingung für die Öffnung der Kirche gegenüber den Gruppen gemacht wurde, waren durchaus mehr Pfarrer dafür als dagegen, den Gruppen in der Kirche Raum zu gewähren. Dieser merkwürdige Sachverhalt weist darauf hin, daß die meisten der interviewten Pfarrer den gesellschaftskritischen Anliegen der Gruppen aufgeschlossen und mit Sympathie gegenüberstanden. Auch sie hatten offenbar ein Interesse an der politischen Erneuerung der Gesellschaft und waren dafür bereit, mit ihren theologischen Ansprüchen zurückzugehen. Angesichts der undemokratischen gesellschaftlichen Verhältnisse bejahten sie die Aufgabe der Kirche, den sozialetischen Gruppen Schutz und Freiräume zur Artikulation zu geben. Einige sahen das als Notsituation an, mit der die Kirche auf Dauer überfordert sein kann. Andere warnten die Kirche davor, sich von den Gruppen, denen sie Intoleranz, Rücksichtslosigkeit und Machtgier vorwarfen, mißbrauchen zu lassen. Die Mehrzahl der Pfarrer aber sprach sich dafür aus, sich für

die Nöte aller einzusetzen und, unabhängig von seiner religiösen Einstellung, niemandem die Tür zu verschließen.

Dabei sahen diejenigen, die einen höheren Anspruch an die Christlichkeit der Gruppen stellten, ihn in der Regel weniger erfüllt, während diejenigen, denen es auf die Christlichkeit nicht so sehr ankam, eher ein Konvergieren zwischen dem Anliegen der Gruppen und dem christlichen Glauben konstatierten. Auch hier zeigt sich also, wie stark die Wahrnehmung der Wirklichkeit durch das theologische Anspruchprofil gesteuert wird.

1.2. Bestimmung des gesellschaftspolitischen Auftrags der Kirche durch die Pfarrer

Fast alle befragten Pfarrer bejahten, daß Kirche eine gesellschaftspolitische Aufgabe zu erfüllen habe. Daß Kirche, ob sie das will oder nicht, eine politische Verantwortung trage, meinten überhaupt alle Pfarrer. Bei der inhaltlichen Bestimmung des Auftrags der Kirche machten die Pfarrer Aussagen wie

- die Kirche soll unterstützen, was Leben erhält, und sich gegen alles wehren, was Leben kaputt macht,
- die Kirche soll den Menschen Mut zum Leben machen,
- die Kirche soll die Menschen, die weltliche Ämter innehaben, in ihren Aufgaben unterrichten und an ihre Verpflichtung gegenüber den Menschen mahnen,
- die Kirche soll für den Wert und die Würde des Menschen eintreten,
- die Kirche soll ethische Werte und Normen anbieten,
- die Kirche soll vermittelnd wirken,
- die Kirche soll sich für alle Unterdrückten, Randgruppen, Minderheiten, kranke und alte Menschen einsetzen,
- die Kirche soll Sinn vermitteln,
- die Kirche soll beispielgebend für das Zusammenleben der Menschen sein.

Die wesentlichen Aufgaben der Kirche wurden also in Hilfe für Schwache, Sinn- und Wertevermittlung gesehen.

Dabei ist festzustellen, daß die meisten Pfarrer Kirche nicht als Vortrupp der gesellschaftlichen Erneuerung verstanden. Obwohl die Mehrzahl der Pfarrer ein hohes politisches Engagement der Kirche befürwortete, sprach sich keiner dafür aus, daß Kirche konkrete Vorschläge für die Lösung gesellschaftlicher Probleme zu unterbreiten habe. Zur gesellschaftlichen Veränderung sollte sie mehr indirekt beitragen, durch lebensbewahrendes, sinnvermittelndes, wertestiftendes Handeln. Auch wenn die Mehrzahl der Pfarrer an einer Erneuerung der Gesellschaft

durchaus interessiert war, erwartete sie doch nicht, daß diese Erneuerung von der Kirche auszugehen hätte.

Theologisch begründet wurde die gesellschaftspolitische Aufgabenbestimmung vor allem durch das biblische Gebot der Nächstenliebe, durch den biblischen Auftrag zur Schöpfungsverantwortung und durch den theologisch begründeten Verkündigungsauftrag der Kirche, der sich an alle Menschen richtet und den Menschen in allen seinen Lebensbereichen beansprucht. Zuweilen wurde auch auf Luthers Zwei-Reiche-Lehre oder die Lehre von der Königsherrschaft Christi eingegangen. Insgesamt spielten theologische Überlegungen bei der Aufgabenbestimmung von Kirche allerdings kaum eine Rolle.

1.3. Einstellung der Pfarrer zur DDR-Gesellschaft

Dieser Fragenkomplex war zweifellos der sensibelste in den Gesprächen. Erfreulicherweise haben sich aber die Pfarrer, bis auf wenige Ausnahmen, ziemlich offen geäußert. Mehrmals hörten wir Sätze wie: „Ich bin es gewöhnt, meine Meinung offen und ehrlich zu sagen.“ „Was ich Ihnen sage, das würde ich auch woanders sagen“, „Ich brauche mich nicht zu verstecken“. Dieser Offenheit entspricht es, daß viele auf die von uns zugesicherte vertrauliche Behandlung ihrer Aussagen keinen oder wenig Wert legten.

Was nun die Aussagen im einzelnen angeht, so ist zunächst bei mehr als der Hälfte der Befragten eine kritische bis sehr kritische Lageeinschätzung festzustellen. Nur ein Fünftel bezog eine eher zustimmende Position zur DDR. Eine grundsätzlich bejahende Haltung fand sich bei keinem. Dies hatte seine Ursache aber nicht in einer prinzipiell ablehnenden Einstellung zum Sozialismus. Die überwiegende Mehrheit stand sogar grundsätzlich positiv zur Idee des Sozialismus. Dabei wurde mit dem Wort Sozialismus vor allem der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit und das Ziel der Gleichheit aller Menschen verbunden – Werte, die nicht von allen als Gegensatz zu den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft gesehen wurden. Nur drei der befragten Pfarrer lehnten den Sozialismus auch als Idee im eben beschriebenen Sinne ab. Ein Fünftel sprach sich für sozialistische Zielsetzungen aus, hielt sie aber nicht für verwirklicht, ein weiteres Drittel befürwortete sie, weil sie mit christlichen Vorstellungen weitgehend übereinstimmten, und ein reichliches Drittel meinte sogar, daß die gesellschaftliche Entwicklung in Richtung auf Sozialismus gehen sollte, nur neben auf einen demokratischen Sozialismus. Die kritische Haltung zu den Verhältnissen in der DDR hatte ihren Grund also in der prekären Situation selbst. Hauptkritikpunkte waren:

- die riesige Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit,
- der Mangel an Demokratie und an Freiheit,

- die Lobhudelei in den Medien,
- Fehler in der Wirtschaftspolitik.

Fragt man, ob auf politischem oder auf ökonomischem Gebiet der Schwerpunkt der Kritik lag, so war es eindeutig der politische. Das hängt wohl vor allem damit zusammen, daß die Pfarrer weniger im ökonomischen als im politischen Bereich ihre Erfahrungen mit dem sozialistischen System machten.

Fast die Hälfte der Pfarrer gab an, daß negative Erfahrungen, übrigens schon in der eigenen Schulzeit, besonders aber bei der Begegnung mit Funktionären und im Zusammenhang mit gravierenden politischen Ereignissen wie Ungarn 1956, CSSR 1968, Sprengung der Leipziger Universitätskirche 1968, die Herausbildung der eigenen kritischen Haltung zur DDR beeinflußt haben. Wodurch die überwiegend positive Einstellung zu sozialistischem Gedankengut bedingt war, ließ sich nicht genau ermitteln. Wahrscheinlich spielt eine Vielzahl von Faktoren eine Rolle, unter denen besonders die Lektüre der Pfarrer hervorzuheben ist. Auf die Frage, welche Persönlichkeiten und welche Literatur die Pfarrer beeinflußt haben, wurden insgesamt 73 verschiedene Namen genannt, unter denen kaum eine konservative Persönlichkeit zu finden ist, während die Hälfte der Genannten politisch links steht. Am häufigsten fielen die Namen Bonhoeffer, Tillich, Niemöller, Sölle, Gollwitzer. Aus der Orientierung an der theologisch-philosophischen Linken wird noch einmal die politische Zentrierung der DDR-Kritik verständlich.³

Trotz ihrer überaus kritischen Haltung zur DDR-Wirklichkeit waren viele Pfarrer bereit, sich gesellschaftlich zu engagieren, und zwar vorwiegend im kommunalen Bereich. Mitarbeit in politischen Gremien und Parteien lehnte dagegen die Mehrheit der Pfarrer ab. Sie befürchteten, politisch vereinnahmt zu werden und mit ihrer Mitarbeit nur zur Stärkung der politischen Systems beizutragen. Eine gewisse Ausnahme machten hier die „Christlichen Kreise“ der „Nationalen Front“, zu denen sich einige hielten, um, wie sie sagten, dem staatlichen Gegenüber ihre grundsätzliche Gesprächsbereitschaft zu demonstrieren. Dabei bekundeten einige Pfarrer ihre Bereitschaft zur gesellschaftlichen Mitarbeit sogar dann, wenn sie die Möglichkeiten, auf die gesellschaftliche Entwicklung Einfluß zu nehmen, gering einschätzten und wenig Hoffnung in die Veränderungsfähigkeit der Gesellschaft setzten.

³ Damit stehen die Pfarrer zur breiten Masse der Bevölkerung im Dissens, deren DDR-Kritik vor allem wirtschaftlich motiviert war. Vgl. Meyer, Gerd, Der versorgte Mensch, in: Zur politischen Kultur der DDR, Der Bürger im Staat 39, 1989, 159 ff.

1.4. Einstellung der Pfarrer zur Moderne

Die Zahl derer, die im Zusammenhang mit der Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Industriegesellschaft Probleme sahen, war sehr hoch. Aus dem Wissen um die Ambivalenz der Moderne folgte aber nicht immer eine intensive Auseinandersetzung mit den damit verbundenen Problemen. Überraschend war, welche Schlußfolgerungen die Pfarrer aus ihrer Einsicht in die gefährdete Lage der Menschheit zogen. Wir hatten vermutet, daß die Mehrzahl eine stärkere Umorientierung oder gar Umkehr vom eingeschlagenen Weg für nötig erachtet. Wie sich jedoch zeigte, waren ebensoviele der Meinung, daß die Probleme des Fortschritts auch durch den Fortschritt selbst in den Griff zu bekommen sein müßten. Sie sagten, auf die Möglichkeit der Umkehr zu hoffen, sei eine Illusion. Ein hohes Problembewußtsein fand sich also nicht nur bei denjenigen, die Umorientierung forderten, sondern auch bei denjenigen, die ihre Möglichkeit verneinten. Allerdings war eine Korrelation zwischen Radikalität der Umkehrforderung und Höhe des Problembewußtseins auszumachen. Bei denen, die hinsichtlich ihrer Umkehrforderung eine unentschiedene Position einnahmen, war das Problembewußtsein in der Regel gering ausgebildet. War das Problembewußtsein dagegen hoch entwickelt (bei der Hälfte aller Befragten), kam es zu einer Polarisierung zwischen Vertretern einer radikalen Umkehrforderung und Bestreitern ihrer Möglichkeit.

Von Friedrich Wilhelm Graf stammt die These, daß je kritischer die Sicht der Moderne ausfällt, desto mehr die Kirche unter dem Leitbegriff der Gemeinschaft „zur Institution gelungener Gegenmoderität“ stilisiert wird.⁴ Dieser Zusammenhang trifft auf knapp die Hälfte der die Moderne kritisierenden Pfarrer zu. Diese wandten sich vor allem gegen den egoistischen Drang nach Selbstverwirklichung, dessen Folgen sie in den Problemen der modernen Industriegesellschaft ausgedrückt sahen.⁵ Allerdings fällt auf, daß die meisten der modernitätskritischen Pfarrer auch zur Institution Kirche ein kritisches Verhältnis einnahmen, so daß nicht Kirche, sondern eher die Gemeinde oder häufiger noch die kleine politisch alternative Gruppe als Ort der Gegenmoderne fungiert. Geht man den Korrelationen zwischen Gesellschaftsbild, Kirchenverständnis und Einstellung zu den Gruppen nach, dann kann man feststellen, daß es bei etwa einem Viertel der befragten Pfarrer tatsäch-

⁴ Graf, Friedrich Wilhelm, Innerkirchlichkeit und Institution: Ist eine empirische Ekklesiologie möglich?, in: Wissenschaft und Praxis in Kirche und Gesellschaft 77, 1988, 382-393, hier 386 f.

⁵ Zugleich muß darauf hingewiesen werden, daß sich viele Pfarrer vom Kollektivismus abgrenzten und in der Front zum Kollektivismus individualistische Einstellungen ausdrücklich bejahten.

lich einen Zusammenhang zwischen Modernitätskritik, Forderung nach Umkehr, kritischem Verhältnis zur Institution Kirche, DDR-Kritik und hoher Zustimmung zu den politisch alternativen Gruppen gibt. In nicht wenigen Fällen kam dazu noch ein positives Menschenbild, in welchem der Mensch mehr als Ebenbild Gottes denn als Sünder erscheint. Wir haben in dieser Merkmalskombination den Typ des politisch engagierten, an hohen Idealen orientierten, gesellschafts- und institutionskritischen Pfarrers gesehen, der meist einer links-alternativen Einstellung folgt und in seiner Haltung in nicht wenigen Fällen stark durch die 68er Bewegung geprägt wurde.

2. Ergebnisse der zweiten Befragung vom Februar/März 1990

2.1. Die Ursachen des Umbruchs in der Sicht der Pfarrer

Auf die Frage nach den Ursachen des Umbruchs wurde von den meisten Befragten eine Vielzahl von Faktoren aufgeführt. Eine typische Aussage war etwa: „Da spielten außenpolitische und innenpolitische Faktoren zusammen. Außenpolitisch: die Veränderung der Gesamtsituation in Europa, ausgelöst vor allem durch Gorbatschow, die Abrüstungsverhandlungen und die dadurch erreichte Klimaverbesserung. Aber wir dürfen auch die Veränderungen in Polen – Solidarnosc – und Ungarn nicht vergessen. Innenpolitisch: Da muß man vor allem auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch auf allen Gebieten hinweisen. Der Aufbruch der Massen von Ausreisewilligen spielte eine große Rolle. Und die Sprachlosigkeit des Staates. Aber natürlich auch die junge Generation, die Gruppen, die Veränderungen im Land gefordert haben, ohne es zu verlassen.“ Die große Bedeutung von Perestrojka und Glasnost für das Zustandekommen des Umbruchs in der DDR wurde von fast allen Pfarrern hervorgehoben. Das heißt, die interviewten Pfarrer gehen in der Regel davon aus, daß die Wende nicht durch das Handeln der Kirche oder einzelner Subjekte herbeigeführt wurde, sondern das Ergebnis eines mehrsträngigen und stark außenabhängigen Ursachenkomplexes ist, in dem die Kirche nur ein Faktor unter vielen ist.

Auf unsere ausdrückliche Frage nach dem Anteil der Kirche am gesellschaftlichen Umbruch gaben dann allerdings doch fast alle Pfarrer an, daß Kirche viel oder sogar sehr viel getan habe. Auf unsere Nachfrage, ob sie genug getan habe, kam es indes zu einer deutlich wahrnehmbaren Polarisierung der Antworten. Die Mehrzahl bejahte diese Frage, ein Fünftel der befragten Pfarrer verneinte sie. Dabei kamen Verneinungen auch von denjenigen Pfarrern, die die Bedeutung der Kirche für den Umbruch hoch einschätzten. Viele von denen, die den Anteil der Kirche hoch bewerteten, sagten „Kirche tut nie genug“, andere von ihnen erklärten dagegen „Kirche hat genug getan; mehr wäre gefähr-

lich“. Hinter diesen verschiedenen Antworten steht offenbar nicht nur eine unterschiedliche Wirklichkeitssicht, sondern auch ein unterschiedliches Kirchenverständnis.

Auffällig ist, daß unabhängig davon, wie die Befragten sich vor der Wende zu den politisch alternativen Gruppen stellten, deren Beitrag zum Zustandekommen der Wende von allen, bis auf zwei Ausnahmen, als hoch oder sehr hoch eingeschätzt wurde. Und auch auf die Frage, ob in Leipzig das Zentrum des Umschwungs zu sehen sei, antwortete eine Mehrheit (zwei Drittel) mit Ja.

2.2. Die Sicht der Pfarrer auf die anstehenden Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung

Interessant ist, wie die Pfarrer auf die Frage reagierten, welches die wichtigsten Probleme sind, die als nächste bewältigt werden müssen. Überraschenderweise wurden hier am häufigsten wirtschaftliche Probleme angegeben, wobei deren Lösung meistens an die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Gesichtspunkte gebunden wurde. Daneben spielte in den Antworten das Problem der deutschen Einheit eine große Rolle. Erst dann folgte in der Häufigkeit der Nennungen das Problem der Vergangenheitsaufarbeitung, der Befähigung zur Demokratie, der Überwindung des Hasses, der Erziehung oder der Vermittlung neuer Werte. Die von uns beobachtete politisch-geistesgeschichtlich akzentuierte Wirklichkeitssicht vieler Pfarrer schließt also die Wahrnehmung der gegenwärtig viele Menschen bedrängenden handfesten materiellen, beruflichen und existentiellen Probleme nicht aus. Allerdings war festzustellen, daß von den links-alternativen Pfarrern kaum einer die Effektivierung der Wirtschaft als ein vorrangig zu lösendes Problem ansah. In ihren Antworten standen die Themen Ökologie, soziale Sicherheit, Demokratie und Vergangenheitsbewältigung im Vordergrund.

Aus den Reihen dieser Pfarrer kam auch die stärkste Kritik am Verlauf des gesellschaftlichen Wandels in der DDR. Fünf von ihnen sprachen von einer ‚Wende der Wende‘, die sich seit dem 9. November vollziehe. Die Bevölkerung der DDR laufe „mit wehenden Fahnen in das kapitalistische System“. Die Anliegen der Revolutionäre des Herbstes würden verraten. „Die Wende läßt sich nur halten, wenn zum Herbst zurückgekehrt wird“, die ‚Wende der Wende‘ also ein weiteres Mal ‚gewendet‘ wird.

Eine gewisse Unsicherheit zeigten die Antworten auf die Frage, ob die zukünftige Entwicklung weiterhin in Richtung Sozialismus gehen sollte oder nicht. Diesmal sagte keiner uneingeschränkt Ja. Wer sich für den Sozialismus aussprach, fragte sofort nach den Grenzen seiner Realisier-

barkeit. „Ich habe“, sagte ein Pfarrer, „bis Weihnachten, Anfang Januar immer noch gesagt, man müßte versuchen, einen dritten Weg zu gehen, also die Segnungen des Sozialismus bewahren und auch das Gute der westlichen Hemisphäre übernehmen, aber der dritte Weg scheint mir durch die Ereignisse überrollt. . . Das Wort Sozialismus ist irgendwie so negativ belegt, daß man damit kaum noch etwas machen kann. . . Trotzdem buchstabiere ich immer noch nach oder versuche mir klarzumachen, was das Gute war, das mit diesem Wort benannt wurde.“ Ein anderer: „Der Sozialismus ist eine gute Sache in der Theorie, eine gute urchristliche Idee, in der Realpolitik aber nicht zu verwirklichen.“ Und wieder ein anderer: „Das Anliegen des Sozialismus ist mir nahe, und ich freue mich immer wieder, wenn versucht wird, es in die Realität umzusetzen. Ich weiß aber, daß es scheitern muß, da die Bergpredigt keine Gesellschaft lenken kann.“

Dennoch aber war die Zahl derer, die einen sozialistischen Weg mit gewissen Einschränkungen befürworteten, dreimal so hoch wie die der entschiedenen Gegner. Sie machte immerhin die Hälfte aller Befragten aus.⁶ Dies weist auf eine gewisse Spannung zwischen Realismus und Idealismus in der Haltung einer Vielzahl von Pfarrern hin. Gewiß drückt sich darin die Unübersichtlichkeit der gesellschaftlichen Situation zu Beginn des Jahres 1990 aus. Möglicherweise haben wir es dabei aber auch mit einem Charakterzug typisch protestantischer Welthaltung zu tun.

Der angesprochenen Spannung von Idealismus und Realismus entspricht, daß sich die Pfarrer zwar in der Ablehnung des real existierenden Sozialismus einig waren, deshalb aber dem Sozialismus nicht prinzipielle Demokratieunfähigkeit bescheinigten – das taten nur vier der Befragten –, sondern zu differenzierten Antworten kamen. Zum Beispiel sagte einer: „Sozialismus – das heißt für mich, daß die Volkssouveränität, wie sie sich in den gewählten Volksvertretern verkörpert, über der Wirtschaft steht, daß es keine Instanz gibt, die der Volksvertretung übergeordnet ist. Das wäre nach meiner Meinung Sozialismus, daß das Volk auch über die Wirtschaft bestimmt – und das würde mit Demokratie zusammengehen.“

⁶ Zum Erhebungszeitpunkt hielt einer repräsentativ durchgeführten Befragung zufolge nur jeder Vierte der DDR-Gesamtbevölkerung viel oder sehr viel von der Idee des Sozialismus. Vgl. Jung, Matthias, Parteiensystem und Wahlen in der DDR: Eine Analyse der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 und der Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 27/1990, 3–15, hier 12. Dies könnte ein weiterer Hinweis auf signifikante Unterschiede in der politischen Einstellung zwischen Bevölkerung und Pfarrerschaft sein. Vgl. Anm. 3.

2.3. Bestimmung der zukünftigen Aufgaben der Kirche durch die Pfarrer

Bezüglich der zukünftigen Aufgaben der Kirche sprach sich die Mehrzahl der Pfarrer durchaus für eine politische Kirche aus, aber nicht für eine, die parteipolitischen Zielen folgt, sondern für eine, die für alle offen ist und die Anliegen der Menschen vertritt. Oft wurde zwischen der Verkündigung des Evangeliums und dem politischen Mandat der Kirche kein Gegensatz gesehen. „Verkündigt man die Botschaft richtig, so ist das Politik“, war eine typische Meinung. Kirche könne sich aus der Politik nicht heraushalten. „Eine unpolitische Kirche gibt es nicht. Selbst eine sträflich passive Haltung ist keine unpolitische Haltung. Unpolitisch können nur Sekten sein.“ Die Auffassung, daß Predigt immer politisch ist und die Übernahme politischer Aufgaben zum Auftrag der Kirche gehört, vertrat der überwiegende Teil der Pfarrer schon vor der Wende. Wenn Landesbischof Johannes Hempel die „Erfahrung, daß politisch bezogene Gottesdienste echte Gottesdienste sein können“, als einen Erkenntnis-„Gewinn der turbulenten letzten Monate“ bezeichnet, dann spricht er damit vielleicht für sich und für die Kirchenleitung, aber nicht für die Mehrheit der Leipziger Pfarrer.⁷

Auf die Frage, was der gesellschaftspolitische Auftrag der Kirche beinhaltet, gaben die meisten die Antwort: Hilfe für Schwache, Unterstützung der Benachteiligten; Einsatz für die Opfer, mit denen unter den Bedingungen der Marktwirtschaft zunehmend zu rechnen sein wird. Der Schwerpunkt des gesellschaftlichen Dienstes wird also in Diakonie und Seelsorge gesehen.

Fast alle betonten, daß es für Kirche darauf ankäme, in der Öffentlichkeit zu wirken. Etwa ein Viertel meinte sogar, daß sich Kirche für eine funktionierende Demokratie einzusetzen, politische Beraterfunktionen und Aufgaben der Bürgergemeinde wahrzunehmen habe. Einige der Pfarrer forderten aber auch dazu auf, umzukehren und sich auf das ‚Eigentliche‘ zu besinnen. „Wir müssen jetzt konsequent zu unserer Sache zurückkehren, aber ich sehe, daß viele meiner Kollegen schon nicht mehr zurückkehren können.“ Die Auffassung, daß sich die Kirche jetzt wieder stärker aus der Politik zurückziehen sollte, wurde übrigens auch von Pfarrern vertreten, die ein politisches Engagement der Kirche bejahten.

Interessant ist, daß die Meinungen der linksalternativen Pfarrer über das vertretbare Maß des politischen Engagements der Kirche geteilt waren. Während die einen eine konsequent politische Kirche forderten, verlangten die anderen von der Kirche politische Zurückhaltung und

⁷ Hempel, Johannes, An alle Pfarrer und Pastorinnen der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens. Masch. Dresden 1989.

riefen stattdessen die Gemeindeglieder zu politischen Aktivitäten auf. Wo allerdings eine konsequent politische Kirche gefordert wurde, da wurde von ihr nicht erwartet, daß sie sich anpaßt, sondern daß sie korrigierend wirkt, unbequem ist und sich zwischen die Stühle setzt.

2.4. Parteienpräferenz der Pfarrer

Auch bei der Frage, welche Partei sie bei der Volkskammerwahl am 18. März wählen werden beziehungsweise gewählt haben, zeigte sich eine gewisse Unsicherheit bei den Befragten. Meist wurde uns nicht nur die jeweilige Partei, sondern auch eine umfangreiche Begründung genannt: „Die SPD hat kein Konzept zur Vereinigung, deshalb wähle ich lieber CDU“; „ich habe aus wirtschaftlichen Gründen die CDU gewählt, sonst wäre es Bündnis gewesen“; „ich wähle SPD, wenn es keine größere Partei links von ihr gibt“; „ich wollte eigentlich Bündnis wählen, sah aber in der SPD eher eine Chance, einer starken CDU zu wehren“; „ich habe PDS gewählt, jetzt kann sie ja nicht mehr schaden“. Ein Drittel der Befragten gab an, SPD zu wählen, knapp ein Viertel die CDU. Die anderen Stimmen verteilten sich nahezu gleichmäßig auf Bündnis 90, PDS, LDP und DA. Nur drei Pfarrer waren nicht zu einer Antwort auf diese doch recht heikle Frage bereit.

3. Vergleich der Ergebnisse

Vergleicht man die Aussagen der Pfarrer vor und nach der Wende, dann lassen sich zwei Korrelationsketten ausmachen. Dabei kommt der Stellung zu den Gruppen, zur Kirche und zur Moderne eine Indikatorenfunktion zu. Pfarrer, die sich im vergangenen Jahr für die Gruppen und für eine Öffnung der Kirche gegenüber den Gruppen aussprachen, sich kritisch zur Institution Kirche stellten und gegenüber der modernen Industriegesellschaft auf deutliche Distanz gingen, die also zu der von uns bereits herausgehobenen Gruppe der links-alternativen Pfarrer gehörten, hatten großteils erhebliche Vorbehalte gegenüber Verlauf und Folgen der Wende.

Als Beleg ein paar Zitate. Vor der Wende sagte einer aus den bezeichneten Gruppen: „Ich unterstütze das inhaltliche Anliegen der Gruppen und möchte sie ernst nehmen mit dem, was sie tun. Kirche sollte sich mit den Inhalten der Gruppen solidarisieren. Sie sollte sich auch für die Menschen einsetzen, die Inhalte vertreten, die Kirche nicht nachvollziehen kann.“ Ein Jahr später: „Also ich sehe zur Zeit noch nicht richtig, was sich gewendet hat. ‚Wende‘ ist ein Schlagwort von Kohl gewesen, damals, um zu zeigen, daß er politisch was Neues gebracht hat. Und als ‚Wende‘ in der DDR sehe ich zur Zeit, daß die SED entmachtet ist und damit die Staatssicherheit, aber zu einer ‚Wende‘ gehört meiner Ansicht

nach auch ein Umdenken in der Bevölkerung, ein bewußtes Eingreifen in die Gesellschaft. Das wäre die ‚Wende‘. Zuvor haben sich die Leute zurückgezogen. Die ‚Wende‘ wäre, wenn die Leute die Gesellschaft jetzt entdecken und sich dort engagieren würden ... einfach mal sehen, was vor der Haustür ist. Dort sehe ich zur Zeit überhaupt nichts ‚gewendet‘, sondern ich sehe dieselben Leute wie bisher, die irgendeiner Fahne hinterherlaufen.“

Die Gruppe der links-alternativ orientierten Pastoren, die im vergangenen Jahr zwar kritisch gegenüber dem real existierenden Sozialismus, aber aufgeschlossen gegenüber der Idee des Sozialismus eingestellt war, hat jetzt Schwierigkeiten, die Idee einer gerechten Gesellschaft zugunsten der Marktwirtschaft aufzugeben: „Ich halte den Sozialismus für demokratiefähig, bin mir aber nicht sicher, was die theoretische Fundierung anbelangt. Die Theorie des Sozialismus hat viele Berührungspunkte mit der christlichen Vorstellung vom Reich Gottes. Jedoch setzt der Sozialismus den solidarischen Menschen voraus, die Marktwirtschaft entspricht dem menschlichen Egoismus. Ich hoffe aber, daß der Mensch zu mehr in der Lage ist, als seinem Egoismus zu frönen. Man sollte das Ideal des Sozialismus nicht ganz über Bord werfen.“ Der Zusammenhang zwischen Bejahung der Gruppen, Befürwortung der Idee des Sozialismus bei gleichzeitiger Bereitschaft zum politischen Engagement gegen das etablierte realsozialistische System, Institutionskritik, Modernitätskritik und eher positivem Menschenbild läßt sich bei etwa einem Viertel der befragten Pastorinnen und Pfarrer nachweisen.

Daneben findet sich noch eine Gruppe von Pfarrern, die im vergangenen Jahr den politisch alternativen Gruppen distanziert-abwartend gegenüberstand, vor einer allzu großzügigen Öffnung der Kirche warnte, die Leistungen der modernen Industriegesellschaft verteidigte, wobei sie Umkehrforderungen als illusionär bezeichnete, und zur Institution Kirche eine weitgehend positive Stellung bezog. Der Kreis dieser Pfarrer beurteilte im Frühjahr 1990 die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung eher positiv und sah mit dem Zusammenbruch des DDR-Regimes das Scheitern des Sozialismus als erwiesen an.

Wiederum zur Veranschaulichung ein paar Belege. Im vorigen Jahr lauteten die Aussagen eines Befragten: „Es gibt kein Zurück zum Naturzustand. Auch wenn die Herrschaft der technischen Vernunft mehr gesteuert werden müßte, ich wende mich gegen eine Verteufelung der Technik.“ „Gruppen und Kirchen haben unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten. Daher kann man die Gruppen nicht als Handlungsmöglichkeit der Kirche ansehen, und eine Zurückhaltung ihnen gegenüber seitens der Kirchenleitung ist richtig ... Mit dem Evangelium kann man nicht die Welt regieren. Wir brauchen einen Staat mit einem Minimum an Gewalt ... Im Verhältnis zwischen Kirchenleitung und Gemeinde ist schon manches realisiert, was ich mir von der Gesellschaft wünsche.“

Das synodale Prinzip der Kirche hat durchaus gesellschaftliche Ausstrahlungskraft.“ Derselbe Proband ein Jahr später: „Der Sozialismus hat keine Chance. Seine sozialen Anliegen werden in der Marktwirtschaft Platz finden. Ich begrüße es, daß der Sozialismus keine Chance hat. Was gewesen ist, soll nicht wiederkommen... Ich freue mich auf die bevorstehende Vereinigung, denn ich habe unter der Trennung sehr gelitten. Die Probleme der Zukunft sind lösbar. Wir müssen viel von der Bundesrepublik lernen.“ Der Zusammenhang zwischen Bejahung der Moderne, positivem Kirchenverhältnis, Distanz gegenüber den Gruppen, Befürwortung der Öffentlichkeitswirksamkeit der Kirche und positiver Bewertung der Gegenwart war bei einem reichlichen Viertel der Befragten nachzuweisen. Im Gegensatz zur These Friedrich Wilhelm Grafs kann man also feststellen, daß die Mehrzahl der befragten Pfarrer das Verhältnis zwischen Kirche und Moderne nicht als Gegensatz wahrnahm. Es gilt vielmehr der umgekehrte Zusammenhang: Die Pfarrer, die positiv zur Moderne standen, hatten auch ein bejahenderes Verhältnis zur Kirche, diejenigen, die die Moderne kritisierten und auf Umkehr orientierten, neigten auch mehr zur Kritik an der Kirche.

Es ist interessant, daß auch unter den Bedingungen des real existierenden Sozialismus der Typ des bürgerlichen, das heißt des rational eingestellten, kulturoffenen, bewußt realitätsbezogenen Pfarrers überlebt hat. Dabei konnten die Vertreter dieser bürgerlich-liberalen Einstellung gegenüber der Idee des Sozialismus durchaus positiv Stellung beziehen. Dies weist darauf hin, daß es sich bei dem bürgerlich-liberalen Pfarrer nicht um einen Pragmatiker oder Technokraten handelt. Vielmehr ist für ihn die breits angesprochene Spannung von Idealismus und Realismus charakteristisch. Ob nun aber der Pfarrer mehr aufgeschlossen war gegenüber den Gruppen oder mehr skeptisch, ob er der Moderne mehr oder weniger kritisch gegenüberstand, ob er Institutionskritik betrieb oder nicht, ob seine Haltung sich an dem Machbaren oder an dem Wünschbaren orientierte, in beiden Fällen stand der Pfarrer quer zu den herrschenden Verhältnissen des DDR-Sozialismus und beförderte mit seinen Mitteln den Wandel, das eine Mal, weil er den wahren Sozialismus wollte, das andere Mal, weil er überhaupt keinen Sozialismus wollte.

Wolf-Jürgen Grabner

Kirche und Politik

Ergebnisse einer Befragung von Leipziger Gemeindegliedern

Vorbemerkungen

Trotz sinkender Mitgliederzahlen hat die Wirkung der Evangelischen Kirchen der DDR in den achtziger Jahren sowohl international im Bereich der Ökumene wie auch für die DDR-Gesellschaft stetig zugenommen. Weltweit haben die Kirchen des Landes, in dem die Mehrheit der Christen protestantisch war und unter realsozialistischen Bedingungen lebte, durch ihren Antrag¹ an die 6. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1983 in Vancouver (Kanada) den Prozeß hin zu einem Konzil des Friedens in Gang gebracht. Dies blieb nicht ohne Einfluß auf die innergesellschaftliche Situation und Diskussion. Denn seitdem sich die politisch-alternativen Gruppen unter das Dach der Kirche ‚flüchteten‘ und seit der 1. Ökumenischen Versammlung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung im Februar 1988 in Dresden, auf der durch die verlesenen „Zeugnisse der Betroffenheit“ eine bisher nicht erreichte Öffentlichkeitswirksamkeit erlangt wurde, war die Kirche der Bereich in der Gesellschaft, wo die Diskussion über brennende politische Fragen nicht mehr abriß.² Dies spiegelte sich in den Papieren und Stellungnahmen der Kirchenleitungen und Synoden, in der kirchlichen Presse und nicht zuletzt in den Aktivitäten der Basisgruppen wider.

Welches war aber die Haltung der Gemeindeglieder zu dem politischen Engagement der Kirche? Sowohl die Kirchenleitungen und Synoden wie auch die Basisgruppen waren nur ein kleiner Ausschnitt, eine oft intellektuelle Elite, aus dem breiten Spektrum der Kirchenmitglieder.³ Bisher gab es keine gesicherten empirischen Erkenntnisse über die Einstellung der Kirchenmitglieder zum politischen Mandat der Kirche, da es auch im Bereich der soziologischen Forschung starke ideologische

¹ Nachzulesen in: Gemeinsam unterwegs: Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR 1980–1987/hrsg. vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Berlin-Ost 1989, 264–268.

² Vgl. auch den Beitrag von Pollack, Detlef, Ursachen des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR aus systemtheoretischer Perspektive, in diesem Band.

³ Vgl. ebd.

Zwänge seitens des Staates und seiner Organe gab. Aber auch kirchlicherseits stand man soziologischem Arbeiten nicht vorbehaltlos gegenüber. Ein Grund für die Zurückhaltung gegenüber der Religionssoziologie ist sicher darin zu sehen, daß man vermeiden wollte, daß die andere (staatliche) Seite sich genau über die eigene Befindlichkeit informieren kann. Und dies wäre ja möglich gewesen, sobald empirisch gewonnene Ergebnisse über Meinungen und Einstellungen von Kirchenmitgliedern vorlägen. Die Erfahrungen der fünfziger Jahre riefen diese Angsthaltung hervor und prägten bis zum Herbst 1989 viele kirchenleitende Leute.⁴ Andererseits könnten die Vorbehalte gegenüber soziologischem Herangehen auch in der Sorge einiger Theologen begründet sein, die Theologie könnte Terrain und Einfluß an die Religionssoziologie ‚verlieren‘.

Mit den Leipziger Untersuchungen, deren Ergebnisse ich hier vorstelle, ist ein Anfang gemacht worden, dieses Defizit an empirischen Erkenntnissen aufzuarbeiten. Im Zeitraum von Mitte Oktober bis Mitte Dezember 1989 wurden in drei Leipziger Kirchgemeinden bei insgesamt 291 repräsentativ ausgewählten Gemeindegliedern mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens mündliche Interviews durchgeführt. Die Grundgesamtheit, aus der die Stichprobe ermittelt wurde, sind etwa 140 000 Kirchenmitglieder in 36 Leipziger Stadtgemeinden. Damit sind die Ergebnisse zwar nicht repräsentativ für die gesamte DDR, lassen aber zumindest Aussagen über Meinungstendenzen von Kirchenmitgliedern im großstädtischen Bereich der DDR zu. Die Ergebnisse spiegeln das Bild der Kirche wider, welches sich bei den Gemeindegliedern vor den gesellschaftlichen Veränderungen im Herbst 1989 eingepreßt hatte. Aus der Fülle des Materials soll hier der Problemkreis Kirche und Politik herausgegriffen werden.

Einschränkend muß hinzugefügt werden, daß diese Untersuchung auf Grund des überproportionalen Ausfalls von Interviews bei Zahlungsverweigerern⁵ keine Repräsentativität im statistischen Sinne für sämtliche Gemeindeglieder beanspruchen kann.

Betrachtet man die Kirche – als eine Form institutionalisierter Religion – funktional, wird danach zu fragen sein, welche Leistungen oder Funktionen sie für eine Gesellschaft erbringt. Geht man von einer Orientie-

⁴ Vgl. Grabner, Wolf-Jürgen, Zur Stellung der Kirche in den gesellschaftlichen Veränderungen der DDR: untersucht anhand von offiziellen Äußerungen der Kirchenleitungen und kirchlicher Amtsträger, in diesem Band und Pollack, Detlef, Das Ende einer Organisationsgesellschaft: Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR, in: Zeitschrift für Soziologie 19, 1990, 292-307, hier 298.

⁵ Gemeindeglieder, die keine Kirchensteuer bzw. kein Kirchgeld zahlen, aber nicht aus der Kirche ausgetreten sind.

rungsfunktion⁶ aus, so kann Kirche nicht nur Orientierung für ihren eigenen Bereich oder ihr eigenes System vermitteln, sondern ebenso darüber hinausgehend. Insofern läßt sich auch nach den „politischen Funktionen“, die Kirche innerhalb der DDR-Gesellschaft übernommen hat, fragen. Dies erscheint besonders vor dem Hintergrund der bedeutenden Rolle, die den Kirchen in der DDR nicht erst seit dem Herbst 1989 zukam, sinnvoll.

In einem ersten Punkt wird der Frage nachgegangen, wie politisch die Kirche in den Augen der Gemeindeglieder sein sollte. Dem schließt sich eine Betrachtung über das politische Interesse und Engagement der Kirchenmitglieder selbst an.

1. Das politische Engagement der Kirche

Die Frage nach den Erwartungen der Gemeindeglieder an Kirche ist eine für die Leipziger Untersuchung leitende Kategorie. Im Zusammenhang dieses Aufsatzes soll darauf verzichtet werden, die gesamte Breite der Erwartungen auszuleuchten. Es geht darum, die Aufgabenbeschreibung für Kirche im politischen Bereich näher zu betrachten. Trotzdem wird der Kontext traditioneller kirchlicher Aufgaben in anderen Bereichen nicht völlig zu vernachlässigen sein.

„Worauf sollte sich die Kirche bei ihrer Arbeit in Zukunft konzentrieren?“ So lautete eine Frage an die Gemeindeglieder, bei der aus einer Liste von acht kirchlichen Aufgabenbereichen die drei wichtigsten anzugeben waren. Nach der Auswertung zeigt sich folgendes Bild (vgl. Tabelle 1):

⁶ So vertreten von Niklas Luhmann; vgl. Luhmann, Niklas, Funktion der Religion. Frankfurt/M. 1982, hier 26.

Tabelle 1: Zukünftige Aufgaben von Kirche (in Prozent; n¹ = 284)

Worauf sollte sich die Kirche bei ihrer Arbeit in Zukunft konzentrieren? Suchen Sie die drei wichtigsten Aufgaben heraus, die die Kirche Ihrer Meinung nach in der Zukunft tun sollte.

	genannt ²	Rangplatz
- sich um die Kindererziehung bemühen	36	4/5
- alte und kranke Menschen betreuen	58	2
- sich um die Sorgen und Probleme der einzelnen kümmern	36	4/5
- mit anderen Kirchen zusammenarbeiten	34	6
- die christliche Botschaft zeitnah und modern verkündigen	67	1
- Stellung zu aktuellen politischen Fragen nehmen	37	3
- das kulturelle Angebot bereichern;	5	8
- Möglichkeiten für Gemeinschaft und Geselligkeit anbieten	26	7

¹ mit n ist auch im folgenden immer die Zahl der Befragten bezeichnet, die auf diese Frage geantwortet haben.

² Anteil derjenigen, die die jeweilige Aufgabe als eine der drei wichtigsten benannt haben.

Aus der Sicht der Gemeindeglieder steht die zeitnahe und moderne Verkündigung der christlichen Botschaft für die weitere kirchliche Arbeit an erster Stelle. Zwei von drei Befragten benennen dies als eine der drei wichtigsten Aufgaben. Über die Hälfte der Probanden sind der Meinung, daß die Betreuung alter und kranker Menschen in der kommenden Zeit für die Kirche eine nicht zu vernachlässigende Arbeit sein sollte. Und gut ein Drittel der Kirchenmitglieder halten die Stellungnahme zu aktuellen politischen Fragen für eine für künftige Kirche unaufgebbare Sache. Damit wird deutlich: Auch wenn das politische Wirken nicht zu den ursächlichen Aufgaben der Kirche gehört, wird doch ein kirchliches Votum zu aktuellen politischen Fragen von einem nicht unerheblichen Teil der Gemeindeglieder zu den drei wichtigsten Aufgaben, auf die sich Kirche in der Zukunft konzentrieren sollte, gezählt. Interessant ist, daß die Erwartungen hinsichtlich der politischen Stellungnahme von Kirche im Vergleich zu der Verbundenheit mit Kirche differieren. Die Zahl der Befragten, die die politischen Äußerungen der Kirche zu den drei wichtigsten Aufgaben rechnen, ist unter den weniger mit der Kirche verbundenen Gemeindegliedern eindeutig größer als bei den Gemeindegliedern, die sich ziemlich oder sehr mit Kirche verbunden fühlen (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Kirchliche Stellungnahme zur Politik nach Verbundenheit mit Kirche (in Prozent)

Worauf sollte sich die Kirche bei ihrer Arbeit in Zukunft konzentrieren? Das Gefühl der Verbundenheit mit der evangelischen Kirche kann ja verschieden stark sein. Wie ist das bei Ihnen ausgeprägt?

Verbundenheit mit Kirche	kirchliche Stellungnahme zu aktueller Politik als für künftige Kirche wichtig benannt	Rangplatz	n
- nicht/kaum	42	4	31
- etwas	42	3	109
- ziemlich	33	6	97
- sehr	29	6	45

Dieses Ergebnis ist nicht einfach so zu interpretieren, daß die sich stärker mit der Kirche verbunden fühlenden Kirchenmitglieder weniger Interesse an der Politik hätten. Denn genau das Gegenteil ist der Fall. Vergleicht man das Interesse an Politik mit der Verbundenheit mit Kirche, so läßt sich eindeutig feststellen, daß das Interesse an Politik mit steigender Verbundenheit mit Kirche zunimmt (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Interesse an Politik nach Verbundenheit mit Kirche (in Prozent)

Interessieren Sie sich für Politik? Würden Sie sagen: Politik interessiert mich überhaupt nicht, Politik interessiert mich etwas, Politik interessiert mich oder Politik interessiert mich sehr?

Das Gefühl der Verbundenheit mit der evangelischen Kirche kann ja verschieden stark sein. Wie ist das bei Ihnen ausgeprägt?

Verbundenheit mit Kirche	Interesse an Politik				Mittelwert	n
	nicht (1)	etwas (2)	normal (3)	sehr (4)		
- nicht/kaum	13	19	36	32	2,87	31
- etwas	6	18	30	46	3,17	109
- ziemlich	6	8	48	37	3,17	96
- sehr	4	15	28	52	3,28	46

Zu der Frage zurückkehrend, warum für die stärker verbundenen Gemeindeglieder die politische Stellungnahme der Kirche nicht so wichtig ist, läßt sich folgendes vermuten. Diese Befragtengruppen orientieren sich in politischen Fragen zwar auch an der Kirche, in erster Linie

hat aber die Kirche für diese Mitglieder andere Funktionen zu erfüllen. Offensichtlich erwarten sie eher, daß die Kirche ihre spezifischen Aufgaben wahrnimmt, wie Verkündigung, christliche Erziehung, Seelsorge und Diakonie. Dies sind nämlich solche Funktionen, die nicht in gleicher Weise einfach von anderen Institutionen oder Organisationen übernommen werden können. Eine Stellungnahme zu aktuellen politischen Fragen kann dagegen auch von den Medien, Parteien u. a. abgegeben werden.

Ebenso zeigt ein Vergleich der Altersgruppen abweichende Ergebnisse. Für die jüngeren Gemeindeglieder spielt die politische Stellungnahme der Kirche eine deutlich größere Rolle als für ältere (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Kirchliche Stellungnahme zu Politik (in Prozent) nach Alter der Befragten (in Jahren)

Worauf sollte sich die Kirche bei ihrer Arbeit in Zukunft konzentrieren?				
Alter der Befragten	kirchliche Stellungnahme zu aktueller Politik als für künftige Kirche wichtig benannt	Rangplatz	n	
18-34	46	3	59	
35-59	37	4	137	
über 60	31	7	85	

Aber es ist nicht allein so, daß mehr jüngere Gemeindeglieder von der Kirche ein politisches Votum erwarten als ältere, sondern die politische Interessiertheit der jüngeren hebt sich ebenfalls von der der älteren Befragten ab (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5: Interesse an Politik (in Prozent) nach Alter der Befragten (in Jahren)

Interessieren Sie sich für Politik? Würden Sie sagen: Politik interessiert mich überhaupt nicht, Politik interessiert mich etwas, Politik interessiert mich oder Politik interessiert mich sehr?

Alter der Befragten	Interesse an Politik				Mittelwert	n
	nicht (1)	etwas (2)	normal (3)	sehr (4)		
18-34	2	11	28	59	3,44	61
35-59	4	12	44	40	3,20	137
über 60	14	21	30	35	2,85	84

Die Ergebnisse des Altersvergleichs decken sich mit den Beobachtungen von Lutz Niethammer⁷, der feststellte, daß die „Westwanderer und Demonstranten“ – und das waren ja jene, die aus dem „mehrheitlichen Schweigen“⁸ herausgetreten sind und damit politische Aktivität zeigten – jung waren. Diese jungen Leute waren nicht mehr in dem Maße wie die Generation ihrer Eltern bereit, sich mit dem System zu arrangieren. So blieb ihnen nur noch die Alternative, den „Traditionszusammenhang“ ganz zu verlassen. Dabei mußten sie sich an neuen, anderen Werten „orientieren oder sich auf ihren individuellen Vorteil konzentrieren“.⁹ Dies setzte einen höheren Grad politischen Bewußtseins voraus, das sich auch bei den hier befragten jüngeren Kirchenmitgliedern zeigte.

Erwartungen kann man durch Wünsche oder durch Kritik artikulieren. Wir hatten eine Liste von sechzehn Sätzen zusammengestellt, zu denen die Befragten auf einer Skala zwischen „stimmt nicht“ zu „stimmt genau“ ihre Haltung verdeutlichen konnten. Die durchschnittliche Bewertung zeigt das folgende Schaubild¹⁰.

Da sämtliche Mittelwerte unter 3,0 liegen, ist zunächst festzuhalten, daß die Mehrzahl der Gemeindeglieder gegenüber der Kirche relativ unkritisch ist.

Drei Sätze enthalten das Wort „politisch“, und in einem weiteren Satz wird das „Verhältnis Staat-Kirche“ thematisiert. Diese Sätze sollen im folgenden betrachtet werden.

Die im Durchschnitt größte Zustimmung aller Sätze findet die Formulierung: „Ich wünsche mir eine Kirche, in der Glaube und gesellschaftlich-politisches Handeln nicht dauernd voneinander getrennt werden.“ Die Verteilung von Zustimmung und Ablehnung ist recht gleichmäßig. 44 Prozent stimmen dem Satz nicht oder fast nicht zu. Bejaht bzw. fast-bejaht wird er von 42 Prozent der Befragten. Dagegen lassen die Proban-

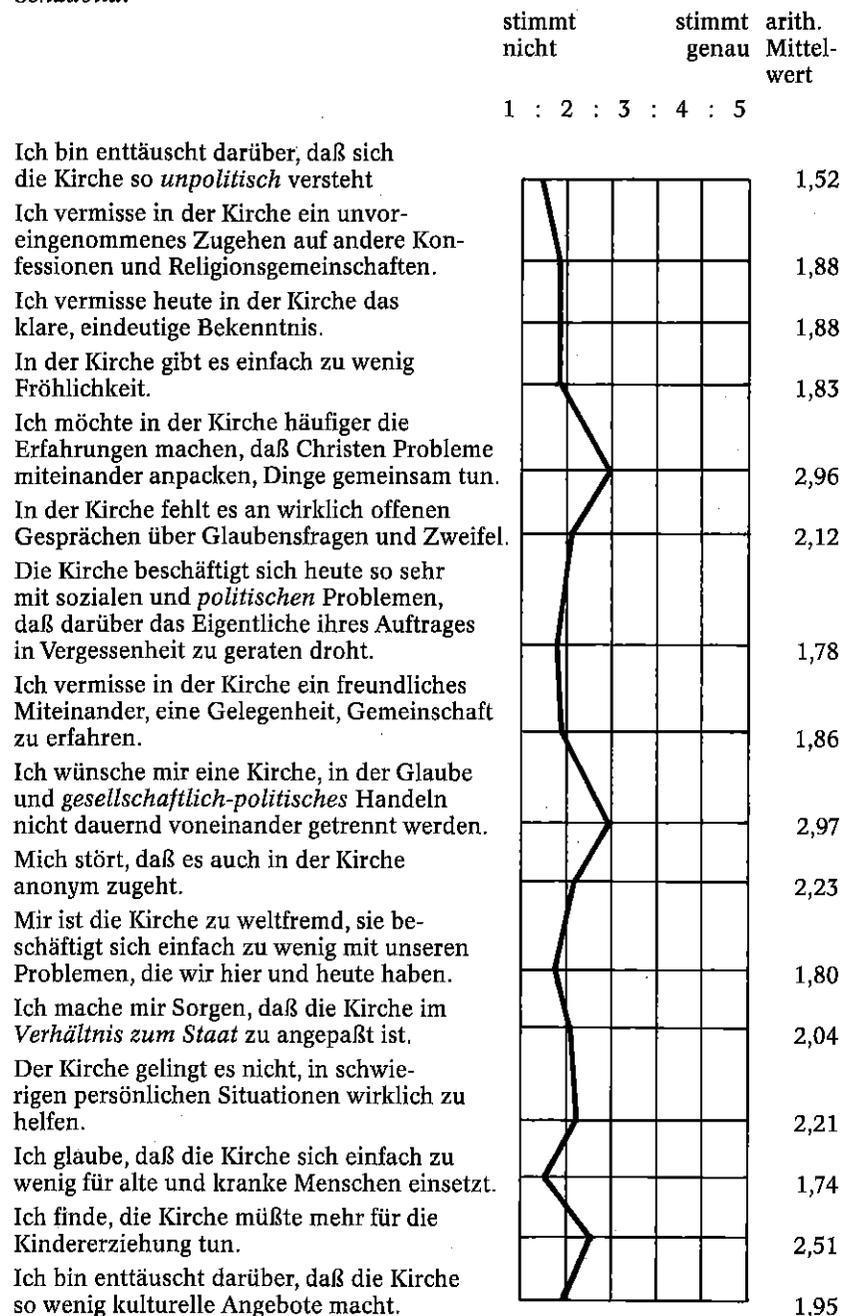
⁷ Vgl. Niethammer, Lutz, Das Volk der DDR und die Revolution: Versuch einer historischen Wahrnehmung der laufenden Ereignisse, in: „Wir sind das Volk!“, Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution/hrsg. von Charles Schüddekopf. Reinbek 1990, 251-279, hier 254.

⁸ „Jenseits des mehrheitlichen Schweigens: Texte von Juni bis Dezember des Jahres 1989“ ist der Titel eines Buches von Kurt Nowak, Berlin-Ost 1990.

⁹ Niethammer, Lutz, a. a. O., 259

¹⁰ Bei der Berechnung aller Werte wurden nur diejenigen Gemeindeglieder berücksichtigt, die auf die Fragen reagiert hatten. Im Durchschnitt der gesamten Befragung lag die Zahl derjenigen, die keine Antwort haben, unter 3 Prozent. Diese Größenordnung liegt im Erwartungsbereich und kann vernachlässigt werden. Allerdings war bei der Frage zur Kritik an der Kirche die Ablehnungsquote mit etwa 6,5 Prozent merklich größer, weil einige Gemeindeglieder, die seit längerer Zeit keinen Kontakt mit der Kirche hatten, sich nicht kompetent fühlten, diese Fragen zu beantworten. Die Angaben bei dieser Frage beziehen sich deshalb nur auf durchschnittlich 271 Probanden.

Schaubild:



den bei dem Satz: „ich bin enttäuscht darüber, daß sich die Kirche so unpolitisch versteht“ das durchschnittlich geringste Einverständnis erkennen. 82 Prozent der Gemeindeglieder lehnen das ganz oder zumindest der Tendenz nach ab. Einverstanden oder fast einverstanden sind damit nur 5 Prozent. Dies für sich betrachtet, könnte zweierlei bedeuten. Einmal könnte zum Ausdruck gebracht werden, daß es ganz richtig sei, daß sich die Kirche so unpolitisch versteht. Andererseits ließe sich daraus aber auch ableiten, daß die Kirche ja gar nicht unpolitisch ist. Deshalb braucht sich darüber auch niemand enttäuscht zu zeigen. Der Satz: „Die Kirche beschäftigt sich heute so sehr mit sozialen und politischen Problemen, daß darüber das Eigentliche ihres Auftrags in Vergessenheit zu geraten droht“ wird von 76 Prozent der Befragten abgelehnt. Nur 11 Prozent bejahen diesen Satz fast oder ganz. Das heißt, nur wenige Gemeindeglieder haben die Befürchtung, daß sich die Kirche auf Grund ihres politischen Engagements von ihrem eigentlichen Auftrag ablenken läßt. Allerdings ist einem Teil der Befragten bewußt, daß Kirche in ihrem politischen Reden auch Gefahr läuft, sich an den Staat anzupassen. Denn 18 Prozent stimmen dem Satz fast oder ganz zu: „Ich mache mir Sorgen, daß die Kirche im Verhältnis zum Staat zu angepaßt ist.“

Die höhere politische Sensibilität der jüngeren Gemeindeglieder, wie sie sich bei der vorher betrachteten Frage nach den drei wichtigsten Aufgaben für zukünftige Kirche und dem Vergleich mit dem politischen Interesse zeigt, ist bei den Äußerungen zur Kritik an der Kirche nicht in dieser Weise feststellbar. Einzig bei der Aussage, daß die Kirche im Verhältnis zum Staat zu angepaßt sei, läßt sich bei den jüngeren Gemeindegliedern im Vergleich mit den älteren eine größere Zustimmung konstatieren.

Es ist sinnvoll, den Blick nicht nur isoliert auf jeden einzelnen Satz zu richten, sondern auch auf den Kontext der anderen Äußerungen zum politischen Wirken der Kirche bzw. zum Verhältnis Kirche-Staat. Dabei wird deutlich, daß das gesellschaftlich-politische Engagement der Kirche zwar nicht die ungeteilte Zustimmung aller Gemeindeglieder findet, aber vom größten Teil auch nicht kritisch angefragt wird. Offensichtlich gehört das politische Wirken für die Mehrheit der Kirchenmitglieder recht selbstverständlich zum Auftrag der Kirche dazu.

Diese augenscheinlich selbstverständliche Erwartung der Interviewten an Kirche, sich ihrem politischen Auftrag zu stellen, wird auch durch das Antwortverhalten der Gemeindeglieder auf die Frage nach der Motivation für Kirchenmitgliedschaft unterstrichen. Darin wurden sechzehn verschiedene Gründe angeführt, weshalb man Mitglied der Kirche sein kann. Die größte Zustimmung findet die Aussage: „Ich bin in der Kirche, weil sie sich für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung einsetzt.“ Über drei Viertel geben an, daß dieser Satz auf sie

fast oder genau zutrifft. Das heißt, diese Aussage wird im Durchschnitt mehr bejaht, als der Satz: „Ich bin in der Kirche, weil ich Christ bin.“

Mit den kirchenkritischen Äußerungen wurde auch eine Faktorenanalyse¹¹ durchgeführt. Diese hat zu vier jeweils anders gearteten Bündelungen von Erwartungshaltungen der Gemeindeglieder geführt. Zu Faktor I gehören Äußerungen, deren Inhalt in erster Linie *Interesse an Gemeinschaft* in der Kirchgemeinde und unter den Gemeindegliedern erkennen läßt. Man kann noch zu wenig die Erfahrung von einem „freundlichen Miteinander“, von „Gemeinschaft“ oder einfach von „Fröhlichkeit“ in der Kirche machen. Christen sollten häufiger ihre „Probleme miteinander anpacken, Dinge gemeinsam tun“. Die Kirche wird als zu „anonym“ erlebt, es fehlt an „offenen Gesprächen über Glaubensfragen und Zweifel“. Auch vermissen die Gemeindeglieder „ein unvoreingenommenes Zugehen auf andere Konfessionen und Religionsgemeinschaften“.

In einem Faktor II werden Aussagen zusammengefaßt, die zum Ausdruck bringen, daß *traditionelle kirchliche Aufgaben* nicht in der erwarteten Weise erfüllt werden. Die Befragten artikulieren die Sorge, daß aufgrund des „sozialen und politischen“ Engagements von Kirche, das „Eigentliche ihres Auftrags“ vergessen werden könnte. Es wird ein „klares, eindeutiges Bekenntnis“ erwartet. Außerdem ist man sich nicht sicher, inwieweit es der Kirche gelingt, „in schwierigen persönlichen Situationen“ zu helfen bzw. ob Kirche nicht zu wenig für „Alte und Kranke“ tut. Diese Erwartungszusammenhänge sind interessanterweise nicht allein auf die rechte Verkündigung ausgerichtet. Ebenso sollte Kirche ihrem seelsorgerlichen und diakonischen Auftrag besser gerecht werden.

Der Faktor III läßt bei den Befragten vor allem das *Bedürfnis nach politisch-problemorientiertem Auftreten* der Kirche erkennen. Die befragten Gemeindeglieder sind einerseits enttäuscht darüber, daß die Kirche sich „so unpolitisch versteht“, andererseits äußert man sich kritisch zur Angepaßtheit der Kirche an den Staat. Kirche ist insgesamt zu „weltfremd“, sie sollte sich auch mit den Problemen auseinandersetzen, „die wir hier und heute haben“. Diese Betonung des „Hier und Heute“

¹¹ „Die Faktorenanalyse ist ein mathematisches Verfahren, das dazu dient, eine Vielzahl von Einzelmerkmalen zu bündeln. Dabei geht sie von den Zusammenhängen aus, in denen jedes Einzelmerkmal mit jedem anderen steht (Korrelationsmatrix). Im Ergebnis benennt sie eine Anzahl von Dimensionen („Faktoren“), die jeweils durch einen Komplex aus mehreren Einzelmerkmalen definiert sind.“ Vgl. Feige, Andreas; Lukatis, Ingrid; Lukatis, Wolfgang, Kirchentag zwischen Kirche und Welt: auf der Suche nach Antworten: eine empirische Untersuchung auf dem 21. Deutschen Kirchentag, Düsseldorf 1985. Berlin 1987, 193.

scheint für diese Befragtengruppe wenig mit einer Bezugnahme auf den Glauben zu tun zu haben.

Dagegen ist im Faktor IV die Erwartungshaltung der Gemeindeglieder dadurch charakterisiert, daß „Glaube und gesellschaftlich-politisches Handeln“ nicht voneinander getrennt werden sollen. Damit verbunden ist ein Interesse an *Kultur- und Wertevermittlung*. Kirche sollte mehr „kulturelle Angebote machen“ und sich auch stärker bei der „Kindererziehung“ engagieren. Doch wird erwartet, daß Kirche Orientierungshilfen nicht allein unter dem Eindruck des „Hier und Heute“ formuliert, sondern diese in Rückbezug auf den Glauben vermittelt.

Die Faktorenanalyse macht deutlich sichtbar, daß es vier kritische Tendenzen gibt, die von den befragten Gemeindegliedern artikuliert werden. Aufgrund der unterschiedlichen Bejahung der einzelnen Aussagen zeigt sich, daß der größere Teil der Gemeindeglieder den Faktoren I und IV zustimmt. Nur einer Minderheit von Befragten neigt stärker zu den Faktoren II und III.

Für unseren Zusammenhang bleibt festzuhalten, daß es einen Faktor (III) gibt, der im Wesentlichen vom politisch-problemorientierten Herangehen an die Fragen unserer Zeit bestimmt ist. Dabei ist eine kritische Haltung gegenüber dem Staat nicht zu übersehen, die durch die Sorge artikuliert wird, daß sich Kirche zu sehr anpassen könnte. Dieses Resultat ist nicht allein deshalb interessant, weil es die Situation der Kirche und die Motivation der Gemeindeglieder vor der Wende wiedergibt. Denn gerade jetzt – vor dem aktuellen Hintergrund einer Annäherung der Kirche an den Staat¹², dem kirchlicherseits geringer werdenden Interesse an politischen Themen¹³ und der Übernahme bundesdeutscher Kirchenstrukturen – wird sich zeigen, ob die Kritik an Kirche und Staat in den Gemeinden zunehmen wird oder ob sich die Gemeindeglieder an die neu entstehende Situation anpassen werden.

¹² Kirchensteuereinzug durch die Finanzämter, Religionsunterricht an den Schulen

¹³ Die Probleme des Konziliaren Prozesses für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung, die auf den Ökumenischen Versammlungen benannt worden waren, sind (fast) völlig aus der öffentlichen kirchlichen Diskussion verschwunden und die politisch-alternativen Gruppen wandern aus der Kirche aus (vgl. dazu den Beitrag von Hagen Findeis und Wolfgang Elvers in diesem Band). Diese beiden Phänomene sind aber nur Exponenten einer generellen Politisierung von Kirchen und Gemeinden, die auch darin ihren Niederschlag gefunden hat, daß große Teile der Leipziger Pfarrerschaft für die Kirche einen politischen Auftrag sehen (vgl. dazu den Beitrag von Ulrike Franke, Andreas Fünfstück, Detlef Pollack, Joachim Rasch und Thomas Weiß in diesem Band).

2. Das politische Interesse und Engagement der Gemeindeglieder

Nachdem festgestellt werden konnte, daß die Erwartungen der Gemeindeglieder in Bezug auf politische Stellungnahmen der Kirche nicht gering sind, soll nun der Blick auf das politische Interesse der Gemeindeglieder selbst gelenkt werden.

Wie oben schon angedeutet, zeigt sich ein recht hohes Maß an politischer Interessiertheit der Kirchenmitglieder. Bei der Frage: Interessieren Sie sich für Politik? konnte man aus vier Antwortmöglichkeiten „seine“ Antwort wählen. Es ergibt sich folgende Verteilung:

- Politik interessiert mich überhaupt nicht	6 %
- Politik interessiert mich etwas	15 %
- Politik interessiert mich	36 %
- Politik interessiert mich sehr	43 %

Diese große politische Anteilnahme der Interviewten spiegelt sich auch bei den Ergebnissen anderer Fragen wider.

Auf einer Liste von vierzehn Wertorientierungen – auch hier konnten die Gemeindeglieder anhand einer Skala ihre Zustimmung bzw. Ablehnung angeben – hieß eine Aussage: „In einer Gesellschaft leben, die offen ist für Umgestaltung und Reformen“. Für das Leben von 86 Prozent der Befragten ist dies sehr wichtig. Dieser Satz findet von allen angebotenen Aussagen die größte Zustimmung. Demgegenüber halten es „nur“ jeweils zwei Drittel der Probanden für sehr wichtig, „ganz für die Familie“ und „für andere Menschen dazusein“. Wie dieser hohe Anteil an Bejahung von Umgestaltung und Reformen schon vermuten läßt, geht die Zustimmung ohne wesentliche Abweichungen quer durch die Alters- und Berufsgruppen.¹⁴ Da diese Aussage für die Mehrheit der Befragten sehr wichtig ist, läßt sich im Gegensatz zur politischen Interessiertheit keine noch größere Zustimmung bei den stärker mit der Kirche verbundenen Mitgliedern nachweisen (s. o.). Auf die in einem anderen Zusammenhang vorgelegte Äußerung, „daß die Politiker nichts dazulernen und immer wieder die gleichen Fehler machen“, reagierten die Befragten auch in großer Übereinstimmung:

- Damit habe ich große Schwierigkeiten, das bewegt mich sehr.	76 %
- Dies ist für mich weniger ein Problem.	20 %
- Das betrifft mich überhaupt nicht.	4 %

¹⁴ Daß es ein dialektisches Verhältnis zwischen dem Willen nach Veränderung und der Absicht, an Bestehendem festzuhalten, gab, beweist die recht hohe Zustimmung zu der Aussage „In geordneten Verhältnissen leben“. 77 Prozent der Interviewten geben an, daß dies für ihr Leben sehr wichtig ist. Damit wird indirekt auch bestätigt, daß die gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR so nicht gewollt waren und daß diese Ereignisse eine sehr starke Eigendynamik entwickelten.

Wenn man davon ausgeht, daß politisches Problembewußtsein Informiertheit über politische Ereignisse voraussetzt, ist zu vermuten, daß die Gemeindeglieder gut über die politischen Vorgänge Bescheid gewußt haben. Dies konnten wir allerdings nur indirekt überprüfen, indem wir danach fragten, wie häufig sie bestimmte Sendungen in Rundfunk oder Fernsehen verfolgten¹⁵. Jeder zweite Befragte gibt an, sich regelmäßig durch die Nachrichten der DDR-Medien zu informieren; die Nachrichten der bundesdeutschen Rundfunk- und Fernsehanstalten werden sogar von 86 Prozent der Gemeindeglieder regelmäßig wahrgenommen. Das Informationsbedürfnis geht noch über die von Nachrichtensendungen vermittelten Inhalte hinaus. Denn von zwei Dritteln der befragten Kirchenmitglieder werden auch noch regelmäßig politische Magazinsendungen gehört bzw. gesehen. Ein Vergleich der verschiedenen Untergruppen zeigt nur unwesentlich abweichende Ergebnisse.

Diese Äußerungen zeichnen die starke politische Sensibilität der Gemeindeglieder nach, die einen Grund in der politisch so brisanten Zeit des Sommers und Herbstes 1989 hatte. Eine weitere Ursache für die große politische Interessiertheit der Befragten könnte auch in der allgemeinen Politisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens zu suchen sein. Diese Politisierung wurde einerseits von der SED in ihrem Interesse propagiert. Andererseits war sie auch für jeden erfahrbar. Denn jedes alltägliche Problem wurde als ein politisches aufgefaßt, weil es die Unfähigkeit des Systems dokumentierte, das Problem zu lösen. Gleichzeitig wird erkennbar, daß die in Punkt 1 beschriebene Erwartungshaltung zum politischen Wirken der Kirche eine wirkliche Basis in der politischen Anteilnahme der Gemeindeglieder hat.

Auch bei dieser Untersuchung können wir die Erfahrung machen, daß das *politische Interesse* und der *Wille nach Umgestaltung und Reformen* (vgl. die Zahlen oben) offensichtlich größer als die *Bereitschaft zum eigenen Engagement* sind. Denn sowohl bei der Frage nach den Wertorientierungen als auch bei der Frage nach dem persönlichen Christsein gaben nur etwa die Hälfte der Befragten an, daß es für sie wichtig bzw. sehr wichtig sei, sich „gesellschaftlich“ bzw. „politisch einzusetzen“. Folgende Tabellen sollen das verdeutlichen (vgl. Tabellen 6 und 7):

¹⁵ Zu der Funktion der Massenmedien beim gesellschaftlichen Umbruch in der DDR vgl. Feige, Andreas, Massenmedien und demokratischer Prozeß: Zur soziologischen Analyse der Funktion der Massenkommunikation: Das Beispiel DDR, erscheint in: Publizistik 35, 4/1990.

Tabelle 6: Einsatz für die Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben (in Prozent) nach Alter der Befragten (in Jahren)

Ich möchte Ihnen jetzt ein paar Dinge nennen, die im Leben wichtig sein können. Bitte schätzen Sie anhand dieser Skala ein, inwieweit das für Sie persönlich wichtig ist oder war.

Alter der Befragten	sich für die Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben einsetzen ist wichtig/ sehr wichtig	Mittelwert	n
18-34	66	3,80	60
35-59	52	3,54	138
über 60	37	3,20	83
insgesamt	51	3,51	281

Tabelle 7: Sinn des Christseins (in Prozent) nach Alter der Befragten (in Jahren)

Nun eine Frage zum Sinn des Christseins. Wie ist das für Sie persönlich? Geben Sie bitte an, wie stark Sie den Aussagen zustimmen.

Alter der Befragten	Zu meinem Christsein gehört, daß ich mich auch politisch dafür einsetze, Bedrohung und Ungerechtigkeit auf der Welt zu vermindern. stimme zu/stimme voll und ganz zu	Mittelwert	n
18-34	77	4,15	60
35-59	68	4,02	138
über 60	51	3,52	83
insgesamt	66	3,91	281

Die geringere Bereitschaft zum konkreten politischen Engagement – vor allem bei älteren Gemeindegliedern – wird sicher auch in den Ohnmachtserfahrungen begründet sein, die die DDR-Bürger zur Genüge machen konnten; sowohl die, die sich nicht im Sinne des Systems vereinnahmen lassen wollten, als auch jene, die sich mit dem System arrangiert hatten. Jüngere Leute haben diese Erfahrung noch nicht in dem Maße gemacht wie die älteren. Von daher läßt sich auch die bei den jüngeren Befragten vorliegende größere Bereitschaft, sich gesellschaftlich-politisch einzusetzen, erklären.

Bisher haben wir zwar Aussagen über die politische Interessiertheit bzw. die Bereitschaft zum politischen Engagement der Kirchenmitglieder gemacht, ohne jedoch darauf einzugehen, welche inhaltlichen Schwerpunkte dabei gesetzt wurden. Auch wenn dies wiederum nicht vollständig geschehen kann, da die politische Einstellung der Gemeindeglieder nicht Gegenstand unserer Untersuchung war, ist es uns aufgrund der gestellten Fragen möglich, etwas über die Haltung der Kirchenmitglieder zu den sozialistischen Ideen und zur DDR, das heißt dem real existierenden Sozialismus, zu sagen (vgl. Tabelle 8).

Tabelle 8: Meinung zu den Ideen des Sozialismus (in Prozent)

Welche der folgenden Aussagen kommt Ihrer Meinung zur Zeit am nächsten?

- Die Ideen des Sozialismus sind meines Erachtens gut, aber in der Praxis nicht realisierbar.	35
- Ich halte die sozialistischen Ideen für gut, in diese Richtung sollte die Entwicklung gehen.	32
- Ich weiß auch nicht so recht, was ich von den Ideen des Sozialismus halten soll.	24
- Die Ideen des Sozialismus lehne ich grundsätzlich ab.	5
- keine/andere	4

Zwei von drei Gemeindegliedern finden die sozialistischen Ideen prinzipiell gut. Damit sind die befragten Leipziger Kirchenmitglieder gar nicht weit vom DDR-Durchschnitt entfernt. Denn bei einer Mitte Dezember 1989 von Meinungsforschern aus der DDR und der BRD gemeinsam durchgeführten repräsentativen Befragung unter DDR-Bürgern entschieden sich 71 Prozent für die Idee des Sozialismus¹⁶. Jene, die die sozialistischen Ideen grundsätzlich ablehnen, befinden sich in der Minderheit¹⁷. Immerhin ist ein Viertel der Gemeindeglieder unsicher hinsichtlich der Beurteilung der Ideen des Sozialismus.

Die Offenheit gegenüber den sozialistischen Ideen ist bei den jüngeren Kirchenmitgliedern zwischen 18 und 34 Jahren mit insgesamt 84 Prozent deutlich größer als bei dem Durchschnitt der Interviewten. Dagegen macht sich bei den Befragten ab 35 Jahren fast keine Abweichung bemerkbar. Eine Differenzierung nach der Verbundenheit mit

¹⁶ Vgl. Bahrmann, Hannes; Links, Christoph, Wir sind das Volk: Die DDR zwischen 7. Oktober und 17. Dezember 1989: Eine Chronik. Berlin/Weimar/Wuppertal 1990, hier 208.

¹⁷ Die 5 Prozent der Interviewten, die die sozialistischen Ideen prinzipiell ablehnen, ist eigentlich eine im Vergleich zu nur 291 Befragten zu kleine Zahl, als daß man sie zu weiteren Gegenüberstellungen benutzen könnte. Trotzdem sollen die Zahlen hier vollständig dokumentiert werden.

Kirche läßt wesentliche Unterschiede bei denjenigen Gemeindegliedern erkennen, die unsicher sind. Die Zahl derjenigen, die nicht wissen, was sie von den sozialistischen Ideen halten sollen, wird bei den stärker mit der Kirche verbundenen Mitgliedern kleiner. Dies weist zum einen recht deutlich auf eine größere politische Entschiedenheit bei den Gemeindegliedern hin, die sich in größerem Maße mit der Kirche verbunden wissen. Diese Tendenz hatte sich ja auch schon durch das größere politische Interesse bei den „ziemlich“ bzw. „sehr“ verbundenen Mitgliedern gezeigt (vgl. 1.). Andererseits tritt auch eine stärkere Polarisierung unter den sich mehr mit der Kirche verbunden fühlenden Befragten zu Tage, denn bei ihnen nimmt die Zahl derjenigen zu, die die Ideen des Sozialismus ablehnen¹⁸ (vgl. Tabelle 9).

Tabelle 9: Meinung zu den Ideen des Sozialismus nach Verbundenheit mit Kirche (in Prozent)

Welche der folgenden Aussagen kommt Ihrer Meinung zur Zeit am nächsten? Das Gefühl der Verbundenheit mit Kirche kann ja verschieden stark sein. Wie ist das bei Ihnen ausgeprägt?

Verbundenheit mit Kirche	Ideen des Sozialismus			
	gut, aber nicht realisierbar	gut, dahin sollte Entwicklung gehen	weiß nicht, was ich davon halten soll	lehne ich grundsätzlich ab
- nicht/kaum	35	32	29	0
- etwas	32	31	31	2
- ziemlich	39	32	20	7
- sehr	35	33	17	11

Diese pro-sozialistische Einstellung eines großen Teils der Gemeindeglieder entspricht auch im wesentlichen der Haltung der Kirchenleitungen und der politisch-alternativen Gruppen zum Sozialismus. Günter Krusche schreibt im November 1989, daß es „bei aller Kritik am real existierenden Sozialismus bei der Option für eine sozialistische Gesellschaft bleiben“ wird. „Darin sind sich viele Kirchenglieder mit den Vertretern der Reformgruppen einig.“ Es „gilt für viele Christen, daß sie

¹⁸ Auch wenn die absoluten Zahlen hier sehr klein sind und man insofern sehr vorsichtig mit der Interpretation sein sollte, ist die Tendenz zumindest eindeutig.

einen alternativen Sozialismus anstreben, nicht aber eine Alternative zum Sozialismus überhaupt.“¹⁹

Im folgenden wird darauf einzugehen sein, inwieweit sich die Einstellung der Kirchenmitglieder zu dem real existierenden Sozialismus im Vergleich zur Offenheit gegenüber den sozialistischen Ideen unterscheidet. Zu fünf Sätzen, in denen das Verhältnis zur DDR beschrieben wird, sollten die Gemeindeglieder Stellung nehmen. So sehen die Ergebnisse aus²⁰ (vgl. Tabelle 10):

Tabelle 10: Haltung zur DDR (in Prozent)

Sein Verhältnis zum Land DDR kann man ja sehr unterschiedlich beschreiben. Wieweit können Sie folgenden Aussagen zustimmen, inwieweit sind Sie anderer Meinung?

	stimme überhaupt nicht zu				stimme voll und ganz zu		Mittelwert	n
	1	2	3	4	5			
- Meine Haltung zur DDR möchte ich als sehr kritisch aber konstruktiv bezeichnen.	6	6	21	32	35	3,85	279	
- Ich habe ein gespaltenes Verhältnis zur DDR.	27	11	18	12	32	3,12	277	
- Zur DDR habe ich ein durchweg positives, bejahendes Verhältnis.	29	19	30	10	11	2,54	279	
- Mein Verhältnis zur DDR ist durch Ablehnung geprägt.	42	14	20	13	12	2,40	277	
- Ich lebe nun mal in der DDR, was soll ich mir da noch Gedanken über meine Haltung zur DDR machen.	67	12	11	5	5	1,71	278	

¹⁹ Krusche, Günter, Das prophetische Wächteramt: Die zukünftige Rolle der Kirche, in: Aufbruch in eine andere DDR: Reformen und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes/hrsg. von Hubertus Knabe. Reinbek 1989, 98-106, hier 101.

²⁰ Auch bei dieser Frage liegt die Zahl derjenigen, die keine Antwort gaben - ähnlich wie bei der Frage zur Kritik an der Kirche - mit 4 Prozent und 5 Prozent etwas über dem Durchschnitt. Allerdings läßt sich das hier nicht mit fehlender Kompetenz begründen, sondern eher mit einer auch im Oktober und November noch anzutreffenden vorsichtigen Haltung einiger DDR-Bürger, sich zu dieser ‚heiklen Sache‘ nicht zu äußern.

Sozialethisch engagierte Gruppen unter dem Dach der Kirche

Wiederum findet sich die oben schon zitierte Einschätzung von Günter Krusche bestätigt, der meinte, daß gegenüber dem real existierenden Sozialismus verständlicherweise Kritik geübt werde. Zu einer kritisch-konstruktiven Haltung zur DDR (35 Prozent + 32 Prozent) bekennen sich über zwei Drittel der Befragten. Fast jeder zweite Proband hat ein gespaltenes Verhältnis zur DDR (32 Prozent + 12 Prozent) bzw. verneint ein durchweg positives Verhältnis (29 Prozent + 19 Prozent) zu haben. Andererseits lehnen über die Hälfte der Gemeindeglieder die Aussage ab, daß ihr Verhältnis durch Ablehnung geprägt sei (42 Prozent + 14 Prozent). Dies nehmen nur ein Viertel der Kirchenmitglieder für sich in Anspruch (12 Prozent + 13 Prozent). Durch die hohe Ablehnung des letzten Satzes der Tabelle (67 Prozent + 12 Prozent) bringen die hier befragten DDR-Bürger noch einmal deutlich zum Ausdruck: Das Leben in der DDR, so wie es ist, wird nicht (mehr) einfach hingenommen, sondern kritisch reflektiert. Und auch hier läßt sich wieder eine größere Entschiedenheit bei den jüngeren und stärker mit der Kirche verbundenen Gemeindegliedern feststellen. Die Ablehnung der Behauptung, daß es unnötig sei, sich über das Verhältnis zur DDR Gedanken zu machen, liegt bei diesen Befragten über dem Durchschnitt.

Resümierend läßt sich sagen: Bei der Frage nach dem politischen Auftrag der Kirche läßt sich eine relative Nähe zwischen ‚Kirchenvolk‘ und Kirchenleitungen²¹ konstatieren. Die Ursache dafür wird aber vermutlich nicht in den immer politischer werdenden Äußerungen der Kirchenleitungen zu suchen sein. Die Beeinflussung scheint eher in der anderen Richtung gewirkt zu haben. Die immer deutlicher hervortretende Politisierung der Basis, der Gemeinden – angeschoben durch die politisch-alternativen Gruppen und die Pfarrer – hat die Kirchenleitungen immer mehr unter Druck gesetzt, politische Stellung zu beziehen, um sich nicht noch weiter von der Basis zu entfernen²². Allerdings wird auch von einer Reflexivität der Prozesse auszugehen sein. Insofern hat das politische Votum der Kirchenleitungen die Pfarrer und Gemeindeglieder wiederum bestätigt und ermutigt.

²¹ Vgl. Grabner, Wolf-Jürgen, Zur Stellung der Kirche in den gesellschaftlichen Veränderungen der DDR: untersucht anhand von offiziellen Äußerungen der Kirchenleitungen und kirchlichen Amtsträger, in diesem Band.

²² Die Bundessynode stellt im September 1989 angesichts der Massenausreise fest, daß das Reden der Kirche „viele nicht mehr erreicht“. Beschluß zur Lage im Lande: Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Eisenach, 15.-19. 9. 1989, in: Die Opposition in der DDR: Entwürfe für einen anderen Sozialismus/hrsg. von Gerhard Rein. Berlin-West 1989, 214-217, hier 215.

Zur Funktion der politisch alternativen Gruppen im Prozeß des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR

Als nach der Auszählung der Stimmzettel zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 feststand, daß die eben erst gegründeten Bürgerbewegungen und Parteien von weitaus weniger Stimmberechtigten gewählt worden waren als erwartet, zeigten sich die Vertreter und Sympathisanten dieser Gruppierungen bestürzt, enttäuscht, ja auch erstaunt. Das „Bündnis 90“ („Neues Forum“, „Demokratie Jetzt“, „Initiative Frieden und Menschenrechte“) beispielsweise hatte nur ca. 3 % der Stimmen erhalten.

Angesichts dieses Ergebnisses stellt sich die Frage nach der Bedeutung der politisch alternativen Gruppen für den gesellschaftlichen Umbruch in der DDR. Während manche ihren Beitrag eher gering einschätzen und sie als „politische Dilettanten“¹ disqualifizieren, schreiben andere ihnen eine Führungsrolle für das Zustandekommen der „Wende“ zu.²

Soll die Frage, in welchem Maße die politisch alternativen Gruppen zum gesellschaftlichen Wandel in der DDR beitragen, beantwortet werden, muß zunächst auf ihre Entstehung eingegangen werden.

Das System des real existierenden Sozialismus in der DDR kannte seit seiner Konstituierung 1949 weder parlamentarische Opposition noch außerparlamentarischen politischen Pluralismus. Dahingehende Bestrebungen wurden mit der Begründung, die Partei- und Staatsführung vertrete alle gesellschaftlichen Kräfte, zurückgewiesen und für staatsfeindlich erklärt.³ Auch verhinderte die ständige Abwanderungs-

¹ Heym, Stefan, Hurra für den Pöbel, in: Der Spiegel vom 6. 11. 1989, 31.

² Neubert, Ehrhart, Motive des Aufbruchs, in: Aufbruch in eine andere DDR/ hrsg. von Hubertus Knabe. Reinbek 1989, 141-155, hier 152.

³ Mit eben dieser Begründung wurde noch im September 1989 der Antrag auf Zulassung des „Neuen Forum“ zurückgewiesen.

möglichkeit bis zur Schließung der Grenze zur BRD 1961 die Bildung einer massiven Opposition.⁴

Obwohl in den sechziger Jahren immer wieder kritische Stimmen laut wurden, erzielten sie in der Öffentlichkeit der DDR keine Breitenwirkung. Häufig gingen diese Proteste von prominenten Künstlern oder Wissenschaftlern aus. Da sie aber von der Staatsmacht schnell unterbunden wurden, konnten sie, einmal verstummt, nicht weiterwirken. Auch die Aktivitäten marxistisch-leninistischer Zirkel oder politisch engagierter Studentengemeinden blieben auf einen kleinen Kreis von Sympathisanten beschränkt.

Mit der Machtübernahme Honeckers 1971 setzte eine innen- und außenpolitische Liberalisierung ein, die Hoffnungen auf mehr Demokratie weckte. Das Programm der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ führte zum Anwachsen des Lebensstandards. Die nun heranwachsende Generation kannte weniger Entbehren als frühere und stellte den Sozialismus kaum noch in Frage. Dieser war inzwischen für sie Alltag geworden. Bereits Mitte der siebziger Jahre wurde jedoch deutlich, daß das Wirtschaftsprogramm der SED nicht aufging. Das Wirtschaftswachstum sank. Die innenpolitische Liberalisierung wurde zurückgezogen und das gesellschaftliche Leben stattdessen in administrativere Bahnen gelenkt. Die vorher Hoffenden sahen sich getäuscht. Ihr Unmut vermehrte sich aufgrund der Zuspitzung globaler Probleme, besonders durch die verstärkt einsetzende Aufrüstung und die Verschärfung der Umweltprobleme.

Daß der dadurch hervorgerufene Protest begrenzt blieb und in der Bevölkerung keine Mehrheit fand, hatte systemspezifische Ursachen: Das System war bestimmt durch eine alle Lebensbereiche durchziehende ideologische Ausrichtung. Um sie durchzusetzen und zu vertiefen, bediente sich die Staatsmacht nicht nur administrativer Mittel, sondern auch eines Sicherheitsapparates, der die Gesellschaft bis in den letzten Winkel hinein ausleuchtete und unter der Bevölkerung Angst verbreitete.⁵ Aufgrund dieser mit staatlichen Machtmitteln gesteuerten Verpflichtung aller gesellschaftlichen Bereiche auf ein ideologisch definiertes Einheitsprogramm konnten sich außerideologisch begründete,

⁴ Es entspricht einer These von Albert O. Hirschmann, daß sich interner Widerspruch erst aufgrund der Erhöhung der Abwanderungsbarrieren entwickelt (Hirschmann, Albert O., Abwanderung und Widerspruch: Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten. Tübingen 1974, 65). Vgl. aber Anmerkung 16.

⁵ Vgl. zum Arrangement der DDR-Bürger mit dem Staat auch Niethammer, Lutz, Das Volk der DDR und die Revolution: Versuch einer historischen Wahrnehmung der laufenden Ereignisse, in: „Wir sind das Volk!“: Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution/ hrsg. von Charles Schüddekopf. Reinbek 1990, 251-279, hier 255.

also wirtschaftliche, kulturelle, politische, künstlerische, wissenschaftliche, familiäre und individuelle Interessen nicht frei entfalten. Vielmehr wurden die Versuche zur Durchsetzung solcher Interessen entweder unterdrückt oder den Vorgaben der Gesellschaft angepaßt, so daß sich durch die gesamte Gesellschaft ein permanenter, teilweise offen, teilweise verdeckt ausgetragener Konflikt zwischen den um Autonomie ringenden Kräften der Selbstorganisation und Selbstverwirklichung und den politischen Kräften einer gesamtgesellschaftlichen Homogenisierung zog. Da jedoch dieser Konflikt aufgrund der einseitigen Machtverteilung immer zugunsten der ideologisch programmierten Einheitsgesellschaft entschieden wurde, wurde der Graben zwischen den Erwartungen der Parteispitze und den Wünschen, Interessen und Bedürfnissen der Bevölkerung immer breiter. Wollte der einzelne seinen Interessen und Bedürfnissen nachgehen, mußte er sie zurückstellen und zunächst die Forderungen des Staates erfüllen. Nur dann hatte er eine Chance, Handlungs-, Arbeits-, Verdienst- und Aufstiegschancen von der Administration zugewiesen zu bekommen, die dann auch die Verwirklichung seiner Interessen und Ziele erlaubte. Anpassung war gewissermaßen die Vorbedingung für die Möglichkeit der Partizipation an den Leistungen des Systems. Wer auf berufliche und soziale Besserstellung nicht verzichten wollte, hatte sich von unangepaßten Aktivitäten fernzuhalten. Das wußte man und richtete sich darauf ein. Wäre man gesellschaftskritisch aufgetreten, hätte das sofort zu staatlichen Repressionen und zum Entzug aller gesellschaftlichen Verwirklichungsmöglichkeiten geführt. Das zu erdulden, waren die meisten nicht bereit.

Neben dem Staat verfügte allein die Kirche über einen verfassungsmäßig gesicherten Raum, in dem Themen wie Frieden, Gerechtigkeit und Umweltbedrohung diskutiert und eigene Positionen bezogen werden konnten. Die Legitimation dazu bezog die Kirche aus ihrer biblisch begründeten Verantwortung für das Leben und die Bewahrung der Schöpfung. Auch waren im Bereich der Kirche die staatlichen Zugriffsmöglichkeiten beschränkt. So sammelten sich die, die sich außerhalb des staatlichen Rahmens engagieren wollten, in informellen Gruppen unter dem „Dach“ der Kirche. Die Etablierung der Gruppen innerhalb der Kirche hatte also vorwiegend politische und weniger religiöse Gründe.⁶ Die Kirche erfüllte vor allem eine Stellvertreterfunktion.⁷ Doch auch hier

⁶ Anders Falcke, Heino, Unsere Kirche und die Gruppen: Lebendiges Bekennen?, in: Kirche im Sozialismus 11, 1985, 145–152, der zwischen der Ethik der Bergpredigt und dem politischen Anliegen der Gruppen eine inhaltliche Konvergenz wahrnimmt und aus dieser die Einwanderung der Gruppen in die Kirche herleitet.

⁷ Leich, Werner, Ansprache an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker am 3. März 1988. Schnellinformation des Sekretariats des Bundes der Evangeli-

hatten die Gruppen nur geringen Zulauf. Kirchenmitgliedschaft wurde staatlicherseits zwar weitgehend toleriert, aber sobald Christen sich politisch engagierten, standen auch sie vor der Alternative, sich entweder anzupassen oder ausgegrenzt zu werden. Nicht zufällig waren kirchliche Mitarbeiter in den Gruppen besonders stark vertreten. Deren berufliche und gesellschaftliche Ambitionen lagen jenseits staatlicher Reglementierungsmöglichkeiten.

Die Tatsache, daß die Mitglieder der politisch alternativen Gruppen bereit waren, für ihr gesellschaftskritisches Engagement staatliche Ausgrenzung und gesellschaftliche Marginalisierung in Kauf zu nehmen, leitet sich vor allem aus ihrem hohen moralischen Anspruch ab, den sie an sich und die Gesellschaft richteten. Aufgrund ihres ethischen Idealismus fühlten sie sich dazu gedrängt, gesellschaftliche Ungerechtigkeiten zu thematisieren und dagegen zu protestieren. Ihr ausgeprägtes Normen- und Wertebewußtsein verbot es ihnen, sich mit gesellschaftlichen Mißständen abzufinden. Und die Bejahung von allgemein anerkannten Werten wie Gerechtigkeit, Gleichheit, Freiheit, Frieden, die sich großteils aus der Rezeption sozialistischer Sozialutopien⁸ speiste, gab ihnen sogar eine äußere Legitimation für ihr Engagement, die freilich nur selten Anerkennung fand. Von den allermeisten DDR-Bürgern, die sich in den Unrechtsverhältnissen recht und schlecht eingerichtet hatten, wurden die auf gesellschaftlichen Wandel drängenden Gruppen als unrealistische Träumer und Politchaoten, die nicht ins Gewicht fallen,⁹ belächelt, aber vielleicht auch von manchen insgeheim bewundert, weil sie sich so entschieden dem Staat entgegenstellten. In den Augen der Partei- und Staatsführung, die sich durch die Aktivitäten der Gruppen in ihrem Macht-, Wahrheits- und Beglückungsanspruch herausgefordert fühlte, handelte es sich bei den Gruppen schlichtweg um Feinde des Sozialismus, die mit allen Mitteln zu bekämpfen waren.

Diese aber befanden sich im Schutzraum der Kirche und waren direkt nur schwer angreifbar. Deshalb mahnte der Staat die Kirchenleitung, sie solle ihre Kompetenzen nicht überschreiten und sich nicht in staatliche Angelegenheiten einmischen. Mit dem letzteren Argument konnte er die eigentlichen Probleme umgehen und sie ideologisch als einen Staat-

schen Kirchen in der DDR. Masch. Berlin 1988, 2; vgl. auch Poppe, Ulrike, Das kritische Potential der Gruppen in Kirche und Gesellschaft, in: Die Legitimität der Freiheit: Politisch alternative Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirche/hrsg. von Detlef Pollack. Frankfurt/M. 1990, 63–80, hier 65.

⁸ Vgl. Neubert, Ehrhart, Gesellschaftliche Kommunikation im sozialen Wandel: Auf dem Weg zu einer politischen Ökologie. Berlin-Ost 1989, 39.

⁹ Dohle, Horst, Wissenschaftlicher Atheismus und praktische Kirchenpolitik, in: Wissenschaftlicher Atheismus: Forschungsbericht 41/hrsg. von der Ingenieurhochschule für Seefahrt Warnemünde/Wustrow 1987, 27–41, hier 40.

Kirche-Konflikt auslegen.¹⁰ Den Druck, den der Staat auf die Kirche ausübte, gab diese – an einer möglichst reibungslosen Zusammenarbeit mit dem Staat interessiert – dann oft an die Gruppen weiter.

Indes, die Differenz zwischen Kirche und Gruppen lag in erster Linie nicht in unterschiedlichen politischen Optionen. Auch die Kirche trat ja für die Erneuerung des Systems ein. Ihre Differenz lag hauptsächlich in der unterschiedlichen Wahl der Mittel, die sie für nötig erachteten, um die gewünschte Erneuerung zu befördern. Während die Kirche eine Politik der kleinen Schritte betrieb¹¹ und hinter geschlossenen Türen ausgehandelte Lösungen bevorzugte, drängten die Gruppen mehr auf prinzipielle Lösungen und scheuten sich nicht, die Frage nach der Legitimation der staatlichen Macht der Partei aufzuwerfen. Einig waren sich Kirche und Gruppen darin, daß der Sozialismus nicht zur Disposition stand, sondern es um seine Verbesserung ging. Uneinig waren sie sich aber in der Frage, ob die Verbesserung eher mit Mitteln der Geheimdiplomatie¹² oder mit Mitteln unkonventioneller Provokation und öffentlichkeitswirksamer Konfrontation zu erreichen sei.

Dahinter stand eine unterschiedliche Sicht auf die gesellschaftliche Wirklichkeit der DDR. Die Kirchen hielten – auch aufgrund der im Machtkampf in den fünfziger Jahren mit dem Staat gemachten Erfahrungen – die entstandenen Machtverhältnisse für unveränderbar und richteten sich darauf ein.¹³ Unter bewußter Ausklammerung der grundsätzlichen Frage nach der Rechtmäßigkeit der Machtverteilung versuchten sie, die kirchlichen Handlungsspielräume auszudehnen und in Einzelverhandlungen dem staatlichen Verhandlungspartner so viel Zugeständnisse wie möglich abzurufen. Die sozialethisch engagierten Gruppen gingen zwar ebenfalls von der Unveränderbarkeit der Machtverhältnisse aus, im Unterschied zur Kirche waren sie jedoch nicht bereit, sich damit abzufinden. Vielmehr bestanden sie auf der Notwendigkeit grundlegender Machtumverteilungs- und Demokratisierungsprozesse, obwohl sie um die begrenzte Wirksamkeit ihres Engagements wußten.

Der Konflikt zwischen Kirche und Gruppen war insofern also ein Streit um das zulässige oder erforderliche Maß an Pragmatismus. Die

¹⁰ Poppe, Ulrike, a. a. O., 67.

¹¹ So auch Kirchenpräsident Eberhard Natho. Vgl. evangelische information 22, 13/1990, 13.

¹² Vgl. Stolpe, Manfred, Die Zeit der „Geheimdiplomatie Kirche-Staat“ ist vorbei: Anfragen der „Neuen Zeit“ bei Manfred Stolpe zu Vorwürfen in der ARD-Sendung „Kontraste“, in: Neue Zeit vom 23. 11. 1989, 1–2.

¹³ Krusche, Werner, Zwischen Anpassung und Opposition: Gespräch über den zurückliegenden Weg der „Kirche im Sozialismus“, in: Übergänge 16, 1990, 51–56, hier 53: Die führende Rolle der Partei „war ja in der Verfassung festgeschrieben, und wir haben die Verfassung nicht in Frage gestellt“.

Gruppen machten der Kirche Anpassung an staatliche Vorgaben und Verrat an ihrem biblisch-theologischen Auftrag zum Vorwurf. Die Kirche kritisierte den Mangel an gesellschaftlichem Realismus unter den Gruppen, sah durch deren Aktivitäten die Möglichkeit, eben diesen biblisch-theologischen Auftrag zu erfüllen, gefährdet und verwies darauf, daß es dann doch immer wieder die vielgescholtene Amtskirche sei, die sich vor die Gruppen stellt und als einzige in der Lage ist, in Belastungssituationen tragfähige Kompromisse mit staatlichen Stellen auszuhandeln.¹⁴ Zwar hatten die Gruppen unter dem „Dach“ der Kirche einen gewissen Rechtsschutz und konnten die Kommunikationsmittel der Kirche (zum Beispiel Vervielfältigungsgeräte) nutzen, doch ihre Wirksamkeit endete zumeist an den Kirchenmauern. Da aber das Hochsicherheitssystem der DDR jede öffentlich bekanntgewordene politische Abweichung ohne Verzug ahndete, war eine Auswanderung der Gruppen aus der Kirche nicht möglich, auch wenn diese sie nicht selten anstrebten.

Mit der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses und der Stationierung sowjetischer Raketensysteme auf dem Gebiet der DDR mußten die Gruppen ihre relative Wirkungslosigkeit erkennen. Infolge dieser Ernüchterung erfuhr aber die Arbeit der Gruppen eine stärkere Professionalisierung, wobei sich die thematischen Schwerpunkte von der Friedens- auf die Umweltproblematik verlagerten, und es entstanden gruppenübergreifende Zusammenschlüsse (Netzwerk „Frieden konkret“, Grünes Netzwerk „arche“, Inkota-Gruppen,¹⁵ Arbeitskreis „Solidarische Kirche“, „Kirche von unten“). Als 1985 mit der Machtübernahme Michail Gorbatschows im Zentrum des real existierenden Sozialismus deutlich wurde, daß auch unter sozialistischen Bedingungen ein größeres Maß an Demokratisierung und Offenheit möglich ist, erhielt die Arbeit der Gruppen einen deutlich sozialismusspezifischen Akzent.

Im Vorfeld des Honecker-Besuches in Bonn im September 1987 kam es in der DDR noch einmal zu einer kurzfristigen Liberalisierung. Diese äußerte sich in den gewährten Reiseerleichterungen ebenso wie in der Genehmigung gemeinsamer Aktionen östlicher und westlicher Friedensgruppen, wie etwa dem Olof-Palme-Friedensmarsch. Die Gruppen sahen sich in ihrem Streben, die Kirche zu verlassen, bestärkt und hofften auf die Möglichkeit, die Auswanderung aus der Kirche nun auch vollziehen zu können.

Doch diese Hoffnung wurde Ende 1987/Anfang 1988 mit einer neuen Welle von Unterdrückungsmaßnahmen zerschlagen (Durchsuchung

¹⁴ Krusche, Günter, Gemeinden in der DDR sind beunruhigt: Wie soll sich die Kirche zu den Gruppen stellen?, in: Lutherische Monatshefte 27, 1988, 494–497, hier 495 f.

¹⁵ INKOTA steht für Information – Koordination – Tagungen.

der Umweltbibliothek und damit einhergehende Verhaftungen in Berlin und Verhaftungen am Rand der Luxemburg-Liebknicht-Demonstration sowie Verhinderung des Erscheinens von Kirchenzeitungen).

Als dann sowjetische Filme und die Zeitschrift „Sputnik“ verboten wurden, woran sich die Absage der Staatsmacht der DDR an die Politik der Perestrojka deutlich erkennen ließ, ergriff Unruhe größere Teile der Bevölkerung. Auch innerhalb der SED kam es zu kontroversen Diskussionen. Die Gruppen erhielten neuen Zulauf, der sie mobilisierte. Es nahm aber auch die Zahl der Ausreisen und Ausreiseanträge zu. Die Spannung erhöhte sich noch im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989, als aufgrund landesweiter Aktionen der Gruppen und engagierter Bürger zur Kontrolle des Wahlablaufs und der Stimmauszählung die Wahlfälschung offensichtlich wurde.

Den letzten Schritt aus dem Schutzraum der Kirche konnten die Gruppen aber erst gehen, als es zur Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze kam und die Ausreisewelle zur Massenflucht anschwellte. Die Geschlossenheit des Systems war damit aufgehoben, und die Widersprüche konnten nun nicht mehr verdeckt gehalten werden. Das durch die Geschlossenheit des Systems aufrechterhaltene Gleichgewicht von Unterdrückung und Anpassung brach zusammen. Die Ohnmacht und Handlungsunfähigkeit der Herrschenden wurde offenbar. In dieser Situation erkannten die gesellschaftskritisch engagierten Gruppen die Notwendigkeit, das öffentliche Schweigen zu durchbrechen, und formierten sich zu einer eigenständigen Opposition außerhalb der Kirche. Als die Zahlen der Ausreisenden immer höher stiegen und große Ratlosigkeit um sich griff, wurden sie von der Bevölkerung, die bis dahin den staatlich kriminalisierten Aktivitäten der auf Veränderung drängenden Gruppen eher abwartend und skeptisch gegenüberstand, als Opposition akzeptiert. Mit anderen Worten: Erst unter dem Eindruck der Massenflucht entwickelte sich der Protest in der DDR zur Massenbewegung. Dies zeigt, wie eng beide Phänomene – Abwanderung nach außen und interner Widerspruch – zusammenhängen.¹⁶ Dies zeigt aber auch, wie schwach die politisch alternativen Gruppen in der DDR vor der „Wende“ waren. Erst als das System bereits am Kollabieren war, erlangten sie gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Dann freilich wuchs ihnen eine Führungsrolle zu, die ihre Kräfte manchmal sogar überstieg.

Auch wenn die Alternativgruppen den Umschwung nicht herbeigeführt haben, bildeten ihre Aktivitäten doch den Kristallisationspunkt, an den sich der anschwellende Protest der Massen anlagern konnte.

¹⁶ Diese Aussage steht nun im Gegensatz zu der in Anmerkung 4 zitierten These Albert O. Hirschmanns und weist darauf hin, daß ab einem bestimmten Grad des systemintern ausgeübten Zwanges die Abwanderungsbarrieren den internen Widerspruch nicht provozieren, sondern blockieren.

Über Jahre hinweg waren die kirchlichen Basisgruppen das auffälligste und in den westlichen Medien am stärksten beachtete gesellschaftskritische Potential, das immer wieder für eine gewisse Unruhe in der sich in der Lüge einrichtenden Gesellschaft sorgte. Kein Wunder, daß aus ihren Reihen viele der ersten Führer der sich im Herbst '89 formierenden Oppositionsgruppen kamen und daß auf den Demonstrationen immer wieder die Forderung nach der Zulassung des „Neuen Forum“ – der zuerst in die Öffentlichkeit gegangenen und daher bekanntesten Oppositionsbewegung – lautstark skandiert wurde. Die Oppositionsgruppen waren die Hoffnungsträger der sich entwickelnden Protestbewegung in der DDR. Obwohl sie die Massendemonstrationen niemals organisiert hatten, standen sie auf einmal an ihrer Spitze. Die durch die Massenflucht ausgelöste Welle der Empörung hat sie dorthin gebracht. Es waren also Außenseiter, die aufgrund von Prozessen, die sie weder eingeleitet noch gewollt hatten, zu Repräsentanten der Gesellschaft aufstiegen – und dies nicht zufällig, manifestieren sich doch nicht selten gerade am Rand einer Gesellschaft deren zentrale Probleme. So wie die gesellschaftlichen Gegensätze vor der „Wende“ gesellschaftlich geleugnet wurden, wurden auch die sie thematisierenden Gruppen ausgegrenzt. So wie die gesellschaftlichen Gegensätze und Probleme während des Umbruchprozesses öffentlich ausgetragen wurden, gerieten auch die Gruppen ins Zentrum der Öffentlichkeit.

Aber nicht allein die Rasanz der im Oktober '89 einsetzenden Entwicklung ist die Ursache dafür, daß sich die nun formierte Opposition nicht lange in dieser Position halten konnte. Zu Beginn des gesellschaftlichen Umbruchs herrschte sowohl unter den Gruppen selbst als auch zwischen den Gruppen und der Bevölkerung weitestgehende Übereinstimmung, da die geäußerten Forderungen grundlegender Art waren. Mit dem Fortschreiten der Entwicklung aber wurde die Komplexität der Probleme immer offensichtlicher. Um sich ihnen auch dann noch wirksam stellen zu können, fehlte es den Gruppen an Konzepten und Realismus. Zu schnell waren sie in die Führungsrolle gedrängt worden. Der nun notwendig gewordene Aufbau organisatorischer Strukturen und -Orientierung gebender Programme konnte der Dynamik der Entwicklung nicht folgen.¹⁷ Unter dem ständig Reaktionen herausfordernden Druck der Ereignisse geriet die Identität der Gruppen ins Wanken. Einige wollten sich zur Partei umstrukturieren, andere wollten bewußt Bürgerbewegung sein. Darüber hinaus hemmten auch Führungsrangeleien ihre Handlungsfähigkeit.¹⁸

¹⁷ Rink, Dieter, Soziale Bewegungen in der DDR. Masch. Leipzig 1990, 11.

¹⁸ Vgl. Interview mit Friedrich Schorlemmer, in: Die Leipziger Andere Zeitung vom 26. Juli 1990.

Als dann mit der Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989 die Dynamik der Ereignisse noch einmal an Tempo gewann, waren die Gruppen der Situation nicht mehr gewachsen. Es kam zu einer grundlegenden Entwertung aller Leistungen und Werte der DDR-Gesellschaft, die das sozialistische System selbst zur Disposition stellte. Nun ging es nicht mehr um die Demokratisierung des Sozialismus, sondern um seine Abschaffung. Die Mehrheit hatte genug von der sozialistischen Mißwirtschaft. Sie wollte so schnell wie möglich Anteil am westlichen Wohlstand, von dem sie so lange ausgeschlossen war, und hoffte diesen durch eine baldmögliche Wiedervereinigung zu erreichen. Diesen Schritt konnten und wollten die links-alternativ orientierten Gruppen nicht mitgehen, und sie brachten auch kein Verständnis für die materiellen Interessen der Bevölkerung auf. Sie hielten an der Sozialismusutopie und damit auch an der Möglichkeit eines „Dritten Weges“ fest. Hatte dieses Reformkonzept bis zum 9. November noch durchaus Realisierungschancen, so fand nun die systemimmanente Argumentation der Gruppen in der Bevölkerung allerdings keine Akzeptanz mehr.

Trotzdem waren die Gruppen bestrebt, den einmal gewonnenen politischen Einfluß aufrechtzuerhalten, und beteiligten sich am Wahlkampf. Der wiederum drängte sie zu mehr Pragmatismus und Organisation. So erreichten sie nach kurzer Zeit einen der westdeutschen alternativen Bewegungen nicht unähnlichen Zustand, nur daß sich diese Entwicklung sozusagen im Zeitraffertempo vollzog.¹⁹ Sie definierten sich nach wie vor als demokratischen, sozialistischen und ökologischen Werten verpflichtete Programmparteien und standen damit im Gegensatz zum erklärten Willen der Mehrheit. Ihre programmatische Unangepaßtheit prädisponierte sie vor der Wende ebenso zum gesellschaftsöffentlich ausgegrenzten Protestpotential wie sie sie während des Umschwungs an die Spitze der ihre eigenen Voraussetzungen aufgebenden Gesellschaft brachte. Nach dem vollzogenen Wandel freilich war politischer Professionalismus gefragt,²⁰ aber nicht die Aufdeckung der Folgeprobleme wirtschaftsförmig und finanzpolitisch gesteuerter Gesellschaften.

¹⁹ Rink, Dieter, a. a. O., 13.

²⁰ Vgl. den Beitrag von Mühler, Kurt/Wilsdorf, Steffen H. in diesem Band.

Hagen Findeis

Überblick über die sozialetisch engagierten Gruppen in Leipzig Anfang 1989

In Leipzig gab es Anfang 1989 etwa 20 sozialetisch engagierte Gruppen mit einer mehr oder weniger starken Anbindung an die evangelische Kirche. Diese Gruppen waren in einem Ausschuß für Frieden und Gerechtigkeit der Bezirkssynode Leipzig-Ost vertreten. In diesem kirchlich sanktionierten Gremium wurden hauptsächlich technische Probleme und Informationen über Gruppenaktivitäten beraten und ausgetauscht. Für die Diskussion inhaltlicher Fragen der Gruppenarbeit gab es nur unzureichende Möglichkeiten. Der Grund hierfür lag zum großen Teil in einer stark handlungsbetonten Orientierung vieler Gruppen. Die Betroffenheit der Gruppenmitglieder über den Zustand der Gesellschaft und der Umwelt führte zu dem konkreten Willen, die Gesellschaft so zu verändern, daß ein selbstverantwortetes Leben in ihr möglich sei. Ausgehend von der Legitimität der eigenen Ansprüche suchte eine Anzahl von Gruppen die Auseinandersetzung mit staatlichen Stellen. Diese wiederum bemühten sich, die Aktivitäten der Gruppen zu unterbinden oder wenigstens zu marginalisieren. Die Kirche war ihrerseits bestrebt, das historisch gewachsene gegenseitige Einvernehmen in ihrem Verhältnis zum Staat nicht aufs Spiel zu setzen. So gerieten die Gruppen neben dem Dissens zum Staat auch in Dissens zur Kirche. Dabei beriefen sie sich immer wieder auf die Legitimität ihrer Forderungen. Auf diese Weise entstand eine Situation, in der es häufig kaum noch Handlungsspielräume im Verhältnis der Gruppen zur Kirche gab. Diese Auseinandersetzung behinderte die Reflexion inhaltlicher Fragen unabhängig vom jeweiligen tagespolitischen Handlungspragmatismus.

Das wöchentliche Friedensgebet in der Nikolaikirche bildete dabei den wesentlichen Kristallisationspunkt der Auseinandersetzungen zwischen Gruppen, Kirche und Staat. Für die Gruppen war das Friedensgebet die Institution, über die sie ihre Anliegen öffentlich vertreten konnten. Dabei gerieten sie zunehmend mit den verantwortlichen Kirchenvertretern in Konflikt. Im Vorfeld des Leipziger Kirchentages im Juli 1989 kam es zu einer wechselseitigen Verstärkung dieses Konflikts durch die sich zuspitzende und offen zutage tretende Divergenz der

jeweiligen Interessenlagen: Die Kirchenvertreter verhandelten mit dem Rat des Bezirkes über staatliche Unterstützungen bei der Durchführung des Kirchentages, wurden dabei allerdings unter Druck gesetzt, die zu politischen Oppositionsbekundungen avancierten Friedensgebete, welche dem Staat schon lange ein Dorn im Auge waren, abzusetzen. Die Gruppen dagegen forderten, daß sich die Kirche ihrer politischen Verantwortung in der Gesellschaft als Anwalt der Benachteiligten stellen und ein klares Bekenntnis zu ihrer Basis, als die sich die Gruppen zu einem nicht unbeträchtlichen Teil verstanden, abgeben sollte. Diese Situation verschärfte sich durch die zunehmende Präsenz von ausreisewilligen Bürgern in den Friedensgebeten sowie deren wiederholte öffentliche Demonstrationsversuche. In der allgemeinen Gemengelage bildete dieser Personenkreis das offensivste Potential. Die hohe Zahl der Ausreisewilligen (der Bezirk Leipzig lag mit über 6 000 Bürgern, die allein im 1. Halbjahr 1989 den Staat offiziell verließen, an 2. Stelle in der DDR¹ rekrutierte sich zunehmend auch aus Personen, die von der katastrophalen ökologischen und wirtschaftlichen Situation des Industrieballungsgebietes Leipzig unmittelbar betroffen waren.²

Wie nun verhielten sich die Gruppen in ihren spezifischen Spannungsfeldern zu Kirche und Gesellschaft? Zunächst bleibt festzuhalten, daß die Gruppen aufgrund ihres tagespolitischen Pragmatismus sowie ihres Dissenses in inhaltlichen Fragen kein einheitliches Profil besaßen.³ Zu den Kernpunkten der internen Auseinandersetzungen gehörte beispielsweise die Frage der Verantwortbarkeit und der Effektivität öffentlicher Aktionen. In diesen Diskussionen offenbarte sich eine deutliche Diskrepanz zwischen dem Gefühl der Unerträglichkeit des politischen Systems und der trotz des ausgeprägten Veränderungstrebens der Gruppen verbreiteten Resignation bezüglich der Veränderbarkeit desselben. Aufgrund der permanenten staatlichen Kriminalisierung von Gruppenmitgliedern und deren Aktivitäten (z. B. ein Pleiße-Pilgerweg anlässlich des Weltumwelttages und ein Straßenmusikfestival ebenfalls im Juni 1989) engagierten sich die Gruppen verstärkt für Grundrechte

¹ Siehe Mitter, Armin/Wolle, Stefan (Hrsg.), Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar-November 1989. Berlin-Ost 1990, 91.

² Zur sozialstrukturellen und wirtschaftlichen Situation des Bezirks Leipzig vgl. auch die empirisch angereicherte Studie von Hofmann, Michael/Rink, Dieter in diesem Band.

³ Die von Harald Wagner vertretene These, „daß die Oppositionskräfte hier (in Leipzig, d.V.) mehr oder weniger immer zusammengearbeitet haben“ (179) und daß dies im Vergleich zu Berlin „von Anfang an mehr integrativ, konzeptionell“ (175) gewesen sei, hält einer genauen Prüfung nicht stand. Wagner, Harald, Die Leute hatten Angst um ihre Kinder, in: Die Opposition in der DDR: Entwürfe für einen anderen Sozialismus/hrsg. von Gerhard Rein. Berlin-West 1989, 175-181.

wie Veranstaltungs- und Vereinigungsfreiheit. Sie wandten sich dabei besonders gegen ihre gesellschaftliche Ausgrenzung. Praktisch bot ihnen nur die Kirche als einzige institutionelle Alternative zur staatlich dominierten Gesellschaft Schutz und Artikulationsmöglichkeiten. Trotz der proklamierten Konvergenz von christlichem Glauben und den Problemen der Gruppen gelang es der Kirche allerdings nicht, die Gruppen zu integrieren. Das institutionalisierte Profil der Kirche, verbunden mit ihrem missionarischen Anspruch, ermöglichte es den emanzipatorischen Intentionen der Gruppen nur schwer, ihre Inhalte gleichberechtigt einzubringen. Vielmehr fühlten sie sich durch kirchliche Assimilationsbestrebungen bedroht. Abgesehen von der politischen Interessenvielfalt lassen sich die jeweiligen sachlichen Gründe, die den Dialog zwischen Gruppen und Kirche behinderten, wegen des großen thematischen Spektrums der Gruppen sowie der Disparität der theologisch-kirchlichen Prämissen nur schwer erhellen.

Die *inhaltliche Arbeit* der Leipziger Gruppen ordne ich drei größeren Themenbereichen, die gegeneinander relativ offen sind, zu.⁴

1. Innergesellschaftliche Gerechtigkeit und Menschenrechte

In diesem Themenbereich engagierten sich die meisten Gruppen. Dieses Engagement war von der Einsicht getragen, daß die Auseinandersetzung mit spezifischen sachlichen Themen die Verwirklichung von Grundrechten (z. B. Meinungsfreiheit) zur Voraussetzung hat. In diesem Sinne wurden Fragen der innergesellschaftlichen Gerechtigkeit in zunehmendem Maße auch von Gruppen ventiliert, die sich ursprünglich relativ deutlich sachlich-thematisch festgelegt hatten. Die profiliertesten Gruppen in diesem Bereich waren der „Arbeitskreis Gerechtigkeit“, die „Initiativgruppe Leben“ und die „Arbeitsgruppe Menschenrechte“.

2. Friedensgruppen verschiedener Prägung

Die Arbeit an der Friedensproblematik hatte verschiedene politische Aspekte. Angefangen bei Gruppen, die den globalen Bezug dieses Problems betonten (z. B. die Gruppe „Gerechtigkeit und Ökumene“), reichte das Spektrum über eher gesellschaftskritisch motivierte Gruppen (z. B. die Gruppe „Frauen für den Frieden“) bis hin zur um Loyalität bemühten Gruppe der Christlichen Friedenskonferenz (CFK). In diesem Bereich war insgesamt eine Tendenz zur Funktionalisierung des Begriffes Frieden feststellbar. Man bediente sich einer ideologisch höchst-

⁴ Zu Sozialstruktur, Motivlage, Zielen, Themen- und Interaktionsfeldern sowie zur internen Struktur der Gruppen siehe auch Elvers, Wolfgang/Findeis, Hagen, Was ist aus den politisch alternativen Gruppen geworden? Eine soziologische Auswertung von Interviews mit ehemals führenden Vertretern in Leipzig und Berlin. Masch. Leipzig, Institut für Religionssoziologie an der Theologischen Fakultät der Karl-Marx-Universität 1990.

legitimierten Formel, um damit das eigene kritische Engagement zu rechtfertigen. Dies war allerdings nicht von einer solchen gesellschaftspolitischen Durchschlagskraft wie das direkte Engagement für innergesellschaftliche Gerechtigkeit.

3. Soziale Diakonie im weiteren Sinne

Hierunter zähle ich die mitgliederstarke (50–70), inhaltlich strukturierte „Arbeitsgruppe Umweltschutz“ beim Stadtjugendpfarramt, die Arbeit mit Sozialgefährdeten wie die des „Amnestiekreises“ der Michaeliskirche sowie 2/3-Welt-Gruppen wie die „Initiativgruppe Hoffnung Nikaragua“. Auch diese Gruppen wiesen partiell Tendenzen einer staatskritischen Politisierung sachlicher Themen auf.

Häufig bildeten sich inhaltlich-thematische Mischlagen heraus, aufgrund derer die einzelnen Gruppen nicht eindeutig einzuordnen sind. Insgesamt läßt sich jedoch ein emanzipatorischer Impetus unter ihnen konstatieren.

Die *soziale Struktur* der Gruppen entsprach der informeller Kleingruppen. Die Gruppenzugehörigkeit beruhte weitgehend auf unmittelbaren persönlichen Kontakten und beschränkte sich daher in der Regel auf einen relativ kleinen, überschaubaren Personenkreis. Die Gruppen wiesen „nur einen geringen Institutionalierungsgrad“ auf, und es gab „keine fixierte Mitgliedschaft und Mitgliedschaftsregeln“.⁵

Die Gruppenmitglieder waren in der Regel bis zu 30 Jahren alt. Bezüglich der Gruppenstärke ergab die empirische Wahrnehmung von 10 Gruppen eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 17. Unter Berücksichtigung der differierenden Verbindlichkeit der Mitgliedschaft in einer Gruppe sowie der Mitarbeit einzelner Personen in mehreren Gruppen kann man von ca. 300 Personen ausgehen, die sich Anfang 1989 der Leipziger Gruppenszene zugehörig fühlten. Die Zahl der tatsächlichen Mobilisierungsträger dürfte allerdings weitaus niedriger liegen. Obgleich die Szenerie also relativ übersichtlich war, gab es trotz dahingehender Bemühungen von Kirchenvertretern erklärtermaßen keinen Grundkonsens unter den Gruppen. Dieser wurde u. a. aus Angst davor abgelehnt, die Kirche könne einen solchen Grundkonsens in ihrem Sinne benutzen und daraus für die Gruppen verbindliche Integrationskriterien ableiten.

⁵ Pollack, Detlef, Sozialethisch engagierte Gruppen in der DDR: Eine religionssoziologische Untersuchung, in: Die Legitimität der Freiheit: Politisch alternative Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirche/ hrsg. von Detlef Pollack. Frankfurt/M. 1990, 115–154, hier 124. Vgl. auch Voß, Peter, Mikrogruppen, in: Sozialpsychologie für die Praxis: Erkenntnisse und Empfehlungen in 20 Bausteinen/ hrsg. von Walter Friedrich und Peter Voß. Berlin-Ost 1988, 237–248, hier 238.

In der Berufs- und Tätigkeitsstruktur der Gruppen fielen Personen auf, die trotz abgeschlossener Berufsausbildung eine artfremde Tätigkeit ausübten. Der Anteil von Arbeitern war relativ gering. Gemessen an der von Arbeitern dominierten Sozialstruktur der gesamten Stadt ist dies schon ein Hinweis auf den Elite-Status der Gruppen. Ein gewisses Novum stellte die Tatsache dar, daß in zunehmendem Maße auch Nichtchristen Kontakte zu den Gruppen suchten. Einige von ihnen waren SED-Mitglieder bzw. aus der Partei oder anderen staatlichen Organisationen ausgetretene ehemalige Mitglieder. Der Anteil von Antragstellern auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR war in den einzelnen Gruppen in Abhängigkeit von den inhaltlichen Schwerpunkten der jeweiligen Gruppenarbeit unterschiedlich hoch. Beim Stadtjugendpfarramt gab es eigens einen Bibelkreis für Ausreisewillige, dem sich zeitweise bis zu 100 Personen zugehörig fühlten. Beim „Arbeitskreis Gerechtigkeit“ gab es eine Untergruppe zum Thema Ausreise aus der DDR. Insgesamt wurde das Thema Ausreise unter den Gruppen äußerst kontrovers diskutiert. Die Mitarbeit von Ausreisewilligen wurde häufig sehr kritisch gesehen. Man warf ihnen den Bruch mit der DDR-Gesellschaft vor. Durch das verantwortungslose Weggehen würde die Lösung der Probleme hier nicht leichter. Andere wiederum bemühten sich, die Legitimität der Ausreise hervorzuheben.

Die *internen Strukturen und Prozesse* der Gruppen waren sehr komplex. Formal optierten alle für eine partizipative Demokratie. Faktisch war die gruppeninterne Kommunikation aber oft schwierig, da Probleme aufgrund von persönlicher Betroffenheit oft emotional überlagert waren und insofern kaum systematisiert und theoretisch reflektiert werden konnten. Bedingt durch gesellschaftliche Frustrationserfahrungen neigten die Gruppen bzw. einzelne Mitglieder mitunter zu einem starken Profilierungstreben, das elementar persönliche Sinnstiftung leisten sollte. Dies führte oft zu einem Mangel an Selbstrelativierung und Dialogfähigkeit.⁶

Aufgrund dieser und anderer Gegebenheiten kam es zu einer Zusammenarbeit zwischen den Gruppen nur in der gemeinsamen Auseinandersetzung mit kirchlichen und staatlichen Stellen. Dennoch gab es viele Beispiele gelebter Solidarität.⁷

Eigene, von der konkreten Tagespolitik unabhängige Zielvorstellungen über die Ausrichtung einer zukünftigen Gesellschaftsstruktur waren in den Gruppen nur selten vorhanden. Einig war man sich, daß der ideelle Sozialismus in seinen konkreten Machtstrukturen nicht zu fas-

⁶ Vgl. Poppe, Ulrike, Das kritische Potential der Gruppen in Kirche und Gesellschaft, in: Die Legitimität der Freiheit, a. a. O., 63–80, hier 70 f.

⁷ Vgl. Pollack, Detlef, Sozialethisch engagierte Gruppen in der DDR, a. a. O., 136 ff.

sen sei und daß die wirtschaftliche Ungerechtigkeit in der Welt im kapitalistischen System ihre Ursachen habe.

Zum Verhältnis zwischen Gruppen und Kirche ist insgesamt festzustellen, daß es nicht gelang, beiderseits anerkannte, grundsätzliche Kriterien für eine Zusammenarbeit zu entwickeln. Die Kirche fühlte sich durch die Gruppen benutzt.⁸ Ihre Integrationsversuche, die auch den Erwartungen des Staates gerecht wurden, widersprachen dem Grundverständnis der Gruppen, die sich im Widerstreit zu allen Integrationsstrategien der Einheitsgesellschaft fühlten. Die Gruppen setzten sich nicht mit den Kirchgemeinden vor Ort auseinander, sondern bevorzugten direkte Aktionen. Diese allerdings standen im Widerspruch zum institutionell verbindlichen Handeln der Kirche.

Das spätere, partielle Zusammengehen von Gruppen und Kirche zu Beginn der Wende hatte dann seine Ursache auch nicht in reflektierten und aufeinander abgestimmten Handlungszielen, sondern im Handlungsdruck der Situation selbst. Der massenhafte Protest in Leipzig verschaffte sich mit den montäglichen Friedensgebeten durch die Mobilisierungskräfte der kirchennahen Gruppen und den Schutzraum, den die Kirche bot, seine erste institutionell gesicherte Artikulationsform.

⁸ Werner Krusche, 6. März 1978–1988: Ein Lernweg/hrsg. vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, Sekretariat. Berlin-Ost 1988, 23, bemüht sich um Abgrenzung der Kirche von den Gruppen. Für das Handeln der Kirche fordert er: „... wir werden nicht länger mehr alles angreifen und uns nicht mehr in all und jedes hineinzerren lassen dürfen.“

Wolfgang Elvers, Hagen Findeis

Die politisch alternativen Gruppen im gesellschaftlichen Wandel

Eine empirische Studie zu ihrem Selbstverständnis¹

1. Einleitung

Politisch alternative, sozialetisch engagierte Gruppen (im folgenden nur als Gruppen bezeichnet) haben in der jüngeren Geschichte der DDR die Diskussionen um deren gesellschaftliche Erneuerung zu einem hohen Maße geprägt. Sie wurden zum Austragungsfeld bestehender und sich zuspitzender Spannungen zwischen Staat und Kirche sowie zum Kristallisationspunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzung überhaupt. Aufgrund der allgemeinen Bedeutungszuweisung an die Gruppen wurde die Stellung der Kirche zu den Gruppen zur zentralen Frage nach dem gesellschaftlichen Standort und Auftrag der Kirche.

Um das Wirken der Gruppen in der Gesellschaft verstehbar zu machen, ging es zunächst darum, die generelle Situation der Gruppen vor der Wende zu erfassen. Dies war angesichts der Forschungslage unumgänglich. Die bisherige theoretische Auseinandersetzung mit den Gruppen wies eine gewisse Diskrepanz zwischen dem bedeutungsschweren praktischen Umgang, den sie von staatlichen und kirchlichen Dienststellen erfuhren, und der vernachlässigten wissenschaftlich-empirischen Wahrnehmung auf.

Das aktuelle Anliegen der Untersuchung beschäftigte sich dann mit der Frage nach dem Beitrag der Gruppen an Zustandekommen und Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung im Herbst 1989.

Aufgrund der sich rasant verändernden gesellschaftlichen Situation entschlossen wir uns zu einer Fallstudie mit teilweise standardisierten Fragen.²

¹ Dervorliegende Text ist die Kurzfassung einer umfangreicheren Arbeit zu diesem Thema. Auf methodologische Begründungen wird hier weitgehend verzichtet.

² Im Zeitraum vom 17. Januar bis 9. Februar 1990 wurden 31 Interviews mit ehemals führenden Gruppenvertretern in Leipzig und Berlin durchgeführt.

Weiterhin ging es darum, die empirischen Befunde auf die bisherige Theorie-Diskussion in der DDR zu beziehen und sie im Kontext der Debatte über Neue Soziale Bewegungen in westlichen Gesellschaften zu betrachten.

2. Situation der untersuchten Gruppen vor Oktober 1989

2.1. Motivlage und Rekrutierungsstruktur

Alle Interviewten ließen als *Motivation* für ihr Engagement den Willen zu gesellschaftlichen Veränderungen erkennen. Dieser richtete sich bei den meisten zunächst gegen die Dominanz staatlicher Machtstrukturen in der Gesellschaft. Nahezu immer wurde diese generelle Intention durch die Thematisierung der Menschenrechte und der Rechtssicherheit konkretisiert. Ein weiteres Motiv betraf den Problembereich Frieden und Abrüstung (auch in innergesellschaftlichen Bezügen). Die soziale Intention des Engagements einiger Gruppenvertreter spiegelte sich in der Thematisierung der Ausgrenzung gesellschaftlicher Randgruppen wider. Lediglich jeder fünfte Interviewte leitete seine Motivation aus globalen Problematiken her.

Daß fast die Hälfte der Interviewten als Motiv für die Mitgliedschaft in einer Gruppe ein Bedürfnis nach „psychischer und kognitiver Aufarbeitung von Problemen“³ äußerte, kann als Ausdruck von bestehenden Sozialisationsdefiziten angesehen werden. Allerdings wurde dieses Motiv stets in Verbindung mit weiteren genannt, denn allen Gruppenvertretern ging es ja um die Veränderung der Gesellschaft.

Etwa zwei Drittel der Interviewten sprachen in diesem Zusammenhang auch von Erfahrungen, die die Entscheidung zum Engagement in einer Gruppe beeinflusst hatten. Dabei dominierten persönliche negative Erfahrungen mit gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen. Andere führten Erfahrungen der Vermittlung restriktiver Verhaltensmuster und ideologischer Wertvorstellungen in Erziehung und Ausbildung an. Von einigen Gruppenvertretern wurden auch bestimmte politische Ereignisse (z. B. Prager Frühling, Studentenbewegungen 1968) als ausschlaggebend für ihr Engagement bezeichnet.

Hinsichtlich der *Rekrutierungsstruktur* der untersuchten Gruppen ergaben sich folgende Tendenzen:

Die Mitgliederzahlen lagen zumeist bei einem Durchschnitt von ungefähr 15 Personen. Bezüglich der Altersstruktur dominierten Personen

³ Pollack, Detlef, Sozialethisch engagierte Gruppen in der DDR: Eine religionssoziologische Untersuchung, in: Die Legitimität der Freiheit: Politisch alternative Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirche/hrsg. von Detlef Pollack. Frankfurt/M. 1990, 115-154, hier 129.

von bis zu 30 Jahren. Die Berufs- und Tätigkeitsstruktur wurde von Personen mit eher höherqualifizierten Abschlüssen sowie von kirchlichen Mitarbeitern, die mitunter berufsfremde Tätigkeiten ausübten, bestimmt.

2.2. Ziele und Handlungsfelder

Angesichts der staatlichen Kriminalisierung und gesellschaftlichen Ausgrenzung vieler Gruppen ist bezüglich ihrer Ziele vor der Wende generell zwischen einer notwendigen pragmatisch-legitimatorischen Zielorientierung und einer Vielzahl differierender Themenfelder zu unterscheiden. Auch letztere wurden nach den Aussagen der Interviewten deutlich von der innenpolitischen Situation her bestimmt und, obgleich in unterschiedlichem Maße, in diesem Sinne funktionalisiert.

Konkret fiel zunächst auf, daß *gruppeninterne Orientierungen* (z. B. die Erfahrung von Gemeinschaft) zwar als wichtig angesehen, aber nur selten ausdrücklich als Ziel einer Gruppe bezeichnet wurden. Bereits hier deutete sich an, daß die gruppeninterne Interaktion für die Interviewten weniger ein Ausdruck von Selbstbezogenheit war, sondern mehr auf die Erlangung von Handlungsfähigkeit in die Gesellschaft hin angelegt war.

Bei den *externen Zielen* waren globale Problematiken wiederum von untergeordneter Bedeutung. Die erwähnten Themen Weltwirtschaft, Ökologie und Frieden wurden auch hier häufig in einen innergesellschaftlichen Bezug gesetzt.⁴

Hinsichtlich DDR-spezifischer Zielstellungen sprach über die Hälfte der Interviewten Probleme der Menschenrechte und der Rechtssicherheit an. Relativ häufig wurde dabei der Bezug ‚Frieden – innerer Frieden – Menschenrechte‘ hergestellt. Das Engagement für den Frieden besaß also auch eine gewisse legitimatorische Funktion, hatte doch allein der Begriff Frieden einen politisch nicht hinterfragbaren Status. Die starke Orientierung vieler Gruppen auf die Menschenrechtsproblematik spricht für eine ausgeprägte politische Intention dieser Gruppen.

Etwa die Hälfte der Interviewten thematisierte Probleme im Bildungswesen. Ein weiterer, weniger häufig benannter Themenbereich war die Ökologie.

Etwa zwei Drittel äußerten sich kritisch zur gesamtgesellschaftlichen politischen Kultur, wobei es um Stichworte wie Öffentlichkeit, Demo-

⁴ Die Ergebnisse besagen hier in bezug auf die auch in der DDR weithin vertretene These, daß die „Entstehung der politisch engagierten Gruppen ... vorrangig auf das Anwachsen globaler Probleme zurückzuführen“ sei, eher das Gegenteil. Pollack, Detlef, Einleitung, in: Die Legitimität der Freiheit, a. a. O., 9-16, hier 9.

kratie, Pluralismus, also auch um eine politische Emanzipation der Gruppen ging. Dies geschah jeweils in Verbindung mit anderen Themen, womit auch hier der Zusammenhang zwischen der Reflexion gesellschaftlicher Wirklichkeit und thematischen Zielorientierungen hergestellt wurde.

Die meisten Vertreter gaben für ihre Gruppen an, daß sie in ihrer *praktischen Tätigkeit* auf den jeweiligen regionalen Raum beschränkt blieben. Einige wiesen aber auch auf überregionale Vernetzungen mit gewissen Koordinationszentren (zum Beispiel die Umweltbibliothek Berlin) hin.

In ihren Aktivitäten sahen sich alle Gruppenvertreter auf die Nutzung kirchlicher Kommunikationsmöglichkeiten angewiesen. Darüber hinaus wurde jedoch die Herstellung einer Gegenöffentlichkeit auf der Grundlage einer alternativen Informations- und Kulturebene (eigene Publikationen, Ausstellungen, Diskussionsveranstaltungen u. a.) hervorgehoben.

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten symbolische Aktionen (zum Beispiel Mahnwachen, Menschenketten, Fastenaktionen, Plakataktionen). Auch dabei ging es ihnen um die – oftmals durch die Westmedien verstärkte – Herstellung von Öffentlichkeit. Besonders umstritten innerhalb der Gruppenszene war das politische Mittel der Demonstration. Dabei kam der Konflikt zwischen Legalität und Legitimität⁵ immer wieder zur Sprache. Während Vertreter von aktionsorientierten Gruppen überzeugt waren, daß man nur mit direkten Aktionen Veränderungen erreichen könne, setzen Vertreter von stärker sachlich-thematisch ausgerichteten Gruppen vor allem auf die konzeptionelle Arbeit, der sie mitunter eine öffentlichkeitswirksame Umsetzung unterordneten. Die Praktizierung von Demonstrationen wurde von solchen Gruppen um des Erhalts der Arbeitsmöglichkeiten willen abgelehnt. Obwohl also Demonstrationen nur von relativ wenigen Gruppen durchgeführt wurden, schätzten dennoch alle Interviewten diese Aktionsform positiv ein.

Der Zusammenhang zwischen einem relativ geringen Stellenwert thematischer Arbeit und vordergründiger Orientierung auf die schnelle Verwirklichung des Öffentlichkeitsanspruchs wurde von einigen Interviewten selber dargelegt.

Im Gegensatz zu diesem für die meisten Gruppen geäußerten Anspruch (z. B. für die „Initiative Frieden und Menschenrechte“, Berlin und Leipzig; die „Initiativgruppe Leben“, Leipzig; und den „Arbeitskreis Gerechtigkeit“, Leipzig) stand der nahezu ausschließlich theoretische Charakter einzelner Gruppen (wie zum Beispiel der Arbeitsgruppe „Gerechtigkeit und Ökumene“, Leipzig). In der Regel wurde aber aus den

⁵ Vgl. Poppe, Ulrike, Das kritische Potential der Gruppen in Kirche und Gesellschaft, in: Die Legitimität der Freiheit, a. a. O., 63–80, hier 76 ff.

Angaben der Interviewten ersichtlich, daß es vielfach personelle Überschneidungen gab, aufgrund derer sich die Abgrenzung nicht primär zwischen den Gruppen, sondern vorrangig durch einzelne Mobilisierungsträger vollzog. Insofern ist eine Kategorisierung verschiedener Gruppentypen nur bedingt möglich.⁶

2.3. Sozialisationserfahrungen

Die Sozialisationsfunktion der Gruppen wird in der Literatur kontrovers diskutiert. Die Frage ist, welchen Stellenwert das Sozialisationsphänomen im Vergleich zu anderen Funktionen einer Gruppe hat.

Ehrhart Neubert favorisiert die Sozialisationsfunktion der Gruppen als „Reproduktion von Religion“.⁷ Detlef Pollack dagegen konstatiert eine vergleichsweise desozialisierende Wirkung der Gruppen.⁸ Beide vereinseitigen aber diese Funktion und leiten daraus Bewertungskriterien ab, ohne dem Zusammenhang von gruppeninterner Interaktion (Sozialisation des einzelnen in die Gruppe) und thematischen Orientierungen über die eigene Gruppe hinaus gebührende Aufmerksamkeit zu schenken.

Das Klima in der jeweiligen Gruppe wurde von ca. einem Drittel der Interviewten als angenehm bezeichnet. Jeder zweite schätzte die Atmosphäre der Gruppe als unterschiedlich ein, bezeichnete es allerdings als wichtig, sich um ein gutes Klima zu bemühen. Auffällig ist, daß Vertreter von Gruppen mit einer mehr realitätsbezogenen Zielsetzung die Atmosphäre in der Regel als angenehm einschätzten. Dementsprechend stellten Interviewte aus Gruppen mit eher zu hohen Ansprüchen das Klima als gespannt dar.

Fast alle Gesprächspartner, die sich zu den persönlichen Beziehungen in ihrer Gruppe äußerten, erklärten, daß es neben der gruppenspezifischen Arbeit auch persönliche Freundschaften gegeben habe. Die Interaktion zwischen den Gruppenmitgliedern war also nicht nur von sachlichen Themen bestimmt.

⁶ Trotz dieser Einschränkung kann hier die von Pollack für Leipzig getroffene Einteilung in aktionistische, thematisch-theoretisch orientierte und selbstbezogene Gruppen bestätigt werden. Vgl. Pollack, Detlef, Sozialethisch engagierte Gruppen in der DDR, a. a. O., 131–134.

⁷ Vgl. Neubert, Ehrhart, Reproduktion von Religion in der DDR-Gesellschaft: Ein Beitrag zum Problem der sozialisierenden Gruppen und ihrer Zuordnung zu den Kirchen. Beiträge A (Gemeinde) 6/hrsg. von der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Berlin-Ost 1986.

⁸ Vgl. Pollack, Detlef, Sozialethisch engagierte Gruppen in der DDR, a. a. O., 143.

Die Auseinandersetzung um demokratische Verfahren stellte einen weiteren Schwerpunkt im gruppeninternen Diskurs dar. Dabei ließen fast alle Interviewten eine Orientierung auf eine partizipative Demokratie erkennen. Die Mehrzahl von ihnen wies aber gleichzeitig auf die Existenz dominanter Persönlichkeiten hin. Dies wurde unterschiedlich bewertet. Hierarchisierungstendenzen galten dagegen als ein das Gruppenklima belastendes Phänomen.

Knapp die Hälfte der Interviewten sprach ausdrücklich von einer großen Offenheit ihrer Gruppen für neu hinzukommende Personen. Eine vergleichsweise hohe integrative Wirkung dieser Gruppen ging allerdings häufig mit eher diffusen inhaltlichen Orientierungen einher. Der andere, etwas größere Teil der Interviewten gab die Integrationsfähigkeit der jeweiligen Gruppen für Außenstehende als von inhaltlichen Prämissen abhängig an. Die zunehmende Integrationsfähigkeit bei stärkerer Diffusität der Zielorientierungen einer Gruppe erklärt sich aus der integrativen Funktion vor allem äußerer Faktoren, zum Beispiel führte die Kriminalisierung der Gruppen durch den Staat oft zur Stärkung ihres inneren Zusammenhalts. Aus den fehlenden internen integrativen Werten erklären sich auch auftretende Spannungen innerhalb dieser Gruppen. Diese wiederum waren vor allem von Vertretern aus Gruppen mit eher überzogenen Zielorientierungen angegeben worden.

Die Offenheit einer Gruppe für neu hinzukommende Personen verhielt sich also praktisch umgekehrt proportional zum Grad der inhaltlichen Profilierung.

Lassen die bisherigen Aussagen eher den Schluß zu, daß die untersuchten Gruppen vorrangig auf Sozialisation des einzelnen in die Gruppe hin angelegt waren, bzw. daß sie sich durch ein Sozialisationsbedürfnis begründeten, wurde abschließend in der Beantwortung der Frage, ob nun der Gemeinschaftserfahrung oder den sachlichen Zielen Priorität zukam, eindeutig die sachbezogene Arbeit favorisiert. Insgesamt ist zu konstatieren, daß der von allen Interviewten erwähnte Veränderungswille nicht etwa nur einen Stellvertretergrund für die Bewältigung vorhandener Sozialisationsdefizite darstellte. Vielmehr ging es ihnen in der gruppeninternen Arbeit vor allem um die sachliche Profilierung, die sie für die Erzielung einer gesellschaftsverändernden Wirkung als notwendig erachteten.

2.4. Kontakte zu anderen Gruppen

Nahezu alle Gruppenvertreter schätzten Kontakte zu anderen Gruppen als von grundlegender Bedeutung oder zumindest als wichtig ein. Trotz gegenseitiger Vereinnahmungsängste und einer gewissen Anpassungsunfähigkeit, die eine tiefgehende gegenseitige Zusammenarbeit oft verhinderten, kam es in Entsprechung zu ihren sachlichen Ambitionen

dennoch zu einer gewissen Vernetzung der Tätigkeit der Gruppen. Dies wurde durch die fehlenden politischen Entfaltungsmöglichkeiten in der Gesellschaft teilweise noch begünstigt, denn praktisch genügte ein Minimalkonsens unter den Gruppen, um gemeinsam gegen den Staat zu opponieren.

3. Auslöser der Wende

Auf die Frage nach auslösenden Faktoren für die Wende gingen ca. zwei Drittel der Interviewten zunächst auf die allgemeine politische Situation in der DDR ein. Neben der Starrheit der SED-Führung (von jedem Zweiten benannt) und der wirtschaftlichen Misere (von jedem Dritten benannt) wurden dabei markante Ereignisse der jüngeren Vergangenheit, wie zum Beispiel die Kommunalwahlen im Mai 1989, die staatsoffizielle Reaktion auf die Niederschlagung der Demokratiebewegung in China im Juni 1989, die Jubelfeierlichkeiten anlässlich des 40. Jahrestages der Staatsgründung der DDR, als die politische Lage verschärfende Faktoren hervorgehoben.

Fast alle Interviewten führten weitere Auslöser an. Zumeist waren dies *äußere*, bzw. durch äußere Einflüsse determinierte *Faktoren*: Vier Fünftel der Interviewten benannten die Ausreisewelle aus der DDR als entscheidendes Moment. Ein Teil von ihnen wies ausdrücklich auf den Abbau der Grenzsicherungsanlagen in Ungarn (Mai 1989) und auf die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze (September 1989) hin. Außerdem sahen zwei Fünftel der Interviewten in den politischen Veränderungen der Ostblockländer seit Beginn der 80er Jahre, insbesondere in der Politik Michail Gorbatschows, begünstigende Umstände für die Wende in der DDR.

Etwas mehr als die Hälfte der Gruppenvertreter äußerten sich zu *inneren Faktoren*: Fast alle von ihnen, also ca. die Hälfte der Interviewten, schätzten die Aktivitäten der Gruppen als entscheidend ein. Dagegen gab nur etwa ein Fünftel die Massendemonstrationen als auslösende Faktoren an. Den Aktivitäten der Kirche wurde ebenfalls nur von wenigen Interviewten (etwa einem Zehntel) eine hohe Bedeutung beigemessen. Lediglich zwei Vertreter sahen auch in der SED maßgebliche Kräfte, die zur Auslösung der Wende beitrugen.

Bezüglich der untersuchten Gruppen läßt sich also insgesamt folgendes feststellen: Für das Zustandekommen der Wende wurden eindeutig die äußeren Einflußfaktoren favorisiert. Wenn die Gruppen, gemessen an der Beurteilung der Ausreisewelle, ihre Aktivitäten als weniger bedeutsam einschätzten, scheint dies tatsächlich gegen eine entscheidende Funktion der Gruppen als Auslöser der Wende zu sprechen. Im Blick auf die inneren Faktoren verhielt es sich allerdings umgekehrt. Gegenüber anderen innergesellschaftlichen Komponenten neigten die

Gruppen zu einer Überbewertung ihrer eigenen Aktivitäten. Diese verkürzte Sichtweise ist unter Umständen auf ihre vormalige Randstellung in der Gesellschaft sowie auf die schwere Vermittelbarkeit ihrer Ansprüche mit den Normen der Gesellschaft zurückzuführen.⁹

Im Anschluß an die allgemeine Frage nach den Auslösern wurde nun ausdrücklich nach der *Bedeutung der Gruppen* für Zustandekommen und Verlauf der Wende gefragt. Hier maßen ihnen ca. zwei Drittel der Interviewten entscheidende Bedeutung als auslösende Faktoren bei. In den meisten Fällen wurden die Aktivitäten der Gruppen im gesamten Zeitraum ihrer Existenz als entscheidend angesehen. Ihre bewußtseinsbildende Wirkung wurde in diesem Zusammenhang besonders hervorgehoben. Damit war u. a. ihre Indikatorfunktion für die Möglichkeit der Existenz alternativen Verhaltens gemeint.¹⁰

Etwa ein Drittel der Interviewten konstatierte, daß die Gruppen eine hohe Bedeutung für die politische Aktivierung der Kirche besaßen. Diese Funktion war jedoch im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß sie in ihren Wirkungsmöglichkeiten auf kirchliche Strukturen angewiesen waren und daher in ihrem eigenen Interesse, zumal stets im Sinne eigener politischer Anliegen, die Kirche aufforderten, Position zu beziehen. Zudem verstärkte das kritische Potential der Gruppen in der Kirche objektiv die innerkirchliche politische Auseinandersetzung. Nur sehr wenige Interviewte bezeichneten die politische Aktivierung der Kirche als eine Intention, die aus einem wirklichen Interesse an der Kirche herrührte.

Insgesamt wurde die Effektivität der Gruppen, besonders der Menschenrechtsbewegung, in den letzten Jahren als zunehmend eingeschätzt. Drei Viertel der Interviewten, die die Bedeutung der Gruppen als entscheidend bezeichneten, nahmen auf eine neue Qualität der Opposition seit Anfang 1989 Bezug.¹¹

Immerhin etwa ein Drittel der Gruppenvertreter sah im Wirken der Gruppen keine entscheidende Bedeutung für die Wende.

⁹ „Unter anderem mit ihrer gesellschaftlichen Isolation hängt es zusammen, daß sie von unserer Gesellschaft und ihren institutionell verankerten Partizipationsmöglichkeiten nur eine eingeschränkte Vorstellung haben und von ihr nicht selten ein einseitiges Schwarz-Weiß-Bild entwickeln.“ Pollack, Detlef, Sozialethisch engagierte Gruppen in der DDR, a. a. O., 141.

¹⁰ Diese vermittelte sich häufig indirekt, z. B. durch die Öffentlichkeit, die westliche Medien bei repressiven staatlichen Maßnahmen gegen die Gruppen herstellten.

¹¹ Eine gewisse Zäsur stellte in diesem Zusammenhang das Vertretertreffen „Konkret für den Frieden“ VII im Februar 1989 in Greifswald dar. Dort wurde erstmals die Notwendigkeit neuer Organisationsformen außerhalb der Kirche thematisiert, aber noch nicht beschlossen. Dies geschah erst im Spätsommer 1989 mit der Gründung neuer Bürgerbewegungen.

Die *Bedeutung der Kirche* wurde auf direkte Nachfrage hin deutlich kritischer beurteilt. Lediglich ein Drittel der Interviewten bezeichnete das Wirken der Kirche als entscheidend für die Wende. Erwähnung fand hier ihre Funktion als zweite Öffentlichkeitsplattform. Als Verdienst wurde ihr auch angerechnet, das Wirken der Gruppen in entscheidendem Maße erst ermöglicht zu haben. Allgemein wurde die Kirche hier als maßgeblicher gesellschaftlicher Bereich bezeichnet, der dem Druck auf Veränderungen Raum gab.

Einerseits wurden ihr also eigenständige politische Aktivitäten zuerkannt. Andererseits wies eine Anzahl von Interviewten darauf hin, daß die Kirche immer nur auf den Druck ihrer Basis, womit vermutlich zu einem beträchtlichen Teil die Gruppen selbst gemeint waren, gehandelt habe. Diese Gruppenvertreter (etwa zwei Drittel) sahen denn auch keine entscheidende, bisweilen sogar eine hemmende Funktion der Kirche in diesem Prozeß. Ihr Urteil war von dem Vorwurf bestimmt, die Kirche hätte sich zu passiv verhalten und durch ihre Ventil- und Pufferfunktion für gesellschaftliche Probleme nicht zur Konfliktlösung beigetragen, sondern teilweise sogar den Veränderungsprozeß behindert.

Insgesamt wurden folgende Tendenzen deutlich:

1. Als wichtige Funktion der Gruppen wurde relativ häufig die politische Aktivierung der Kirche angegeben; die Bedeutung der Kirche wiederum wurde zum Teil darin gesehen, die Aktivitäten der Gruppen zu ermöglichen.

2. Während die hohe Wertschätzung der politischen Aktivitäten der Kirche nahezu immer mit einer ebensolchen Wertschätzung der Aktivitäten der Gruppen einherging, wurde in ebenfalls nicht wenigen Fällen den Gruppen eine entscheidende Rolle beigemessen, ohne daß dieselbe der Kirche zugebilligt wurde.

So gab es offenbar einen funktionalen Zusammenhang zwischen Gruppen und Kirche, der sich allerdings in der praktischen Auseinandersetzung zwischen beiden Seiten oft sehr spannungsreich darstellte.

4. Situation der Gruppen im Erhebungszeitraum

4.1. Zum aktuellen Stand

Von fast allen Interviewten wurde angegeben, daß ihre Gruppen auch nach der Wende noch existierten, wobei einige jedoch jegliche Aktivität ruhen ließen. In der Regel gab es allerdings personelle Veränderungen. Obwohl sich die Interviewten in der Mehrheit nach wie vor ihren alten Gruppen verbunden fühlten, sahen die meisten ihr *Hauptbetätigungsfeld* mittlerweile in den neuen politischen Gruppierungen. Das Bemühen um Öffnung und aktive Beteiligung an der Gestaltung der Gesellschaft war also offensichtlich. Andererseits zeigte aber die Tatsache, daß

faktisch nicht mehr funktionierende Gruppen formal dennoch weiterbestanden, bei einigen Gruppenvertretern eine gewisse Skepsis gegenüber der Einbindung in neue Strukturen.

In der Regel engagierten sich die Interviewten nun in Bürgerbewegungen – mehr als zwei Drittel gehörten derzeit dem „Bündnis 90“ an. Nur ein Vertreter arbeitete in einer (neuen) Partei.

Hier ergaben sich folgende Tendenzen:

Gruppen mit einem stärker thematisch-sachlichen Akzent wiesen weitestgehend eine inhaltliche und strukturelle Kontinuität auf. Bei vorrangig politisch intendierten Gruppen mit innergesellschaftlich-emanzipatorischem Bezug waren einerseits Auflösungserscheinungen und der Beitritt zu Bürgerbewegungen zu verzeichnen, andererseits zog sich eine Anzahl von Vertretern, frustriert über die neuentstandene Situation, aus der gesellschaftlichen Öffentlichkeit zurück. Ehemals stärker kirchlich integrierte Gruppen wiesen ebenfalls eine Differenzierung auf. Ein kleinerer Teil sah sich auch weiterhin in einer – teilweise eingeschränkten – kirchlichen Identität, die zumeist auf einem christlichen Grundbekenntnis beruhte. Die Mehrzahl der Gruppen löste sich allerdings mit dem Argument, daß die Arbeitsmöglichkeiten unter dem Dach der Kirche nicht mehr dem gesellschaftlichen und globalen Problemdruck entsprächen, aus ihrer kirchlichen Einbindung. Desweiteren wurde die Notwendigkeit einer politischen Opposition angeführt, und einige Interviewte begründeten die Loslösung von kirchlichen Strukturen mit der Forderung, die Vereinzelung und relative Wirkungslosigkeit informeller Gruppen zu überwinden.

In Entsprechung zur vormaligen Arbeitsweise der Gruppen wurde als übereinstimmendes Motiv für die Tätigkeit in Bürgerbewegungen die konkrete Einflußnahme von der Basis her angegeben.

Aufgrund der sich im Erhebungszeitraum noch vollziehenden sozialstrukturellen Veränderungsprozesse konnten zur Rekrutierungsstruktur der neuen Bewegungen kaum verallgemeinerbare Aussagen getroffen werden. Angesichts der vergleichsweise hohen Mitgliederzahlen und festerer Arbeitszusammenhänge kann man weitere Formalisierungsprozesse erwarten.¹²

Die Interviewten behielten ihre *Ziele* auch in den neuen Gruppierungen weitgehend bei. Neu war u. a. die Orientierung auf die Verhinderung einer schnellen Vereinigung beider deutscher Staaten. Von Bedeutung war aber auch der Aufbau und die Konsolidierung eigener Strukturen und Inhalte.

¹² Dafür spricht auch, daß es in der DDR bisher nicht zur Herausbildung einer bewußt außerparlamentarischen Opposition, etwa westdeutschen Tendenzen in der Folge der '68er Demokratiebewegung entsprechend, kam.

In Analogie zu einer gleichlautenden Frage im ersten Teil der Interviews, die Situation vor Oktober 1989 betreffend, wurde an dieser Stelle ebenfalls nach der Stellung der Interviewten bzw. ihrer Gruppen zum Sozialismus, zur SED bzw. PDS, der Marktwirtschaft und der deutschen Vereinigung gefragt. Während es vor der Wende bis auf Ausnahmen nur zu den Problematiken Sozialismus und SED reflektierte Positionen in den Gruppen gab, standen nun die Themen Marktwirtschaft und deutsche Vereinigung stärker im Mittelpunkt des Interesses.

Zum Sozialismus herrschte eine eher positive Haltung vor. Allerdings betrachteten die meisten Gruppenvertreter diesen Begriff als diskreditiert – ihnen ging es um bestimmte Inhalte, zum Beispiel Solidarität und Gerechtigkeit. Die SED bzw. PDS wurde weithin abgelehnt. Nur drei Interviewte gestanden ihr Reformfähigkeit zu.

Etwa drei Viertel der Interviewten sprachen sich für die Marktwirtschaft aus, alle legten dabei aber auf deren soziale und ökologische Orientierung wert. Mehr als vier Fünftel stimmten mit mehr oder weniger Vorbehalten der Vereinigung von DDR und BRD zu. Bedingungen, die fast alle daran knüpften, waren zum Beispiel die Einordnung in den europäischen Einigungsprozeß und politische Reformen auch in der Bundesrepublik.

4.2. Sozialisationserfahrungen

Generell ist zu berücksichtigen, daß sich im Zeitraum der Erhebung vielfältige Profilierungsprozesse in den Bewegungen vollzogen. Die gruppeninternen Verhältnisse waren in der Regel nicht stabil, sie hatten eher noch Prozeßcharakter. Angesichts des politischen Handlungsdrucks wurde das Klima in den Bewegungen praktisch nicht als hauptsächlich betrachtet. Erwähnte Probleme betrafen zum Beispiel die Zersplitterung der Opposition, zunehmende Meinungsverschiedenheiten, die wachsende Anonymität in den Bewegungen, die allgemein starke Abhängigkeit von der westlichen Parteienfinanzierung und die damit einhergehende Übertragung des westlichen Parteienmusters auf die DDR. Weniger häufig benannte Probleme waren zum Beispiel eigene plakative Losungen und neue Ideologiebildungen oder das Profilierungsstreben einzelner Gruppenmitglieder. Die größere gruppeninterne Pluralität wurde teilweise auch als positiv empfunden.

4.3. Kontakte zu anderen Gruppierungen bzw. Organisationen

Grundsätzlich wurde hier den Bürgerbewegungen Vorrang eingeräumt. Mehr als die Hälfte der Interviewten favorisierte derartige Kontakte. Beziehungen zu Parteien wurden von den betreffenden Vertretern stärker von inhaltlichen Kriterien abhängig gemacht, zumal wenn, wie in

Einzelfällen angegeben, auch zu etablierten Organisationen Kontakte bestanden.

Der schon für die Gruppen vor der Wende festgestellte Zusammenhang zwischen klaren inhaltlichen Konzeption und der Bereitschaft zu kooperativen Kontakten bestätigte sich damit.

Trotz der gesellschaftlichen Minorisierung der neuen Gruppierungen waren zwischen ihnen zum Zeitpunkt der Untersuchung bereits starke inhaltliche Differenzierungen bis hin zu Kontrapositionen zu verzeichnen.

4.4. Zukünftige Bedeutung politisch engagierter, kirchlicher Gruppen

Alle Interviewten bezogen sich hier auf die Spezifik der Kirchlichkeit der Gruppen. Eine Trennung von politischem Engagement und formaler Nähe zur Kirche, wie sie vor der Wende ausgeprägt war, wurde hier nicht vollzogen. Die Bedeutungszuweisung an die Gruppen implizierte also auch die Anerkennung einer politischen Bedeutung der Kirche. Allerdings identifizierten die Interviewten selbst ihr politisches Engagement nur noch in Ausnahmefällen mit der Kirche.

Etwa drei Viertel der Interviewten, die sich zu dieser Frage äußerten, schätzten politisch engagierte, kirchliche Gruppen für die Zukunft als wichtig ein. Zwei Drittel davon beurteilten die Gruppen als eine Art politisches Gewissen der Kirche. Die anderen sahen die Funktion dieser Gruppen hauptsächlich in der Vermittlung christlicher Werte in die Gesellschaft. In diesem Zusammenhang wurde auch darauf verwiesen, daß gerade kirchliche Gruppen von politisch-pragmatischen Zwängen relativ frei seien, was sie für die Vermittlung ethischer Werte prädestiniere. Dies wurde auch von nichtchristlichen bzw. nichtkirchlichen Gruppenvertretern geltend gemacht.

4.5. Hauptprobleme der Gegenwart und Hoffnungen für das Gelingen der Wende

Mit dieser abschließenden Fragestellung war die Möglichkeit geboten, sowohl auf grundsätzliche globale Probleme einzugehen als auch bestimmte Anliegen hinsichtlich der konkreten Entwicklung in der DDR noch einmal besonders hervorzuheben.

Die Frage der Vereinigung der deutschen Staaten wurde ausdrücklich von mehr als zwei Dritteln der Gruppenvertreter als Hauptproblem thematisiert. Aber auch die anderen Interviewten ventilierten indirekt diese Problematik als Gretchenfrage der zukünftigen Entwicklung. Über die Hälfte der Interviewten sprach sich gegen eine schnelle Wiedervereinigungspolitik aus. Es wurde diesbezüglich die Hoffnung auf ein allmähliches Aufeinanderzugehen beider deutscher Staaten geäu-

ßert. Etwa ein Drittel aller Gruppenvertreter befürchtete den Verlust positiver Werte in der DDR-Gesellschaft durch Vereinnahmung. Obwohl dieses Problem unter einem deutlich negativen Omen stand, sprach sich nur knapp ein Viertel der Interviewten für einen vorübergehenden Erhalt der Eigenstaatlichkeit der DDR aus. Nur ein Interviewter lehnte die deutsche Vereinigung gänzlich ab.

Diese Aussagen können, bei aller geäußerten Skepsis gegenüber einem vereinten Deutschland, als Ausdruck von Realitätsbezug gelten. Trotz persönlicher politisch linker Orientierungen der meisten Gruppenvertreter waren diese offenbar bemüht, sich mit der neuen Situation zu arrangieren. Der bisweilen erhobene Vorwurf, die Gruppen seien fundamentalistisch, kann anhand der getroffenen Aussagen nicht bestätigt werden. Vielmehr bemühten sie sich anscheinend trotz oder vielleicht gerade auch wegen ihrer hohen ethischen Forderungen, diese mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu vermitteln. Der ausgeprägte ethisch-moralische Anspruch der Gruppen kann zwar größtenteils auf ihre hohen, sozial intendierten Gesellschaftsutopien zurückgeführt werden¹³, ist aber von politischem Fundamentalismus¹⁴ zu unterscheiden. Man wird eher sagen können, daß ihr spezifisches Wertebewußtsein auch für die Zukunft ihre Beunruhigungs- und Sensorenfunktion (Falcke) für gesellschaftlich virulente Fragen prädestiniert.

Etwa die Hälfte der Interviewten sah außerdem einen Problemschwerpunkt in der wirtschaftlichen Situation der DDR. Dabei wurde auch der Zusammenhang der politischen Einheit Deutschlands mit einschneidenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen deutlich gemacht. Demgegenüber verbanden einige Gruppenvertreter aber auch Hoffnungen mit der Einführung der Marktwirtschaft in der DDR.

Desweiteren konstatierte über die Hälfte der Gesprächspartner eine mangelnde Motivation und Fähigkeit der DDR-Bürger, sich an der Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen.

Lediglich etwa ein Drittel der Interviewten thematisierte globale Probleme. Ähnlich verhielt es sich bei den genannten Hoffnungen für das Gelingen der Wende. Auch diese waren in der Regel auf die Situation in der DDR zentriert. Die Konzentration auf die innerdeutsche Frage ist vor allem als Ausdruck der immensen nationalen Probleme sowie des Versuchs, diese zu bewältigen, anzusehen.

¹³ Vgl. Pollack, Detlef, Außenseiter oder Repräsentanten? Zur Rolle der politisch alternativen Gruppen in der DDR, in: Die Legitimität der Freiheit, a. a. O., 221-231, hier 223; Neubert, Ehrhart, Gesellschaftliche Kommunikation im sozialen Wandel. Berlin 1989, 39.

¹⁴ Vgl. Neubert, Ehrhart, Religion in der DDR-Gesellschaft: Nicht-religiöse Gruppen in der Kirche - ein Ausdruck der Säkularisierung?, in: Kirche im Sozialismus 11, 1985, 99-103, hier 100.

5. Schlußbemerkung

Es wurde generell deutlich, daß die interviewten Gruppenvertreter sowohl ihre Handlungsmotive aus den konkreten gesellschaftlichen Bezügen ableiteten als auch ihre Aktivitäten wieder auf ihren konkreten gesellschaftlichen Hintergrund bezogen. Diese Tatsache wird bei der bewegungssoziologischen Einordnung der Gruppen zu beachten sein. Vorerst bleibt festzuhalten, daß die in der westlichen Bewegungsforschung tradierte Formel der Neuen Sozialen Bewegungen das Phänomen politisch alternativer und sozialetisch engagierter Gruppen in der DDR nicht in adäquater Form beschreiben kann. Bezüglich der von Hubertus Knabe festgestellten Merkmale Neuer Sozialer Bewegungen¹⁵ sind für die Gruppen in der DDR zwei gegensätzliche Tendenzen zu konstatieren. Einerseits sind unter den Gruppen tatsächlich alternative, teilweise postmaterialistische Wertorientierungen auszumachen. Zudem kann man die Existenz der Gruppen, wenngleich nur bedingt, auch als Ausdruck von Widersprüchen der industriellen Lebensweise ansehen. Andererseits besagen die empirischen Ergebnisse klar, daß sich die politisch alternativen Gruppen in der DDR nicht primär in der Auseinandersetzung mit globalen Problemen konstituierten. Vielmehr handelt es sich bei ihnen um genuin von den konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen geprägte Gruppierungen, denen ein genereller Emanzipationscharakter zu eigen war.¹⁶

In Zukunft dürfte es einerseits interessant sein zu beobachten, inwieweit die alten und neuen alternativen Gruppierungen ihrerseits zu eigenständigem politischen, weltanschaulichen und kulturellen Profil finden und inwieweit sie sich dabei dem Typus der Neuen Sozialen Bewegungen westlicher (post-) moderner Industriegesellschaften angleichen. Andererseits steht die Frage, wie sich das Verhältnis der Gruppierungen zu anderen (politischen) Bereichen in der Gesellschaft entwickelt. Dabei ist von besonderem Interesse, ob sie in der Auseinandersetzung mit stärker strukturierten und institutionalisierten Kräften der Gesellschaft absorbiert werden oder ob ihr basisdemokratischer Ansatz tatsächlich zu institutionellen Effekten in der Gesellschaft führt.¹⁷

¹⁵ Vgl. Knabe, Hubertus, Neue Soziale Bewegungen im Sozialismus: Zur Genesis alternativer politischer Orientierungen in der DDR, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 40, 1988, 551-557.

¹⁶ Obgleich gewisse sozialstrukturelle Entwicklungen darauf hindeuteten, zeigen die gegenwärtigen politischen Prozesse, daß die DDR auch kaum dem Typus einer postindustriellen Gesellschaft zugeordnet werden kann.

¹⁷ Vgl. Brand, Karl Werner, Massendemokratischer Aufbruch im Osten: Eine Herausforderung für die NSB-Forschung, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 3, 2/1990, 9-16.

Die gesellschaftspolitische Effizienz der Gruppen war jedenfalls sowohl durch ihr informelles Konstitutionsprinzip und damit einhergehende Probleme hinsichtlich ihrer sachlich-konzeptionellen und öffentlichen Tätigkeit als auch durch ihre fortwährende Kriminalisierung durch den Staatsapparat sowie ihre damit verbundene weitgehende gesellschaftliche Ausgrenzung bedingt und damit auf spezifische Weise auch begrenzt. Insofern muß die Gültigkeit der These, die Gruppen wären die Repräsentanten oder gar Vorreiter der Wende gewesen, wohl eher in Zweifel gezogen werden.

Leipzig im Herbst 1989

Der Leipziger Aufbruch 1989

Zur Genesis einer Heldenstadt

Auf der bis dato größten Massendemonstration der DDR, am 4. November auf dem Berliner Alexanderplatz, feierte der Schriftsteller Christoph Hein Leipzig als Heldenstadt der DDR¹. Der Gedanke fand rasch Eingang ins Massenbewußtsein und wurde zum geflügelten Wort sowie zu zahlreichen Autoaufklebern. Und warum auch nicht – schließlich hatten an jenem entscheidenden 9. Oktober 70 000 friedliche Demonstranten in Leipzig der waffenklirrenden Macht getrotzt. Vom 25. September bis zum 6. November demonstrierten in Leipzig über 900 000 Menschen, mehr als irgendwo sonst im Lande.

Freilich war über die demonstrierenden Helden in Leipzig bis dahin wenig bekannt. Geht man danach, wer denn zuerst auf der Straße war, dann verdienen die Ausreiser und Antragsteller als erste den Heldentitel. Ihr Bruch mit den Verhältnissen war radikal und ihr Mut das Ferment des Gärungsprozesses. Das Montagsgebet in der Nikolaikirche war der Treffpunkt für Antragsteller. Diese drängten zuerst aus der Kirche hinaus auf die Straße mit dem Ruf „Wir wollen raus!“ und lösten damit den wichtigsten Protestzyklus der DDR-Revolution aus. Die so geschaffene Öffentlichkeitsform wurde rasch von den oppositionellen Gruppen besetzt. Sie forderten grundlegende Reformen im Lande und bekannten lautstark „Wir bleiben hier!“. Erst diese positive Formulierung des Protestes ermöglichte massenhafte Solidarisierungseffekte, zog in der Folge hundertausende von Sympathisanten an.²

Rechtfertigt allein schon die Massenhaftigkeit dieses Protests den Titel „Heldenstadt“? Heute reklamieren sowohl Vertreter der neuen Bewegungen als auch Protagonisten der Wiedervereinigung den Heldentitel. Wer nun waren die wirklichen Helden? Trägt der Leipziger Protestzyklus vom Herbst '89 die Insignien des Aufbruchs neuer sozialer Bewegungen oder war es ein Aufstand Benachteiligter, ein Arbeiterprotest, in einer alten Industrieregion?

¹ Hein, Christoph, Der alte Mann und die Straße: Ansprache zur Demonstration der Berliner Kulturschaffenden, in: ders., Als Kind habe ich Stalin gesehen: Essays und Reden. Berlin und Weimar 1990, 177.

² Vgl. dazu den Beitrag von Albrecht Döhnert und Paulus Rummel in diesem Band.

Diese Fragen lassen sich weder durch einen Vergleich mit den 68er Bewegungen noch durch eine gewissenhafte Nachzeichnung der Ereignisse seit dem August 1989, sondern nur durch eine Rekonstruktion der Sozialgeschichte der Region Leipzig beantworten.

Seit der industriellen Revolution verfügt Leipzig über zwei wirtschaftliche Standbeine – die Messe und die Schwerindustrie. Während sie ersterem ihren Aufstieg verdankt, hat die Industrie ihre Wirtschaftskraft weiter gefestigt und die Stadt Anfang des 20. Jahrhunderts zu einem ernsthaften Konkurrenten anderer schwerindustrieller Standorte in Deutschland werden lassen. Nach 1945 brachte die Metallindustrie 40 Prozent der Gesamtproduktion der Stadt auf³. Für diesen Sektor schien auch die Wirtschaftspolitik der SED ab 1950 mit ihrer vorrangigen Orientierung auf die Schwerindustrie wie geschaffen zu sein. Die in der Region Leipzig und im industrialisierten Süden insgesamt konzentrierten Schornsteinindustrien wurden unter den schwierigen Bedingungen der Reparationen und Demontage wiedererrichtet und extensiv erweitert. Neben der Kohleförderung und der Metallindustrie sollte vor allem die Chemieproduktion wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand sichern. Durch diese stalinistische Strukturpolitik gelang es zwar, den traditionellen Industriestandort Leipzig wiederherzustellen und zum Teil sogar auszubauen, eine grundlegende Modernisierung der traditionellen Bereiche wurde aber verabsäumt. Außer dem Chemieanlagenbau kam auch nichts Neues hinzu. Dafür büßte Leipzig aber seine zentrale Rolle im Rauchwarengewerbe und in der Polygraphie – zwei Domänen der Stadt – ein. Viele Verlage, Druckhäuser und Pelzfirmen wanderten in den fünfziger Jahren in die Bundesrepublik ab.

Noch schwerer aber traf es die Messe. Mit der Vernachlässigung der Infrastruktur und des Dienstleistungsgewerbes, der Benachteiligung der Mittelschichten war ihr Niedergang bereits vorprogrammiert. Noch verheerendere Folgen hatte allerdings die Einbindung der DDR in das weltpolitische Gefüge des Kalten Krieges. Die vielfach propagierte Rolle der Leipziger Messe als Drehscheibe des Ost-West-Handels mußte unter diesen Bedingungen Illusion bleiben. Die Autarkiebestrebungen der realsozialistischen Länder und die zum Teil selbstgewählte Abschottung und Isolation der DDR trugen ebenfalls dazu bei, den Wert der Leipziger Messe zu mindern. Dies leitete der Instrumentalisierung der Messe als Leistungsschau der DDR-Industrie und Repräsentationstribüne der SED-Führung Vorschub. Die rigide Innenpolitik und die Verwaltungsreformen der 50er Jahre taten ein übriges, um die politische Autonomie

³ Arndt, Helmut/Biering, Helmut/Füssler, Heinz/Krüger, Günther/Unger, Manfred/Wiegel, Karl, Leipzig in acht Jahrhunderten. Leipzig 1965, 418.

Leipzigs zu schmälern und damit auch wirtschaftlichen Unternehmensgeist zu bremsen⁴.

Dieser Wirtschaftspolitik entsprach die politische Begünstigung und Favorisierung der Arbeiterklasse als angeblicher Avantgarde des Sozialismus. Indes profitierte nur ein kleiner Teil der Leipziger Arbeiterschaft davon – nämlich der, der an dem von der SED inszenierten Bildungsboom teilhatte. Zwar verbesserte sich auch für diesen Teil der Lebensstandard nur allmählich, dafür entrann er aber den sich tendenziell verschlechternden Arbeitsbedingungen und stieg in höhere Positionen auf. 1949 wurde in Leipzig die erste Arbeiter- und Bauernfakultät eröffnet, die zu den institutionellen Voraussetzungen der „FDJ-Generation“ gehörte. Über diesen Weg stiegen in den fünfziger Jahren Tausende von jungen Arbeitern (und Bauern) auf. Die Studentenzahlen vergrößerten sich rasch. Waren 1951 5 154 Studenten an der Leipziger Universität eingeschrieben (wovon der größte Teil aus der Mittelschicht stammte), so stieg diese Zahl 1956 auf 11 991 und bis 1962 schließlich sogar auf 13 286 (etwa die Hälfte davon Arbeiter- und Bauernkinder)⁵. Hinzu kamen noch einige tausend Studienplätze an den neugegründeten bzw. erweiterten Bildungsstätten wie der Deutschen Hochschule für Körperkultur (1950 gegründet, 1955: 1 000 Studenten), der Hochschule für Musik (1953 gegründet, vormals Konservatorium), dem Pädagogischen Institut (ebenfalls 1953 gegründet) und der Bauhochschule (1954 gegründet)⁶. Damit profitierte Leipzig von einer Bildungspolitik, die auf die Schaffung eines sozialen Rückhalts der neuen Macht zielte. Darin lagen zugleich aber auch die Grenzen dieses administrativ gesteuerten sozialen Wandels: es ging wesentlich um die Produktion von verlässlichen Kadern, nicht aber um mehr Freiräume für (neue) soziale Gruppen. Im Gegenteil – nach der Besetzung der höheren Stellen kam die soziale Mobilität zum Erliegen, da ihr die Basis fehlte (ökonomischer und technologischer Progress). Dies fiel in eine Zeit, die bislang als Reformphase gepriesen wurde: den Beginn der siebziger Jahre. Von ihren proklamierten Zielen her hätte die von Honecker begonnene neue Politik eigentlich für Leipzig maßgeschneidert sein müssen. Die Modernisierung der Wirtschaft, die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, die Liberalisierung der politischen Verhältnisse und die angestrebte außenpolitische Entspannung – all das zielte auch auf die gravierendsten Sorgen und Nöte Leipzigs. Die geplanten technologischen und wirtschaftlichen Modernisierungen mißlangen jedoch. Bereits 1975 lief der noch durch die Ulbrichtschen Reformen induzierte Innovationsschub aus.

⁴ Vgl. auch Unger, Manfred, Leipzig: Zu Ursprung und Gegenwart der Stadt, in: Sächsische Heimatblätter 36, 2/1990, 51.

⁵ Arndt, Helmut, a. a. O., 442, 495.

⁶ Ebd., 443

Die Beibehaltung des Niveaus sozialer Leistungen führte unter diesen Bedingungen zu einer drastischen Beschneidung der Investitionsmittel. Damit fehlte aber für den gerade in Leipzig dringend benötigten Strukturwandel die nötige Basis. Statt dessen wurden die ohnehin überalterten Industrieanlagen weiter verschlissen und der kümmerliche Dienstleistungssektor dem Verfall preisgegeben. Verschärfend wirkte sich dann noch die Reaktion der DDR auf die Ölkrise 1973 aus. Der sicherheitspolitische Rückzug des Landes auf die eigene Rohstoffbasis (Braunkohle) führte zu einem starken Anstieg der Umweltzerstörung und -verschmutzung sowie zu kaum zu bewältigenden wirtschaftlichen und sozialen Folgelasten und Strukturproblemen. Er zeigte auch an, daß die außenpolitische Öffnung nicht von strategischen wirtschaftlichen Öffnungen begleitet war. Noch in den späten achtziger Jahren flossen zwei Drittel der Leipziger Industrieinvestitionen in die Braunkohleförderung und die Chemieindustrie. Mit dem restlichen Drittel konnte nicht einmal die einfache Reproduktion der übrigen Bereiche gesichert werden. Die ursprünglich überdurchschnittlich ausgebaute Infrastruktur in Leipzig hat infolge der ungenügenden Reproduktion einen Verschleißgrad erreicht, der den Ballungsvorteil in einen Nachteil verwandelte⁷. Die überalterte Industriestruktur prägt bis heute die Beschäftigungsstruktur. Rund 40 Prozent der Beschäftigten in Leipzig sind Industriearbeiter, 6 Prozent arbeiten im Handwerk, 8,3 Prozent in der Landwirtschaft, 6,4 Prozent im Bauwesen, 7 Prozent im Verkehrs-, Post- und Meldewesen, 10,4 Prozent im Handel und 20,8 Prozent in den nichtproduzierenden Bereichen.

Damit liegt Leipzig zwar knapp über dem DDR-Durchschnitt, aber:

- in der Industrie hat sich der Anteil der Beschäftigten nicht verringert, während er in allen anderen Ballungsgebieten und im DDR-Durchschnitt zurückging,
- im Handel verzeichnet der Bezirk Leipzig den höchsten absoluten Beschäftigungsrückgang im Vergleich zu anderen Bezirken der DDR und
- in den nichtproduzierenden Bereichen war der Arbeitskräftezuwachs geringer als im DDR-Durchschnitt⁸.

Im Zuge dieser Entwicklung wurde Leipzig zur einzigen Großstadt der DDR, die einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen hatte. Seit 1970 wanderten fast 60 000 Personen, überwiegend junge Familien in andere

⁷ Wötzel, Roland, Zu einigen Aspekten der territorialen Reproduktion im Bezirk Leipzig, in: Wirtschaftswissenschaft 37, 1989, 669.

⁸ Ebd., 660.

Bezirke des Landes ab⁹. Außerdem stand Leipzig an der Spitze in der Zahl der Ausreisen¹⁰.

Der entscheidende Grund für die Abwanderung in andere Teile der DDR ist das gesundheitsgefährdende Ausmaß der Umweltsituation in Leipzig¹¹. Die Braunkohleförderung und -verarbeitung verpestete vor allem die Luft über der Stadt. Im Zuge der Umstellung der Energieträger von Öl auf Braunkohle stieg die Emissionsdichte von Schwefeldioxid um 25 Prozent auf derzeit 570 t/km². Die Stadt Leipzig liegt damit beim 11,8-fachen des DDR-Durchschnittswertes und hat eine im Vergleich mit dem Ruhrgebiet dreimal so hohe Belastung – sie gehört zu den ökologisch am stärksten belasteten Gebieten der DDR¹². 91 Prozent der Einwohner Leipzigs sind ständig einer starken bis sehr starken Überbelastung nicht nur bei Schwefeldioxid, sondern auch bei Staub, Kohlenmonoxiden, Stickoxiden, Kohlenwasserstoffen und Schwermetallen ausgesetzt¹³. Die Auswirkungen sind entsprechend: eine erhöhte Mortalität bei Belastungssituationen, verbreitete und zum Teil chronische Bronchitis bei Kleinkindern sowie eine gravierende Erhöhung des Auftretens von Ekzemen bei Kindern¹⁴. Die natürliche Umwelt in Leipzig ist entsprechend belastet: über 80 Prozent aller Wälder des Bezirkes sind (zum Teil schwer) rauchgeschädigt, kein Fluß der Region erreicht mehr als Industrierwasserqualität, die Kupfer- und Cadmiumkonzentrationen liegen weit über den ökologischen Grenzwerten¹⁵. Außerdem nahm die Zerstörung historisch gewachsener Kulturlandschaften in Leipzig bedrohliche Ausmaße an. Ein Drittel der Fläche des Landkreises Delitzsch im Norden der Stadt wurde weggebaggert, im Süden begann sich der Tagebau Coschuden II schon in die Eingeweide der Stadt zu fressen. Durch das Abbaggern verschärfte sich die Wohnungssituation in der Stadt noch mehr. Obwohl in der Satellitenstadt Grünau Wohnungen für 100 000 Menschen errichtet wurden, stiegen die Wartezeiten auf eine (neue) Wohnung in der Stadt weiter an. Die Neubauten auf der Wiese

⁹ Ebd.

¹⁰ Allein im ersten Halbjahr 1989 reisten über 6 000 Menschen aus dem Bezirk Leipzig aus. Siehe Mitter, Armin/Wolle, Stefan (Hrsg.), Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar-November 1989. Berlin 1990, 91.

¹¹ Zu den Motiven für die Ausreise siehe Fritze, Lothar, Ausreisemotive: Hypothesen über die Massenflucht aus der DDR, in: Leviathan 18, 1/1990, 39–54.

¹² Brennstoffindustrie Freiberg: Die Luftbelastung in der Stadt Leipzig. Leipzig 1990, 3, 7.

¹³ Ebd., 7 ff.

¹⁴ Bezirkshygieneinspektion und Hygiene-Institut Leipzig: Jahresbericht Luft-hygiene 1989. Leipzig 1990, 9.

¹⁵ Wasserbeschaffenheit von Pleiße, Weiße Elster, Saale und Mulde: Bericht. Leipzig 1990, 2.

dienten zuerst der Aufnahme der Bürger aus den der Braunkohle geopferten Dörfern und Ortschaften um Leipzig. Auch stellen diese Entwurzelten, die jetzt in anonymen Neubaublöcken am Rande von Leipzig wohnen, ein wichtiges Potential politischen Protestes. Diese Umsiedlungsprozesse schufen noch zusätzliche Spannungen innerhalb der Leipziger Bevölkerung, die durch den Verfall der Stadt und die Benachteiligung Leipzigs gegenüber anderen Großstädten (insbesondere Berlin) ohnehin frustriert war. Entgegen den selbstgestellten Erfolgsbilanzen dieses als Reformpolitik etikettierten Kurses der Ära Honeckers fällt dessen Fazit für Leipzig erschreckend aus. Einem eher bescheidenen Wohlstandswachstum stehen gravierende soziale Probleme, der Verfall der Stadt, eine verschlissene Industrie und eine katastrophale Umweltverschmutzung und -zerstörung gegenüber.

Frühe Formen des Widerstands gegen diese Bankrottpolitik regte sich zuerst wohl im Wiederaufleben eines sächsischen Lokalpatriotismus, der gegen die auf Berlin gerichtete Zentralisierung anging und natürlich in den im DDR-Vergleich hohen Zahlen von Nichtwählern und Gegenstimmen bei Wahlen. Damit waren aber auch Probleme angehäuft, um deren Thematisierung sich Oppositionsgruppen im kirchlichen Raum herauskristallisierten. Bei ihnen spielten allerdings handfeste materielle Interessen eine ungleich geringere Rolle. Die Verbesserung der ökologischen Situation insgesamt, die Durchsetzung und Einhaltung der Menschenrechte, mehr Partizipationsmöglichkeiten und Demokratie waren den kirchlichen Basisgruppen viel wichtiger als eine gerechtere Verteilung, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Modernisierung der Industrie.

Beide Widerstandsströmungen blieben allerdings weitgehend voneinander separiert. Die Kirchengruppen schufen sich allmählich eine organisatorische Struktur, die übrigen Betroffenen und Benachteiligten blieben ohne eine solche.

Die Opposition in der Kirche speiste sich auch aus ganz anderen Quellen. Ihre Vorläufer in Leipzig finden wir in solchen Protestaktionen wie der Demonstration für die Zulassung der Beatmusik (1964) oder der Aktion gegen die Sprengung der Universitätskirche (1968). Die Protagonisten dieser Proteste waren junge Leute, vor allem aus dem studentischen und intellektuellen Milieu, aber auch Berufsabbrecher und Aussteiger. Ihr Erfahrungsraum war die gegenkulturelle Szene und die spezifische Öffentlichkeit in Leipzig. Denn kulturell vermochte Leipzig seinen Vorsprung vor anderen Städten des industriellen Südens zu behaupten und auszubauen. Vor allem auch deshalb wurde Leipzig zu einem Zentrum oppositioneller Gruppierungen in der DDR¹⁶. Die anderen

¹⁶ Siehe dazu die Beiträge von Christiane Heinze/Detlef Pollack und Wolfgang Elvers/Hagen Findeis in diesem Band.

(und anders) Betroffenen dagegen, also die Arbeiter und Angestellten der Schornsteinindustrien, verfügten nicht über solche organisatorischen Strukturen und Ressourcen. Die ehemals starke, mehrheitlich sozialdemokratisch geprägte Arbeiterbewegung in der Leipziger Region war durch den Nationalsozialismus und die nachfolgende stalinistische Verstaatlichungspolitik weitgehend gebrochen worden. Die besondere antisozialdemokratische Ausrichtung der Leipziger SED-Organisation in den fünfziger und sechziger Jahren unter Paul Fröhlich hatte hieran einen besonderen Anteil. Dadurch verfügte die Arbeiterschaft über keine wirkliche Interessenvertretung. Die Ausreisewelle im Sommer/Herbst 1989 machte die Situation für diese Kräfte noch bedrückender. Erst durch die von den Antragstellern geschaffenen und dann von den oppositionellen Gruppen genutzten und erweiterten öffentlichkeitswirksamen Protestformen (Montagsdemonstration) ging eine Signalwirkung auf die benachteiligte Leipziger Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft aus.

Diese Umstände und die spezifischen Traditionen erklären, warum gerade in Leipzig der Massenprotest so frühzeitig und so wuchtig hervorbrach. Während aber die Oppositionsgruppen dem neostalinistischen System schon lange vor dem 89er Herbst die politische Legitimation entzogen, trotzdem aber an der sozialistischen Utopie festgehalten hatten, schlug der unter den Arbeitern zwar latent vorhandene, aber sich nur indirekt äußernde Legitimationsschwund erst im Herbst 89 in eine offene Krise um. Ausschlaggebend für die Kündigung des stillschweigenden Arrangements mit dem System waren für die Arbeiter vor allem der Kulturschock nach dem 9. November – das greifbare Erlebnis des ungeheuren Vorsprungs der Bundesrepublik (nicht nur beim Lebensstandard) und der eigenen Rückständigkeit – und die Erkenntnis der Ausmaße des ökonomischen Desasters und der Korruption (Ende November/Anfang Dezember durch das Bekanntwerden der Fälle von Amtsmissbrauch, Korruption usw.). Beides zusammen erzeugte gerade bei den älteren Arbeitern das Gefühl, jahrzehntelang um die Früchte der eigenen Arbeit betrogen worden zu sein.

Es wird deutlich, daß hier zwei sehr unterschiedliche soziale Gruppen Träger des Protestes waren. So nimmt es auch nicht wunder, daß das Bündnis zwischen ihnen nur so kurze Zeit (von Anfang Oktober bis etwa Ende November) hielt, denn die Interessen divergierten zu stark. Die kirchlichen Oppositionsgruppen bzw. die neuen Bewegungen konnten nur solange die Führung der Gesamtbewegung übernehmen, bis Grundforderungen erfüllt waren. Als Reise-, Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit erkämpft waren, mußte sich die Arbeiterschaft eigene Vertretungsformen suchen, da die neuen Bewegungen auf ihre Forderungen kaum eingingen. Bereits im November wurde die Leipziger Montagsdemonstration stärker von ihr dominiert. Aus der

eher diffusen Volksbewegung entsprang nach und nach jene Ein-Punkt-Bewegung hin zur deutschen Einheit. Dieses Ziel erschien der Leipziger Arbeiterschaft als der beste Weg zur raschen Verbesserung ihrer Lage. Alle, die sich dem entgegenstellten, sowohl der alte SED-Apparat als auch die Reformer und auch die neuen Bewegungen mußten aus der Volksbewegung hinausgedrängt werden. Die verhaltenen Töne bzw. der Widerstand der neuen Bewegungen gegenüber dem Thema „Wiedervereinigung“ markierten deutlich die Differenzen zwischen den verschiedenen Bewegungsteilen. Der als breites Bündnisangebot gedachte Aufruf „Für unser Land“ (am 28. November 89 veröffentlicht) bewirkte in dieser Situation eine Polarisierung der politischen Kräfte, zumal sich die alte SED-Führung unter Krenz beides zunutze zu machen suchte. Im Dezember 1989 entbrannte auf der Leipziger Montagsdemo der Kampf um die Führung der Volksbewegung. Fatalerweise prägten sich ihm alte Klassenkampfmuster auf, wodurch die Leipziger Arbeiter von den neuen Bewegungen als nationalistisch und rechtsextrem beschimpft, sie selbst dagegen von den Arbeitern (zusammen mit dem alten SED-Apparat und der Stasi) in die rote Ecke gestellt wurden. Bereits im Januar 1990 hatten die Leipziger Arbeiter die Montagsdemo vollständig in ihre Gewalt gebracht¹⁷. Damit hatten sie allerdings nichts anderes getan, als die im September von den Antragstellern gegen den Sozialismus geschaffene Öffentlichkeit wieder im ursprünglichen Sinne zu besetzen.

Die neuen Bewegungen verloren dadurch nicht nur an Popularität, sie gerieten in eine programmatische Krise. Aber auch die Wiedervereinigungsbewegung vermochte die (zurück)gewonnene öffentliche Gewalt nicht zu halten und auch nicht, sie als Forum produktiv zu machen. Sie übergab das öffentliche Terrain den etablierten Parteien des Westens, wovon auch die gewendeten Blockparteien partizipieren konnten. Als das Ziel der Ein-Punkt-Bewegung sicher war, verkam die Öffentlichkeitsform der Montagsdemonstration zur Spielwiese für Polittouristen, abgetakelte Provinzpolitiker und ultrarechte Nationalisten.

Die Ergebnisse der Volkskammerwahl vom 18. März bestätigten diese Trends im großen und ganzen, wobei sich in Leipzig der konservative im Vergleich zu anderen Industriestädten des Südens nicht ganz so stark durchsetzte. Möglicherweise knüpfen die Leipziger Arbeiter an ihre alten sozialdemokratischen Traditionen wieder an. Die Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990 sprechen mit ihren Ergebnissen in Leipzig jedenfalls dafür, wobei die Differenzierung im Wahlverhalten der Arbeiter zwischen Allianz und SPD erhalten blieb. Trotzdem sind die Leipziger Arbeiter für die nun eigentlich erst beginnenden sozialen Verteilungskämpfe nur schlecht gerüstet. Die im Zuge der Wiedervereinigungsbe-

¹⁷ Siehe dazu den Beitrag von Kurt Mühler/Steffen H. Wilsdorf in diesem Band.

wegung geschaffenen Organisationsformen – Parteien, Vereine etc. – sind entweder zerfallen oder in anderen Strukturen aufgegangen, die Gewerkschaften desolat und die traditionellen Arbeiterparteien in der Arbeiterschaft kaum verankert.

In den neuen Bewegungen stellt sich die Situation auf den ersten Blick als Niedergang, Auseinanderlaufen und Rückzug dar. Hinter diesem äußeren Eindruck verbergen sich unterschiedliche Prozesse und Tendenzen: die Entflechtung und Entmischung innerhalb der Bewegungen sowie zwischen ihnen und den neuen und alten Parteien, Privatisierung und Rückzug, die Diversifizierung der Bewegungen in eine Vielzahl von Einzelprojekten und -aktionen usw. Die Diskrepanz zwischen den von den Bewegungen gehegten hohen Erwartungen an die Wahlen und den in der Stadt erreichten Ergebnissen (Volkskammerwahl: 5,2 Prozent; Kommunalwahl: 7,51 Prozent) leiteten die notwendige Phase der Selbstreflexion ein. Alles spricht dafür, daß die aus den kirchlichen Oppositionsgruppen hervorgegangenen Bewegungen zu einem Organisationstypus hintendieren, der in westlichen Ländern als „neue soziale Bewegung“ angesprochen wird.

Freilich waren die neuen Bewegungen über das unheldische Verhalten der Leipziger Bevölkerung erzürnt: die „Helden der Wiedervereinigung“ hatten per Stimmzettel die „Helden der Revolution“ an den Rand gedrängt. Keiner von ihnen beherrscht mehr das politische Terrain und keiner konnte bislang die spezifischen Probleme seiner sozialen Gruppe bzw. Bewegung lösen. Weder eine grundlegende Demokratisierung und ein ökologischer Umbau, aber auch nicht strukturelle Modernisierung und soziale Umverteilung zählen zu den Resultaten des Umbruchs. Seine Geschichte zeigt, daß die Helden ihren historischen Aufgaben nur dort gewachsen waren, wo sie gemeinsam stritten. Insofern war der Leipziger Protestzyklus weder nur ein Aufbruch neuer sozialer Bewegungen noch nur ein Arbeiterprotest. Der revolutionäre Durchbruch gelang allein durch die Verbindung beider.

So entpuppt sich der Titel „Heldenstadt“ denn eigentlich als Vorschußlorbeer. Vielleicht wird er uns aber „... an unsere Versäumnisse und Fehler in der Vergangenheit erinnern und ... die Regierung an die Vernunft der Straße mahnen, die stets wach bleibt und sich, wenn es notwendig ist, wieder zu Wort meldet“.¹⁸

¹⁸ Hein, Christoph, a. a. O., 177.

Die Leipziger Friedensgebete

1. Wie entstanden die Leipziger Friedensgebete?

Die Anfangsphase der Friedensgebete in der Leipziger Nikolaikirche fällt mit der Zeit der Herausbildung erster gemeindeübergreifender kirchlicher Basisgruppen in der DDR zu Beginn der achtziger Jahre zusammen. Initiator der Friedensgebete war der Leipziger Diakon Günter Johannsen, der in der Jugendarbeit tätig war. Er wollte zusammen mit Jugendlichen auch außerhalb der jährlich stattfindenden Friedensdekaden regelmäßig Friedensgebete halten. Gewählt wurde der Zeitpunkt: Montags 17.00 Uhr Nikolaikirche.

Folgende politische Ereignisse des Jahres 1982 müssen als äußere Aspekte, die die Entstehung der Friedensgebete mit beeinflussten, herangezogen werden:

- Verbot der Aufmäher „Schwerter zu Pflugscharen“ in der DDR
- Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses in der BRD
- Installierung von Kurzstreckenraketen des Warschauer Vertrages auf dem Gebiet der ČSFR und der DDR
- Massendemonstrationen der westeuropäischen Friedensbewegungen

In den Jahren zwischen 1982 und 1989 sollten die Friedensgebete in unterschiedlicher Art und Weise und mit sehr unterschiedlichen Teilnehmerzahlen, zwischen zehn und tausend, stattfinden. Auch inhaltlich muß eine starke Differenzierung festgestellt werden. Die Beiträge der weithin angepaßten Gruppen der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) unterschieden sich deutlich von denen anderer Leipziger Friedensgruppen.

Damit ist der Trägerkreis der Friedensgebete angesprochen. Hauptsächlich wurden die Gebete von sogenannten „Basisgruppen“ ausgestaltet (zum Beispiel Arbeitskreis Frieden, Frauen für den Frieden, Initiativegruppe Hoffnung Nikaragua, Umweltgruppe). Die Koordinierung hatte zunächst Pfarrer Uwe Schreiber, später Pfarrer Christoph Wonneberger in der Hand. 1985 entstand durch die Initiative des Leipziger Superintendenten Friedrich Magirius ein Ausschuß der Bezirkssynode Leipzig „Frieden und Gerechtigkeit“, in dem zehn Synodale (Laien und Pfarrer) mit den damals zehn Vertretern kirchlicher Basisgruppen zusammenarbeiteten. Der Ausschuß bot eine gute Möglichkeit, die Arbeit der

einzelnen Gruppen abzustimmen, sich untereinander auszutauschen und sämtliche Fragen, die das Friedensgebet betrafen, zu klären.

Die Verantwortung für den Inhalt lag anfangs bei den Gruppen selbst. Die sich permanent zuspitzende Situation in der DDR brachte es mit sich, daß auch der Charakter der Gebete zunehmend politischer wurde. Im Frühjahr 1988 nahm die Zahl der Besucher des Friedensgebetes sprunghaft zu, da viele Menschen, die die täglichen Fürbittgottesdienste für die nach der „Luxemburg/Liebknecht-Demonstration“ in Berlin verhafteten Personen besucht hatten, nun am Friedensgebet teilnahmen; unter ihnen viele, die einen „Antrag auf Ausreise aus der DDR“ gestellt hatten. Die konsequente Ausgrenzung und Verdrängung der Ausreiseproblematik aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens führte dazu, daß immer mehr Menschen, die die DDR verlassen wollten, die Chance nutzten, vor und nach dem Friedensgebet sich untereinander auszutauschen und aus der gesellschaftlichen Isolation herauszutreten.¹ Die veränderte Situation machte es nicht nur notwendig, daß die Basisgruppen auf die Anliegen der neuen Zuhörer eingingen, indem sie sich mit der Ausreise-Thematik auseinandersetzten, sondern führte auch zu einem Konflikt zwischen den Basisgruppen und den offiziellen Vertretern der Kirche.² Letztere vertraten folgenden Standpunkt: Im Friedensgebet können wir nur die biblische Botschaft verkündigen, die Hierbleibenden und Ausreisenden gleichermaßen gilt und müssen uns, um der Glaubwürdigkeit willen, politischer Konkretion enthalten. Um die Kontrolle über die Friedensgebete zu erlangen, teilte Superintendent Magirus in einem Brief vom 15. 8. 1988 den Vertretern der Basisgruppen mit: Die Nikolaikirche übernimmt nach der Sommerpause Durchführung und Verkündigung in den Friedensgebeten selbst. Nach Verhandlungen mit dem Kirchenvorstand der Nikolaikirchgemeinde wurde im Herbst 1988 erreicht, daß weiterhin Basisgruppen an der Gestaltung der Gebete beteiligt werden, sie sich aber an eine feststehende Ordnung des

¹ Vgl. Richter, Johannes, Wir sind Sachsen, in: Die Opposition in der DDR: Entwürfe für einen anderen Sozialismus/hrsg. von Gerhard Rein. Berlin-West 1989; 182-187, hier 183: „Mit einem Mal . . . waren die Friedensgebete eben nicht nur dadurch gekennzeichnet, daß junge Leute ihre Ängste hinsichtlich der atomaren Aufrüstung artikulierten, sondern es waren Menschen da, die sich mit den Ausgebürgerten identifizierten, also Ausreisekandidaten. Damit hat das traditionelle Friedensgebete in der Nikolaikirche einen völlig anderen Zuhörerkreis erhalten.“

² Vgl. Wagner, Harald, Die Leute hatten Angst um ihre Kinder, a. a. O., 175-181, hier 179: „Die Basisgruppen, die dort waren, haben immer wieder gegen die Kirchenleitung angekämpft und sie zu Positionen getrieben, die gesamtgesellschaftlich die Kirchenleitung in ein sehr gutes Licht gerückt haben. Im innerkirchlichen Raum sieht es nämlich ganz anders aus. Da gab es große Spannungen.“

Ablaufs zu halten haben und die letzte Verantwortung für das Gesagte bei einem von der Gruppe selbst gewählten kirchlichen Amtsträger liegt. Somit war sichergestellt, daß der politische Charakter der Friedensgebete erhalten blieb, und zugleich, daß ihr christlicher Gehalt als Gottesdienst nicht verloren ging. Allerdings war es hauptsächlich nicht der kirchliche, sondern der politische Charakter, der die Besucher anzog. Das Drängen der Mitglieder der Basisgruppen, sich in den Friedensgebeten artikulieren zu können und sich mit den politischen Problemen öffentlich auseinanderzusetzen, hat dazu beigetragen, daß der Kreis der Zuhörer ständig wuchs.

Beachtung in der internationalen Presse fand das Friedensgebet im Zusammenhang mit den Protestdemonstrationen nach den Andachten, besonders während der Leipziger Messen.

Nach den Kommunalwahlen am Sonntag, den 7. Mai 1989, und am Montag, den 8. Mai 1989, kam es erstmalig zum Aufmarsch von Polizei- und Sicherheitskräften rings um die Kirche. Die Situation spitzte sich im Juni vor dem Leipziger Kirchentag zu. Woche für Woche war die Kirche nach dem Friedensgebet von Polizei umstellt. Menschen, oftmals Teilnehmer der Andachten, wurden auf Lkw's gestoßen und weggeschleppt.³ Die Spannung wuchs, als sogar Hunde eingesetzt wurden. Nahm der Bischof am Friedensgebet teil, fiel der Polizeieinsatz weg. Als er unerkannt die Situation beobachtete, wiederholte sich die Szenerie der Gewalt. Offensichtlich wurde jeder Teilnehmer am Friedensgebet registriert, da auf die Eingangstür der Kirche eine Kamera des Staatssicherheitsdienstes gerichtet war. Der Druck, den die staatlichen Behörden auf kirchliche Amtsträger und Verantwortliche auszuüben sich bemühten, nahm ständig zu. Schon im Zusammenhang mit dem Kirchentag, verstärkt aber im Monat August des Jahres 1989 versuchten die Vertreter des Staates in Gesprächen mit dem Bischof, dem Gebietsdezenten und zuletzt mit dem Kirchenvorstand der Nikolaikirche zu verhindern, daß die Friedensgebete im September 1989 fortgesetzt wurden.

³ Vgl. Richter, Johannes, a. a. O., 183: „Die staatlichen Stellen ihrerseits haben einen Kardinalfehler begangen: Sie haben nämlich vor allen Dingen im letzten Vierteljahr eine Taktik betrieben, die direkt zur Eskalation einlud. Sie haben den Platz vor der Nikolaikirche, also den Nikolai-Kirchhof, erst weiträumig umstellt und ihn dann Schritt für Schritt geräumt, und diejenigen, die am meisten aufgefallen sind, wurden sehr schnell aus der Staatsbürgerschaft entlassen. Das sprach sich natürlich herum, so daß unter den Ausreisewilligen die einfache Logik Platz griff: Du mußt nur auffallen, dann kommst du raus.“

2. Was wurde in den Leipziger Friedensgebeten gesagt?

Um den Einfluß der Friedensgebete auf den Umbruchprozeß bestimmen zu können, sollen im folgenden Teil die im Zeitraum vom 4. September bis 16. Oktober 1989 gehaltenen Friedensgebete in chronologischer Reihenfolge inhaltlich abrißartig dargestellt werden. Dabei wird keine inhaltliche Vollständigkeit angestrebt, sondern nach Schwerpunkten ausgewählt.⁴

4. September

Im Mittelpunkt des Friedensgebetes, das wie immer in der Nikolaikirche abgehalten wurde, stand die Erinnerung an den Überfall deutscher Truppen auf Polen am 1. September 1939. Superintendent Friedrich Magirius gedachte des Leides, welches unserem Nachbarvolk zugefügt wurde. Der Zusammenhang zwischen Schuld und Vergebung spielte dabei eine bedeutende Rolle. „Ohne Bekennen der verkehrten Wege und Entscheidungen gibt es keine Überwindung, keine Vergebung.“ Eine Möglichkeit, Vergebung lebensfähig zu machen, sah Magirius in der wirklichen Begegnung der Menschen unterschiedlicher Nationalitäten, die über den Tourismus hinausgeht.

Die zweimalige Erwähnung des damals wenige Wochen im Amt stehenden polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki fand Beachtung unter den Zuhörern.

Die indirekte Würdigung politischer Reformen in Polen, Ungarn und in der Sowjetunion konnte von den Teilnehmern des Friedensgebetes als Stellungnahme zu den politischen Vorgängen in der DDR verstanden werden.

18. September

In diesem Friedensgebet wurde zu Beginn durch Pfarrer Christian Führer um Verständnis für die Bereitschaftspolizisten in der ersten Reihe gebeten. „Es sind junge Wehrpflichtige, die sich diesen Einsatz nicht ausuchen konnten. Wohlmöglich gilt das auch für manchen Berufsbeamten. Und vor allem: Für uns Christen bleibt auch der, der gegen uns vorgeht mit Gewalt, ein Mensch! Denn Gott schuf den Menschen zu seinem

⁴ Auf eine Darstellung der Gebete in der Peterskirche und der Propsteikirche wurde ganz verzichtet, denn in diesen beiden Kirchen wurden nur eine kurze Zeit Friedensgebete gehalten, weil besonders nach dem Fall der Berliner Mauer die Teilnehmerzahlen wieder sehr stark zurückgingen. Eine Vielzahl der Predigten und Fürbittengebete ist nachzulesen in: Hanisch, Günther/Hänisch, Gottfried/Magirius, Friedrich/Richter, Johannes (Hrsg.), *Dona nobis pacem: Friedens- und Fürbittengebete Herbst '89 in Leipzig, Berlin-Ost 1990.*

Bilde; das gilt ausnahmslos für jeden Menschen.“ Pfarrer Führer schloß seine einleitenden Worte mit der Bitte, daß, da die Kirche ein Haus der Hoffnung ist, diese Hoffnung sich auch ausdehnt auf den Platz vor der Kirche. Die Friedensgruppe der Grünauer Katholiken mit Pater Bernhard Venzke setzte sich danach an Hand von Josua 6 (Posaunen von Jericho) mit der Problematik der Mauern und Grenzen auseinander. Eine anschließende Predigt verdeutlichte die Ab- und Ausgrenzungsmechanismen, die sich in der Gesellschaft ausgebreitet hatten.

25. September

Die Predigt von Pfarrer Christoph Wonneberger war eine deutliche Reaktion auf den bis dahin brutalsten Polizeieinsatz nach dem Friedensgebet am vorangegangenen Montag. Offen und direkt stellte er die Situation im Land dar, die von Gewalt, Betrug und Angst geprägt war. Als mögliche Folgen der Gewalt benannte er: Deformierung von Menschen, Gegengewalt und Angst.

Mit den Worten Jesu: Fürchtet euch nicht, mir ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden. – sprach er von der Möglichkeit, den Weg gewaltlos zu gehen und die Angst zu überwinden. „Gegenüber solcher Vollmacht“, sagte er, „sind Stasi-Apparat, sind Hundestaffeln, sind Hundertschaften nur Papiertiger... Wir können auf Gewalt verzichten.“

Im Anschluß daran wurden konkrete Möglichkeiten zum gewaltfreien Handeln genannt und Fürbitte für die Opfer der Gewalt gehalten, auch für die Bereitschaftspolizisten.

2. Oktober – Nikolaikirche

Pfarrer Klaus Kaden sprach in seiner Predigt über die in der vorangegangenen Woche immer lauter gewordene Frage der Schuld an der katastrophalen Lage im Land. Er betonte besonders die Mitschuld aller, indem er sagte: „Und dann zeigen wir auf sie, die Mörder unserer Hoffnung, die Diebe unserer Freiheit, die Schlüsselverwalter unserer geschlossenen Gesellschaft – ... doch wir... sind nur die Leidtragenden... wir hielten und halten unser Schweigen für verordnet, unsere Anpassung für Überlebenskunst, unsere Feigheit für Friedfertigkeit... aber diese Art von Selbstbetrug ist keinen Deut besser als der unserer Medien.“

Auf diesem Hintergrund und in Zusammenhang mit Jakobus 4,17⁵ machte er die Notwendigkeit des Weges der Umkehr und der Zivilcourage deutlich, damit Reformen im Land eingeleitet werden können. Unter Bezugnahme auf Lukas 6,36⁶ sprach er davon, daß Haß und Verbis-

⁵ „Wer da weiß Gutes zu tun und tut's nicht, der macht sich genauso schuldig wie der, der Böses tut.“

⁶ „Seid barmherzig, wie auch euer Vater im Himmel barmherzig ist.“

senheit wohl artikuliert werden müssen, aber so, daß den staatlich Verantwortlichen die Chance, ihr Gesicht zu wahren, bleibt.⁷

– Reformierte Kirche

Die Notwendigkeit der Öffnung der Reformierten Kirche wurde dadurch unterstrichen, daß die Kirche vom ersten Friedensgebet an überfüllt war. Gestaltet wurde das Friedensgebet von einer katholischen Friedensgruppe. Dominikanerpater Bernhard Venzke predigte zu Matthäus 13, 24–30 in Anlehnung an den Erntedanktag. Er stellte fest, daß wir viel mehr ernten, als wir gesät haben, also auch ungewollte Früchte in unseren Händen liegen, die wir aber gern anderen zuschieben. Er verwies auf den schlechten Samen auch innerhalb der Kirche, die die gesellschaftliche Entwicklung mitgetragen hat, auch indem sie dezent lächelnd dem Rückzug aus der Gesellschaft in die Privatsphäre zugesehen hat. Nachdem nun der Samen aufgegangen ist und sich Früchte zeigen, sei es unsere Aufgabe, den Samen aus den guten Früchten auf fruchtbaren Boden zu legen. Darin seien wir als Christen in unserer Verantwortung für die nächste Generation angefragt. Während des Gebetes wurde der elf am 29. September 1989 verurteilten Inhaftierten gedacht und darum gebeten, den Blumenstrauß vom Altar an der Nikolaikirche für sie niederzulegen.⁸

9. Oktober⁹ – Nikolaikirche

Die Aussagen des Friedensgebetes in der Nikolaikirche verdeutlichten die Schlüsselstellung, die die Ereignisse dieses Tages für die weitere Entwicklung in der DDR hatten. Drei Stellungnahmen (Erklärung der Konferenz katholischer Priester im Dekanat Leipzig, Erklärung des Arbeitskreises Gerechtigkeit und der Aufruf der sechs Leipziger Persönlichkei-

⁷ Das hieß für ihn: „Ich halte Demos zum jetzigen Zeitpunkt – und ohne politische Ziele – für ungeeignet, die politische Landschaft zu kultivieren.“

⁸ An der dem Nikolaikirchhof zugewandten Nordseite der Kirche waren mehrere Wochen Blumen und Kerzen aufgestellt worden zum Gedenken an die Inhaftierten.

⁹ Am 9. Oktober hatten etwa 700 Mitglieder der SED vom 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung den Auftrag erhalten, zum Friedensgebet in die Nikolaikirche zu gehen, um Provokationen zu verhindern. Aber viele der SED-Mitglieder kamen bei dieser Gelegenheit erstmals mit oppositionellen Gruppen direkt in Berührung und stellten fest, daß die angesprochenen Fragen durchaus denen ähnlich waren, die innerhalb der SED diskutiert wurden. Vgl. Sauer mann, Jürgen, Handlungslinien der SED-Kreisparteiorganisation der Karl-Marx-Universität in bezug auf die Montagsdemonstrationen in Leipzig untersucht anhand der Aktenlage der SED-Kreisleitung der Karl-Marx-Universität und Befragungen von ehemaligen Kreisleitungsmitgliedern und -mitarbeitern. Masch. Sektion Politikwissenschaften und Soziologie der Karl-

ten)¹⁰, die zu Beginn des Friedensgebetes verlesen wurden, riefen zu absoluter Gewaltlosigkeit auf und stellten die Notwendigkeit eines breit angelegten öffentlichen Dialogs in den Mittelpunkt. Während des Friedensgebetes sprach der Bischof der sächsischen Landeskirche zu den Teilnehmern. Gestaltet wurde das Gebet von der Friedensgruppe Gohlis mit Pfarrer Weidel. An Hand von Zitaten aus der Tagespresse bemühten sich die Mitglieder deutlich zu machen, daß Zeitungsmeldungen, die nur zu einer Verschärfung der Situation führen, keine Form des Dialogs darstellen und diesen immer unmöglicher machen. In der Predigt verwies Pfarrer Weidel darauf, daß der Bitte um Frieden die um Dialog hinzugefügt werden muß. „Es geht um das gemeinsame Nachdenken, warum und weshalb wir in diese brisante gesellschaftliche Lage gekommen sind.“ Die Mitschuld des Einzelnen hob Pfarrer Weidel mit dem Satz hervor: „Die Schuld in einem Volk ist unteilbar!“ Abschließend sprach er die Hoffnung aus, daß die „Reformen, die schon vor Jahren fällig waren“, möglich sind, „wenn wir den Geist der Friedfertigkeit, der Ruhe und der Toleranz in uns einkehren lassen und eine Sprache mit den jetzt Herrschenden finden.“

– Reformierte Kirche

Am „Tag der Angst“ stand auch in der überfüllten Reformierten Kirche der Aufruf zur Gewaltlosigkeit im Mittelpunkt. Nach einer Psalmenmeditation, die die Pflicht und das Recht auf Freiheit proklamierte, wurden wie in der Nikolaikirche die drei Stellungnahmen verlesen. Die Predigt, die Pfarrer Jürgen Sievers von der Reformierten Kirche hielt, bezog sich auf 1. Korinther 13, 11¹¹. Ebenso, wie ein Erwachsener nicht wieder ein Kind werden kann, „wird es auf unserem Weg kein Zurück geben können“. Am Beispiel Martin Luther Kings verdeutlichte er die Veränderung bewirkende Macht der Gewaltlosigkeit. „Wenn wir ein gutes Ziel haben, muß auch der Weg dahin ein guter sein und müssen die Mittel, die wir anwenden, gut sein.“ Die Fürbitten drückten die Hoffnung auf einen unblutigen und friedlichen Verlauf des Abends aus, gedachten der Opfer

Marx-Universität Leipzig 1990; Bestandteil des Projekts ‚Soziologische Analysen zu den Montagsdemonstrationen in Leipzig‘ am Wissenschaftsbereich Politische Soziologie der Sektion Politikwissenschaften und Soziologie der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Zum 9. Oktober in Leipzig vergleiche auch: Gaserow, Vera, Demonstartion in Leipzig: „Wir sind das Volk“, in: DDR Journal zur Novemberrevolution: August bis Dezember 1989/hrsg. von der tageszeitung. 2. erweiterte Auflage. Berlin-West 1990, 43.

¹⁰ Die Erklärung des Arbeitskreises Gerechtigkeit und der Aufruf der „Leipziger Sechs“ ist nachzulesen u. a. in: Rein, Gerhard (Hrsg.), a. a. O., 170 f.

¹¹ „Da ich ein Kind war, redete ich wie ein Kind, dachte wie ein Kind und urteilte wie ein Kind. Als ich ein Mann wurde, legte ich ab, was kindlich war.“

der Verfolgung, ersehnten Veränderungen. Vom Segen begleitet, verließen die Menschen die Kirche, die als Ort der Zuflucht und Stille bis zum späten Abend geöffnet blieb.

– Thomaskirche

Superintendent Johannes Richter stellte an den Anfang seiner Predigt zwei Verse aus dem 25. Kapitel der Sprüche Salomos: „Durch Geduld wird ein Fürst überredet, und eine linde Zunge zerbricht Knochen. Ein Mann, der seinen Zorn nicht zurückhalten kann, ist wie eine offene Stadt ohne Mauern.“

Im ersten Teil sprach er von der berechtigten Ungeduld, die viele im Lande angesichts des beharrlichen Schweigens der Regierung zu brennenden Fragen ergriffen hat. Im zweiten Teil ermahnte er aber dann zu Geduld. Aus Ungeduld erwachse Unruhe und aus Unruhe erwachse Zorn und im Zorn handelnde Menschen seien besonders angreifbar. Geduld aber sei etwas anderes als Feigheit und auch eine „linde Zunge“ müsse die Wahrheit sprechen. So erbat er am Ende seiner Predigt für die Gemeinde und für sich den Mut zur Geduld, die Kraft für eine gute Sprache und die Tapferkeit, dem Zorn zu widerstehen. Er bat die Teilnehmer des Gebetes, auf kürzestem Weg nach Hause zu gehen, damit es zu keiner Demonstration kommt, die mit Gewalt¹² endet.

– Michaeliskirche

Im Mittelpunkt stand hier eine Meditation über das biblische Symbol vom Weizenkorn, das in die Erde fällt und sterben muß, damit neue Frucht wachsen kann. Pfarrer Gerd Krumbholz fragte, was bei uns sterben muß, damit neue Frucht wachsen kann und nannte unter anderem: Angst und Mangel an Zivilcourage, der Drang, über andere bestimmen zu wollen, die Utopie, in unserem Land bundesdeutsche Verhältnisse kopieren zu wollen. Demgegenüber betonte er, daß Absterben, Keimen und Wachsen Zeit brauchen, die wir uns zugestehen müssen, und schloß

¹² Vgl. Richter, Johannes, a. a. O., 186 f.: „Der 9. Oktober war für mich wohl der schlimmste Tag in meinem Leben. Wir wußten von Gesprächen mit Repräsentanten des Staates, daß man gewillt war, die Demonstration mit allen Mitteln zu verhindern. Auf unsere Nachfrage hin hat man uns zwar beruhigt und gesagt, man würde nur die polizeilichen Mittel einsetzen, aber was heißt das schon. Wir wußten von dem Zusammenziehen von Bereitschaftspolizeiverbänden, auch aus anderen Bezirken. Wir wußten vom Einsatz der Kampfgruppen, eine Perversion in sich selber, denn die Kampfgruppen sollen ja die Betriebe schützen und sollen nicht gegen die Bevölkerung eingesetzt werden. Wir wußten auch, daß auch viele andere Maßnahmen getroffen wurden, so etwa, daß alle Ärzte Bereitschaftsdienst hatten, daß man auch bestimmte Stationen freigelegt hat. Wir waren auf das Schlimmste gefaßt. . . . Wir waren also in ganz, ganz großer Sorge.“

mit den Worten: „Gottes Hand behütet und beschützt uns. . . . Wir sind Saat in Gottes Hand.“

16. Oktober¹³ – Nikolaikirche

Das Friedensgebet wurde vom Arbeitskreis für Wehrdienstfragen zusammen mit Superintendent Friedrich Magirius¹⁴ gehalten. Inhaltlich gliederten sich die Aussagen in zwei Schwerpunkte: Nach der Begrüßung wurden Tagebuchaufzeichnungen eines Leipzigers¹⁴ vorgetragen, wobei auf persönliche Weise die politischen Ereignisse der Woche zwischen dem 9. und 16. Oktober benannt und kommentiert wurden.

Die Predigt beschäftigte sich mit dem Bibelvers (Matthäus 6, 22): „Das Auge ist des Leibes Licht.“ Superintendent Magirius betonte die Bedeutung von visueller und verbaler Kommunikation und sprach besonders die Verständigung mit dem Mitmenschen, dem Nächsten, an. Offenheit und Ehrlichkeit, Wahrheit und Klarheit benannte er als Eigenschaften, die an einem leuchtenden Auge ablesbar sind. Die Fürbitten waren vom Dank für den friedlichen Verlauf der letzten Demonstration und der Bitte um die Fortführung des begonnenen Dialogs geprägt.

– Thomaskirche

Propst Günter Hanisch von der katholischen Propsteikirche nahm in seiner Predigt das Wort auf, das in der vorhergehenden Woche in aller Munde war – das Wort „Dialog“. Er äußerte seine Freude über dieses erste Zeichen, mit dem endlich etwas in Bewegung gekommen ist. Er wies aber auch darauf hin, daß echter Dialog ein Mindestmaß an Vertrauen erfordert und nur zu führen ist, wenn beide Seiten bereit zur Wahrhaftigkeit sind und sich als Partner akzeptieren. Mut zur Wahrhaftigkeit schließe den Mut zur Demut ein und die Bereitschaft, eigene Fehler einzugestehen. Jesus sage in der Bergpredigt (Matthäus 5, 37): „Euer Ja sei ein Ja, euer Nein sei ein Nein. Alles andere stammt vom Bösen.“ – Und Propst Hanisch fragte: „Haben wir uns alle nicht zu oft in jener gefährlichen Grauzone des ‚Jein‘ niedergelassen und es uns dort bequem gemacht?“ Am Ende erklärte er: „Die Wahrheit macht das Wort zum Licht, das uns den Weg weist und das uns erkennen läßt, daß wir diesen Weg nur gemeinsam gehen können. Die Wahrheit läßt aus Worten Taten werden.“

¹³ Über die Friedensgebete in der Nikolaikirche und in der Thomaskirche erschien erstmals ein ausführlicher Bericht mit Auszügen aus den Predigten in der Leipziger Tagespresse: Sächsisches Tageblatt vom 18. Oktober 1989.

¹⁴ Nachzulesen in Sievers, Hans-Jürgen, Vom Friedensgebet zur Demonstration: Die Kirche in Leipzig in den Tagen der Revolution 1989: Das Stundenbuch einer deutschen Revolution. Zollikon 1990, 43 ff.

– Reformierte Kirche

Pfarrer Klaus Kaden hielt das Friedensgebet zur gleichen Problematik, wie bereits am 2. Oktober in der Nikolaikirche, aber in einer aktualisierten und noch deutlicheren Form. Die Schuldfrage war noch immer äußerst aktuell und sollte in den folgenden Wochen im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR zu einer zentralen Frage werden.¹⁵

– Michaeliskirche

Das Friedensgebet gestaltete wieder Pfarrer Gerd Krumbholz. In den Fürbitten kam die Freude über den gewaltfreien 9. Oktober zum Ausdruck und die damit verbundene Hoffnung, daß Reformen in der Gesellschaft möglich werden. Es war aber auch von der Angst die Rede, daß die Angebote zum Dialog nicht ernst gemeint sein könnten.

3. Was geschah in den Leipziger Friedensgebeten?

Einer Analyse der Friedensgebete in den Monaten September und Oktober 1989 müssen einige Gedanken vorangestellt werden:

Brutale Polizeieinsätze gegenüber friedlichen Demonstranten, Verhaftungen und Einschüchterungsversuche hatten dazu geführt, daß unter der Bevölkerung ein hohes Angstpotential vorhanden war. Neben der Angst, die erst nach dem 9. Oktober wieder abnahm, fand der Erwartungsdruck in den genannten Monaten keinen Gipfelpunkt, sondern wurde täglich nur größer. Jede öffentliche Äußerung mußte sich diesem Erwartungsdruck stellen, also auch und gerade das in den Friedensgebeten Gesagte. Das hohe Tempo der Aufeinanderfolge politischer Ereignisse und Veränderungen brachte es mit sich, daß eine langfristige Vorbereitung von Texten, Predigten und Gebeten nicht mehr möglich war, wollte man den Vorstellungen des breiten Hörerkreises in Ansätzen gerecht werden.

Die Angst und mit ihr die Spannung übertrug sich auf die Friedensgebete. So erklärt sich die Beobachtung, daß Sätze heute fast belanglos klingen, die damals eine hohe politische Brisanz hatten oder von den Zuhörern politisch interpretiert wurden, auch wenn sie von dem Prediger nicht politisch gemeint waren.

Nach dem 9. Oktober war die Atmosphäre in den Friedensgebeten wesentlich entspannter. Die Angst war weitestgehend gewichen, und

¹⁵ Das allmähliche Bekanntwerden der Stasi-Verbrechen war für weite Teile der Bevölkerung eine Bestätigung für die Auffassung, daß der Regierung und der Staatssicherheit allein die Schuld an der Misere zukommt. Der Behauptung, wir alle hätten durch unser Schweigen und Mitmachen zur Stabilität des Systems beigetragen, wurde nur sehr widerstrebend oder überhaupt nicht zugestimmt.

man hoffte nun, daß der friedliche Ausgang der Demonstration am 9. Oktober als erstes Hoffnungszeichen Wellen schlägt.

Bis in den Oktober hinein sah sich die Kirche (und die unter ihrem Schutzdach operierenden Basisgruppen) vor die Aufgabe gestellt, in den Friedensgebeten neben der Vermittlung der christlichen Botschaft ein Informationsdefizit abzudecken, ständig die Gewaltfreiheit zu proklamieren, staatlicherseits tabuisierte Themen anzusprechen, unter Umständen mit ihren Gebäuden Schutz vor Polizeiterror zu bieten und gleichzeitig ihrem Selbstverständnis als Kirche gerecht zu werden.

Spannungsvoll stellte sich auch die Diskussion über das Verständnis der Friedensgebete und Fürbitten dar. Die Problematik bestand darin, daß brisante politische Äußerungen, um sie überhaupt aussprechen zu können, in Gebetsform artikuliert wurden. Gelegentlich führte diese Tendenz soweit, daß Gebete, in denen sich jeder äußern konnte, zur Abgabe politischer Statements genutzt wurden. Das rief Unmut bei denen hervor, die nicht allein um der politischen Information willen, sondern auch aus einem religiösen Bedürfnis heraus die Friedensgebete besuchten.

Anhand von Beobachtungen, zum Beispiel wie Gemeindelieder mitgesungen wurden oder auch wieviele das Vaterunser mitbeteten, ließ sich ablesen, daß die zuletzt genannte Gruppe in der Nikolaikirche eine Minderheit darstellte. Inwiefern Nichtchristen von den christlichen Inhalten erreicht wurden, ist nicht erfaßbar. Daß im von uns behandelten Zeitraum der Gemeindegottesdienst kräftiger geworden war, läßt sich sowohl auf die steigende Besucherzahl als auch auf einen Lernprozeß zurückführen, da sich die Lieder häufig wiederholten.

Was ergibt ein Vergleich der Ordnungen und Inhalte der Friedensgebete in den einzelnen Kirchen?

In der äußeren Form waren die Friedensgebete in den Kirchen ähnlich aufgebaut: Zu Beginn wurden einige Informationen gegeben. Zum Beispiel wurde im September in der Nikolaikirche jeweils die Zahl der am vorangegangenen Montag Zugeführten und, soweit sie bekannt waren, auch die Namen, genannt. Nach dem 9. Oktober waren es dann Informationen über die Freilassung von Inhaftierten und über Angebote zum Dialog. Dem folgte eine kurze Meditation oder Einführung. Nach der Predigt wurden die Friedensgebete mit dem Fürbittengebet, dem Vaterunser und dem Segen beendet. Zwischen den einzelnen Teilen wurden Lieder gesungen, besonders häufig: Sonne der Gerechtigkeit (EKG 218) und der Kanon: Dona nobis pacem.

Die Friedensgebete in der Nikolaikirche wurden vorrangig von christlichen Basisgruppen gestaltet, die somit auch die Inhalte bestimmten. Diese hatten meist politischen oder gesellschaftskritischen Charakter. Ungeschminkt und offen wurde auf gesellschaftliche Mißstände hingewiesen. Sie wurden auf dem Hintergrund konkreter Bibelstellen oder

allgemein christlicher Ethik reflektiert, und es wurden Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt (vgl. besonders 25. 9. und 2. 10.). Die Nikolaikirche hatte eine gewisse Vorrangstellung inne, denn dort hatten die Friedensgebete schon eine lange Tradition, und auf Grund ihrer zentralen Lage konnte sie zum Ausgangspunkt der Demonstrationen werden. Obwohl im Frühjahr die Besucherzahl wieder drastisch abgenommen hatte, fand in der Nikolaikirche noch bis Anfang Juli jeden Montag das Friedensgebet statt und wird auch im September 1990, als ein Angebot, gemeinsam um den Frieden im Land und in der Welt zu beten, wieder aufgenommen werden.

Charakteristisch für die Haltung der Reformierten Kirche mögen die Worte Karl Barths sein, die lange Zeit auf einem Plakat in der Kirche für jeden lesbar waren: „Eine Kirche, die aus lauter Angst, nur ja nicht in den Schein zu kommen, Partei zu ergreifen, nie und nimmer Partei zu sein sich getraut, sehe wohl zu, ob sie sich nicht notwendig kompromittiere: mit dem Teufel nämlich, der keinen liebener Bundesgenossen kennt, als eine um ihren guten Ruf und sauberen Mantel besorgte, ewig schweigende, ewig meditierende, ewig neutrale Kirche: eine Kirche, die allzu bekümmert um die nun wirklich nicht so leicht zu bedrohende Transzendenz des Reiches Gottes – zum stummen Hund geworden ist.“ Die Öffnung der Reformierten Kirche am 2. Oktober war ein wichtiger Schritt. Von ihr ging ein erneuter Impuls aus, denn die Friedensgebete waren nun keine alleinige Angelegenheit der Nikolaikirche mehr, und es konnten noch mehr Menschen erreicht werden.

Die Thomaskirche öffnete sich erst für die Friedensgebete im Zusammenhang mit einer weiteren Leipziger Stadtkirche, der Michaeliskirche, am 9. Oktober, als ein noch größerer Besucheransturm erwartet wurde und die staatlichen Drohungen sich massiv verschärft hatten.¹⁶ Die Friedensgebete in der Thomaskirche hatten einen betont gottesdienstlichen Charakter. Hier waren es Pfarrer und keine Basisgruppen, die die Friedensgebete hielten. Nicht politische Information oder Interpretation der gesellschaftlichen Situation stand im Vordergrund, sondern die Ver-

¹⁶ Im Vorfeld der Öffnung der Thomaskirche zum Friedensgebet war es auch zu Auseinandersetzungen unter Leipziger Pfarrern gekommen, die auf dem Pfarrertag in Leipzig am 5. Oktober 1989 ausgetragen wurden. Hans-Wilhelm Ebeling, der derzeit noch Pfarrer an der Thomaskirche war, wollte einer Öffnung nur zustimmen, wenn das Friedensgebet in allen Leipziger Kirchen zugleich stattfindet, als Abendmahlsgottesdienst gefeiert wird und der sächsische Landesbischof die Predigt hält. Da aber erfahrungsgemäß viele Nichtchristen das Friedensgebet besuchten, die am Abendmahl nicht hätten teilhaben können, und für die Öffnung aller Leipziger Kirchen kein Bedarf vorhanden war, mußten diese Konditionen als Versuch, das Friedensgebet von der Thomaskirche fernzuhalten, gewertet werden und riefen bei der Mehrzahl der Pfarrer Protest hervor. Vgl. Die Kirche vom 11. 3. 1990.

kündigung der christlichen Botschaft. Davon ausgehend wurde dann Bezug genommen auf die Verhältnisse im Land.

Zusammenfassend läßt sich zu diesen drei Kirchen sagen: In der Nikolaikirche wurde in erster Linie versucht, Hilfe zum Verständnis der gesellschaftlichen Situation zu geben und auf dem Hintergrund christlichen Denkens auf mögliche Handlungsspielräume hinzuweisen. In der Thomaskirche bemühte man sich, das Verständnis von Kirche, deren vorrangiger Auftrag es sei, Gottes Wort zu verkündigen, nicht in Frage zu stellen.¹⁷ Die Reformierte Kirche nimmt eine Art Mittelposition ein. Den Besuchern der Friedensgebete sollte durch politische Predigt die Relevanz der christlichen Botschaft in der gesellschaftlichen Umbruchsituation nahe gebracht werden.

In der Peterskirche und in der Michaeliskirche fanden nur an wenigen Montagen Friedensgebete statt, denn besonders nach dem Fall der Berliner Mauer nahm die Besucherzahl wieder stark ab. Die sechste Kirche, in der Friedensgebete gehalten wurden, war die katholische Propsteikirche. Sie öffnete sich zum ersten Mal am 16. Oktober 1989, und in ihr wurden bis Dezember 1989 regelmäßig montags 17.00 Uhr Friedensgebete gehalten.

Auf Grund der unterschiedlichen inhaltlichen Akzentuierungen der Friedensgebete in den einzelnen Kirchen war es möglich, der im September in der Nikolaikirche anklingenden Tendenz der möglichen Ausgrenzung bestimmter Personengruppen entgegen zu wirken. Wer Informationen wollte, ging in die Nikolaikirche. Wer vor allem in der Stille und im Gebet Sammlung suchte, fand in der Thomaskirche oder auch in der katholischen Propsteikirche dazu die Möglichkeit.

Die Friedensgebete in Leipzig waren zwar nicht der Auslöser des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR, aber doch ein wesentlicher und kaum zu überschätzender Faktor auf dem Weg dorthin. In der zweiten Phase der „Wende“ verloren sie allerdings nach und nach an Bedeutung und Einfluß, da sich in der Öffentlichkeit neue Freiräume auftraten.

¹⁷ Es wird deutlich, daß in diesen beiden Kirchen in jeweils umgekehrter Weise vorgegangen wurde: In der Nikolaikirche nahm man von der Situation in der Gesellschaft her Bezug auf die Bibel. In der Thomaskirche wurde von der Bibel her Bezug genommen auf die gesellschaftliche Situation.

Die Gebetswand in der Leipziger Thomaskirche

Eine Möglichkeit zur persönlichen Problemformulierung, zum Gebet und zur öffentlichen Kommunikation

„Kann ein ernsthaftes Gebet auf die Länge ohne entsprechende Arbeit bleiben? Kann man Gott um etwas bitten, das man nicht in den Grenzen seiner Möglichkeiten herbeizuführen im selben Augenblick entschlossen und bereit ist?“ Karl Barth

Anfang September 1989. Die internationale Herbstmesse bringt für kurze Zeit weltstädtisches Leben nach Leipzig. Am 4. September wird nach der Sommerpause das traditionelle Friedensgebet in der Nikolai-kirche wieder aufgenommen, das sich in den letzten Wochen mehr und mehr zu einem Treffpunkt Ausreisewilliger entwickelt hat. Im Anschluß an das Friedensgebet versuchen etwa 1 500 Menschen zu demonstrieren, meist für ihre Ausreise. Man weiß um die Anwesenheit der internationalen Presse, erhofft sich von ihr das Publizieren seiner Forderungen und den Schutz vor Gewalt durch die „Sicherheitskräfte“.

Nicht zufällig wird die Situation gerade in Leipzig immer explosiver. Der Zerfall der alten Bausubstanz, der in allen DDR-Städten zu beobachten ist, hat hier besonders schlimme Ausmaße angenommen. Die Luftverschmutzung, bedingt durch umliegende Industrie, überwiegende Verwendung minderwertiger Braunkohle als Heizmaterial und den Straßenverkehr, ist unerträglich geworden. Braunkohlentagebaue rücken immer näher an die Stadt und zerstören Naherholungsgebiete. Die SED-Parteiführung und die ihr hörige Presse malen rosarote Bilder der Lage und geben den „Feinden des Sozialismus“ die Schuld an allem Negativen.

Bleiben oder gehen – das ist für viele längst keine rhetorische Frage mehr. Auch unter denen, die bleiben wollen, hat kaum einer mehr die Hoffnung auf Veränderung der als betonhart erlebten gesellschaftlichen Zustände. Die meisten leben in einer eigenartigen Mischung aus Lethargie, Aggressivität und Galgenhumor.

In dieser Situation wird in der Leipziger Thomaskirche eine Gebetswand aufgestellt. Unter der Überschrift „Ich bitte Dich, daß Du für mich

betest, weil ...“ hat jeder Kirchenbesucher die Möglichkeit, einen Zettel mit seinen Gebetsanliegen, Problemen und Fragen anzuhängen. Bis Ende Juni 1990 wurden etwa 2 500 Zettel angebracht, von denen ich 1 300 ausgewertet habe, die aus der Zeit von September bis etwa Anfang März stammen.

Wer nutzte die Gebetswand, mit welchen Interessen, Wünschen, Absichten? Welches waren die wichtigsten Themen? Welchen Einfluß hatte die gesellschaftliche Situation? Auf diese Fragen soll im folgenden eingegangen werden.¹

Die Thomaskirche lag im Herbst zunächst eher am Rande des politischen Geschehens. Am 2. Oktober kam es dann in ihrer Nähe zu besonders brutalen Ausschreitungen von Polizei und Staatssicherheitsdienst gegen Demonstranten. Erst am 9. Oktober, dem Tag der ersten friedlich verlaufenden Großdemonstration, wurde die Kirche nach massiven innerkirchlichen Auseinandersetzungen für das montägliche Friedensgebet geöffnet.

Im September waren also ein Großteil der Besucher von St. Thomas nicht protestierende Bürger, sondern Touristen aus aller Welt, für die die Kirche vorwiegend als kulturhistorisches Objekt, als Stätte Bachs und der Thomaner interessant war. Sicher kamen später auch „Polittouristen“ hinzu, die vor allem aus Interesse am gesellschaftlichen Umbruch Leipzig besuchten und dann auch die Thomaskirche besichtigten oder am Friedensgebet teilnahmen.

Unter den 1 300 ausgewerteten Zetteln stammen mindestens 400 von Ausländern. Besonders stark der Anteil sowjetischer (circa 250) und bundesdeutscher Schreiber (mindestens 100, natürlich schwer feststellbar), aber auch Japaner, US-Amerikaner, Briten, Tschechoslowaken und Polen sind häufiger vertreten.

Die Gebetswand steht etwas abseits des gängigen Besucherweges. So wird notwendige Anonymität geschaffen, ohne die öffentliche Äußerungen dieser Art nicht möglich sind, wenn sie nicht der Gefahr allzu großer Verflachung ausgesetzt werden sollen. Die meisten Schreiber bleiben denn auch anonym, teilweise wurde Vorname oder Wohnort/Herkunftsland genannt. Später wurden einzelne Zettel mit vollem Namen gezeichnet. Die Frage nach Alter und sozialer Herkunft der Beteiligten läßt sich nicht genau beantworten. Inhalt und Stil der Anliegen deuten aber darauf hin, daß alle Altersgruppen vertreten sind, besonders stark Kinder und Jugendliche. Ebenso dürften alle sozialen

¹ In ihrer im April 1990 an der Sektion Theologie der Leipziger Universität vorgelegten Diplomarbeit zu Fragen des öffentlichen Fürbittgebets ist Kriemhild Hartenstein bereits unter anderem Blickwinkel auf die Gebetswand in der Thomaskirche eingegangen. Ich habe dieser Arbeit einige Anregungen entnommen.

Schichten präsent sein (es fehlen allerdings ausgesprochen intellektuelle Formulierungen)

Die Überschrift der Gebetswand, auf vielen Zetteln zusätzlich aufgedruckt, fordert strenggenommen zur Formulierung von Gebetsanliegen ausschließlich für die eigene Person auf. Die angehefteten Gebetsanliegen sollten von einem Gebetskreis aufgenommen werden, sie wurden teilweise in den Friedensgebeten verwendet, die später auch in der Thomaskirche gehalten wurden. Weiterhin läßt sich die Einleitung als Aufforderung zum gegenseitigen Gebet der Kirchenbesucher untereinander verstehen, diese wurden teilweise aufgenommen (Zusätze wie „Ich bete für Dich!“ sind häufig). Hätte man die Formulierung nur um wenig geändert, zum Beispiel zu „Ich bitte Dich, daß Du mit mir betest, weil ...“, wäre dadurch der Themenkreis wesentlich erweitert worden. Ich vermute, daß das bewußt nicht geschehen ist, um die Gebetsanliegen vorwiegend auf den privaten Bereich zu beschränken. Dahinter könnte ein individualistisches Verständnis von Gebet und Glauben stehen.

Daß ein derartiges Gebetsverständnis in Leipziger Gemeinden nicht selten ist, zeigt eine Befragung von Gemeindegliedern, bei der unter 11 verschiedenen Beweggründen für das persönliche Gebet gewählt werden sollte.² Als wichtigster wurde genannt: „Wenn ich bete, bitte ich Gott, mir bei der Bewältigung meiner ganz persönlichen Probleme beizustehen.“ Die Formulierung „In meinem Gebet spreche ich Probleme unserer Gesellschaft an“, kam nur auf den letzten Platz.

Die vorgegebene Einleitung wird nur von einem kleinen Teil der Zettelschreiber aufgenommen, von den anderen aber als einengend empfunden. Diese Empfindung wäre durch ein anderes Formulierungsangebot sicher nicht ganz vermeidbar, aber einschränkbar gewesen. Die Einleitung wird auf vielfältige Weise umgangen: Das „mich“ wird handschriftlich durch „uns“ ersetzt oder durch „und alle Menschen“ ergänzt (Beispiel: „Ich bitte Dich, daß Du für mich *und alle Menschen* betest, daß niemand, der die neuen Gedanken verwirklicht, ein Leid geschehen möge“), der Zettel wird auf der unbedruckten Seite beschrieben oder gleich ein unbedruckter benutzt, die Einleitung wird gestrichen oder gar nicht beachtet.

Viele Beteiligte haben Schwierigkeiten, das „Du“ der Einleitung als menschliches Gegenüber zu identifizieren. Offensichtlich ist das direkte Gebet, die direkte Anrede Gottes für viele leichter nachzuvollziehen als eine gegenseitige Fürbitte. Oft geraten im Text der um Fürbitte Gebetene und Gott durcheinander, zum Beispiel „Ich bitte Dich, daß Du für mich betest, weil ich Angst habe, Angst vor der Zukunft und vor der Gegen-

² Ich beziehe mich dabei auf die Untersuchung von Wolf-Jürgen Grabner, aus der Teilergebnisse auch in diesem Band vorgestellt werden.

wart. Bitte schenke mir Kraft, Mut und Zuversicht“. Zum Teil kommt es sogar zu Bitten wie: „Gott, bitte bete für ein gemeinsames Deutschland.“

Die Form der angehefteten Texte ist sehr vielgestaltig. Neben der wie vorgegeben rein reflexiv verstandenen Bitte um Fürbitte gibt es natürlich auch die Bitte um Fürbitte für andere Menschen, sehr viele direkte Bittgebete (ohne Verwendung der Eingangsformel), Gebete mit Lob, Dank, Anbetung, Bekenntnissen oder Klagen. Auch politische Aussagen, Parolen, Aufrufe und politische oder materielle Forderungen wurden in großer Zahl angeheftet. Sogar einige hektographierte Zettel im Format DIN A4, wie eine Aufforderung Leipziger Tierfreunde für mehr Natur- und Tierschutz sind darunter. Zumindest letztere hätte wohl eher an die Diskussionssäule gehört, die Ende Oktober vor dem Gewandhaus aufgestellt wurde.

Nicht wenige Anliegen sind durch Zusätze anderer ergänzt worden („ich verstehe Dich!“, „ich werde für Dich beten“, „um Himmelswillen, bloß das nicht!“).

Zwischen Fürbitten/Gebeten auf der einen und rein weltlichen Texten auf der anderen Seite gibt es natürlich viele Übergangsformen. Es fällt schwer, beides voneinander abzugrenzen. Das ist wohl auch wenig wünschenswert. Die Gefahr ist sehr groß, bei pauschaler Einteilung die Persönlichkeit des einzelnen, sein individuelles Glaubensverständnis zu übergehen.

Nun soll versucht werden, auf inhaltliche Schwerpunkte in ihren Beziehungen zu gesellschaftlichen Abläufen einzugehen. In den ersten Wochen nach Aufstellung der Gebetswand ist die Angst vor staatlicher Gewalt das dominierende Gefühl vieler Beter:

Ich bitte Dich, daß Du für mich betest, weil ...

„... unser so vernagelter und uralter Staatsrat scheinbar nicht sieht, wie es bei uns läuft. Und nicht mal vor einem 2. China zurückschrecken wird. Ich bleibe trotzdem hier!!!“³

„... ich Angst habe, daß der 9.10. 89 ein Tag wird, wie vor kurzer Zeit am Roten Platz in China. Und daß der Rest der Jugend noch ihr Blut für diesen sinnlosen Staat verliert. Ich, wir haben Angst.“ (Zusatz: „Ich auch“)

„... daß es zu keiner Schießerei kommt und daß überall Frieden ist.“ (Kinderschrift)

„... auch wir Soldaten keine Gewalt wollten und wollen. Weil auch wir Angst haben.“ 24. 10.

Es gibt aber auch Stimmen wie:

„Ich habe keine Angst, denn Gott hält uns in der Hand.“

³ Die zitierten Gebetsanliegen wurden nur orthographisch berichtigt, grammatische Änderungen hätten eventuell inhaltliche Veränderungen nach sich gezogen.

Die Klage über gesellschaftliche Zustände nimmt ebenfalls einen breiten Raum ein:

„Ich bitte Dich, daß Du für mich betest, weil ich Angst davor habe, daß mein ganzes Vertrauen in diesen Staat kaputt gemacht wird. Ich möchte wieder lernen, meine Heimat zu lieben.“ 4. 10.

„Ich habe Angst, daß die Mauer noch 100 Jahre steht“
„... in unserm Land soviel Mist gebaut wird, daß die Äcker der ganzen Welt damit versorgt werden können.“

Viele bewegt auch die Umweltproblematik:
Ich bitte Dich, daß Du für mich betest, ...
„... daß unsere Erde nicht stirbt von den Schadstoffen von Borna und Espenhain.“

Ich bitte Dich, daß Du für mich betest, weil ...
„... ich denke, daß wir keinen Krieg mehr brauchen, da wir uns selbst schon jetzt umbringen (Umwelt).“

„... ich habe 2 Kinder und Angst um sie, wenn 30 Kilometer von Leipzig entfernt das 4. Kernkraftwerk der DDR entstehen soll. Warum fragt uns keiner, ob wir es überhaupt wollen.“

Ein weiteres zentrales Thema ist die Ausreise:
Ich bitte Dich, daß Du für mich betest, weil ...
„... ich heute einen guten Freund verloren habe. Er hatte nicht mehr die Kraft und Geduld, in diesem Land zu warten.“

„... weil ich Angst habe, daß es in diesem Land keine mutigen Menschen mehr gibt, sondern nur noch solche, die auf ihr eigenes Wohl gesonnen sind (Ausreise).“

„Ich bitte Dich, in diesem Land zu bleiben, weil wir als Christen auch für das Wohl der Stadt (Staat) verantwortlich sind und weil Du viele liebe Menschen hier einsamer zurückläßt und sich so gar nichts ändern wird.“

„Ein Freund hat nicht mehr lange zu leben. Auf der Flucht wurde er von DDR-Grenzpolizisten angeschossen.“

Wer nicht ausreisen will, fordert Reformen:
„Ich möchte, daß das, was man denkt, auch gesagt werden darf.“
Ich bitte Dich, daß Du für mich betest, ...

„... damit immer mehr Menschen den Mut haben, die Wahrheit zu sagen.“ (Zusatz: „Was ist Wahrheit?“)

„Ich bitte Dich um einen zivilen Ersatzdienst.“
„... weil ich gerne nach 28 Jahren einmal wieder den Ort sehen möchte, in dem ich den großen Teil meiner Kindheit verbracht habe.“ 19. 10.

Einige bitten für verhaftete Demonstranten oder für Bereitschaftspolizisten, die sich weigerten, Gewalt anzuwenden:

„Ich bitte dafür, daß Demonstranten menschlicher behandelt werden.“
„Ich bete für alle Menschen, die unschuldig verhaftet wurden, nur weil

sie Freiheit in diesem Staat und notwendige Reformen forderten. Und ich bete für alle Verletzten oder vielleicht auch Toten, die sich für das Volk einsetzten (Dresden, Leipzig, Berlin).“

„Ich bete für die Bereitschaftspolizisten, die seit den letzten Demos wegen ihrer Liebe und Achtung zum Volk in Schwedt sitzen“ (zentrales Militärgefängnis – d. A.).

Auch von Ausländern wird viel Ermutigung ausgesprochen:
„Wir denken an Euch und wünschen Euch viel Durchhaltevermögen in Eurer Gemeinschaft.“ (BRD)

„Himmlicher Vater! Segne die Leute in diesem Land! Ich bitte in Jesu Namen.“ (Ungarn)

„Ich wünsche den Menschen in der DDR eine echte Befreiung aus dem Schattendasein.“

„Ich liebe Euch, Leute. Wir müssen alle zusammensein, um unsere Welt zu retten.“ (Sowjetunion)

„Macht weiter an der guten Arbeit, wir unterstützen Euch bei Euren Anstrengungen.“ (England – Original English)

Es gibt auch kritische Stimmen:
„Ihr lethargischen Menschen in der DDR, wacht endlich auf! ... Alle kann man nicht einsperren. Nur so kommt eine Erneuerung.“

„Widerstand ist eine demokratische Pflicht – überall.“ (Schweiz)
Nach dem Sturz Honeckers wird durch viele Stimmen Ablehnung der Ernennung von Egon Krenz zum Staatsratsvorsitzenden ausgedrückt:

Ich bitte Dich, daß Du für mich betest, weil ...
„... ich keine Achtung und kein Vertrauen für Egon Krenz und die SED aufbringe.“

„... unsere neue Regierung, die uns durch frühere Mitglieder sehr enttäuscht hat, von uns Vertrauen verlangt, ohne es verdient zu haben. Ich weiß nicht, was ich dieser Regierung glauben darf.“ (25. 10.)

Ein wichtiges Anliegen vieler, vor allem Jüngerer, ist der Frieden:
„Ich bitte Dich, daß es auf der ganzen Welt einmal Frieden gibt und alle Menschen in Glück und Zufriedenheit leben.“

Der gespannte gesellschaftliche Zustand wirkt natürlich auch stark in das Privatleben der Menschen hinein und führt zu umfangreichen psychischen Belastungen des einzelnen.⁴ Von solchen Belastungen sprechen viele Texte:

Ich bitte Dich, daß Du für mich betest, ...
„... daß meine Zerrissenheit und Verzweiflung irgendwann aufhört.“
„... weil ich so schlecht noch einmal vertrauen kann nach so vielen

⁴ Vergleiche dazu etwa die Rundfunkvorträge des Hallenser Psychotherapeuten Hans-Joachim Maaz (DT 64)

Enttäuschungen in meinem Heimatland Deutschland. Bin Jahrgang 1910.“

„... weil ich homosexuell bin und trotz aller Aufklärung und angeblicher Akzeptanz ein Versteckspiel spielen muß. Ich hoffe, daß die Zeit kommen wird, in der ich wirklich angstfrei lieben und leben darf. Gott, gib den Menschen auch in dieser Hinsicht Erneuerung und einen wachen Geist.“

„Herr hilf mir, die Einsamkeit zu ertragen. Hilf mir, daß ich Dich nicht nur als Herrn, sondern auch als Vater erkenne, um aus der Einsamkeit herauszukommen.“

Sehr häufig werden Wünsche nach mehr Mut, Selbstvertrauen, Hoffnung, Mitmenschlichkeit geäußert:

„Ich bitte Dich, hilf allen Menschen, die keinen Ausweg aus dem Heute mehr sehen. Laß für sie eine Hoffnung wachsen und gib ihnen den Mut und die Kraft, weiter oder wieder aufrecht zu gehn.“

„Ich bin kein Christ, wünsche mir sehr, daß die Verkrustungen aufbrechen und die Menschen menschlicher werden.“

„Wir müssen lernen, miteinander auszukommen. Das hier ist unsere Heimat und wir beten dafür, daß wir alle zusammenhalten, freundlicher zueinander sind, nachsichtiger, hilfsbereiter, daß wir den Weg vom Ich zum Wir finden...“ (Zusatz: Danke für diese Worte)

Die öffentliche Kommunikation war in der DDR tiefgreifend gestört. Kirchliche Räume wurden deshalb immer wieder zum Diskussionsort für Probleme, die normalerweise in Parlamenten, Bürgerversammlungen und Parteien zur Sprache kommen. Auch die Gebetswand hatte teilweise eine Ersatzfunktion für nicht mögliche politische Auseinandersetzungen. Diese wird besonders in der Phase im September/Oktober deutlich. Ab etwa Ende Oktober gibt es auch außerhalb der Kirchen verstärkt neue Möglichkeiten zur öffentlichen Meinungsäußerung und Diskussion, was den Anteil religiöser Texte an der Gebetswand deutlich erhöht (allerdings ist religiös hier nicht mit unpolitisch gleichzusetzen). Der enge Problembereich DDR wird in der ersten Phase kaum durchbrochen (Ausnahme: Thema Frieden). Eine Betrachtung der DDR-Probleme im europäischen oder gar weltweiten Kontext wird nicht angestellt.

Am 30. Oktober gibt es auf der Leipziger Montagsdemonstration erstmals massive Forderungen nach der deutschen Wiedervereinigung, die nach dem Fall der Mauer am 9. November von Woche zu Woche lauter werden. Die Diskussion darüber schlägt sich auch an der Gebetswand nieder:

Ich bitte Dich, daß Du für mich betest, weil ...

„... ich möchte, daß die Deutschen wieder eins werden. Daß es keine Unterschiede gibt.“

„Ich bitte Euch, auch dafür zu beten: Wir bleiben unsere DDR. Keine Wiedervereinigung.“

„Gib den Dummen Einsicht, die glauben, ein Deutschland wäre die Rettung!“

Auffällig ist, daß Besucher aus der DDR sich mit deutlicher Mehrheit für die Vereinigung einsetzen, bei Bundesdeutschen sind Pro und Kontra in etwa gleichem Maße vorhanden. Nationalistische Tendenzen lassen die schon lange latente Ausländerfeindlichkeit großer Teile der Bevölkerung offen zum Ausbruch kommen. Gerade von Bundesdeutschen werden diese Probleme mehrmals thematisiert:

„Ich habe Angst vor der gewalttätigen Auseinandersetzung um die Frage ‚Wiedervereinigung, ja oder nein‘, sowohl bei Euch als auch bei uns. Ich habe Angst vor den Nationalisten, die jetzt wieder ihre Chance sehen.“

„Ich habe Angst vor der Fremdenfeindlichkeit gegenüber Afrikanern und Asiaten, die ich hier so sehr sehen mußte.“ (Zusatz: Ich habe eine Patenschaft für ein äthiopisches Kind, aber in Afrika. Dort ist ihre Heimat!)

„Lieber Gott, gib den kopflosen Leipzigern wieder ein Haupt, daß sie aufhören nach dem Goldenen Kalb zu gröhlen und sich auf ihre eigene Kraft und auf Dich besinnen.“ (Zusatz: Welche Beleidigung Leipzigs!)

„Ich bitte darum, daß die Ereignisse in Buchenwald nicht vergessen werden. Seid wachsam gegenüber denen, die Schlagworte als Lösungsvorschlag gebrauchen.“

Eine Hoffnung vieler der ersten Leipziger Demonstranten, die sich als Illusion erwies, wurde dennoch von nicht wenigen Bundesdeutschen mitgetragen und auch artikuliert:

„Wir bitten Dich, gib den Ossies die Kraft, eine eigenständige, radikal-demokratische Alternative zur BRD zu schaffen.“

Einige Anliegen von DDR-Bürgern (etwa zum Jahresende):

„Lieber Gott, gib auch, daß die Bundis und insbesondere die dort Herrschenden ihr Herz öffnen.“

Ich bitte Dich, daß Du für mich betest, ...

„... daß alles, was so hoffnungsvoll in den Tagen des Oktober 89 begann, nicht durch Gleichgültigkeit versandet. Wir sind noch lange nicht am Ziel angekommen, öffne den Menschen die Augen, daß sie sich nicht mehr verblenden lassen, die SED ist immer noch die größte Gefahr. Halten wir zusammen, um dieser Hydra mit Wille zu begegnen.“

„... weil meine Freundschaft mit Nadjim, Mustafa, Sid, Mohammed, Honesin, Lahib und all den anderen in Gefahr ist. Sie sollen hier bleiben dürfen. Ich danke Dir Herr.“

Gerade auch die grauenvollen Nachrichten aus Rumänien machen vielen Menschen bewußt, welcher Kelch an der DDR-Bevölkerung vor-

übergegangen ist. Fürbitten und Solidaritätsbekundungen für Rumänien wurden deshalb in großer Zahl niedergeschrieben:

„... und für die Menschen in Rumänien, die dringend Deine und unsere Hilfe brauchen.“

... „für die Toten in Rumänien.“ 23. 12.

Viele beten gerade im November auch für die Tschechoslowakei:

„Ich bitte Dich, allmächtiger Gott, für das immer noch entrechtete Volk der CSSR, unsere Brüder und Schwestern“

Auch für Panama, Armenien, Brasilien wird gebetet. Überhaupt ist jetzt deutlich zu bemerken, daß verstärkt auf Probleme der ganzen Welt eingegangen wird:

„... weil wir Angst haben, daß sich die Menschen selbst vernichten und damit unsere schöne Erde, auf der wir leben. Wir haben nicht das Recht dazu, das zu tun, oder zuzulassen.“

„daß der Friede nicht nur auf Chartas oder feierlich geschlossenen Verträgen beruht, sondern im Herzen und Denken der Menschen lebt und daraus nie vertrieben wird.“

„Herr vergib uns, wenn wir jetzt über unseren Problemen die Not, den Hunger, die Unterdrückung anderer Völker vergessen. Wir bitten Dich für die Menschen in Afrika, in Lateinamerika, in Rumänien.“

In den ersten Wochen des neuen Jahres gab es neue Ängste und Probleme. Die SED versuchte, rechtsradikale Aktionen propagandistisch für sich auszunutzen und schürte damit weiter die Angst, was sich an der Gebetswand besonders in Kinderbitten niederschlägt:

„Bete für uns, daß es in der DDR keine Republikaner und Drogenabhängige gibt.“

Der aufkommende Wahlkampf führt immer mehr zu Schwarz-Weiß-Denken und aggressiven Parolen, auch an der Gebetswand:

„Modrow - Du Kommunistensau.“

„Deutschland erwache!

SED weg! CDU ja!“

Mahnende Stimmen für Toleranz und Menschlichkeit sind selten:

„Ich bitte Euch: Schließt Erich Honecker und seine Richter, auch den jungen Staatsanwalt, der ihn verhaften ließ, ein in Euer Gebet. „Mein ist die Rache“ redet Gott.“

Viele sind unsicher, wem sie wirklich vertrauen können:

„Herr, hilf uns, daß wir den richtigen Weg zur Wahl am 18. März für unser Volk und die Welt gehen.“

Andere äußern sich bitter über den Zustand der „gewendeten“ Gesellschaft:

Ich bitte Dich, daß Du für mich betest, ...

„... weil so viele schon wieder so blind sind.“

„... weil ich nicht möchte, daß Pfarrer wie jener, der aus dieser Kirche in die Politik aufstieg (?), über unsere erkämpfte Freiheit richten.“

Ein verständlicher Wunsch:

„Nimm uns die Bitterkeit aus unseren Gesichtern und laß uns wieder lachen“

Häufig auch Bitten, die Glauben und Kirche direkt ansprechen:

Ich bitte Dich, daß Du für mich betest, weil ...

„... ich große Bedenken habe darüber, was später mit der Kirche sein wird, wenn keine Friedensgebete mehr sind. Wie wird man dann von der Kirche denken? Ist die Kirche jetzt nur ein Modehaus?“

„Herr Jesus, ich bitte Dich um eine geistliche Erneuerung in unserem Land, daß viele Menschen Dich, die Quelle des Lebens, erkennen.“

„Lieber Vater, ich bete zu Dir, daß die Menschen erkennen, daß der wirkliche Frieden nicht von Politikern und Parteien kommt, sondern einzig und allein von Deinem Sohn Jesus Christus, meinem Herrn und Heiland.“

Auch darüber, welche Äußerungen an eine Gebetswand gehören, wird nachgedacht:

„Wir beten dafür, daß Ihr alle den Sinn des Gebets erkennen möget und diese Tafel nicht zum Kundtun Eurer spießigen, egozentrischen Forderungen nutzt (wie es einigen schon recht gut gelungen ist).“ (Zusatz: Ich danke Dir, mein Gott, daß ich nicht bin, wie dieser Zöllner dort - das paßt hier nicht!)

In dieser Arbeit wurde bevorzugt auf Äußerungen eingegangen, die in Beziehung zu den politischen Ereignissen dieser Zeit standen. Etwa ein Drittel der ausgewerteten deutschsprachigen Zettel beziehen sich auf „normale“ private Probleme, wie Bitten für die Familie, um Gesundheit, Hilfe in beruflichen oder Partnerschaftsproblemen. Ebenso sind Bitten oder Forderungen nach mehr materiellem Wohlstand zu finden. Auch in Zeiten dramatischer gesellschaftlicher Umbrüche bleiben diese alltäglichen Themen für die allermeisten Menschen von größter Wichtigkeit. Politische oder auch theologische Vorstellungen, die diese ganz privaten Glücksansprüche aus „Idealismus“ übergehen wollen, erweisen sich zwangsläufig als unrealistisch.⁵

Die hohe Zahl der Gebetsanliegen von Besuchern aus der Sowjetunion (knapp 20 Prozent der ausgewerteten Zettel) entspricht sicherlich nicht dem tatsächlichen Anteil sowjetischer Bürger am Besucherstrom. Vielmehr drückt er den hohen Stellenwert des Gebets im orthodoxen Glaubensverständnis aus. Es wird vorwiegend um Glück, Frieden und Gesundheit für sich, die eigene Familie, aber auch für alle Menschen gebetet. Daraus läßt sich eine starke unpolitische Tendenz ableiten, die auch deutlich macht, daß die prinzipielle Trennung von Glauben und

⁵ Das ist meiner Meinung nach auch einer der Hauptgründe für den bedauerlichen Popularitätsverlust der Bürgerbewegung ab November.

Politik, die im protestantischen Denken langsam an Einfluß verliert, unter orthodoxen Christen noch weit verbreitet ist.

Zum Abschluß noch einige Thesen:

1. Die Gebetswand bietet die Chance zu persönlicher Problemformulierung, Gebet und öffentlicher Kommunikation. In der Zeit starken staatlichen Drucks auf „unangepaßte“ politische Stellungnahmen hatte sie eine starke Ersatzfunktion für nicht mögliche öffentliche Kommunikation. Diese Ersatzfunktion verlor mit größerer gesellschaftlicher Öffnung immer mehr an Bedeutung.

2. Die Öffentlichkeit der Gebetswand ist verknüpft mit weitestgehender Anonymität. Diese kann Menschen helfen, die sich öffentlich äußern wollen, aber politische, persönliche oder Glaubensgründe haben, dies nicht in Gesprächen, Gebetsgemeinschaften o. ä. zu tun.

3. Die Gebetswand wirkt als Indikator für Hauptlinien gesellschaftlicher Probleme. Es lassen sich ebenfalls Erkenntnisse über den „Glauben der Gemeinde“ gewinnen.

4. Die Möglichkeit der Aufstellung einer Gebetswand sollte in vielen Kirchen genutzt werden. Ein etwas abgelegener Ort (keinesfalls direkt am Eingang) soll innere Sammlung ermöglichen. Eine Gebetseinleitung sollte den Beter nicht zu sehr einengen.

5. Der in vielen Gebeten angesprochene Gott erinnert stark an den von Bonhoeffer heftig kritisierten „Deus ex machina“. Das Studium des „Glaubens der Gemeinde“, beispielsweise an einer Gebetswand, könnte manchen Theologen zum Nachdenken darüber anregen, wie in den Gemeinden jenseits aller theologischen Spitzfindigkeiten Gottesbilder des 18. und 19. Jahrhunderts abgelöst werden können.

Albrecht Döhnert, Paulus Rummel †

Die Leipziger Montagsdemonstrationen

„Denn sie sind selber auferstanden,
Aus niedriger Häuser dumpfen Gemächern,
Aus dem Druck von Giebeln und Dächern,
Aus der Straßen quetschender Enge,
Aus der Kirchen ehrwürdiger Nacht
Sind sie alle ans Licht gebracht.“

Goethe, Faust

1. Zur Vorgeschichte

Neben dem Massenexodus haben die Massendemonstrationen wohl entscheidenden Einfluß auf Beginn und Verlauf der friedlichen Revolution im Herbst ausgeübt. Hierbei waren die Leipziger Ereignisse von großer Bedeutung, und dies nicht erst seit dem 25. September.

Schon Anfang 1989 nahm die Bereitschaft der politisch-alternativen Gruppen zu, durch öffentliche Aktionen auf die undemokratischen Zustände im Land aufmerksam zu machen. An den harten Reaktionen der Staatsmacht konnten die Gruppen erkennen, welche Bedeutung der Staat solchen Protesten beimaß. So kam es unter den Mitgliedern der Leipziger Gruppen zu einem Prozeß des Bewußtseinswandels, in welchem sie immer deutlicher Demonstrationen als einen legitimen¹ und wirkungsvollen Akt politischer Meinungsbekundung begreifen konnten. Der Schwerpunkt solcher Aktionen hatte sich spätestens Anfang 1989 von Berlin nach Leipzig verlagert. Im einzelnen sind zu nennen: – der Todestag von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg (15.1.), an dem ein Demonstrationzug zum Liebknecht-Haus geplant war. Die

¹ Zwischen legitim und legal ist zu unterscheiden. Die Diskussion über diesen Unterschied hat die Gruppen sehr bewegt. Vgl. Poppe, Ulrike, Das kritische Potential der Gruppen in Kirche und Gesellschaft, in: Die Legitimität der Freiheit: Politisch alternative Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirche/hrsg. von Detlef Pollack. Frankfurt/M. 1990, 63–80.

Polizei verhinderte diese ausschließlich politisch motivierte Aktion mit einem großen Aufgebot an Einsatzkräften,

– der Abend der Kommunalwahl (7. 5.), an dem einige hundert Leute im Stadtzentrum gegen den Wahlmodus und Wahlablauf demonstrierten.² Die Polizei ging mit Hunden und Gummiknüppeln vor. Aufgrund des offiziellen Wahlergebnisses (98,15 Prozent Ja-Stimmen), in dem sich die allgemeine Unzufriedenheit nicht niedergeschlagen hatte, wurden die Enttäuschung und der Zorn eines großen Teiles der Bevölkerung stärker und heftiger. Der Verdacht der Wahlfälschung kam auf. Ab 8. Mai begann das allmorgentliche Szenario einer großen Polizeipräsenz bei den Friedensgebeten in der Nikolaikirche.

– der zweite „Pleißegedenkmarsch“ zum Weltumweltag (4. 5.): kirchlicherseits als Pilgerweg angemeldet, wurde dieses ökologische Engagement vom Staat verboten und kriminalisiert. Der massive Polizeieinsatz mit zahlreichen „Zuführungen“ vollzog sich auf dem Hintergrund des gerade bekannt gewordenen Pekinger Blutbades.

– das Straßenmusikfestival (10. 6.) zunächst ohne direkte politische Akzente. Da auch diese Veranstaltung verboten wurde, drückte die Teilnahme daran zwangsläufig Protest aus. Dieser polizeiliche Zugriff mit vielen „Zugeführten“ mag wohl die geringste Akzeptanz in der Bevölkerung erfahren haben, wie auch die einsetzende öffentliche Debatte zeigte (Prof. Kurt Masur bei der „Begegnung im Gewandhaus“ und Zeitungsberichte darüber).

– der sächsische Evangelische Kirchentag (9. 7.), bei dem Teilnehmer des „Statt Kirchentag“ bei der Abschlußveranstaltung für Demokratie demonstrierten und dann relativ unbehelligt zur Peterskirche zogen.

Diese Protestaktionen waren zunächst nur der Versuch, die eigene Sprach- und Tatenlosigkeit zu überwinden und die Öffentlichkeit zu erreichen. Noch war es nur eine Minderheit, noch wirkten die abschreckenden Maßnahmen und die Angst, erstmals in die Maschinerie der Staatssicherheit zu geraten. Es wird deutlich, daß die Demonstrationen des Oktobers nicht aus dem Nichts entstanden sind. Sie haben eine Vorgeschichte, wenngleich ohne große erkennbare Breitenwirkung.

In der Sommerpause herrschte weitgehend Ruhe. Doch in dem Maße, wie klar wurde, daß Ungarn voller DDR-Bürger war, die nicht mehr zurückkehren wollten, wuchs in der DDR das Gefühl, „Der Dumme Rest“ zu sein. Dieses „Schlußlicht-Syndrom“, welches durch die Ausreisewelle und das Zurückbleiben der DDR hinter ablaufenden internationalen Prozessen (Perestroika und europäische Integration) hervorgerufen

² Der harte Kern der Demonstranten belief sich dem Anschein nach nur auf etwas über 50. Aber die Zahl der Neugierigen (und Sympathisanten) ging in die Hunderte.

wurde, kann unseres Erachtens nicht hoch genug in der Ursachenanalyse eingestuft werden.

– 4. September: Diesem Tag waren intensive Bemühungen der Staatsmacht vorangegangen, das Friedensgebet erst eine Woche später – nach der Leipziger Messe – beginnen zu lassen, doch blieb der Kirchenvorstand St. Nikolai unbeirrbar. War Leipzig seit dem Frühjahr schon für westliche Medien tabu, bot nun die „Weltoffene Messestadt“ die Möglichkeit der Berichterstattung. Diese Chance nutzten vor allem die zahlreichen Ausreisewilligen. Nachdem einige Plakate für Demokratie und Reisefreiheit von Stasi-Trupps beseitigt worden waren, brachten sich die Ausreiser medienwirksam zur Geltung:³ „Wir wollen raus!“. Die in Gruppen umherstehenden übrigen Andachtsbesucher waren eher ratlos; der bemerkenswerte einzelne Ruf „Ich bleibe hier!“ erzielte noch keine identifizierbare Wirkung. Die Polizei hielt sich angesichts der elektronischen Medien zurück. Zahlreiche Schaulustige beobachteten das Geschehen, ohne Reaktionen zu zeigen. Zu sehr war man im mehrheitlichen Schweigen⁴ geübt.

– 11. September: Trotz geschürter Angst kamen mehr Menschen zum Friedensgebet als eine Woche zuvor. Diesmal zerstreute die Polizei jegliche Ansammlung nach der Andacht sofort und griff zum Teil wahllos zu. Dies ist wohl vor allem auf die fehlende Presseöffentlichkeit zurückzuführen. Unter den zahlreichen „Zugeführten“ waren auch Verletzte. Die Verhaftungen lösten eine breite Solidaritätsbewegung aus. Als sichtbares Zeichen des Protestes wurde die Nikolaikirche mit Blumen geschmückt.

– 18. September: Das Geschehen nach dem Friedensgebet verlief in ähnlicher Weise. Doch inzwischen war es aufgrund der am 10. September erfolgten Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze erstmals nach 28 Jahren wieder möglich, in den anderen Teil Deutschlands zu wechseln. Dieser historische Einschnitt ließ den Charakter des Friedensgebets kippen. Er wirkte wie ein Hoffnungssignal inmitten des übermäßigen psychologischen Drucks, dem die dagebliebenen DDR-Bürger ausge-

³ Bornhöft, Petra, Ausreiser und Bleiber marschieren getrennt, in: DDR Journal zur Novemberrevolution: August bis Dezember 1989/hrsg. von der tageszeitung. 2. erweiterte Auflage, Berlin-West 1990, 8: „Die Zurückgebliebenen (damit sind die Ausreisewilligen gemeint, d. Hrsg.) wurden nicht müde, sich vor den Kameras zusammenzudrängen und die Hände zum Victory-Zeichen emporzurecken. Vereinzelt Parolen zielten auf Veränderung in der DDR, doch die Stimmung brachte eine Frau auf den Punkt: ‚Die einzige Veränderung für mich besteht darin, daß ich ausreisen kann.‘ Erst als die Fernsehkameras nach zwei Stunden abgezogen und auch der letzte Reporter genug geknipst hatte, löste sich die Versammlung allmählich auf.“

⁴ Vgl. Nowak, Kurt, Jenseits des mehrheitlichen Schweigens: Texte von Juni bis Dezember des Jahres 1989. Berlin-Ost 1990.

setzt waren. Aus „Wir wollen raus!“ wurde der Ruf „Wir bleiben hier!“. Eine Losung, die einerseits eine Rechtfertigung beinhaltete (*Wir bleiben ja hier*), andererseits trotzige Drohung bedeutete (*Wir bleiben trotzdem hier*). Daß außer einigen demagogischen Kommentaren (zum Beispiel „Mentholstory“ am 21. 9. 89 im „ND“) bis zur „Erklärung des Politbüros“ vom 11. Oktober keine öffentliche Reaktion der SED erfolgte, trug zur Ausweitung des Protestes erheblich bei.

2. Der Ablauf der Montagsdemonstrationen⁵

1. Montagsdemonstration: 25. September 1989

Trotz des Schweigens der Medien zog es an diesem Montag noch mehr Menschen zur Nikolaikirche, die die Menge nicht mehr zu fassen vermochte. Alle am Friedensgebet Beteiligten erwarteten ein ähnliches Vorgehen der Staatsmacht wie in den vergangenen Wochen. Allein die Zahl der Menschen schuf eine völlig neue Situation; ohne eine Eskalation der Gewalt ließ sich die Masse nicht mehr zerstreuen. Da die Polizei davor offenbar zurückschreckte, geschah zur allgemeinen Überraschung nichts.

Nach dem Ende des Friedensgebetes blieben die Teilnehmer wartend auf dem Kirchhof. Plötzlich ertönte der Ruf „Wir bleiben hier!“, der diesmal von der Menge aufgegriffen wurde. Immerwieder klatschte man sich Mut zu und sang gemeinsam „We shall overcome“⁶. Dann hieß es „Losgehn, Losgehn“, und die Menge begann sich an den Händen haltend Fuß an Fuß vorzutasten. Wider alle Logik des SED-Staates blieb auch jetzt der Polizeieinsatz aus, was allgemeine Verwirrung hervorrief. Den Weg des geringsten Widerstandes nehmend, wandte sich die Menge Richtung Karl-Marx-Platz, an dessen Ende die Fußgängerampel „Rot“ zeigte. Erst nachdem es „Grün“ geworden war, gingen die ersten über die Straße. Fehlender Kampfeswille, Unsicherheit und Ordnungsliebe mögen die Ursachen gewesen sein.

Doch als sich immer mehr Passanten dem Zug anschlossen, wuchs mit der Größe auch die Kraft – der einsetzende „Schneeballeffekt“ zeigte die Akzeptanz des Protestes in weiten Teilen der Bevölkerung. Mit den

⁵ Vgl. Leipziger Demontagebuch: Demo, Montag, Tagebuch, Demontage/ zusammengestellt von Wolfgang Schneider. Leipzig und Weimar 1990, in dem eine Vielzahl der skandierten Losungen und getragenen Transparente in Text und Bild dokumentiert ist.

⁶ Vgl. Jetzt oder nie – Demokratie! Leipziger Herbst '89: Zeugnisse, Gespräche, Dokumente/hrsg. vom Neuen Forum Leipzig. Leipzig 1989, 31: „Als ich am 25. 9. mit Bekannten und den Demonstranten das amerikanische Bürgerrechtslied sang, standen mir die Tränen in den Augen, ich fühlte mich nicht allein gelassen, wir lernten den aufrechten Gang... Günther Müller, 56 Jahre, Invalidenrentner“

Losungen „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ und den letzten drei Versen der „Internationale“ („Völker hört die Signale!/Auf zum letzten Gefecht!/Die Internationale erkämpft das Menschenrecht.“) erhielt die dahinziehende Menge einen revolutionären Impuls; die Ansammlung wurde zur Demonstration.

Am Bahnhof vorbei ging es Richtung Konsument-Kaufhaus/Reformierte Kirche. Dort kehrte man um, und nun drängte sich die Menge wider alle Vernunft in die Westhalle des Hauptbahnhofes. Ohne Mühe hätte die Polizei hier die Möglichkeit gehabt, einige hundert Demonstranten zu verhaften. Versuch einer Deutung: Jedes Kind lernte im Geschichtsunterricht der DDR-Schule, daß man bei Revolutionen Telegraphenamt und Bahnhof zu besetzen pflegte. Also zog man in den Bahnhof. (Oder wollte man nur mal nach Berlin fahren, um denen da „oben“ ordentlich die Meinung zu sagen?) Mit dem Ruf „Montag sind wir wieder da“ verabschiedete man sich voneinander und von der im Hintergrund stehenden Polizei. Daß dieser Ruf noch an 25 weiteren Montagen erklingen sollte, ahnte zu diesem Zeitpunkt wohl keiner.

2. Montagsdemonstration: 2. Oktober 1989

Von vornherein stand fest, daß es auch diesmal nach dem Friedensgebet eine Demonstration geben würde. Wie aber würde sich die Polizei verhalten? Zunächst ließ sie nach Abschluß des Friedensgebetes die Bildung eines Demonstrationszuges, der weitaus größer war als der des vergangenen Montags, zu. Erst hinter dem Hauptbahnhof versuchte man, die Demo durch eine Straßensperre zu stoppen. Die Menge hielt davor an und rief den Polizisten und Verbänden der Kampfgruppen entgegen „Schämt euch was“ und „Väter gegen Söhne“. Da die Straße nicht freigegeben wurde, hieß es „Hinsetzen, Hinsetzen“. Als Zeichen der Friedfertigkeit, aber auch des beharrlichen Protestes, setzten sich die Demonstranten auf die Straße. Doch nun drohte die Einkesselung durch die Polizei. Zwischen den Protestierenden, die sich vom kalten Asphalt wieder erhoben, und den Staatssicherheitskräften entbrannte ein Nervenkrieg. Wann würde der erste Stein fliegen? Wann sich die Gummiknüppel in Bewegung setzen? Plötzlich durchbrachen die Demonstranten die Polizeikette⁷; unter dem Jubel der Menge flogen Polizeimützen in die Luft – der symbolische Sieg über die Staatsmacht.

⁷ In einer Information des Ministeriums für Staatssicherheit liest sich der Bericht über diese Demonstration folgendermaßen: Mitter, Armin/Wolle, Stefan (Hrsg.), Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar-November 1989. Berlin-Ost 1990: „Gegen 18.25 Uhr setzte sich die Personenansammlung demonstrativ in Richtung Grimmische Straße, Karl-Marx-Platz in Bewegung und zog dann weiter über den Georgring in Richtung Hauptbahnhof/Tröndlinring. Durch konzentrierten Einsatz der Kräfte der Schutz- und Sicherheitsorgane sowie der Kampfgruppen konnte gegen

Schon formierte sich eine weitere Sperre. In dieser brenzligen und undurchschaubaren Situation wurde „Gorbi, Gorbi“ als Schutzheiliger angerufen. Doch weiter ging es den Ring entlang in Richtung Thomaskirche. Die Polizei schlug das mehrfache Angebot der Demonstranten „Keine Gewalt“ aus und trieb jetzt erst recht die Eskalation voran. An der Thomaskirche stellten sich erstmals mit Helm und Schild ausgerüstete Polizeitruppen dem Demonstranten in den Weg. Deshalb blieb man weiter auf der Straße, obwohl jedermann müde und entnervt gern nach Hause gegangen wäre. Erst nach und nach löste sich die ohnehin stark geschrumpfte Schar der Demonstranten auf. Gelegentlich machte die Polizei noch von ihren Knüppeln Gebrauch. Zahlreiche Verletzte und auch Verhaftete, aber auch ein gestärkter Kampfeswille waren das Ergebnis der zweiten Montagsdemonstration.

Der 40. Jahrestag der DDR: 7. Oktober

Nach der dramatischen Woche war dieser Tag psychologisch besonders schwierig: Die Menschen zogen Bilanz aus 40 Jahren SED-Staat und das angesichts der gespenstischen Feierlichkeiten in Ost-Berlin. In vielen Städten kam es zu Protesten, die von der Polizei brutal aufgelöst wurden.⁸ Spätestens nach den Straßenschlachten, die sich Polizei und Demonstranten am 3./4. Oktober in Dresden (Durchfahrt der Züge mit den Ausreisern aus Prag in die BRD) geliefert hatten, war der Gegensatz Polizei – Volk unüberbrückbar geworden. Von „Volkspolizei“ konnte keine Rede mehr sein. Statt in den verordneten Jubel einzustimmen, dachten viele: 40 Jahre sind genug!

3. Montagsdemonstration: 9. Oktober

Nach Ablauf der 40-Jahr-Feierlichkeiten und den Straßenschlachten in Ost-Berlin und anderen Städten ballte sich über Leipzig die Last einer

19.15 Uhr die Personenbewegung gestoppt werden. Dabei wurden immerwieder Parolen gerufen. Insbesondere durch Gruppen Jugendlicher kam es zu tätlichen Angriffen auf VP-Angehörige, verbunden mit verleumderischen Beschimpfungen. Teilweise gelang es den Kräften, die Sperrketten der Volkspolizei zu durchbrechen.“

⁸ Erich Mielke schrieb in einem Fernschreiben vom 4. 11. 1989 an Stellvertreter des Ministers und Leiter der Bezirksverwaltungen des MfS: Mitter, Armin/Wolle, Stefan, a. a. O., 239: „Vor allem im Zusammenhang mit der Lageentwicklung seit dem 40. Jahrestag der DDR nehmt Ihr im Interesse der Sicherung der Macht und des Schutzes der Errungenschaften des werktätigen Volkes – gleich, auf welchem Platz Ihr auch steht – außerordentlich hohe Belastungen auf Euch. Der konsequenten Durchführung aller übertragener Aufgaben, Eurem besonnenen Handeln ist maßgeblich mit zu verdanken, daß es zu keiner weiteren Eskalierung gewaltsamer Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit Demonstrationen, Kundgebungen und anderen Massenzusammenkünften kam.“

Entscheidung zusammen. Würde eine „chinesische Lösung“ das Schicksal des Bevölkerungsprotestes werden, oder würde nach dreimaliger friedlicher Demonstration als erstes das Versammlungsrecht erstritten sein? Die Spannung drohte unerträglich zu werden: Die nervös gewordene Staatsmacht setzte auf Stärke und baute einen immensen psychologischen Druck auf. So kündigte ein Kampfgruppenkommandeur in einer Leipziger Tageszeitung⁹ an, „konterrevolutionäre Aktionen endgültig und wirksam zu unterbinden. Wenn es sein muß, mit der Waffe in der Hand!“ In Betrieben, Schulen und in der Universität wurde davor gewarnt, am Nachmittag in die Stadt zu gehen. Gerüchte über Blutkonservenbereitstellung und Truppenbewegungen ergänzten das Abschreckungsszenario. Indes, von den etwa 70 000 um die Nikolaikirche Versammelten ließ sich letztlich niemand einschüchtern, trotz Angst wollte jeder sehen, was passiert. Die schlimmen Befürchtungen traten nicht ein. Was wohl niemand erwartet hätte: Die Staatsmacht zog sich zurück, die konsequent friedlichen Demonstranten¹⁰ blieben vor dem „Himmlichen Frieden“ bewahrt. Erstmals konnten sie ungehindert den Ring um die Leipziger Altstadt entlang ziehen. Allein am Gebäudekomplex der Polizei- und Staatssicherheitsbehörden waren einige Polizeieinheiten postiert, was die Menge mit Pfiffen und dem entwaffnenden Ruf „Zieht euch um und schließt euch an!“ kommentierte. Wie kam der Gewaltverzicht zustande? In diesem Punkt herrscht weitgehend Unklarheit. Es lassen sich mehrere Faktoren und Deutungsmöglichkeiten zusammentragen:

- „Rebellion“ der Bezirksverantwortlichen gegenüber dem harten Kurs aus der Ostberliner Zentrale in Verbindung mit der Vermittlung der „Leipziger Sechs“¹¹
- eine Entscheidung von „oben“ oder „fast ganz oben“ – eine Version, die von Honecker über Krenz bis hin zum Leipziger Stasi-Chef Hummeltzsch favorisiert wurde.
- eine Entscheidung Gorbatschows, der ein Blutbad nicht mitverantworten wollte
- die organisierte Verantwortungslosigkeit des Apparats (der Apparat funktionierte nur durch Delegation von Verantwortung. Dieser Mechanismus machte die Verantwortlichkeit einzelner Personen unmöglich. Das sich auf dieser Basis vollziehende gesellschaftliche Leben in der DDR ließ in letzten Jahren kaum wirkliche, tiefgreifende Entscheidungen erkennen.).

⁹ Leipziger Volkszeitung vom 6. 10. 1989.

¹⁰ Eine der am häufigsten skandierten Losungen an diesem Montag hieß: „Keine Gewalt“. Sie war nicht nur an die Adresse der Staatsmacht gerichtet, sondern die Demonstranten ermahnten sich so untereinander immer wieder zur Friedfertigkeit.

¹¹ Vgl. Jetzt oder nie – Demokratie!, a. a. O., 82 f.

Mit dem Rückzug der Staatsmacht war das Demonstrationsrecht erstritten worden. Der Damm der Angst und des Schweigens war gebrochen. Der kampagneartig von der SED eingesetzte „Dialog“ nahm die Angst vor der freien Meinungsäußerung, so daß Kritik nicht mehr zurückgedrängt werden konnte.

Zu den skandierten Losungen kam am 9. Oktober vor allem der Ruf „Wir sind das Volk“. In ihm fand die Bevölkerung ihren eigenen Wert wieder, das Volk wurde sich seiner selbst und seiner Bedeutung bewußt. Es entzog den Herrschenden die Legitimation, im „Namen des Volkes“ zu regieren. Den Hintergrund dazu bildet die große Bedeutung des Begriffs „Volk“ im offiziellen Sprachgebrauch der DDR: Volksarmee, Volksbildung, Volkskammer, Volkspolizei, Volkseigentum, Volksmarine, Volksschwimmhalle, Volkskunst, Volksbuchhandel. Die revolutionäre Losung „Wir sind das Volk“ sprang auf die Menschen in Prag und Bukarest über.

Nach dem 9. 10. fehlte es nicht an Versuchen, mit Hilfe des „Dialogs“ die Menschen von den Straßen wegzubekommen: Die Straße sei nicht die Stätte für Dialog. Vergeblich. Die Versuche scheiterten.

4. Montagsdemonstration: 16. Oktober

Die Zahl der Demonstranten, die von nun an aus der gesamten DDR nach Leipzig strömten, explodierte weiter und erreichte 150 000. Leipzig war damit außer Kontrolle geraten. Alle Abwiegungen durch prominente Leipziger, verbreitet durch Stadtfunk und Flugblätter, nutzten nichts mehr¹². Was vor wenigen Wochen nur einzelne gefordert hatten (freie Wahlen, politischer Pluralismus, Medien- und Versammlungsfreiheit), war zum Ruf des gesamten Volkes geworden. Dennoch blieb der Protest gewaltfrei; der Ruf „Keine Gewalt“ erscholl immer wieder.

Tags darauf kippten die Stühle von Honecker, Mittag und Hermann, ohne daß das Volk Zeit gehabt hätte, deren Köpfe zu fordern.

5. Montagsdemonstration: 23. Oktober

Es zeigte sich, daß die Teilnehmerzahl noch höher sein kann, der Ring noch mehr Menschen faßt. Laut Schätzungen der Zeitungen waren 300 000 unterwegs; sie umgaben den Ring vollständig. Zwei Wochen „Dialog“ und die Absetzung Honeckers bremsten den Demowillen nicht. Die Wahl Egon Krenz' war ein grundlegender Fehler der SED, besaß

¹² Zum Beispiel ein während der Demonstration über den Stadtfunk verbreiteter Aufruf von Pfarrer Gottfried Schleinitz, in dem es hieß: „Bevor ihr weitergeht, auch nur einen Schritt weitergeht, bedenkt, ob das der Stadt Bestes ist, was jetzt auf der Straße ausgehandelt werden soll. Ich lese in der Bibel: ‚Suchet Frieden und jaget ihm nach. Wem jagt ihr nach? Jagen wir dem Frieden nach, oder was jagen wir?‘“ Vgl. Jetzt oder nie – Demokratie!, a. a. O., 117.

Krenz doch ein denkbar schlechtes Image (Wahlfälscher, Verteidiger des Pekinger Massakers, Scharfmacher). Die Ideen und die Phantasie der Demonstranten drückten sich in einem unübersehbaren Meer von Plakaten und Spruchbändern aus. Schwerpunkte waren: Mißtrauen gegen Krenz, Forderung nach freien Wahlen und Gewaltenteilung, Stasi in die Volkswirtschaft, Reisefreiheit und Reformen. An diesem Montag wurde das Stasi-Gebäude mit Tausenden Kerzen beleuchtet. Dies war ein emotional bewegendes Symbol dafür, daß die Menschen die Angst vor der Stasi überwunden hatten und deren Tage gezählt waren.

6. Montagsdemonstration: 30. Oktober

Abermals war der Ring um die Innenstadt geschlossen, die Zahl der Transparente diesmal unüberschaubar. Die Menschen hatten gespürt „Wir sind das Volk“ und forderten nun von denen, die stets von sich behaupteten, „Alles für das Wohl des Volkes und den Frieden“ zu tun, Rechenschaft: In Leipzig konkret von Oberbürgermeister Seidel. So sammelte sich ein Teil der Demonstranten unter den Fenstern des Rathauses mit dem Ruf „Seidel, mach das Fenster auf“. Da dieser aber auf dem Karl-Marx-Platz „Dialoge“ – das Mittel, mit dem die SED dem Druck der Straße begegnen wollte – führte, hielt die von allen in diesen Tagen anerkannte Autorität, das Neue Forum, eine Kundgebung vor dem Rathaus ab. Was den Führern des SED-Staates in 40 Jahren nicht gelungen war, geschah an diesem Abend: Der Funke des Redners sprang über auf die Demonstranten, die jede seiner Forderungen (freie Wahlen, Reisefreiheit, Pressefreiheit u.s.w.) mit einem ihrer Sprechchöre beantworteten.¹³

Indem man die mitgeführten Transparente an den vergitterten Toren anbrachte, ergriffen die Leipziger Bürger Besitz von ihrem Rathaus, ohne daß sich dessen Tor geöffnet hätte.

7. Montagsdemonstration: 6. November

Regen bestimmte das Motto der Zweihunderttausend: „Egon, wir sind wetterfest!“ So wurde die Hoffnung der SED enttäuscht, daß das beginnende Winterwetter die Demonstrationen eventuell „einfrieren“ könnte. Erstmals fand auf dem Karl-Marx-Platz eine Kundgebung statt, bei der verschiedenste Redner das Wort ergriffen. Es wurden Forderungen nach Rücktritt der Regierung, Rücktritt des Zentralkomitees, freien Wahlen und Aufgabe der Führungsrolle der SED laut und die Ablehnung

¹³ Die von Jochen Läßig im Auftrag der Sprechergruppe des Neuen Forums Leipzig gehaltene Rede ist nachzulesen in: Jetzt oder nie – Demokratie!, a. a. O., 167 f.

des gerade erst veröffentlichten Reisegesetzesentwurfs¹⁴ geäußert. Es wurde immer deutlicher, daß der SED die „Wendung mit dem Gesicht zum Volk“ nichts nützte. An dieser Demo wird der tagespolitische Einfluß der Massenproteste am deutlichsten: Die folgende Woche läßt den Rücktritt der Regierung (7. 11.), den Rücktritt des Zentralkomitees (8. 11.) und den Fall der Berliner Mauer (9. 11.) rasch aufeinander folgen. Damit war die Staatsmacht vollends ins Wanken geraten.

Mit der Öffnung der Grenzen am 9. November war wieder eine die Demonstranten verbindende Hauptforderung erfüllt worden. Die Solidarität unter den Demonstranten¹⁵ nahm von Woche zu Woche ab und wich einer undifferenzierten Aggressivität gegen alles „Rote“. Es gab nur noch wenige Montage, an denen noch etwas von der anfänglichen Gemeinschaft der Demonstranten zu spüren war, nämlich dann, wenn auf Grund tagespolitischer Meldungen konkrete Forderungen formuliert wurden, mit denen sich die Mehrheit identifizieren konnte. Diese sollen im folgenden noch dargestellt werden.

11. Montagsdemonstration: 4. Dezember

Panik kam unter der Bevölkerung auf. Von 100 Milliarden auf Schweizer Geheimkonten war die Rede und von Stasiaktenvernichtung oder deren Verbringung nach Rumänien. Demzufolge waren die Demonstranten schon lange nicht mehr so aufgebracht wie an diesem 4. Dezember. War der Sturm auf die „Runde Ecke“¹⁶ zu befürchten? Auszuschließen war nichts mehr. Doch noch vor Beginn der Demonstration konnte die Stasi von einem eben erst gebildeten Bürgerkomitee zur Übergabe ihrer wichtigsten Leipziger Bastion gezwungen werden. Ehe die Demonstration das Gebäude erreicht hatte, war es besetzt, so daß der Ruf der Leipziger Montagsdemonstration als gewaltfreie Protestaktion erhalten blieb.

Damit war das letzte Tabu gebrochen. In den folgenden Tagen und Wochen waren zahlreiche Bürger damit befaßt, die Zimmer der „Runden Ecke“ zu versiegeln und die weitere Vernichtung von endlosen Aktenbergen zu verhindern.

¹⁴ Der von der Regierung vorgelegte Entwurf eines neuen Reisegesetzes entsprach in keiner Weise den Erwartungen der Bevölkerung, denn er enthielt noch immer ungerechtfertigte, bürokratische und bevormundende Regelungen.

¹⁵ Im September und Oktober waren es die gemeinsame Angst und der Wille zur Veränderung, die spontan eine große Gemeinsamkeit und Solidarisierung unter den Demonstranten auslöste.

¹⁶ Das am Ring liegende Hauptgebäude des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit wurde im Volksmund „Runde Ecke“ genannt.

13. Montagsdemonstration: 18. Dezember

Dieser Tag stellt eine Ausnahmeerscheinung dar und dokumentiert die hohe Autorität, die die evangelische Kirche in dieser Umbruchszeit genoß. Inmitten der Kontroverse um die deutsche Einheit und beginnender Parteienprofilierung, die besonders am 11. Dezember eine spannungsvolle Demo hervorgerufen hatten, genügte der Aufruf des Superintendenten Magirius, um den allergrößten Teil der Demonstranten zu einem schweigenden Gedenken an die Opfer des Stalinismus zu vereinen. Symbolisch sollte das stalinistische Kapitel deutscher Geschichte ein für allemal zugeschlagen werden. Dies fand breite Akzeptanz in der Bevölkerung, die unter dem Geläut der Leipziger Kirchen mit Kerzen einen Menschenring um die Altstadt bildete. Diese Atmosphäre der Besinnung konnte auch nicht von einem unermüdlichen Block „Deutschland-einig-Vaterland“-Rufern sowie einer Gruppe linker Jugendlicher getrübt werden, die mit Trillerpfeifen und „Trallala“-Plakaten stören wollten.

Nachdem die Feierabendrevolution nach 13 Montagen mit deutscher Gründlichkeit in die Weihnachtspause gegangen war, war der Jahresbeginn vom vorerst letzten Versuch der SED geprägt, etwas von ihrer Macht und ihrem Apparat zu retten. Durch Beschwörung der rechten Gefahr des Neonazismus sollte ein neues Feindbild und eine Begründung für einen neuzubildenden Verfassungsschutz geschaffen werden.

14. Montagsdemonstration: 8. Januar

Doch das Volk war wachsam und kampfbereit. Am 8. Januar kam es wieder zu einer Montagsdemonstration: „Zwei Wochen nicht auf der Straße, schon hebt die SED die Nase!“ Aufgrund der Kampagne der SED flammten auch in anderen Städten die Demonstrationen wieder auf.¹⁷ Neben den Protesten gegen den Verfassungsschutz hieß es wohl erstmals „Nieder mit der SED“. So endete der Versuch der SED, statt immer nur zu reagieren einmal auch zu agieren, mit der noch deutlicheren Ablehnung durch das Volk. Dieser Ablehnung folgten kurz darauf auch die ehemaligen Blockparteien. Sie erklärten: „Keine Koalition mit der SED-PDS!“

Seitdem ab Weihnachten Bundesbürger frei in die DDR einreisen konnten, nahm die Papierflut verschiedenster Parteien und Vereinigungen enorm zu. Der Polittourismus brachte die Aggressivität der Demonstrationen noch mehr zu Wirkung (Republikaner, auch linke Gruppierungen wie die Autonomen). Insgesamt nahm die Toleranz weiter ab, da alle linken Gruppierungen sofort mit der SED-PDS gleichgesetzt wurden. In den folgenden Wochen ließ die Bereitschaft zur Demonstration

¹⁷ Auch hier kann Leipzig eine Schrittmacherfunktion zugewiesen werden. Das läßt sich daran erkennen, daß der Protest in anderen Städten erst nach der Leipziger Demonstration vom 8. Januar 1990 wieder erstarkte.

mehr und mehr nach. Die meisten Forderungen der Bevölkerung waren erfüllt, die Demos verflachten. Erst nach und nach verstand die Bevölkerung, daß sie mit ihren Demonstrationen dem „sozialistischen Vaterland“ den Todesstoß versetzt hatte. So änderte sich auch die Thematik der Demonstrationen. Der der DDR-Hymne entnommene Vers „Deutschland, einig Vaterland“ wurde ab Ende November/Anfang Dezember zum bestimmenden Ruf, schwarz-rot-goldene Fahnen lösten die Transparente ab. Allein der Begriff „Montagsdemonstration“ zog bis zur letzten Demo am 12. März 1990 Woche für Woche zehntausende Leipziger und Touristen zum Karl-Marx-Platz.

Kurt Mühler, Steffen H. Wilsdorf

Meinungstrends in der Leipziger Montagsdemonstration

Nachbetrachtungen zu einer basisdemokratischen Institution

Die Leipziger Montagsdemonstration wuchs im vergangenen Herbst binnen weniger Wochen von einer kleinen Anzahl Mutiger und Unentwegter (noch Anfang September einige Hundert) zu einer unverwechselbaren politischen Institution an. In den Herbstmonaten war sie für die Regierung ein kritischer Prüfstein politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen. Jegliche Versuche, die Krise in der DDR zu verharmlosen, hatten keine Chance vor den Demonstranten. Zusammen mit der Ausreisewelle wird sie bereits rückblickend als Säule der friedlichen Revolution bezeichnet. Diese Bewegung steht auch für die Beendigung der politischen Apathie eines Volkes, für das als Ersatz demokratischen Engagements bis dahin die Nischensuche typisch geworden war.

Es mindert nicht die historische Größe der Ereignisse der Demonstrationen, die das innenpolitische Signal für einen zumindest für deutsche Verhältnisse atemberaubenden Sturm auf eine scheinbar perfekte Staatsmaschinerie gab, wenn man Henrichs Einschätzung nicht ganz so überschwenglich teilen kann: „Ein Gespenst ging um im deutschen Staatssozialismus – das Gespenst der Mündigkeit.“¹ Der Kahlschlag politischer Kultur, die generativ eingegrabenen Stereotype der Entmündigung und der Selbstaufgabe (Autoritätsgläubigkeit, Kritiklosigkeit, Gehorsam, Verantwortungslosigkeit, Konsumstreben) können eben nicht in wenigen Monaten beseitigt, geschweige denn durch ein Spektrum freier politischer Handlungsfähigkeit ersetzt werden. Nach der Überwindung der politischen Apathie steht – als Erbe des Staatssozialismus – politische Infantilität als Barriere auf dem Weg zur Mündigkeit; das heißt, nach der Beseitigung der äußeren staatlichen Zwänge bleiben noch immer die inneren Zwänge des unmündigen Denkens in alten Schablonen des erfahrenen Funktionierens politischer Macht erhalten. Sie zu überwinden bedarf es größerer Zeiträume, die die Erfahrbarkeit

¹ Henrich, Rolf, Die DDR zwischen Ausbruch und Aufbruch, in: Jetzt oder nie – Demokratie! Leipziger Herbst '89: Zeugnisse, Gespräche, Dokumente/hrsg. vom Neuen Forum Leipzig. Leipzig 1989, 9–15, hier 9.

von Demokratie im Alltag und gesamtgesellschaftlichen Prozessen ermöglichen.

So ziemlich alle Forderungen der Oktobermontage, so utopisch sie in den Ohren mancher politischer Realisten klangen, sind heute erfüllt. Den Sprechchören und Transparenten mit den Forderungen nach Streichung der führenden Rolle der SED aus der Verfassung, die Mauer muß weg, Rücktritt der Regierung, freie Wahlen, freies Reisen, Zulassung des Neuen Forum, Stasi in die Volkswirtschaft, Wiedervereinigung usw. merkt man heute kaum noch die unerhörte Herausforderung jener Tage an. Auch nicht, welche Veränderungen sich selbst in der Leipziger Demonstration vollzogen haben. Getragen von dem Ruf „Wir sind das Volk“ und „Wir bleiben hier“, „Neues Forum zulassen“ – als Symbol für die politische Erneuerung – wurde eine Demokratisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens in der DDR angestrebt. Dieses Land sollte erhalten bleiben und von einem menschlichen Sozialismus geprägt sein. Der Gesang der „Internationale“ in den Sommer- und Frühherbstdemonstrationen war ein symbolischer Ausdruck dessen.

Nach der Anspannung um den 9. Oktober, den ersten Demonstrationen im großen Stil um den Leipziger Ring – noch weitestgehend ohne Transparente – folgte jene am 23. Oktober, die wohl am deutlichsten die Aufbruchsstimmung zum Ausdruck brachte: bunt, fröhlich und mit einer Vielzahl geistvoller Losungen:

- „Die alten Kutscher müssen weg, die Karre sitzt zu tief im Dreck“,
- „Ist Egon Krenz, da wird kein Lenz“,
- „Visafrei bis nach Hawaii“.

Aufgrund der Taktik der SED-Führung, immer nur in kleinen Schritten Änderungen zu vollziehen, einzelne Personen auszutauschen und Altes im neuen Gewand zu präsentieren und die politische Opposition weiter zu behindern, verschärfte sich die Atmosphäre der Demonstration merklich. Die politischen Objekte der Demonstranten waren nun klar: Auflösung der Stasi und Brechung des Machtmonopols der SED. Zunächst noch humorig („Lieber Gott denk an die Wende, mach dem Egon bald ein Ende“, „Gestern China und die Wahl, heute Retter der Moral. Egon hilf der Republik, sei ein Mann und tritt zurück“), aber nach und nach auf den Starrsinn der SED-Machtelite reagierend immer aggressiver und zorniger.

Bereits im November begann sich ein neuer Geist der Intoleranz in der Demonstration auszubreiten. Es begann sich die geistige Grundlage dafür herauszubilden, daß die Beseitigung der SED die Verwirklichung der Demokratie schlechthin sei. Am Anfang waren es nur wenige, die sich lautstark im Stil der sprachlichen Vielfalt der alten SED-Skandeaure gegen alles wandten, was Nuancen zwischen schwarz und weiß (rot) zuließ. Die Mahnung „Die Intoleranten von heute sind die Diktatoren von morgen“ fand immer weniger Resonanz.

Am 9. Januar, dem Wiederbeginn der Leipziger Demo nach zweiwöchiger Pause, traten 150 000 Demonstranten gegen die Dezemberoffensive der SED-PDS an, in der sie einen Restaurationsversuch etablierter Macht sahen. Begleitet von zunehmender Präsenz von Republikanern (die nun auch in Leipzig die erste Kreisorganisation in der DDR gründeten) und der NPD begann jedoch unter dem Deckmantel der Rufe nach dem SED-Verbot politische Intoleranz und Eindimensionalität in den folgenden Wochen die Oberhand zu gewinnen. Sah die Demonstration am 9. Januar noch eine selbstbewußte Sozialdemokratie an der Spitze marschieren, so wurden keine sieben Wochen später SPD-Redner mit den Rufen „Rote raus“ bedacht. Am 28. Februar gab die „Leipziger Volkszeitung“ die Worte des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden zum Rückzug der demokratischen Kräfte aus der Demo wieder: „Angesichts des gewandelten Charakters der Montagsdemonstrationen in Leipzig, in denen jetzt ‚nationalistisches Pathos‘ vorherrsche, bestehe ein ‚Konsens aller neuen demokratischen Kräfte, sich aus dieser Montagsdemonstration zurückzuziehen‘.“²

Auf einige Tausend schrumpfte die einst mächtige Montagsdemonstration (bis zu 300 000 im November) Anfang März zusammen. Von der Breite der anfänglichen Motive, bei denen die Demokratisierung eine herausgehobene Rolle spielte, blieb nur noch zurück: „Deutschland einig Vaterland“, aus dem „Wir sind das Volk“ wurde „Wir sind ein Volk“, und über allem dominierte die Forderung nach Einführung der D-Mark.

Anzumerken bleibt noch, daß der Wandel der Montagsdemonstration ganz entscheidend durch die Grenzöffnung am 9. November beeinflusst wurde. Nicht, daß dadurch Umfang, Intensität der Demonstration über Nacht zurückging, sondern das Demonstrationsmotiv veränderte sich. Für nicht wenige war es der erste erfahrungsmäßige Kontakt mit der Bundesrepublik. Immer öfter war nun zu hören, es sei verschwendete Energie, über ein Modell zwischen den Blöcken nachzudenken, da doch bereits ein fertiges existiert, das nur übernommen werden müsse. Augenfällig widerspiegelt sich dies in der Nennung der Wiedervereinigung als Motiv der Demonstrationsteilnahme:

November	1 %
Dezember	15 %
Januar	22 %
Februar	30 %

Demgegenüber ging das Motiv der Demokratisierung in der DDR zurück.

² Leipziger Volkszeitung vom 20. 2. 1990, 1.

Mit dem Wanken der etablierten politischen und rechtlichen Strukturen begannen im November unterschiedliche soziologische Institutionen in der DDR jenes Gebiet ihrer Forschung wiederzuentdecken, über das das Establishment so argwöhnisch wachte. Es war ein Vorstoß ins Niemandland und entsprach eben jenen Regeln beginnender Regellosigkeit, die das zeitweilige Machtvakuum von Umbrüchen bekanntlich begleiten.

In fünf anonymen schriftlichen Befragungen (im November 1989 zwei, von Dezember bis Februar monatlich je eine) ging es uns – Mitarbeiter und Studenten des Fachbereichs Soziologie an der Karl-Marx-Universität Leipzig – darum, den Demokratisierungsprozeß in unserer Stadt mit den zu Gebote stehenden professionellen Mitteln zu unterstützen und selbst eine Vorstellung von den neuen, plötzlich eingetretenen Möglichkeiten empirischer Sozialforschung zu erhalten. In den Untersuchungen zur Leipziger Montagsdemonstration wurden jeweils 1000 Fragebögen mit frankierten Briefumschlägen nach bestimmten Kriterien – insbesondere nach Gesichtspunkten sich herausbildender Standorte (Nikolaikirche, Mendebrunnen, Treppenaufgang vor der Oper usw. sind längst auch für Nichtleipziger ein Begriff geworden) – in der Demonstration verteilt.

Der Fragebogen war knapp gehalten und trug, dem Untersuchungsfeld angepaßt, Flugblattcharakter. Er bestand aus einem DIN-A-4-Blatt. Er gliederte sich in zwei Teile:

- a) in eine Art Politbarometer, unterteilt nach Personen und Begriffen und
- b) in Fragen, die ohne Vorgaben gestellt wurden und Kommunales, Aktuell-politisches beinhalteten.

Durch diese Begrenzung konnten nur 30 Begriffe und etwa 10 offene Fragen pro Untersuchung aufgenommen werden. Zudem wurden noch sozialdemographische Angaben erfaßt.

Die Verteilung der Fragebögen erfolgte zufällig, aber nicht nach dem klassischen Prinzip, das ein Wahrscheinlichkeitstheoretisches Auswahlverfahren verlangen würde.

Die Rücklaufquoten waren unterschiedlich, aber gemessen an vergleichbaren Untersuchungen des In- und Auslandes ausgesprochen hoch. So erhielten wir in den ersten beiden Befragungen 84 Prozent bzw. 81 Prozent der ausgegebenen Fragebögen zurück. In der Dezemberuntersuchung lag diese Zahl bei 72 Prozent und ging in den letzten Untersuchungen des Jahres 1990 auf etwa 50 Prozent zurück. Auffällig war, daß alle zurückgesandten Fragebögen ein hohes auswertungsfähiges Niveau auswiesen.

Diese Zahlen belegen das außerordentlich hohe Interesse der Demonstranten an Meinungsforschung. Die eingeschränkten Möglichkeiten, mittels eigener, persönlicher Meinung Eingang in Öffentlichkeit zu fin-

den, im weiten Sinne gehört zu werden, trugen wesentlich zur Attraktivität von Meinungsforschung in den Augen der Demonstranten bei.

Es ist jene Aufbruchstimmung und die Begegnung mit einem noch recht wenig bekannten Medium, die diese hohe Beteiligung bewirkten. Schon jetzt ist erkennbar, daß die Meinungsforschung in unterschiedlicher Gestalt von Politik bis Werbung wie eine Flutwelle auf den DDR-Bürger zurollt. Wie wird er und wie werden es die Sozialwissenschaften verkraften? Das empirische Feld der Meinungen ist ebenso wie die Natur erschöpfbar, expansives Wirtschaften verringert die Effektivität der Ausbeute.

Für die Aussagekraft der hier vorgestellten Ergebnisse kann aber gesagt werden: Obgleich sich aus dem Charakter des Objekts folgend keine strenge statistische Repräsentativität herstellen ließ, ergeben sich recht eindeutige Trendaussagen, die durch die inzwischen eingetretenen Ereignisse belegt sind.

Veränderungen in der Zusammensetzung der Antwortenden

Mit Sicherheit sind keine Schlüsse von den folgenden Daten auf die Zusammensetzung der Demonstration möglich. Mittels gleichbleibender Verteilungsstandards (Vorgehensweise, Verteilungspunkte) und Beobachtungen lassen sich jedoch Vermutungen über Veränderungen in der tatsächlichen Zusammensetzung stützen. Generell läßt sich dazu feststellen, daß mit dem Januar ein Teilnehmerrückgang der Intelligenz und von Studenten vor sich gegangen ist. Demgegenüber kam es zu einem Ansteigen von Arbeitern. Alle anderen sozialen Gruppierungen, soweit erfaßt, blieben ähnlich.

Auch altersmäßig lassen sich kaum nennenswerte Unterschiede erkennen.

Alle Angaben in Prozent (auch bei den folgenden Tabellen)

	13. 11.	11. 12.	16. 01.	12. 02.
Arbeiter	26	24	36	32
Bauern	1	0	1	1
Angestellte	17	15	18	19
Selbständige	3	4	3	3
Intelligenz	33	26	17	18
Lehrlinge	2	5	3	5
Studenten	5	13	4	9
Sonstige	13	13	18	13

Zur altersmäßigen Zusammensetzung:

	13. 11.	11. 12.	16. 01.	12. 02.
unter 18 J.	8	9	6	12
20-30 Jahre	20	30	24	27
30-40 Jahre	23	19	23	21
40-50 Jahre	29	22	25	19
50-60 Jahre	11	13	16	14
über 60 J.	4	5	3	4

Die Zusammensetzung nach den Geschlechtern dagegen wandelte sich: zur Männerdemonstration.

	13. 11.	11. 12.	16. 01.	12. 02.
Frauen	39	29	23	28
Männer	61	71	77	72

Staatliche Souveränität oder Vereinigung?

Das Thema der Vereinigung stand schon in der Demonstration, als es in der professionellen Politik noch keine so gewichtige Rolle spielte. Unter dem Druck der Aktualität und im Versuch, die Nuancen der Erwartungen zu erfassen, sahen wir uns gezwungen, die entsprechenden Indikatoren von Untersuchung zu Untersuchung zu verändern. Vom Begriff „Wiedervereinigung“ im November, über die Stufen Eigenständigkeit, Vertragsgemeinschaft, Konföderation, Föderation im Januar bis hin zu Vereinigung jetzt oder später reichen die Versuche. Die Antworten dagegen wurden immer eindeutiger.

Gestützt wurde dieser Bereich noch durch die Begriffe DDR und BRD. Sie signalisieren Begleitmomente des Meinungswandels sehr deutlich, da sie in den Untersuchungen beibehalten wurden. Der Indikator „Wiedervereinigung“ war am 13. November 1989 noch recht ausgeglichen: 41 Prozent sprachen sich dafür und 31 Prozent dagegen aus, 28 Prozent hatten sich noch keine Meinung zu diesem Thema gebildet. Von der sozialen Zugehörigkeit her lassen sich noch keine deutlichen Differenzen in den Hauptgruppen ablesen (Studenten allerdings nur zu 8 Prozent für eine Vereinigung).

Dies wird aber umso deutlicher, betrachtet man die generative Differenzierung. Durchweg steigt mit dem Alter die Anzahl der Befürworter einer Wiedervereinigung. Der Kürze halber seien hier nur die Pendant wiedergegeben:

13. 11. 89

	ja	nein	unentschieden
20-30 Jahre	22	50	26
50-60 Jahre	62	14	22

Diese Tendenz hält auch im Dezember noch an, hier am Indikator der staatlichen Eigenständigkeit der DDR fixiert:

11. 12. 89

	ja	nein	unentschieden
20-30 Jahre	55	28	16
50-60 Jahre	16	73	9

Dies ist nicht nur durch den etwas höheren Studentenanteil in dieser Demonstration begründbar. Insgesamt wird hier ein Interessenkonflikt deutlich, der fest mit den Sozialisationsbedingungen, generativen Erfahrungen und dem Standort im Lebenszyklus korrespondiert. Die aufsässigen jungen Menschen sind nicht nur durch Bildungssystem und Privilegien sozusagen voreingenommen, sondern beziehen ebenso eine andere Haltung zu Lebensfragen, die aus dem zurückgelegten Lebensweg resultieren. Sie müssen (noch?) eine andere Einstellung zum sozialen Experiment haben, zudem sind sie mit dem gescheiterten System bei weitem nicht so durch eigene Aktivität verbunden, als daß sie nur durch grobe Abwendung Reue zeigen müßten.

Im Dezember begannen sich jedoch bereits die politischen Rahmenbedingungen zu ändern; das heißt, es setzte ein offizieller politischer Legitimationsprozeß gegenüber dem Thema der Vereinigung ein.

Mit dem Dezember verlagerten sich die Meinungen immer stärker auf das *Tempo* des Vereinigungsprozesses. Der Fakt selbst schien entschieden. Auch hier ergeben sich in der Dezemberhebung in erster Linie die genannten generativen Unterschiede, die sich im Tempo des erwarteten Vereinigungsprozesses äußern. Während die Älteren deutlich für eine schnelle Vereinigung plädieren, sind die Jüngeren für einen längeren Prozeß unter Priorität einer Konföderation.

Ein Vergleich macht den enormen Meinungsumschwung in dieser Frage zwischen Dezember und Februar deutlich:

	11. 12. 89		12. 02. 90	
	Vereinigung			
	jetzt	später	jetzt	später
Gesamt	19	53	59	33
Arbeiter	23	64	72	24
Angestellte	17	56	68	25
Intelligenz	18	59	44	50
20-30jährige	6	43	53	37
50-60jährige	33	60	76	23

Zunächst wird deutlich, daß der Meinungswandel soziale und demographische Schichtungen erfaßt hat, was sowohl ein Hinweis auf den veränderten Charakter als auch auf die veränderte Zusammensetzung der Demonstration ist. Auffällig ist, daß gegen Ende der Demonstrationen neben dem Generationsgefälle nun ein Gefälle hinsichtlich der sozialen Zugehörigkeit insbesondere zwischen Arbeitern und Intelligenz hinzugekommen ist.

Desweiteren ließ sich bereits im Dezember bemerken, daß es offensichtliche Wissens- und Beurteilungsdefizite in bezug auf unterschiedliche Annäherungsvarianten gibt. Die Bevorzugung von Eindeutigkeit seitens einer Anzahl von Parteien, das Problem auf den Aspekt Vereinigung oder nicht zu reduzieren, brachte auch mit sich, daß sich über 20 % der Befragten im Dezember für Vertragsgemeinschaft und Konföderation und Föderation, und zwar sofort, aussprachen. Die unter Wahlkampfhektik proklamierten Deutschlandkonzepte trugen so zu einer Vereinfachung bei. Das angesprochene Problem der Mündigkeit hat aber gerade, will sie politische Infantilität überwinden, Wissen und Kompetenz aller in Sachfragen zur Voraussetzung. Es ist der unpolitische, weil fehlgebildete und von Partizipation in der Vergangenheit ausgeschlossene DDR-Bürger, der aufbrechen muß, mündig zu werden. Ihn dabei zu unterstützen, statt diese Defizite auszunutzen, ist der übergreifende Demokratisierungsauftrag aller Parteien und Bürgerbewegungen.

Der Meinungswandel zwischen November und Februar soll nochmals durch die Gegenüberstellung der Bewertung der Begriffe DDR und BRD verdeutlicht werden.

	Befürwortung			
	13. 11.	11. 12.	15. 01.	12. 02.
DDR	53	39	18	18
BRD	64	58	78	72

Nur noch eine Minderheit sieht im Begriff DDR etwas Positives, schon deshalb ist der Meinungsdruck auf Vereinigung – und zwar nach dem Gesellschaftsmuster der BRD – eindeutig auf Angliederung ausgelegt. Im Hinblick auf den Begriff läßt sich wiederum eine deutliche Differenzierung der sozialen Zugehörigkeit nach beobachten. Demnach sind es noch am stärksten Angehörige der Intelligenz, deren Aversion gegen den Begriff DDR gebremst verläuft, was aber nicht gleichbedeutend mit einem Plädieren für eine staatliche Eigenständigkeit ist.

	12. 02. 90	
	Befürwortung DDR	staatliche Eigenständigkeit
Arbeiter	11	12
Angestellte	13	9
Intelligenz	26	12
Selbständige	9	9
Studenten	44	38

Marktwirtschaft, Währung, soziale Sicherheit – Aspekte des Vereinigungsprozesses in den Meinungen

Der Begriff der Währungsreform war in allen Untersuchungen enthalten und schloß zunächst (bis Dezember) auch öffentliche Kontroversen, z. B. im Vorwurf der Verunsicherung der Bevölkerung durch so geartete Fragen³, ein. Spätestens aber seit dem ersten offiziellen Nachdenken politischer und wirtschaftlicher Kreise in der Bundesrepublik Mitte Dezember ist gerade die Währungsunion als Vereinigungsvehikel ins Zentrum der Aufmerksamkeit geraten. Weniger wird dabei reflektiert, daß sich die Beziehung Wirtschaft-Währung nicht einfach umkehren läßt; d. h., daß eine starke Währung als solche noch keine gesunde Wirtschaft hervorbringt. In der Verkürzung dieser Thematik kann der drastische Meinungswandel hinsichtlich einer Währungsreform (die ab Januar offensichtlich von den Antwortenden als Währungsunion interpretiert wird) erklärt werden. Die Währung ist damit zum zentralen Moment in den Erwartungen geworden.

³ Leipziger Volkszeitung vom 19. 2. 1990, 3.

Die folgende Übersicht soll zunächst den Haupttrend in der Währungsfrage verdeutlichen.

	13. 11.		11. 12.		15. 01.		12. 02.	
	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein
Gesamt	61	15	46	33	61	21	71	16
20-30 J.	62	15	49	25	75	10	67	18
50-60 J.	55	22	35	41	46	33	83	15

In der Währungsfrage ist in den Meinungen deutlich das Auf und Ab der politischen Trends zu beobachten. Die hohen Erwartungen zahlreicher Demonstranten gipfeln schließlich in der Losung: „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr.“

Während sich hinsichtlich der sozialen Zugehörigkeit kaum nennenswerte Differenzen ergeben, ist dies deutlicher hinsichtlich der Generationen konstatierbar. Auffällig ist, daß sich die Jüngeren zunächst eher für eine Währungsreform aussprechen konnten, da sie mit den wirtschaftlichen und persönlichen Folgen selbst noch nicht konfrontiert waren und der Grad des lebenszyklisch bedingten Eingerichtetseins eine wesentlich geringere Rolle als bei den Älteren spielt. Im Januar tritt jedoch eine Trendwende ein. Hier wird die Währungsfrage durch die politischen Rahmenbedingungen zur Schlüsselfrage. Damit wirkt der Faktor Vereinigung auf den Meinungsfaktor Währung, schaltet den erwähnten Sachbezug (historische Erfahrung, Verlust an materieller Sicherheit) aus und manifestiert den Trend zur Vereinigung.

Noch deutlicher wird dies am 12. Februar hinsichtlich der Frage Währungsunion sofort oder in Etappen.

	sofort	in Etappen
Gesamt	60	39
20-30jährige	52	44
50-60jährige	75	25

Diese Ergebnisse korrespondieren mit denen zur bereits dargelegten Frage Vereinigung jetzt oder später in ihren Antwortverteilungen.

In bezug auf den Begriff Marktwirtschaft setzen sich die bisher dargestellten Differenzen und Übereinstimmungen fort. 89 Prozent der antwortenden Demonstranten am 12. Februar 1990 befürworteten die Marktwirtschaft. Während sich seitens der sozialen Zugehörigkeit kaum Dif-

ferenzierungen zeigen, sind diese wiederum nach Altersgruppen nachweisbar: Ältere äußern sich auch hier deutlich positiver zur Marktwirtschaft als Jüngere.

Interessanterweise gehen auch hier die Meinungen in die Richtung bestimmter Modelle. Das ungarische Reformmodell erfährt dabei weniger Zustimmung. Der Gedanke offen ausgebrochener sozialer Widersprüche und Differenzierungen bei vollen Schaufenstern wird noch am ehesten von der Teilgruppe der Selbständigen akzeptiert, am geringsten von Lehrlingen, Studenten und Angehörigen der Intelligenz.

Das hohe bis überzogene Erwartungsniveau (Währung, Wirtschaft, Wohlstand) setzt sich auch hinsichtlich des Begriffs „soziale Sicherheit in der BRD“ durch:

	Befürwortung	Ablehnung	unentschieden
Gesamt	61	12	27
Arbeiter	66	11	23
Angestellte	72	1	27
Intelligenz	63	6	31
Selbständige	72	0	28
Studenten	30	36	34

Im folgenden soll nun auf den Zusammenhang zwischen der Bewertung dieser Grundthemen und der Bewertung der Parteien und Bürgerbewegungen durch die Demonstranten eingegangen werden.

Die Bewertung von Parteien und Bürgerbewegungen sowie ausgewählter Politiker in den Meinungen von Demonstranten: Der Trend von der Bürgerbewegung zur professionellen politischen Partei

Zunächst zu den Politikern. Gorbatschow ist unbestritten eine überragende Symbolfigur in Ost und West für die Überwindung der Verhärtungen zwischen den Blöcken. Trotz aller Trendwenden in den Meinungen der Demonstranten, Gorbatschow führt die Liste der Politiker in all unseren Untersuchungen unangefochten an. Seine Sympathiewerte liegen zwischen 88 und 93 Prozent! Auch aggressiver werdende Meinungen änderten nichts an seiner nahezu uneingeschränkten Anerkennung.

Einige Bemerkungen zu ausgewählten DDR-Politikern. Aus der Sicht der Ereignisse des Untersuchungszeitraums macht es sich erforderlich, einen zweiten Politiker hervorzuheben: Hans Modrow. Die Talfahrt seiner Partei, die andere Politiker wie Krenz und Gysi mit sich riß (um 5 Prozent Sympathiewerte), vermochte ihm in den Meinungen nur wenig anzuhängen. Die hinter seinem Namen angebrachte Bemerkung „in der falschen Partei“ war auf nicht wenigen Fragebögen zu lesen, gedacht

haben es wahrscheinlich der weitaus größte Teil, der ihm seine Sympathie gab. Er schlug alle anderen erfaßten DDR-Politiker (Schnur, de Maiziere, Boehme, Maleuda, Gerlach) überaus deutlich. Auch im sozialen Querschnitt ergeben sich kaum gravierende Unterschiede (am 12. Februar Intelligenz 73 Prozent, Angestellte 63 Prozent, Arbeiter 53 Prozent Sympathie).

Sympathiewerte DDR-Politiker

	13. 11.	11. 12.	15. 1.	12. 02.
Modrow	59	60	38	61
Böhme	-	-	48	39
de Maiziere	-	-	-	31
Schnur	-	-	46	31
Maleuda	16	-	-	-
Gerlach	-	19	-	-
Gysi	-	38	4	11

Hinsichtlich ausgewählter Politiker der Bundesrepublik ist in der Sympathiekurve Helmut Kohls sozusagen der Gesamtrend der politischen Meinungen über den Beobachtungszeitraum von vier Monaten komprimiert. Während in den Untersuchungen 1989 seine Sympathiewerte eher mäßig sind (höchste Bewertung schichtbezogen durch Angestellte 38 Prozent und niedrigste Bewertung durch Intelligenz 15 Prozent), steigen sie im Januar und Februar auf das Doppelte an. Augenfällig verbindet sich die gestiegene Sympathie mit dem Wunsch nach Währungsunion und Vereinigung beider deutschen Staaten. Dennoch werden die von Anfang an hohen Sympathiewerte Hans-Dietrich Genschers bei weitem nicht erreicht.

	13. 11.	11. 12.	15. 01.	12. 02.
Genscher	73	70	81	80
Momper	-	73	80	66
Kohl	23	26	49	56
Lafontaine	54	-	-	-

Die Parteienlandschaft erfuhr nach der Wende eine radikale Veränderung. Im standardisierten Teil unseres Fragebogens konnte deshalb aus Gründen der Handhabbarkeit nur auf ausgewählte Parteien und politische Bewegungen bezuggenommen werden, und zwar auf solche, die eine spezifische Rolle im Rahmen der Demonstrationen spielten. Dies

waren: das Neue Forum, der Demokratische Aufbruch, die Grüne Liga, die SPD, die PDS und die Republikaner. Es wurde standardisiert nach der Sympathie (Sympathiewerte) gegenüber diesen Parteien und Bewegungen gefragt und nichtstandardisiert nach den Wahlabsichten (Wahlwerte).

Die folgenden Aussagen wurden aus den Sympathiewerten (das heißt, es konnten mehrere Parteien als positiv ausgewählt werden) gewonnen. Sie geben erste Aufschlüsse über politische Meinungswanderungen in vier Monaten.

Über das Neue Forum – stellvertretend für die Bürgerbewegungen, die den Stein ins Rollen brachten – ist nach der Wahl viel an Enttäuschung publik geworden. Tröstend der Optimismus von Konrad Weiss, daß sich hier eine Politikform des 21. Jahrhunderts ankündigt.⁴ Vorerst aber votierten die Wähler für den politischen Professionalismus, und das recht deutlich. Auch hier gilt der neue Slogan „Keine Experimente“. Gehörten dem Neuen Forum am 13. November 1989 noch die höchsten Sympathiewerte, so machte sich bereits im Dezember bemerkbar, daß eine Entscheidung bevorsteht: Wird das Neue Forum politische Partei und fängt den Verlust an Einfluß ab, oder bleibt die Bürgerbewegung aktuellen Trends gegenüber standhaft. Bereits im Dezember zeichnete sich eine Talfahrt ab – wenn auch durch den besonderen Charakter der Demonstration weitaus abgeschwächer als in den Wahlergebnissen –, indem zunächst die SPD (im Januar) und dann die Allianz-Parteien (im Februar) die Spitzenwerte an Sympathie für sich verbuchen konnten. Deutlich wurde damit der grundsätzliche Wechsel, wie er in der DDR insgesamt stattfand: von den vermeintlichen politischen Laien zu den vermeintlichen politischen Profis. Die bisher erläuterten Trends machen aber schon deutlich, daß dies nur eine Seite ist. Zum anderen geht es um die politischen Inhalte und ihren Wandel unter einem sich eigendynamisch entwickelnden Erwartungsdruck.

Vor diesem Hintergrund mußte die Programmatik der Bürgerbewegungen, wie z. B. des Neuen Forum, trotz ihrer Konstanz für Demokratisierung und politische Mündigkeit infolge der neuen Themen (Vereinigung und Währungsunion) in den Bewertungen vieler Demonstranten unweigerlich immer weiter nach links abdriften.

Die folgende Übersicht beinhaltet die Trends der Sympathiewerte:

	13. 11.	11. 12.	15. 01.	12. 02.
Allianz	-	-	-	53
SPD (SDP)	53	60	86	50
Neues Forum	70	54	64	47
Grüne Liga	-	37	29	40
PDS (SED)	-	9	2	5
Republikaner	1	1	4	3
Dem. Aufbruch	-	58	63	-

Die Zahlen verdeutlichen, daß der Sympathieboom für die SPD am 15. Januar 1990 seinen Höhepunkt erreichte. Die Siegesicherheit dieser Partei stammte gerade aus dem im Januar nicht nur für die Leipziger Demonstration typischen Popularitätswachstum, ohne jedoch zu berücksichtigen, daß diese Art euphorischer plötzlicher Meinungsbildung starken „Verschleißerscheinungen“ ausgesetzt ist.

In der Demonstration am 12. Februar 1990 fand eine offensichtliche Neubewertung der Parteienlandschaft statt. Mit der Gründung der „Allianz für Deutschland“ und ihrer politischen Legitimation (in Analogie zur Vorgehensweise der SPD im Januar) durch CDU-West/CSU erfolgte ein ähnlicher Prozeß ungestümen Sympathiewachstums, nur mit dem Unterschied, daß er wenige Wochen vor der Wahl stattfand. Die Legitimation und Themenbindung (Wahlversprechung) aus dem Westen bewirkte auch, daß die CDU die einzige ehemalige Blockpartei ist, deren Vergangenheit bzw. Vergangenheitsbewältigung so gut wie keine Rolle im Wahlkampf und im Wahlverhalten spielte.

Die Sympathiewerte gegenüber der Grünen Liga waren vergleichbar nur geringen Schwankungen ausgesetzt. Es verwundert, daß gerade im ökologischen Notstandsgebiet Leipzig-Halle eine grüne Partei unter Demonstranten so wenig Sympathie findet. Unseres Erachtens stand dabei jedoch nicht die ökologische Programmatik im Vordergrund, sondern der grüne Politiktyp. Parallel dazu stellten wir die Grüne Partei der Bundesrepublik in den ersten Befragungen mit auf den Fragebogen. Die Ergebnisse sind nahezu identisch.

Symptomatisch bis zum 15. Januar 1990 ist auch, daß sich hinsichtlich der Differenzierung nach Alter und sozialer Zugehörigkeit und inhaltlicher Schwerpunkte kaum nennenswerte Abweichungen zwischen den Sympathiebekundungen ergeben. Ein klares Profil dagegen zeigen lediglich die Sympathisanten der Republikaner. Am 15. Januar erweisen sich als Eckpunkte ihres Sympathieprofils auf dem Niveau von 100 Prozent folgende Einstellungen:

- gegen Ausländer
- gegen SED-PDS und
- für den Begriff BRD.

Von der Alters- und sozialen Zugehörigkeit her sind es vor allem junge Demonstranten und Lehrlinge.

Erst mit der Befragung am 12. Februar 1990 ändert sich dieses Bild, allerdings im Zusammenhang mit dem offenen Indikator, der einem Wahlwert nahekommt. Hier zeichnen sich bereits deutliche Konturen ab, die dem Bild der Parteienlandschaft in der Bundesrepublik ähnlich sind. Aus dem Stand kamen auch hier die Allianzparteien auf beachtliche Werte:

Wahlwerte am 12. 02. 90

SPD	42
Allianzparteien	34
übrige Parteien	10
unentschlossen	12

Unter übrige Parteien sind hier das Wahlbündnis 90, die PDS und die Grüne Liga – aufgrund der geringen Prozentzahl – zusammengefaßt. Andere Parteien sind darin nicht enthalten. Die Zusammensetzung nach sozialer Zugehörigkeit und Alter ist wenig spektakulär. Ein Auszug hinsichtlich der sozialen Zugehörigkeit soll dies verdeutlichen:

	SPD	Allianz	übrige	unentschl.
Arbeiter	52	31	8	9
Angestellte	45	40	4	11
Intelligenz	46	26	12	16
Lehrlinge	28	14	0	58
Studenten	25	33	33	9

Besonders klare Profile oder Zielgruppen zeichnen sich zumindest in dieser groben Betrachtung nicht ab, was die Vermutung stützt, daß die Wahlwerte nicht aus traditionellen, sondern sehr aktuellen Bezügen hergestellt werden; das heißt, es sind weniger Bindungen aus der sozialen und lebenszyklischen Lage als aus aktuellen Bedürfnissen vorhanden. Demzufolge überschneiden sich die harten Parameter (Alter, soziale Zugehörigkeit) hinsichtlich der geäußerten Wahlabsichten, während sich die wertbezogenen Parameter bündeln. Die inhaltliche Sortierung bestätigt diese Vermutung. Jene Befragten, die die Allianz beabsichtigen zu wählen, stimmen dabei in weit höherem Maße überein

(wertungshomogene Wählerschaft im Hinblick auf die zentralen Wahlthemen) als jene Befragte, die z. B. die SPD zu wählen beabsichtigen. Die Übereinstimmung ergibt sich gerade hinsichtlich jener Fragen, die als Eckpunkte des Vereinigungsprozesses angesehen werden können. In diesem Kontinuum der Wahlmotive bewegt sich die SPD zwischen der Allianz und den Linksparteien und Bewegungen. Dieser „milde“ Kurs traf nicht die Absichten eines großen Teils der Demonstranten am 12. Februar 1990. Andererseits gibt es Überschneidungen der SPD-Wahlmotive zum einen mit der Allianz, zum anderen mit politisch linken Zielen. In einer Übersicht sollen diese Wahlmotive dargestellt werden:

	SPD	Allianz	übrige
Marktwirtschaft (pos.)	90	98	60
Währungsreform	71	81	42
DDR	20	5	57
BRD	73	90	26
Vereinigung jetzt	50	92	15
Währungsunion jetzt	53	88	18
soziale Sicherheit BRD	58	79	23

Die nahezu geschlossene Votierung für die Eckpunkte eines Vereinigungs- bzw. Anschlußprozesses auf Seiten der potentiellen Allianzähler ist nicht nur ein Phänomen der Leipziger Demonstranten, dieser Prozeß setzte zum Erhebungszeitpunkt DDR-weit erst ein. In diesem Sinne kann die wertmäßige Orientierung dieser Demonstranten auch als ein Vorausprozeß für die DDR einen Monat vor der Wahl betrachtet werden. Gerade die erkennbare Kompromißlosigkeit und die Abgrenzung gegenüber Zweideutigkeiten sowie die klare Zielsetzung (Anschluß, Währung, Wohlstand) bezeichnen die hohe Wahlattraktivität der Allianzparteien.

Damit nur vermittelt in Beziehung stehende Erscheinungen werden infolgedessen von den potentiellen Allianzählern heterogen beurteilt:

	SPD	Allianz	übrige
Runder Tisch	71	57	71
Neutralität	67	51	81

Diese Meinungsobjekte gehören zu diesem Zeitpunkt noch zu den peripheren Momenten des Vereinigungsprozesses und sind deshalb hinsichtlich der Wahlabsichten gegenüber der Allianz weniger eindeutig

ausgeprägt, sie gewinnen dafür bei den Wahlabsichten hinsichtlich der politisch linksgerichteten Parteien stärker Profil.

Für die Sozialwissenschaft heißt es nach der ersten Meinungsforschungseuphorie, den Aufbruch der Soziologie als Disziplin voranzubringen, das heißt, mit theoretischen und empirischen Erkenntnismitteln den Demokratisierungsprozeß als langfristigen Prozeß der Erringung politischer Mündigkeit staatsbürgerlicher Individuen zu erforschen; das wiederum bedeutet, die Konstatierung eines Resultats – so sehr dies bisher auch tabuisiert war – ersetzt nicht die Analyse der Mechanismen seines Zustandekommens.

Bibliographie

- Ahrends, Martin*, Mein Leben, Teil zwei: Ehemalige DDR-Bürger in der Bundesrepublik. Köln 1990.
- Arnold, Karl-Heinz*, Die ersten hundert Tage des Hans Modrow. Berlin-Ost 1990.
- Aufbruch*: Frauen in der DDR: Dokumentation. München 1990.
- „Auf der Suche nach Wegen, die Zukunft eröffnen“ (1; 2). epd Dokumentation 43/1989; 44/1989.
- Auferstanden aus den Nischen*: Dokumente einer Revolution/hrsg. von der Redaktion der Neuen Berliner Illustrierten. Berlin-Ost 1990.
- Augstein, Rudolf/Grass, Günter*, Deutschland einig Vaterland: Ein Streitgespräch. Leipzig/Göttingen 1990.
- Bahrman, Hannes/Links, Christoph (Hrsg.)*, Wir sind das Volk: DDR: 7. Oktober bis 17. Dezember. Wuppertal/Berlin/Weimar 1990.
- Barthelmy, Françoise/Winkler, Lutz (Hrsg.)*, Mein Deutschland findet sich in keinem Atlas: Schriftsteller aus beiden deutschen Staaten über ihr nationales Selbstverständnis. Neuwied 1990.
- Berentzen, Detlef*, Der autoritäre Charakter – made in DDR, in: Psychologie Heute 4/1990, 32–35.
- Berger, Gabriel*, Mir langt's, ich geh: Der Lebensweg eines DDR-Atomphysikers von Anpassung zu Aufruhr. Freiburg 1988.
- Berlin im November*/Mit einem Vorwort von Walter Momper. Berlin-West 1990.
- Bickhardt, Stephan (Hrsg.)*, Recht ströme wie Wasser: Christen in der DDR für Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung: Ein Arbeitsbuch aus der DDR. Berlin-West 1988.
- Blohm, Frank/Herzberg, Wolfgang (Hrsg.)*, Nichts wird mehr so sein, wie es war: Zur Zukunft der beiden deutschen Republiken. Leipzig 1990.
- Bluhm, Harald/Brie, Andre/Brie, Michael u. a.*, Texte zu Politik, Staat, Recht. Berlin-Ost 1990.
- Bohley, Bärbel u. a.* Vierzig Jahre DDR... und die Bürger melden sich zu Wort. Frankfurt/M./München 1989.
- Brand, Karl-Werner*, Massendemokratischer Aufbruch im Osten: Eine Herausforderung für die NSB-Forschung, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 3, 2/1990, 9–16.
- Brie, Michael/Land, Rainer u. a.*, Studie zur Gesellschaftsstrategie. Berlin-Ost 1989.

Brie, Andre/Brie, Michael/Land, Rainer/Segert, Dieter, Zum Problem des Zusammenhangs von Sozialismustheorie und Epocheverständnis, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 38, 1990, 193–201.

Brie, Michael: Die Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus: Thesen in der Diskussion, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 38, 1990, 218–229.

Bürgerbewegungen für Demokratie in den Kommunen. Berlin-Ost 1990.

Büscher, Wolfgang/Wensierski, Peter/Wolschner, Klaus, Friedensbewegung in der DDR: Texte 1978–1982. Hattingen 1982.

Da wachste eines Morgens uff und hast 'nen Bundeskanzler: Wie DDR-Bürger über ihre Zukunft denken. Hamburg 1990.

Daiber, Karl-Fritz, Kirche und religiöse Gemeinschaften in der DDR, in: Religion, Kirchen und Gesellschaft in Deutschland/hrsg. von Franz-Xaver Kaufmann und Bernhard Schäfers, in: Gegenwartskunde Sonderheft 5, 37, 1988, 75–88.

DDR im Umbruch: Sozialistische Gesellschaft zwischen Reform und Auflösung. Leverkusen 1990.

DDR-Almanach 89/90/hrsg. von Günter Fischbach. Bonn 1990.

Debakel einer Utopie. pro vocation 3. Berlin-Ost 1990.

Demo-Reminiszenzen. pro vocation 1. Berlin-Ost 1990.

Der Fischer Weltalmanach: Sonderband DDR: Chronik, Namen, Parteien, Wahlergebnisse, Perspektiven/hrsg. von der Redaktion des Fischer Weltalmanachs. Frankfurt/M. 1990.

Deutsch sein in Europa. Leipzig 1990.

Deutschland Archiv: Zeitschriften für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik. Köln.

Diwald, Hellmut, Deutschland einig Vaterland. Frankfurt/M. 1990.

Dohle, Horst, Wissenschaftlicher Atheismus und praktische Kirchenpolitik, in: Wissenschaftlicher Atheismus: Forschungsbericht 41/hrsg. von der Ingenieurhochschule für Seefahrt Warnemünde/Wustrow 1987, 27–41.

Dohnanyi, Klaus von, Brief an die Deutschen Demokratischen Revolutionäre. München 1990.

Ebert, Andrea/Hoberer, Johanna/Kraft, Friedrich (Hrsg.), Räumt die Steine hinweg: DDR Herbst 1989: Geistliche Reden im politischen Umbruch. München 1989.

Eichhorn, Alfred/Reinhardt, Andreas, Nach langen SCHWEIGEN endlich SPRECHEN: Briefe an Walter Janka. Berlin-Ost/Weimar 1990.

Elvers, Wolfgang/Findeis, Hagen, Was ist aus den politisch alternativen Gruppen geworden? Eine soziologische Auswertung von Interviews mit ehemals führenden Vertretern in Leipzig und Berlin. Masch. Theologische Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig 1990.

Falcke, Heino, Kirche und christliche Gruppen: Ein nötiges oder unnötiges Spannungsfeld?, in: Die Legitimität der Freiheit: Politisch alternative Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirche/hrsg. von Detlef Pollack. Frankfurt/M. 1990, 103–114.

Fehr, Helmut, Öffentlichkeit als „issue“ sozialer Bewegungen in der DDR. Referat. Nürnberg 1990.

Feige, Andreas, Massenmedien und demokratischer Prozeß: Zur soziologischen Analyse der Funktion der Massenkommunikation: Das Beispiel DDR, in: Publizistik 35, 4/1990.

Fink, Hans-Jürgen, Bündnis 90: Die Revolutionäre der ersten Stunde verloren die Wahl, in: Deutschland Archiv 23, 1990, 515–517.

Freiheit, schöner Götterfunken: Die glücklichen Tage von Berlin. Berlin-West 1990.

Fricke, Karl-Wilhelm, Opposition und Widerstand in der DDR: Ein politischer Report. Köln 1984.

Fricke, Karl-Wilhelm, Die DDR-Staatssicherheit: Entwicklung, Strukturen, Aktionsfelder. 3. aktualisierte und ergänzte Auflage, Köln 1989.

Friedrich, Walter, Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 16–17, 1990, 25–37.

Fritze, Lothar, Ausreisemotive – Hypothesen über die Massenflucht aus der DDR, in: Leviathan 18, 1990, 35–54.

Fritze, Lothar, Das Ausreise-Phänomen, in: Sinn und Form: Beiträge zur Literatur/hrsg. von der Akademie der Künste der DDR 42, 1990, 197–210.

Fritze, Lothar, Misere und Dilemma des realen Sozialismus, in: Sinn und Form: Beiträge zur Literatur/hrsg. von der Akademie der Künste der DDR 42, 1990, 554–578.

Fünfstück, Andreas/Rasch, Joachim, Kirche und gesellschaftliche Verantwortung: Forschungsbericht einer empirischen Untersuchung zur kirchlichen und gesellschaftlichen Situation in der DDR anhand von Interviews mit Leipziger Pfarrern. Masch. Theologische Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig 1989.

Funk, Uwe, Die Existenz sozialetischer Gruppen in der evangelischen Kirche der DDR als gesellschaftswissenschaftliches Problem, in: Die Legitimität der Freiheit: Politisch alternative Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirche/hrsg. von Detlef Pollack. Frankfurt/M. 1990, 81–102.

Gaus, Günter, Über Deutschland und die Deutschen. Berlin-Ost 1990.

Gaus, Günter, Zur Person: Sechs Porträts in Frage und Antwort. Berlin-Ost 1990.

Gedächtnisprotokolle 7. und 8. Oktober 1989. Leipzig 1990.

Gibowski, Wolfgang G., Demokratischer (Neu)Beginn in der DDR, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 21, 1990, 5–22.

Glaeßner, Gert-Joachim, Die andere deutsche Republik: Gesellschaft und Politik in der DDR. Wiesbaden 1989.

Glaeßner, Gert-Joachim, Vom „realen Sozialismus“ zur Selbstbestimmung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 1-2, 1990, 3-20.

Glasnost und Perestroika auch in der DDR?/hrsg. von der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen (Berlin). Berlin-West 1988.

Golombek, Dieter/Ratzke, Dietrich, Dagewesen und aufgeschrieben: (Zeitungs-)Reportagen über eine deutsche Revolution. Frankfurt/M. 1990.

Grunenberg, A., Aufbruch der inneren Mauern: Politik und Kultur in der DDR 1971-1990. Bremen 1990.

Gruner, Petra (Hrsg.), Angepaßt oder mündig? Briefe an Christa Wolf im Herbst 1989. Berlin-Ost 1990.

Habermas, Jürgen, Die nachholende Revolution: Kleine Politische Schriften VII. Frankfurt/M. 1990.

Hanisch, Günter/Hänisch, Gottfried/Magirus, Friedrich/Richter, Johannes (Hrsg.), Dona nobis pacem: Friedens- und Fürbittgebete Herbst '89 in Leipzig. Berlin-Ost 1990.

Hanke, Irma, Die Sozialstruktur der DDR, in: DDR/hrsg. von Heinz Rausch. München 1988, 57-86.

Hartmann, Matthias, Offene Fragen: Zur Neuorientierung der evangelischen Kirchen in der DDR, in: Deutschland Archiv, 23, 1990, 528-532.

Hein, Christoph, Die fünfte Grundrechenart: Reden und Aufsätze 1986-1989. Neuwied 1990.

Helwig, Gisela/Urban, Detlef (Hrsg.), Kirche und Gesellschaft in beiden deutschen Staaten. Köln 1987.

Henkys, Reinhard (Hrsg.), Die evangelische Kirche in der DDR: Beiträge zu einer Bestandsaufnahme. München 1982.

Henkys, Reinhard, Gottes Volk im Sozialismus: Wie Christen in der DDR leben. Berlin-West 1990.

Henrich, Rolf, Der vormundschaftliche Staat: Vom Versagen des real existierenden Sozialismus. Reinbek 1989 und Leipzig/Weimar 1990.

Herles, Wolfgang, Nationalrausch: Szenen aus dem gesamtdeutschen Machtkampf. München 1990.

Herzberg, G., Überwindung: Schubladentexte 1975-1980. pro vocation 4. Berlin-Ost 1990.

Heym, Stefan, Einmischung: Gespräche, Reden, Interviews: 1982-1989. München 1990.

Heym, Stefan, Je voller der Mund, desto leerer die Sprache, in: Sinn und Form: Beiträge zur Literatur/hrsg. von der Akademie der Künste der DDR 42, 1990, 417-425.

Heym, Stefan/Heiduczek, Werner (Hrsg.), Die sanfte Revolution. Leipzig/Weimar 1990.

Hildebrandt, Jörg/Thomas, Gerhard (Hrsg.), Unser Glaube mischt sich ein . . . : Evangelische Kirche in der DDR 1989: Berichte, Fragen, Verdeutlichungen. Berlin-Ost 1990.

Hinze, Albrecht, Zaghafte Bewegung im erstarrten Land: Welche Ziele die verschiedenen Gruppierungen kritischer Bürger verfolgen, die sich mit immer mehr Mut in der Öffentlichkeit artikulieren, in: epd Dokumentation 44/1989, 1-2.

Holzschuh, Annelise, Die Medien proben die Pressefreiheit: Rundfunk und Fernsehen der DDR im Herbst 1989, in: Deutschland Archiv 23, 1990, 231-236.

Holzweißig, Gunter, DDR-Presse im Aufbruch, in: Deutschland Archiv 23, 1990, 220-230.

Hoppert, Leo, Egon reiß die Mauer ein . . . : Leipziger Demosprüche. Münster 1990.

Jaenecke, Heinrich, Das Deutsche Trauma: Geschichte der Teilung: Legende und Wirklichkeit. Hamburg 1990.

Jetzt oder nie - Demokratie! Leipziger Herbst '89: Zeugnisse, Gespräche, Dokumente/hrsg. vom Neuen Forum Leipzig. Leipzig 1989.

Kaiser, Jochen-Christoph/Doering-Maenteuffel, Anselm, Die Kirchen im geteilten Deutschland: Aufsätze. Frankfurt/M. 1989.

Kalinka, Werner/Schell, Manfred, Die Wahrheit über die Stasi, in: Die Welt 117, 119, 120, 122, 126, 131/1990.

Kallabis, Heinz, Ade DDR! Tagebuchblätter vom 7. Oktober 1989 bis 8. Mai 1990. Berlin-Ost 1990.

Kell, Torsten, Analyse der Berichterstattung der Leipziger Volkszeitung über die Leipziger Montagsdemonstration. Masch. Sektion Politikwissenschaft/Soziologie der Karl-Marx-Universität Leipzig 1990.

Kirche im Sozialismus: Texte aus der DDR, in: epd Dokumentation. Frankfurt/M.

Kirche im Sozialismus: Zeitschrift zu Entwicklungen in der DDR. jetzt: Übergänge: Zeitschrift zum Weg der Kirchen in der DDR. Berlin-West.

Kirschey, Peter, Wandlitz/Waldsiedlung - die geschlossene Gesellschaft: Versuch einer Reportage: Gespräche, Dokumente. Berlin-Ost 1990.

Klier, Freya, Lüg Vaterland: Erziehung in der DDR. München 1990.

Knabe, Hubertus, Neue soziale Bewegungen als Problem der sozialistischen Gesellschaft: Zur Entstehung und Bedeutung neuartiger Bewußtseinslagen in der DDR und in Ungarn, in: Das Profil der sozialistischen Staatengemeinschaft. XX. Tagung zum Stand der DDR-Forschung. Köln 1987, 106-119.

Knabe, Hubertus, Neue soziale Bewegungen im Sozialismus: Zur Genesis alternativer politischer Orientierungen in der DDR, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 40, 1988, 551-569.

Knabe, Hubertus (Hrsg.), Aufbruch in eine andere DDR: Reformen und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes. Reinbek 1989.

Knabe, Hubertus, Neue soziale Bewegungen: Zur Entstehung und Bedeutung alternativer Gruppen im Sozialismus, in: Kirche im Sozialismus 15, 1989, 14–16.

Knabe, Hubertus, Politische Opposition in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 1-2, 1990, 21–32.

Knabe, Hubertus, Politischer Umbruch und soziale Bewegungen in der DDR, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung 3, 2/1990, 71–78.

Knabe, Hubertus, Bewegung im Osten, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung 3, 2/1990, 17–21.

Krenz, Egon, Wenn Mauern fallen. Bayreuth 1990.

Kroh, Ferdinand, „Freiheit ist immer Freiheit...“: Die Andersdenkenden in der DDR. Frankfurt/M./Berlin-West 1988.

Krusche, Günter, Gemeinden in der DDR sind beunruhigt: Wie soll die Kirche sich zu den Gruppen stellen?, in: Lutherische Monatshefte 27, 1988, 494–497.

Krusche, Günter, Das prophetische Wächteramt der Kirche: Die zukünftige Rolle der Kirche, in: Aufbruch in eine andere DDR: Reformen und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes/hrsg. von Hubertus Knabe. Reinbek 1989.

Krusche, Günter, „Moralische Instanz“: Interview über die kirchliche Situation im Umbruch, in: Kirche im Sozialismus 16, 1990, 11–14.

Krusche, Günter, Alles wird neu – und ist neu zu lernen: Die Kirche in der nachsozialistischen Gesellschaft, in: Lutherische Monatshefte 29, 1990, 193–196.

Krusche, Werner, 6. März: 1978–1988 ein Lernweg/hrsg. vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR – Sekretariat. Masch. Berlin-Ost 1988.

Krusche, Werner, Zwischen Anpassung und Opposition: Gespräch über den zurückliegenden Weg der „Kirche im Sozialismus“, in: Übergänge 16, 1990, 51–56.

Kühnel, Wolfgang, Zwischen basisdemokratischer Verheißung und parlamentarischer Interessenvertretung: Neue soziale Bewegungen in der politischen Arena der DDR. Masch. Berlin-Ost 1990.

Kühnel, Wolfgang/Wielgohs, Jan/Schulz, Marianne, Die neuen politischen Gruppierungen auf dem Weg vom politischen Protest zur parlamentarischen Interessenvertretung: Soziale Bewegungen im Umbruch der DDR-Gesellschaft, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 21, 1990, 22–37.

Land, Rainer (Hrsg.), Das Umbaupapier (DDR): Argumente gegen die Wiedervereinigung. Berlin-Ost 1990.

Land, Rainer/Will, Rosemarie/Segert, Dieter, Wie wollen wir mit den entstandenen informellen Gruppen und Bewegungen umgehen und

wie könnte der Prozeß des Umbaus des politischen Systems sowie des Staates und des Rechts begonnen werden?, in: Texte zu Politik, Staat, Recht/hrsg. von R. Land und L. Kirschner. Berlin-Ost 1990, 62–71.

Lehmann, Hans-Georg, Chronik der DDR 1945/49 bis heute. 2. Auflage, München 1988.

Lieberwirth, Stefan, „Wer eynen Spielmann zu tode schlaegt...“: Ein mittelalterliches Zeitdokument anno 1989: Die Verwaltung der Spontaneität. Leipzig 1990.

Lindemann, Gisela/Neubert, Harald, Abschied von einer sozialen Vision. Berlin-Ost 1990.

Lindner, Bernd, Die politische Kultur der Straße als Medium der Veränderung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 27, 1990, 16–27.

Linke, Dietmar, Niemand kann zwei Herren dienen: Als Pfarrer in der DDR. Hamburg 1988.

Maaz, Hans-Joachim: Die psychische Revolution hat noch nicht stattgefunden, in: Psychologie Heute 4/1990, 28–31.

Maron, Jonas/Schedlinski, Rainer, Innenansichten DDR: Letzte Bilder. Reinbek 1990.

Maron, Monika, Die DDR seit dem 9. November. Reinbek 1990.

Marsh, David, Deutschland im Aufbruch. Wien/Darmstadt 1990.

Maser, Peter, Glauben im Sozialismus: Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR. Berlin-West 1989.

Mechtenberg, Theo, Das Staat-Kirche-Verhältnis im 40. Jahr der DDR, in: Die DDR im vierzigsten Jahr: Geschichte, Situation, Perspektiven: 22. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland 16. bis 19. Mai 1989/hrsg. von Ilse Spittmann und Gisela Helwig. Köln 1989, 162–172.

Meckel, Ursula, Ihr könnt uns nicht verstehen: Notizen aus der (DDR-) Provinz, in: Deutschland Archiv 23, 1990, 925–931.

Meier, Artur, Abschied von der sozialistischen Ständegesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 16–17, 1990, 3–14.

Menge, Marlis, „Ohne uns läuft nichts mehr“: Auf dem Weg zu einer neuen DDR. Stuttgart 1990.

Mitten in Europa: Die DDR und Berlin: Ein Land und eine Stadt im Brennpunkt der Geschichte. Gütersloh 1990.

Mitter, Armin/Wolle, Stefan (Hrsg.), „Ich liebe euch doch alle...“: Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989. Berlin-Ost 1990.

Müller, Heiner, Zur Lage der Nation. Berlin-Ost 1990.

Naumann, Michael (Hrsg.), Die Geschichte ist offen: DDR 1990: Hoffnung auf eine neue Republik. Hamburg 1990.

Neubert, Ehrhart, Reproduktion von Religion in der DDR-Gesellschaft: Ein Beitrag zum Problem der sozialisierenden Gruppen und ihrer Zuordnung zu den Kirchen/hrsg. von der Theologischen Studienab-

teilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Beiträge A (Gemeinde) 6. Auch in epd Dokumentation 35 und 36, 1986.

Neubert, Ehrhart, Gesellschaftliche Kommunikation im sozialen Wandel: Auf dem Weg zu einer politischen Ökologie. Berlin-Ost 1989.

Neubert, Ehrhart, Soziale, religiöse und politische Aspekte des Gruppenphänomens. Referat zum Kolloquium „Gesellschaft, Kirche, Gruppen“ am 23./24. 6. 1989 in Berlin, veranstaltet von der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Masch. Berlin-Ost 1989.

Neubert, Ehrhart, Motive des Aufbruchs, in: Aufbruch in eine andere DDR: Reformen und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes/hrsg. von Hubertus Knabe. Reinbek 1989, 141–155.

Neubert, Ehrhart, Eine protestantische Revolution, in: Deutschland Archiv 23, 1990, 704–713.

Neubert, Ehrhart, Die Ekklesiologie des Erich Mielke: Stasi-Dokumente und kirchliche Vergangenheitsbewältigung, in: Übergänge 16, 1990, 70–75.

Neubert, Ehrhart, Die Opposition in der demokratischen Revolution der DDR: Beobachtungen und Thesen, in: Die Legitimität der Freiheit: Politisch alternative Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirche. Frankfurt/M. 1990, 209–220.

Neues Forum, Wirtschaftsreform der DDR. Berlin-Ost 1990.

Neumann, Peter (Hrsg.), „Träumen verboten“: Aktuelle Stellungnahmen aus der DDR. Göttingen 1990.

Neunter (9.) November: Der Tag der Deutschen: Eine Bilddokumentation. München 1990.

Neunter November 1989: Der Tag der Deutschen. Hamburg 1990.

Niethammer, Lutz, Annäherung an den Wandel: Auf der Suche nach der volkseigenen Erfahrung in der Industrieprovinz der DDR, in: Alltagsgeschichte/hrsg. von Alf Lüdtke. Frankfurt/M. 1989, 283–345.

Niethammer, Lutz, Das Volk der DDR und die Revolution: Versuch einer historischen Wahrnehmung der laufenden Ereignisse, in: „Wir sind das Volk!“: Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution/hrsg. von Charles Schüddekopf. Hamburg 1990, 251–279.

Niethammer, Lutz/Plato, Alexander von/Wierling, Dorothee, Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR: Band 1: Biographische Eröffnungen. Reinbek 1990.

Nowak, Kurt, Jenseits des mehrheitlichen Schweigens: Texte von Juni bis Dezember des Jahres 1989. pro vocation 2. Berlin-Ost 1990.

Oktober 1989. Texte, in: Temperamente: Blätter für junge Literatur 1/1990.

Oktober 1989: Wider den Schlaf der Vernunft/hrsg. von Elefanten Press und Verlag Neues Leben. Berlin-West/Berlin-Ost 1989.

Parlaments-Szenen einer deutschen Revolution: Bundestag und Volkskammer im November 1989. Bonn 1990.

Parteien im Aufbruch: Nichtkommunistische Parteien vor der Volkskammerwahl am 18. März 1990 in der DDR/hrsg. im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung. Melle 1990.

Petschull, Jürgen, Die Mauer: August 1961 – November 1989: Vom Anfang und Ende eines deutschen Bauwerks. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage. Hamburg 1990.

Politische Parteien und Bewegungen über sich selbst. Berlin-Ost 1990.

Pollack, Detlef, Das Ende einer Organisationsgesellschaft: Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR, in: Zeitschrift für Soziologie 19, 1990, 292–307.

Pollack, Detlef, Protest als Spiegel der Gesellschaft: Zur Rolle der politisch alternativen Gruppen in der DDR, in: Lutherische Monatshefte 29, 1990, 218–219.

Pollack, Detlef, Sozialethisch engagierte Gruppen in der DDR: Eine religionssoziologische Untersuchung, in: Die Legitimität der Freiheit: Politisch alternative Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirche/hrsg. von Detlef Pollack. Frankfurt/M. 1990, 105–154.

Poppe, Ulrike, Zur Geschichte des Gruppenphänomens. Referat zum Kolloquium „Gesellschaft, Kirche, Gruppen“ am 23./24. 6. 1989 in Berlin, veranstaltet von der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirche in der DDR. Masch. Berlin-Ost 1989.

Poppe, Ulrike, Das kritische Potential der Gruppen in Kirche und Gesellschaft, in: Die Legitimität der Freiheit: Politisch alternative Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirche/hrsg. von Detlef Pollack. Frankfurt/M. 1990, 63–80.

Pragal, Peter/Schreiter, Helfried, 40 Jahre DDR: Stern-Foto-Reportage: Dokumente zum Zeitgeschehen. Hamburg 1990.

Rausch, Heinz (Hrsg.), DDR: Das politische, wirtschaftliche und soziale System. München 1988.

Rein, Gerhard, Über Karl und Rosa, aber auch über Vera und Stephan: Zu den Ereignissen am Rand einer Gedenkdemostration, in: Kirche im Sozialismus 14, 1988, 9–12.

Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR: Entwürfe für einen anderen Sozialismus. Berlin-West 1989.

Rein, Gerhard, Die protestantische Revolution 1987–1990: Ein deutsches Lesebuch. Berlin-West 1990.

Richter, Edelbert, Gruppen und demokratische Umgestaltung. Referat zum Kolloquium „Gesellschaft, Kirche, Gruppen“ am 23./24. 6. 1989 in Berlin, veranstaltet von der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Masch. Berlin-Ost 1989.

Ringe, Elisabeth/Ringe, Peter, Genossen! Rückt den Schlüssel raus! Die Deutschen am Ende der Geduld. München 1990.

Rosenthal, Rüdiger, Bilanz des Dialogs: Wie gehen Kirche und Gruppen mit dem SED/SPD-Dokument um?, in: Kirche im Sozialismus 16, 1989, 101-104.

Rosenzweig, Luc, Die Deutschen und ihre Revolution von 1989: Wochen, die Europa erschütterten. Frankfurt/M. 1990.

Rytlewski, Ralf (Hrsg.), Politik und Gesellschaft in sozialistischen Ländern. Opladen 1990.

Sauermann, Jürgen, Handlungslinien der SED-Kreisparteiorganisation der Karl-Marx-Universität in Bezug auf die Montagsdemonstration in Leipzig untersucht anhand der Aktenlage der SED-Kreisleitung der Karl-Marx-Universität und Befragung von ehemaligen Kreisleitungsmitgliedern/-mitarbeitern. Masch. Sektion Politikwissenschaften/Soziologie der Karl-Marx-Universität Leipzig 1990.

Schneider, Gernot, Wirtschaftswunder DDR - Anspruch und Realität. 2. Auflage. Köln 1990.

Schneider, Rolf, Die Kerzenrevolution, in: Deutschland Archiv 23, 1990, 869-873.

Schneider, Wolfgang, Leipziger Demontagebuch: Demo, Montage, Tagebuch, Demontage. Leipzig/Weimar 1990.

Schnibben, Cordt, „Ich bin das Volk“: Wie Erich Honecker und sein Politbüro die Konterrevolution erlebten, in: Der Spiegel vom 16. April 1990, 72-90; 23. April 1990, 78-98; 30. April 1990, 196-209.

Schubert, Joachim/Kessler, Horst Günter (Hrsg.), Ein deutsches Bilderbuch: Chronik der deutsch/deutschen Beziehungen. Berlin-West 1990.

Schüddekopf, Charles, „Wir sind das Volk!“. Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution. Reinbek 1990.

Schulz, Marianne/Wielgohs, Jan, Reformbewegung und Volksbewegung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 16-17, 1990, 15-24.

Schulze, Rudolf (Hrsg.), Nach der Wende: Wandlungen in Kirche und Gesellschaft: Texte aus der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Berlin-West 1990.

Schumann, Frank (Hrsg.), Hundert Tage die die Welt (DDR) erschütterten: Bilder und Dokumente einer Volksbewegung. Berlin-West 1990.

Schünemann, Wulf, Die „Gruppen“ in den evangelischen Kirchen in der DDR: Die bisherige Diskussion und der Versuch einer theologischen Wahrnehmung der Gruppen mit Hilfe der Ekklesiologie Jürgen Moltmanns. Masch. Theologische Fakultät der Universität Rostock 1989.

Schweisfurt, Theodor, Fahrplan für ein neues Deutschland. Erlangen 1990.

Segert, Dieter, Einige Grundprobleme einer politischen Theorie des modernen Sozialismus, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 38, 1990, 230-244.

Sievers, Jürgen, Vom Friedensgebet zur Revolution: Die Kirche in Leip-

zig in den Tagen der Revolution 1989: Das Stundenbuch einer deutschen Revolution. Zollikon 1990.

Simon, Günter, Tisch-Zeiten: Aus den Notizen eines Chefredakteurs 1981-1989. Berlin-Ost 1990.

Sloterdijk, Peter, Versprechen auf Deutsch: Reden über das eigene Land. Frankfurt/M. 1990.

Spiegel Spezial: 162 Tage Deutsche Geschichte: Das halbe Jahr der gewaltlosen Revolution. Hamburg 1990.

Spittmann, Ilse/Hartwig, Gisela (Hrsg.), Die DDR im vierzigsten Jahr: Geschichte, Situation, Perspektiven: 22. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland 16. bis 19. Mai 1989. Köln 1989.

Stock, Manfred, Bemerkungen zu einigen informellen Gruppierungen (1) Jugendlicher in der DDR, in: Information zur soziologischen Forschung in der DDR 24, 1988, 54-59.

Stromeyer, Arn, Visa frei bis Hawaii! Neue DDR-Witze & Demosprüche. Frankfurt/M. 1990.

Swoboda, Jörg (Hrsg.), Die Revolution der Kerzen: Christen in den Umwälzungen der DDR. Wuppertal 1990.

Systematische Bibliographie I von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern zur politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der SBZ/DDR seit 1949: Geschichte und politisches System der SBZ/DDR, nichtkommunistische Länder aus der Sicht der DDR, deutsche Frage. Wiesbaden 1986.

Systematische Bibliographie II von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern zur politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der SBZ/DDR seit 1949: Wirtschaft. Wiesbaden 1987.

Systematische Bibliographie III von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern zur politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der SBZ/DDR seit 1949: Gesellschaft, Bildung, Kirchen: Auf der Grundlage der Bestände der Bibliothek des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin und von Beständen des gesamtdeutschen Instituts Bonn. Wiesbaden 1989.

taz DDR-Journal Nr. 1 + 2: DDR-Journal zur Novemberrevolution August bis September 89 (Nr. 1) und: Die Wende der Wende (Nr. 2)/hrsg. von der tageszeitung. Berlin-West/Frankfurt/M. 1989/90.

Thies, Jochen, Deutschland von innen. Bonn 1990.

Timmermann, Heiner (Hrsg.), Sozialstruktur und sozialer Wandel in der DDR. Saarbrücken 1988.

Venohr, Wolfgang (Hrsg.), Ein Deutschland wird es sein. Erlangen 1990. Verfassungsentwurf für die DDR/hrsg. von der Arbeitsgruppe des zentralen Runden Tisches „Neue Verfassung der DDR“. Berlin-Ost 1990.

Vier Tage im November (STERN-Reportage). Hamburg 1990.

Vierter November 1989: Der Protest, die Menschen, die Reden. Berlin-West 1990.

4-11-89/hrsg. von der Initiative 4.11. Berlin-Ost 1990.

Voigt, Dieter/Voss, Werner/Meck, Sabine, Sozialstruktur der DDR. Darmstadt 1987.

Völkel, Walter, Systematische Bibliographie von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern zur DDR seit 1945. Opladen 1988.

Walser, Martin, Über Deutschland reden. Frankfurt/M. 1990.

Weber, Christian, Ich bleibe! Alltag in der DDR. Stuttgart 1990.

Weidenfeld, Werner/Zimmermann, Hartmut (Hrsg.), Deutschland-Handbuch: Eine doppelte Bilanz 1949-1989. Bonn 1989.

Weizsäcker, Carl-Friedrich von, Der Gang zur Freiheit. Leipzig 1990.

Wensierski, Peter, Von oben nach unten wächst gar nichts: Umweltzerstörung und Protest in der DDR. Frankfurt/M. 1986.

Wensierski, Peter/Büscher, Wolfgang, Beton ist Beton: Zivilisationskritik aus der DDR. Hattingen 1981.

Wensierski, Peter/Büscher, Wolfgang, Null Bock auf DDR: Aussteigerjugend im anderen Deutschland. Reinbek 1984.

Wielgoß, Jan, Bürgerbewegung als Netzwerk - „Zentralismus“ - parlamentarische Repräsentanz: Zur Strukturdiskussion in der Bürgerbewegung DEMOKRATIE JETZT: Vortrag auf dem Vertretertreffen am 20. 1. 1990. Masch. Berlin-Ost 1990.

Wielgoß, Jan/Schulz, Marianne, Erfahrungen aus dem Projekt „Demokratisierungsprozesse und politische Bewegungen“, in: Die Legitimität der Freiheit: Politisch alternative Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirche/hrsg. von Detlef Pollack. Frankfurt/M. 1990, 203-207.

Winkler, Gunnar (Hrsg.), Sozialreport 90: Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR. Berlin-Ost 1990.

Wir sind das Volk: Aufbruch '89: Teil 1: Die Bewegung September/Okttober 1989. Halle 1990.

Wir sind das Volk: Die DDR im Aufbruch: Eine Chronik in Dokumenten und Bildern. München 1990.

Wolf, Christa, Aktuelle Reden und Texte. Neuried 1990.

Wolf, Winfried, DDR: Umbruch - Aufbruch - Aufkauf. Frankfurt/M. 1990.

Zander, Helmut, Die Christen und die Friedensbewegung in beiden deutschen Staaten: Beiträge für einen Vergleich für die Jahre 1978-1987. Berlin-West 1990.

Zimmerling, Zeno/Zimmerling, Sabine (Hrsg.), Neue Chronik DDR: Berichte, Fotos, Dokumente. 4 Bde. Berlin-Ost 1989.

Autoren

Alisch, Steffen, Jahrgang 1964, gelernter Buchhändler, seit 1988 Theologiestudent an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Mitarbeit im „Ökumenischen Jugenddienst“.

Döhnert, Albrecht, Jahrgang 1967, seit 1987 Theologiestudent an der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Elvers, Wolfgang, Jahrgang 1966, seit 1986 Theologiestudent an der Karl-Marx-Universität Leipzig, von 1987 bis 1989 Mitglied der Leipziger Arbeitsgruppe „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“

Feydt, Sebastian, Jahrgang 1965, seit 1986 Theologiestudent an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Mitarbeit bei „Aktion Sühnezeichen“ und in der Arbeitsgruppe „Wehrdienstfragen“.

Findeis, Hagen, Jahrgang 1966, seit 1986 Theologiestudent an der Karl-Marx-Universität Leipzig, verschiedene Aktivitäten in Leipziger Basisgruppen, unter anderen im der Arbeitsgruppe „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“.

Franke, Ulrike, Jahrgang 1969, seit 1988 Theologiestudentin an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Mitarbeit in der „Initiativgruppe Hoffnung Nikaragua“.

Fünfstück, Andreas, Jahrgang 1962, gelernter BMSR-Techniker, 1985-1990 Theologiestudent an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Mitarbeit im Behindertenarbeitskreis Leipzig, jetzt Vikar.

Grabner, Wolf-Jürgen, Jahrgang 1961, gelernter Gießereifacharbeiter, Arbeit als Schlosser, Theologiestudium von 1983-1988 in Leipzig, seitdem Forschungsstudent am Institut für Religionssoziologie an der Theologischen Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Heinze, Christiane, Jahrgang 1966, gelernte Wirtschaftsdiakonin, seit 1988 Theologiestudentin an der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Henkys, Reinhard, Jahrgang 1928, Journalist, Leiter des Evangelischen Publizistischen Zentrums Berlin (West).

Hofmann, Michael, Dr. sc. phil., Jahrgang 1952, Kulturwissenschaftler an der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Mühler, Kurt, Dr. sc. phil., Jahrgang 1953, Berufsausbildung bei der Deutschen Reichsbahn, 1973 bis 1977 Studium der Soziologie in Leipzig, seit 1989 Dozent für Methoden der soziologischen Forschung am Wissenschaftsbereich Soziologie der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Pollack, Detlef, Dr. theol., Jahrgang 1955, Studium der Theologie und Religionswissenschaft 1976-1981 in Leipzig, seit 1984 Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Religionssoziologie an der Theologischen

Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig, Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Gerechtigkeit und Ökumene“.

Rasch, Joachim, Jahrgang 1963, gelernter Elektromonteur, 1985–1990 Theologiestudent an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Mitarbeit bei „Aktion Sühnezeichen“ und in der Arbeitsgruppe „Wehrdienstfragen“, jetzt Promovend beim Evangelischen Bund, Arbeitswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland.

Rink, Dieter, Dr. phil., Jahrgang 1959, Kulturwissenschaftler an der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Rummel, Paulus, Jahrgang 1967, 1988–1990 Theologiestudent an der Theologischen Hochschule Leipzig, am 30. Juli 1990 bei einer Urlaubsreise im Himalaja (Indien) verunglückt.

Schanz, Martin, Jahrgang 1965, seit 1986 Theologiestudent an der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Weiß, Thomas, Jahrgang 1965, Tätigkeiten im kirchlichen Bereich, seit 1987 Theologiestudent an der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Wilsdorf, Steffen H., Dr. sc. phil., Jahrgang 1940, gelernter Rundfunkmechaniker, 1961–1966 Studium der Mathematik und Wirtschaftsmathematik in Leipzig, 1967/68 Zusatzstudium Soziologie, seit 1965 Mitarbeit im Wissenschaftsbereich Soziologie der Karl-Marx-Universität Leipzig, ab 1986 als Dozent.

Editorischer Hinweis

Die meisten der vorliegenden Beiträge sind anlässlich eines Seminars entstanden, das im Mai 1990 unter Leitung von Dr. Detlef Pollack am Institut für Religionssoziologie der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig stattfand. Es stand unter dem Thema: „Ging die Wende von der Leipziger Nikolaikirche aus? Der Beitrag der evangelischen Kirchen und der politisch alternativen Gruppen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR“. Einige der Arbeiten wurden lange vor den Herbstereignissen des letzten Jahres begonnen, so die Pfarrerstudie (Franke, Fünfstück, Pollack, Rasch, Weiß), die Gemeindebefragung (Grabner), die Untersuchung der politisch alternativen Gruppen (Elvers, Findeis) und auch die Strukturanalyse der DDR-Gesellschaft, die den Eingang des Bandes bildet. Der Umbruch in der DDR hat unseren Untersuchungen eine überraschende Aktualität verliehen, die es gerechtfertigt erscheinen läßt, sie öffentlich bekanntzumachen.

Die im Seminar vorgestellten Beiträge wurden hier erweitert durch den Überblicksartikel zur Rolle der Kirchen im Umbruch von Reinhard Henkys, den wir dem „Deutschland Archiv“ entnahmen, die Auswertung der Gebetswand in der Leipziger Thomaskirche von Steffen Alisch sowie den Aufsatz von Michael Hofmann und Dieter Rink über die soziale Situation in Leipzig. Andererseits mußten wir aus inhaltlichen und umfangstechnischen Gründen auch auf einige für das Seminar verfaßte Beiträge verzichten, zum Beispiel auf eine mit Akribie und Umsicht erstellte Chronologie der Ereignisse und auf einige Konnotationen aus historischer Perspektive. Auch den lebhaft diskutierten Beitrag über den Einfluß der Massenmedien auf den Wandlungsprozeß von Privatdozent Dr. Andreas Feige, Braunschweig, konnten wir leider nicht aufnehmen. Er läßt sich demnächst nachlesen in Heft 4/1990 der „Publizistik“.

Uns kam es nicht darauf an, den vielen Dokumentationen, Erlebnisberichten und persönlichen Erinnerungen, die jetzt erscheinen, einen weiteren Band des Zeugnisses subjektiver Betroffenheit hinzuzufügen, sondern darauf, über die Stufe der persönlichen Verarbeitung, so notwendig und unausweichlich sie ist, hinauszugehen und erste Analysen vorzulegen. Aus der Distanz heraus, im Interesse an empirisch abgesicherten Aussagen und in dem Bemühen um Genauigkeit sind diese Beiträge geschrieben. Persönlich betroffen sind wir ohnehin.

Leipzig, September 1990

Die Herausgeber